Mittwoch, 27. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 97 - 17. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Umfrage: Kohls Ansehen stark gestiegen

DW, Bonn

Bundeskanzler Kohl hat in den ersten sieben Monaten seiner Amtszeit bei den Wählern in der Bundesrepublik Deutschland erheblich an Ansehen gewonnen. Nach dem Ergebnis einer Meinungsumfrage, die von der Illustrierten „Bunte" in Auftrag gegeben wurde, glauben heute bereits 57 Prozent an den wirtschaftspolitischen Erfolg der Regierung Kohl, im Vergleich zu 42 Prozent im Vorjahr. 54 Prozent äußerten die Auffassung, daß mit Kohl Ruhe und Sachlichkeit in die deutsche Politik eingezogen sei. Vor allem bei den Frauen hat der Kanzler seit Oktober 1982 gewonnen. Meinten noch im vergangenen Jahr 46 Prozent aller Frauen, Kohl wirke „blaß und farblos", so sind es – so das Sample-Institut in Hamburg – heute nur noch 30 Prozent. 59 Prozent sind demnach der Ansicht, „Kohl sollte verhindern, daß Strauß die Bonner Politik mitbestimmt". Eine klare Mehrheit möchte den Kanzler und die CDU nicht als Alleinregierung, also nicht ohne die FDP, in Bonn haben.



ZITAT DES TAGES



„Die Vereinigten Staaten können nicht lange sicher in einer Welt sein, in der Westeuropa nicht sicher ist."

Richard Burt, Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, in einem Vortrag in Hamburg. Burt verteidigte das Recht der USA auf Aufstellung von Pershing-2-Raketen in Europa, so lange die Sowjetunion auch nur eine SS-20-Rakete stationiert habe. FOTO: AP

Kohl nach China

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine Einladung zu einem Besuch der Volksrepublik China angenommen. Sie wurde ihm vom neuen chinesischen Botschafter An Zhiyuan überbracht, der dem Kanzler einen Antrittsbesuch abstattete. Ein Besuchstermin soll noch vereinbart werden.

Einladung aus Moskau

dpa/rtr, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wird möglicherweise noch in diesem Jahr die Sowjetunion besuchen. Nach Angaben eines Sprechers nahm Zimmermann eine Einladung des sowjetischen Botschafters in Bonn, Wladimir Semjonow, an. Er wird in seiner Eigenschaft als Sportminister in die UdSSR reisen. Die Einladung hat in Bonn Beachtung gefunden, weil Zimmermann als der wichtigste CSU-Minister im Kabinett Kohl gilt. Bei einem Antrittsbesuch Semjonows erörterten beide Politiker gestern auch die Positionen ihrer Regierungen zur Raketenrüstung.

Prem tritt zurück

dpa/rtr, Bangkok

Der thailändische Ministerpräsident Prem Tinsulanonda (62) hat gestern überraschend seinen Rücktritt bekannt gegeben. Allgemein war erwartet worden, daß Prem die regierende Drei-Parteien-Koalition, die bei den vorgezogenen Wahlen am 18. April eine starke Mehrheit der Mandate gewonnen hatte, weiterführen wird. Ohne die integrierende Kraft Prems ist es nach Auffassung politischer Beobachter zweifelhaft, ob die Koalition eine neue Regierung bilden kann. Prem begründete seinen Rücktritt damit, daß in einer Demokratie ein Parlamentarier und möglichst ein Parteivorsitzender Regierungschef sein sollte.

WIRTSCHAFT

Entscheidung über Stahl-Hilfe im Mai

Mk. Bonn

Eine Entscheidung der Bundesregierung über die Höhe und Art der Hilfe für die notleidende Stahlindustrie steht unmittelbar bevor. Bis zum Ende dieses Monats werden die Wirtschaftsprüfer der Treuarbeit, wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern vor den Fraktionen von CDU/CSU und FDP bekanntgab, eine erste Bewertung der Unternehmenspläne zur Gesundung dieser Branche vornehmen. „Kurz darauf" solle den Unternehmen – nach Abstimmung mit den Ländern – das vorgesehene Volumen der öffentlichen Hilfe und die Instrumente mitgeteilt werden. Lambsdorff machte deutlich, daß sich die Bundesrepublik keine Dauersubventionsempfänger leisten könne. Daher müßten alle Rationalisierungs- und Spezialisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Bundesregierung prüfe gegenwärtig noch, ob über die bisher diskutierten Hilfen hinaus noch andere Instrumente eingesetzt werden könnten. Über die Beihilfen muß die EG bis zum 30. Juni entscheiden.

Billigkredite

cd. Frankfurt

Über Investitionskredite zu Vorzugszinsen für den Mittelstand beraten die Sparkassenverbände am Rande des „Deutschen Sparkassentags", der heute und morgen in Frankfurt stattfindet. Anlaß ist eine Initiative der hessischen Sparkassen, die bereits solche Kredite mit einem für ein Jahr auf 6,2 Prozent festgeschriebenen Zins anbieten.

Kräftige Steigerung

rtr, Flensburg

Die Zulassungszahlen für neue Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik sind im März kräftig gestiegen. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg gestern mitteilte, wurden 387 959 Kraftfahrzeuge neu in den Verkehr gebracht, verglichen mit 202 321 im Februar und 348 020 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Dies entspreche Steigerungen im Vergleich zum Vormonat um 91,8 Prozent und um 11,5 Prozent gegenüber dem März 1982.

Deutsche Schrauben

DW. Bonn

50 Milliarden Schrauben, Muttern und Nieten liefern die mittelständischen Betriebe der deutschen Schraubenindustrie pro Jahr. Die Branche beschäftigt 13 500 Menschen, das Umsatzvolumen betrug 1982 fast 1,7 Milliarden Mark bei einem Absatz von 350 000 Tonnen.

Seiten 22–24

Aktien schwächer

DW. Frankfurt

Am Aktienmarkt schwächten sich die Notierungen gestern ab. WELT-Aktienindex 139,7 (139,9). Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. Dollar-Mittelkurs 2,4506 (2,4412) Mark. Goldpreis je Feinunze 435,50 (441,50) Dollar.

KULTUR

Buchmesse eröffnet

SAD, Jerusalem

In Jerusalem ist gestern die 11. Internationale Buchmesse eröffnet worden, auf der fast 1000 Verlage aus 20 Ländern ihre Produkte ausstellen. Besonders stark vertreten ist die Bundesrepublik Deutschland. Schon am Abend vor der Eröffnung hatten der israelische Finanzminister Yoram Aridor sowie Verkehrsminister Mordechai Zippori und Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek bei einer Vorbesichtigung den Stand des Axel Springer Verlags besucht. Höhepunkt der Buchmesse ist die Verleihung des „Jerusalem Preises '83" an den britischen Schriftsteller Vidiadhar S. Naipaul. Vor ihm war 1981 der Schriftsteller Graham Greene geehrt worden.

WETTER

Vereinzelt Gewitter

DW. Essen

Vormittags bewölkt mit zum Teil gewittrigen Regenfällen. Im Tagesverlauf aufgelockerte Bewölkung mit örtlichen Schauern. Tagestemperaturen zwischen 15 und 18 Grad. In der Nacht 8 bis 11 Grad. Allgemein schwachwindig aus Süd bis Südwest.

Windelen: Den sechs Punkten der CSU können alle zustimmen

Kanzleramt sieht den Streit innerhalb der Koalition entschärft

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl geht davon aus, daß die deutschlandpolitischen Aussagen seiner für den 4. Mai vorgesehenen Regierungserklärung den übereinstimmenden Beifall von CDU, CSU und FDP finden werden. Spätestens dann wird nach Ansicht von Kanzler-Mitarbeitern allgemein klar werden, daß es unter den Koalitionspartnern trotz des Streits zwischen der CSU und den Freien Demokraten keine tiefgreifenden Differenzen über die Fortführung der Deutschland- und Ostpolitik gebe. Darauf habe der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), mit Recht hingewiesen.

Als Bestätigung für diese Einschätzung wurden im Kanzleramt die sechs Punkte empfunden, mit denen CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu die Forderung seiner Partei nach einer „Wende" in der Deutschlandpolitik präzisiert hatte (WELT v. 26. 4.). „Wir stimmen mit diesen sechs Punkten überein. Das ist die gemeinsame Basis. Offenbar handelt es sich hier um einen Versuch, wieder zur Normalität zurückzukehren.", hieß es in der Umgebung Kohls. Auch Windelen betonte, er könne jeden der CSU-Punkte unterschreiben und gehe davon aus, daß sie bei der FDP ebenfalls nicht strittig seien.

Maßgebliche CDU-Politiker fügten hinzu, die von der bayerischen Schwesterpartei gewünschte Wende sei mit der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 vollzogen worden. Bereits damals habe Kohl, wie jetzt in den sechs Punkten verlangt, die Unnormalität von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl angeprangert, Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs gefordert und das nationale Ziel der Wiedervereinigung hervorgehoben. Diese Aspekte und das Prinzip „keine Leistung ohne Gegenleistung" würden in der Regierungserklärung vom 4. Mai noch ausführlicher dargelegt werden. Unter Vorsitz des Kanzlers beriet gestern abend eine Ministerrunde über den Text.

Kohl hatte bereits am Montag im CDU-Vorstand die Auseinandersetzung zwischen CSU und FDP um die Deutschland- und Ostpolitik als „völlig überflüssig" bezeichnet. Dabei hatte er „alle Beteiligten" wegen der Art des Umgangs miteinander und wegen ihrer Wortwahl gerügt. In der Sache ließ der Kanzler keinen Zweifel daran, daß er die von der CSU kritisierte Einladung an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker grundsätzlich aufrechterhalte.

SEITE 2:
Rauch, aber auch Feuer

Dazu bemerkte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler: „Wir haben diese Einladung vorgefunden, als wir die Regierung übernommen haben. Diese Einladung ist von der Bundesregierung erneuert worden. Und ich wiederhole noch einmal, was ich schon vorher gesagt habe: Wir sprechen nicht um des Sprechens willen, sondern wir wollen bei diesen Gesprächen etwas für unsere Landsleute erreichen."

Auch der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) meinte gestern, unter der Voraussetzung gründlicher Vorbereitung könnte ein Honecker-Besuch nützlich sein. Staatssekretär Edmund Stoiber (CSU) zielte in die gleiche Richtung, als er sagte, ein Besuch des SED-Chefs müsse nicht nur gut vorbereitet sein, sondern auch „bestimmte Erwartungen" erfüllen. Dies entspreche der Meinung Kohls, wurde im Kanzleramt versichert.

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, äußerte die Hoffnung, daß durch den Streit mit der CSU nicht zuviel Porzellan zerschlagen worden sei. „Ich weiß natürlich, daß manche Kollegen in den Unionsparteien die Dinge etwas anders sehen als wir. Aber ich glaube, die Auseinandersetzung mit den Fakten wird auch diese Kollegen dazu bringen, daß in der Deutschlandpolitik nicht Poltern, nicht Schreien, nicht Mäkeln gefragt ist, sondern in der Sache hart zu verhandeln, wo es notwendig ist. Und sich doch im klaren zu sein, daß mit den Verträgen mit der DDR für die Menschen eine ganze Menge erreicht ist – für uns noch nicht genug. Aber wer das fortsetzen will, muß miteinander sprechen und nicht mit Vorbedingungen Ausladungen aussprechen", setzte Mischnick hinzu.

Der Ständige Vertreter der „DDR" in Bonn, Ewald Moldt, hatte am Montag abend im Bundeskanzleramt den von SED-Chef Honecker zugesagten Untersuchungsbericht über den Tod des Transitreisenden Rudolf Burkert übergeben. Nach Angaben eines Regierungssprechers wird der ausführliche und detaillierte Bericht sorgfältig geprüft.

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Ostsee-Strategie

HERBERT KREMP

Für schwedische Verhältnisse ist die Reaktion massiv: Stockholm rief seinen Botschafter aus Moskau zurück (für einige Tage), der sowjetische Botschafter mußte gestern im schwedischen Außenministerium einen geharnischten Protest in Empfang nehmen. Nach dem Bericht einer schwedischen Untersuchungskommission gilt es als erwiesen, daß sowjetische U-Boote im vergangenen Jahr 40 Mal die Hoheitsgewässer des Landes verletzt haben. Die Operationen nehmen, wie der Bericht vermerkt, an Ausdehnung zu.

Was die Untersuchungskommission des neutralen Landes über 90 Seiten ausbreitet, hat mit der sowjetischen Blamage vom Oktober 1981, als ein U-Boot vor dem Marinestützpunkt Karlskrona strandete, nichts mehr zu tun. Die Operation von insgesamt sechs Tauchbooten in den Schären von Stockholm genau ein Jahr später, war Teil und Schwerpunkt einer systematischen militärischen Ausspähung zur Vorbereitung offensiver Aktionen. Die Mini-U-Boote, deren eines bis in den Hafenbezirk vor der Stockholmer Altstadt vordringen konnte, werden von Groß-Booten „huckepack" vor den Einsatzort gebracht, wo sie mittels Raupenketten auf schwierigem Meeresboden-Gelände, in engen Fahrrinnen operieren. Von der Aufklärung bis zur Sprengung von Hafenanlagen – der militärischen Phantasie ist keine Grenze gesetzt.

Der vorzügliche schwedische Untersuchungsbericht kommt zu strategischen Schlüssen: Die Sowjets brechen das Völkerrecht inmitten eines Friedens, den sie offenbar als Zwischenkriegszeit definieren. Sie betrachten die Ostsee einschließlich fremder Territorialgewässer als „Mare nostro", wie Mussolini das Mittelmeer zu bezeichnen beliebte. Die Manöver-Aggression wird mit Unverfrorenheit vorgetragen, durchsichtige, lächerliche Dementis folgen. Die Hegemonialmacht zeigt ihre Folterwaffen vor. Sie ist, wie die U-Boot-Einsätze „über einen großen Teil des Jahres und über einen größeren Teil der schwedischen Ostseeküste, einschließlich der Küste Norrlands" zeigen, zur Einschüchterung des neutralen skandinavischen Landes entschlossen.

Die Kommission übt Kritik an der mangelhaften U-Boot-Abwehr Schwedens. Sie erinnert die Regierung an den Beschluß, gegen fremde U-Boote in schwedischen Territorialgewässern ohne vorherige Warnung Waffengewalt anzuwenden. Die schwedische Neutralitäts-Politik hätte mehr Überzeugungskraft, wäre es im vergangenen Jahr vor Stockholm gelungen, einen der Eindringlinge zu zerstören.

Soares sucht Koalitionspartner

Portugals Sozialisten verfehlen absolute Mehrheit / Gegen eine Minderheitsregierung

rtr/AFP, Lissabon

Nach den Parlamentswahlen in Portugal steht die siegreiche Sozialistische Partei vor heiklen Koalitionsverhandlungen. Wie aus dem gestern veröffentlichten vorläufigen Endergebnis der vorgezogenen Wahlen hervorgeht, verfehlten die Sozialisten (PSP) mit 36,3 Prozent die absolute Mehrheit in der „Versammlung der Republik". Da sie wegen der schweren Wirtschaftskrise des Landes die Bildung einer Minderheitsregierung ablehnen, suchen sie jetzt einen Koalitionspartner.

Das wird voraussichtlich die Sozialdemokratische Partei (PSD) sein, die 27 Prozent der Stimmen erhielt und damit zweitstärkste politische Kraft im Land wurde. Die nach Moskau orientierten Kommunisten kamen auf 18,2 und die Christdemokraten – die zweitstärkste Gruppierung in der auseinandergebrochenen bisherigen Regierungskoalition „Demokratisch-Soziales Zentrum" – auf 12,4 Prozent.

Mario Soares, der wahrscheinliche neue Ministerpräsident, rief nach den Wahlen zu einer gemeinsamen Anstrengung aller Parteien auf, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Er sagte, Koalitionsverhandlungen würden äußerst schwierig werden. Sollten sie scheitern, sei das demokratische System in Portugal gefährdet.

Der Ständige Ausschuß der Sozialistischen Partei trat noch gestern zusammen, um über den Ausgang der Wahlen zu beraten. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich heute tagen.

Das seit 1980 regierende „Demokratische Zentrum" aus Sozialdemokraten, Christdemokraten und Monarchisten hatte bei den Parlamentswahlen 1980 insgesamt 48 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Es war im Dezember, nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise, auseinandergebrochen. Auf die Sozialisten waren vor drei Jahren 28 Prozent der Stimmen entfallen, auf die Kommunisten 17 Prozent.

Das Auszählergebnis von fünf Wahlkreisen lag gestern noch nicht vor. Die Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses wird erst Mitte Mai erwartet.

Auf die 15. Regierung seit Beendigung der Diktatur am 15. April 1974 warten äußerst schwierige Wirtschaftsentscheidungen. Im Land drohen soziale Unruhen; die Beschaffung von ausländischen Krediten wird immer schwerer. Die Arbeitslosigkeit liegt bei nahezu 13 Prozent, die Inflation bei mehr als 22 Prozent. Das Haushaltsdefizit beträgt elf Prozent des Bruttosozialprodukts.

Seite 2: Der Wahlkampf

SPD unterstützt „Aktionswoche"

gba, Bonn

Die SPD will die sogenannte Aktionswoche von Arbeitslosen-Initiativen unterstützen. Die SPD erkenne im Anliegen dieser Gruppen ein Stück ihres eigenen politischen Auftrags und rufe deshalb alle Sozialdemokraten auf, sich an der vom 30. Mai bis 4. Juni geplanten Aktionswoche „in angemessener Weise" zu beteiligen, heißt es in einer Entschließung des Parteivorstands. Die SPD werde zusammen mit den Gewerkschaften versuchen, die Erwartungen, Hoffnungen und die Rechtsansprüche der Arbeitslosen „politikfähig zu machen".

Ausdrücklich verweist die SPD-Entschließung auf den Evangelischen Kirchentag im Juni, der sich mit dem Thema Zukunft der Arbeit befassen werde. Die SPD „als Partei der Arbeit" könne die stillschweigende Spaltung der Gesellschaft in solche, die Arbeit haben, und solche, die keine haben, nicht akzeptieren. Die Bundesregierung stehe dagegen „nicht mehr auf der Seite der Arbeitslosen".

Rakowski droht der „Solidarität"

rtr, Warschau

Die polnischen Behörden wollen gegen alle nicht genehmigten Mai-Kundgebungen vorgehen, zu denen Funktionäre des verbotenen Gewerkschaftsbundes „Solidarität" aufgerufen haben. Mieczyslaw Rakowski, stellvertretender Ministerpräsident, wurde gestern in der polnischen Presse mit der Warnung zitiert, wer die Stabilisierung der Verhältnisse im Land stören wolle, könne nicht mit Nachsicht rechnen. Der Oberkommandierende der Polizei, General Jozef Beim, sprach von der Gefahr eines „Anschlages auf die nationale Existenz" und drohte gleichfalls mit Zwangsmaßnahmen. 1982 waren Mai-Kundgebungen der „Solidarität" noch geduldet worden.

Rakowski gab seine Warnung im Lenin-Stahlwerk von Nowa Huta bei Krakau, einer der früheren Hochburgen des Gewerkschaftsbundes. „Diejenigen, die die Stabilisierung im Lande stören wollen, können nicht mit nachsichtiger Behandlung rechnen", sagte der Politiker.

DGB warnt vor Gefahr für Berlin

Wz. Berlin

Mit „großer Sorge" erfüllt den Berliner Landesbezirk des DGB die Entwicklung der Wirtschaft in der Stadt. Vor allem der Verlust von 20 000 Arbeitsplätzen im Jahre 1982 ist nach Ansicht des Vorsitzenden Michael Pagels eine Bedrohung der Existenzfähigkeit der Stadt. Pagels geht davon aus, daß in diesem und im nächsten Jahr weitere Arbeitsplatzverluste zu befürchten sind. Dem Senat und den Arbeitgeberverbänden wirft er „Schönfärberei" des wirtschaftlichen Erosionsprozesses vor.

Der DGB Berlin begrüßt zwar grundsätzlich die Förderungsmaßnahmen des Senats für mittlere und kleine Betriebe und den Haushalt mit dem deutlichen Akzent für Investitionen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Arbeitslosigkeit bleibe aber die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfehlt. Auch von der Wirtschaftskonferenz in Berlin (im Dezember 1982) erwartet der DGB im Gegensatz zum Senat keine Verbesserung in der Arbeitsmarktlage.

Stockholm legt Beweise für Moskaus U-Boot-Einsatz vor

Kleinst-Schiffe auf Raupen in schwedischen Gewässern

R. GATERMANN, Stockholm

Die Sowjetunion betreibt in den schwedischen Hoheitsgewässern mit konventionellen und Kleinst-U-Booten systematisch gegen Schweden gerichtete Operationen. Zu diesem Schluß kommt ein in Stockholm veröffentlichter Bericht der vom Parlament eingesetzten U-Boot-Untersuchungskommission unter Vorsitz des früheren sozialdemokratischen Verteidigungs- und Außenministers Sven Andersson.

Die Regierung hat sich diesem Ergebnis angeschlossen und gestern nachmittag Sowjetbotschafter Pankin in Stockholm einen scharfen Protest überreicht. Bereits am Vortag war der schwedische Botschafter aus Moskau zur „Information" zurückgerufen worden.

Nach den Angaben des Kommissionsberichts sind im vergangenen Jahr an der Ostseeküste 40 Verletzungen der schwedischen Hoheitsgewässer festgestellt worden, die der Sowjetunion zugeschrieben werden müßten. Dies sind erheblich mehr als in den Vorjahren. Insbesondere befaßt sich der Bericht mit den Vorfällen in dem Marinestützpunkt Muskoe südlich von Stockholm, wo die schwedische Kriegsmarine im Oktober vergangenen Jahres drei Wochen lang nach feindlichen U-Booten geforscht hatte. Obwohl keine Teile der Schiffe gefunden wurden, lassen nach dem Kommissionsbericht optische und magnetische Geräusch- und Signalbeobachtungen sowie die Ergebnisse der nachträglichen Untersuchung des Meeresbodens die Feststellung zu, daß die bis tief in die schwedischen Territorialgewässer eingedrungenen U-Boote aus der Sowjetunion stammen.

Sie gehörten vermutlich zu einem größeren Verband von insgesamt sechs U-Booten, deren Aktivitäten in dem Bericht als Bestandteil einer größer angelegten U-Boot-Operation bezeichnet werden. Während eines der Schiffe normale Größe hatte, handelte es sich bei mindestens zwei der anderen um bemannte Kleinst-U-Boote bisher nicht bekannter Bauart. Das eine wurde konventionell von einer Schraube angetrieben und war mit Raupenbändern ausgerüstet. Das andere verfügte offensichtlich über zwei an den Rumpfseiten angebrachte Schiffsschrauben, sein Kiel hatte sich tief in den Meeresboden eingegraben.

In dem Bericht wird außerdem erwähnt, daß im September vergangenen Jahres sowjetische U-Boote einen amerikanischen Flottenverband bis tief in den Stockholmer Hafen hinein verfolgt haben.

Die Kommission wirft in ihrem 90seitigen Bericht der schwedischen Regierung zu große Sparsamkeit in der Verteidigungspolitik vor. Insbesondere sei die U-Boot-Bekämpfung in den 50er und 60er Jahren zu stark vernachlässigt worden. Die 1982 beschlossenen Maßnahmen seien richtig, aber unzureichend. Die Kommission schlägt deshalb weitere Anschaffungen – unter anderem vier U-Boot-Jagdhubschrauber, Minenräumboote und Unterwasseranlagen – im Gesamtwert von 60 Millionen Mark vor. Die schwedische Sicherheitspolitik dürfe niemals den Verdacht aufkommen lassen, daß schwedisches Territorium für fremde Mächte zugänglich sei

Der Terrorismus nimmt weltweit zu

AP, New York

Die Erfolge der Terroristenfahnder in der Bundesrepublik Deutschland und Italien haben offenbar nichts daran geändert, daß der Terrorismus weltweit in den vergangenen Jahren fast lawinenartig angewachsen ist. Nach Angaben des State Departments in Washington hat die Zahl der bedeutenden politischen Gewalttaten 1982 weltweit von 705 auf 746 noch einmal zugenommen. Im Jahre 1968 waren „nur" 142 terroristische Überfälle gezählt worden.

Die Täter arbeiten immer professioneller. Nach Angaben von Yonah Alexander vom Zentrum für strategische Studien an der amerikanischen Georgetown University sind die politischen Gewalttäter heute „besser organisiert, besser ausgebildet und besser ausgerüstet" als je zuvor. Hinzu komme eine veränderte Strategie: „Heute scheinen Bombenanschläge die beliebteste Taktik zu sein. Doch wir sollten auch mit wirklich hochentwickelten Methoden einschließlich chemischer, biologischer und nuklearer Kriegsführung rechnen."

Die Festnahme zahlreicher führender Terroristen und die gegenüber Gewaltanwendung ablehnende Haltung der Bevölkerung hätten zu einer weitgehenden Austrocknung des „traditionellen" Typs des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Ähnlich sei es in Italien, wo innerhalb weniger Monate Hunderte von Mitgliedern und bekannten Führern der „Roten Brigaden", der „Vorderen Front" sowie faschistischer Terrorgruppen gefaßt wurden. Dagegen habe in Frankreich der Terror im vergangenen Sommer mit 112 Anschlägen innerhalb von nur 30 Tagen einen neuen Höhepunkt erreicht. In den USA stieg die Zahl terroristischer Aktionen im Jahr 1982 von 42 auf 51.

Während sogenannte Stadtguerilla-Gruppen vom Typ „RAF" oder „Rote Brigaden" in den Industriestaaten an Gefährlichkeit eingebüßt hätten, nehme die Bedrohung durch fanatische religiöse und nationalistische Gruppen aus Entwicklungsländern weiter zu. Dabei unternähmen Organisationen wie die Armenisch-Nationalistische Gruppe ASLA Anschläge auch in weit entfernten Staaten, in denen sie über keine verletzliche Infrastruktur verfügen. Wie machtlos selbst ausgefeilte Sicherheitsvorkehrungen gegen Kamikaze-Aktionen seien, zeige der jüngste Anschlag auf die Beiruter US-Botschaft, die vermutlich ein fanatischer Moslem in einem Selbstmordkommando gezündet habe. Die Sicherheitsexperten befürchteten mehr Anschläge dieser Art.

Heute in der WELT



‿iltanz

‿on Jürgen Liminski

Kairo sollte eigentlich ein problemloser Auftakt der Nahost-Reise von US-Außenminister Shultz sein. Aber schon hier offenbart sich den interessierten Zuschauern, daß Shultz' Parcours in Wahrheit ein Seiltanz ohne Netz ist. Mubarak ließ vorab über seine Medien verkünden, die PLO sei für ihn nach wie vor der einzige legitime Repräsentant der Palästinenser; Washington dagegen sähe es heute wieder ganz gern, wenn die arabischen Länder der PLO dieses Mandat entzögen. Riad hat die Welt wissen lassen, daß die Saudis nur den arabischen Plan von Fes, also ihren eigenen, unterstützen wollen. Und Damaskus hat, um die Gewichte auf Shultz' Balancestange ebenfalls noch vor dem ersten Schritt richtig zu verteilen, schon das syrische Nein zu allen Plänen mitgeteilt, die die Präsenz der syrischen Besatzungstruppen in Libanon berühren oder ein Aufleben der Abmachung von Camp David fördern könnten.

Die Erwartungen des Publikums sind also hoch. Nur wenige wünschen, daß der Mann aus Amerika auf dem Seil bleibt. Zu ihnen gehören gewiß die Libanesen, deren Diplomatie von Anfang an auf die amerikanische Nummer gesetzt hat. Aber auch in Israel regen sich Hoffnungen. Washington hat seit Husseins Absage und dem Anschlag auf die Botschaft ein deutlicheres Bild von der Lage in Nahost. Realismus ist erkennbar, wenn Shultz die Bedeutung der PLO herabstuft. Im Weißen Haus hat man auch erkannt, daß der sowjetische Einfluß in der Region bedrohlich wächst, nicht nur via Syrien und PLO.

So bieten sich Washington zwei Möglichkeiten: Entweder man erlaubt den Sowjets weiter, ihre Fäden zu spinnen, oder man entschließt sich, endlich Druck auf die Araber auszuüben, damit diese wiederum Damaskus bedrängen – solange das noch geht. Andropow knüpft eifrig sein nahöstliches Netz, Israel hält das seine bereit. Noch kann Shultz sich aussuchen, in welches er sich und seinen Präsidenten fallen lassen möchte.

Defensive

Von August Graf Kageneck

Früher, als er wollte, hat sich François Mitterrand in den vordersten Schützengraben begeben, um seinen arg bedrängten Sozialismus gegen die anbrandende Welle von Unmut und Enttäuschung zu verteidigen. Auf einer Reise durch Nordfrankreich schlug er einen neuen Ton an. Er beschwor die Franzosen noch einmal, wie schon am 23. März, ihm Vertrauen zu schenken. Aber er drohte auch, die von ihm erfundene „Politik der nationalen Wiederaufrichtung" mit der ganzen Autorität seines Amtes zur Anwendung zu bringen – ein Engagement, das ihn zur Hauptzielscheibe der Kritik macht.

Ist dieser neue Appell zu nationaler Solidarität schon in sich ein Eingeständnis der Schwäche, so droht er ebenso ungehört zu verhallen wie der erste vor einem Monat. Inzwischen hat sich das Getöse sozialer Forderungen und kategorischer Proteste nämlich erheblich verdichtet. Ganze Berufsgruppen erheben sich gegen die Regierung. Ärzte sind ebenso unter den Rebellen zu finden wie Automobilarbeiter oder Bauern. Und in den Universitäten brodelt etwas herauf, das fatal an die große Revolte der „privilegiertesten Kinder der Nation" vor fünfzehn Jahren, also im Mai '68, erinnert. Es scheint, als könne ein Funke genügen, um den Brand zu entfachen.

Ist der Sozialismus in Frankreich bereits gescheitert, noch ehe er Hausrecht erwerben konnte? Gewiß standen einige gute Feen an seiner Wiege, und er konnte auf ein enormes Vertrauenskapital bis weit ins bourgeoise Lager hinein bauen. Aber statt mit dem Pfunde zu wuchern, hat Mitterrands Politik dies binnen 24 Monaten verschleudert. Teure Reformen und überhitzte Geldpolitik zwingen ihn jetzt, dem Volk eine Suppe zu verordnen, die es keineswegs auslöffeln möchte. Die „Enttäuschten des Sozialismus" rüsten sich zum Marsch auf Paris, seine Verteidiger zur letzten Schlacht.

Sextaner-Ebbe

Von Peter Philipps

Der Pillenknick hat bei den Direktoren der Gymnasien Existenzängste ausgelöst. Mit den abenteuerlichsten Aktionen versuchen einige Schulen, die Sextaner-Klassen zu füllen, damit ihr Dasein nicht mangels Schülermasse vom Kultusministerium beendet wird. Andere werben mit pädagogischen Argumenten oder einfach mit Kaffee und Kuchen.

Man könnte solches mit einem Schmunzeln abtun. Denn gegen Wettbewerb im schulischen Bereich ist wahrlich nichts einzuwenden. Und die Eltern haben ja die freie Wahl, auf welches Gymnasium sie ihr Kind schicken: auf das, das die höchsten Leistungsanforderungen stellt, oder auf jenes, das über einen eigenen Badestrand auf Sylt verfügt.

Doch die Gefahren lauern tiefer: Die Existenznöte der Gymnasien angesichts zurückgehender Schülerzahlen drohen Schäden anzurichten, die in etwa den Qualitätsänderungen der deutschen Oberschulen durch die Bildungsreform der sechziger Jahre entsprechen. Denn immer häufiger berichten Lehrer davon, daß Sextaner aufgenommen werden, die man früher angesichts ihrer Leistungen niemals ins Gymnasium hinein gelassen hätte.

Nach dem Niveauverlust durch die quantitativ angelegte Bildungspolitik, die zur Abiturientenschwemme führte, droht uns jetzt ein zusätzlicher Niveauverlust durch den Sextaner-Mangel. Denn der Blick auf die Kapazitäts-Auslastung der eigenen Schule wird dazu führen, daß erneut die Leistungsanforderungen gesenkt werden, um einen möglichst hohen Prozentsatz der Sextaner auch bis zum Abitur durchzuschleusen.

Dabei bietet der Geburtenrückgang gerade für die Pädagogen unendliche Chancen. Nachdem die Schulen in den vergangenen Jahren in so außerordentlichem Maße zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt bekamen, könnte es nun bei stagnierenden Mitteln aber auch geringeren Schülerzahlen echte pädagogische und damit leistungsmäßige Verbesserungen an Deutschlands Gymnasien geben. Die Verantwortlichen bleiben aufgerufen: Wehret den Anfängen eines erneuten Niveauverlustes, den wir uns als Industrienation im internationalen Wettbewerb nicht leisten können.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rauch, aber auch Feuer

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Kanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober nachgeblättert und festgestellt, daß die sechs Punkte zur Deutschlandpolitik, die am Montag von der CSU publiziert worden sind, inhaltlich das wiederholen, was er damals im Parlament vortrug. Da die Regierungserklärung den politischen Willen aller drei Koalitionsparteien proklamiert, könnte man folgern, das deutschlandpolitische Pieken und Quieken zwischen CSU und FDP sei nur mediale Lärmentfaltung ohne sachliche Substanz. Verhielte es sich so, dann handelte es sich um profilneurotisches Geraunze der beiden kleineren Koalitionsparteien, und Graf Lambsdorff hätte recht, wenn er von Wadenbeißerei spricht.

Aber so einfach liegt der Fall nicht. Wenn Strauß die FDP, und Genscher im besonderen, vom Duo Stoiber/Wiesheu zur Wende in der Deutschlandpolitik auffordern läßt, so geschieht das in einem zeitgeschichtlich genau zu bestimmenden Sinn: Es war das Feld der Deutschlandpolitik, auf dem die FDP während ihrer Bonner Oppositionsjahre von 1966 bis 1969 die Hinwendung zur SPD vollzog. Das Ergebnis war die sozialliberale Koalition.

Es bedarf nicht des phänomenalen Gedächtnisses eines alten Elefanten, um herauszufinden, wo das Feuer brennt, das in den letzten Tagen so viel Qualm entfacht hat. Nähern wir uns dem Sachverhalt mit drei Thesen.

These 1: In den Jahren 1966 bis 1969 stand die Willensbildung der Freien Demokraten über die Deutschland- und die Ostpolitik im direkten Zusammenhang mit der Koalitionsfrage. Zwar hat die FDP immer für sich in Anspruch genommen, im Geiste Rathenaus und Stresemanns zu handeln, die – so Erich Mende 1967 – „mit der Freundschaft des Westens im Rücken, die Normalisierung der Beziehungen zum Osten schon zu Zeiten der Weimarer Republik erstrebten" (Adenauer hielt das für eine verderbliche Schaukelpolitik); aber offensichtlich paßte sich die FDP an die SPD an, die in Berlin unter Willy Brandt seit Ende 1963 (Passierschein-Abkommen) eine „Politik der kleinen Schritte" gegenüber Ost-Berlin praktizierte und die 1966 (Dortmunder Parteitag) von Brandt auf eine Politik des „qualifizierten, geregelten und zeitlich begrenzten Nebeneinanders" der beiden Teile Deutschland eingeschworen worden war. Übereifrige Anpasser, die für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eintraten, bezeichnete Mende 1967 als Reformatoren, welche „nur noch mit der SPD zu koalieren bereit sind". Das traf den Nagel auf den Kopf.

These 2: Die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Deutschlandpolitik waren Instrument eines Führungskampfes, der 1967 mit dem Verzicht Mendes auf den Parteivorsitz endete. Abgesehen von einer anderweitigen Ungeschicklichkeit, war es Mendes Widerstand gegen den beabsichtigten „Machtwechsel" in Bonn, der ihn scheitern ließ. Sein Nachfolger wurde Walter Scheel. Noch 1971, auf dem Parteitag der „Freiburger Thesen", kanzelte Scheel Andersdenkende in den eigenen Reihen, die Nationalliberalen, als „gesellschaftspolitische Reaktionäre" ab, die „unbelehrbar Nationalismus und Patriotismus verwechseln".

These 3: Mit ihrer Wende, die 1969 die FDP in eine Koalition mit der SPD führte, haben die Freien Demokraten wesentlich dazu beigetragen, daß die Inhalte der Deutschlandpolitik in einer Weise verändert wurden, die weder die CSU noch die CDU akzeptieren kann. Der Grundsatz, daß Verträge einzuhalten sind, wird davon nicht berührt; er gilt auch für den Grundlagen-Vertrag mit der „DDR". Inhaltliche Gegensätze kamen jedoch in Debatten über den Grundlagen-Vertrag deutlich zum Ausdruck. Gestritten wurde über das Bismarck-Reich. Für die Union sagte Richard von Weizsäcker zum Reichsgründungsjahr 1871: „Von daher – und nur von daher wissen wir heute, daß wir uns als Deutsche fühlen." Carlo Schmid antwortete für die SPD, die „deutsche Nation" sei „mehr ... als das Ergebnis der Schlacht bei Sedan und der Kaiserproklamation in Versailles". Die Union vertrat den Begriff der „Staatsnation". Die Sozial-Liberalen zeigten Sympathien für die „Kulturnation", die Carlo Schmid allerdings als „politische Nation" aufgefaßt wissen wollte. Der entscheidende Unterschied: Die „Staatsnation" ist an den Staat der Deutschen gebunden, ihre Existenz setzt die staatliche Kontinuität von der Reichsgründung bis zur Gegenwart voraus. Die „Kulturnation" gilt historisch als ein Vorstadium der Staatsnation; die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß dieser Begriff mit dem Hintersinn benutzt werden könnte, die Staatsnation zurückzuentwickeln, sie aufzulösen.

Wenn Genscher von der Kontinuität der Deutschlandpolitik spricht, so überkommen Strauß grimmige Zweifel, ob damit die rechtlich abgesicherte, freiheitliche Staatsnation im Sinne des Grundgesetzes gemeint ist, der das Fortbestehen des Deutschen Reiches als Völkerrechtssubjekt zugrunde liegt, oder ob es die FDP weiterhin unwidersprochen läßt, wenn Willy Brandt – wie schon 1969 – erklärt, er habe aufgehört, über eine „Wiedervereinigung" zu reden. Hier dürfen in der Tat keine Unklarheiten bestehen bleiben.

Es ist der CSU – genauer: dem Freistaat Bayern – zu verdanken, daß das Bundesverfassungsgericht Gelegenheit erhielt, in seinem Urteil über den Grundlagen-Vertrag jeden Zweifel daran auszuräumen, daß die „Wiedervereinigung" ein verfassungsrechtliches Gebot ist, wobei von der Existenz „Gesamtdeutschlands" mit einem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk auszugehen ist. Von der FDP muß erwartet werden, daß sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht als ehemaliger Koalitionspartner der SPD nur passiv hinnimmt, sondern daß sie es sich als nunmehriger Partner der Union ausdrücklich zu eigen macht.

Am einfachsten kann das geschehen, indem der Bundeskanzler das Karlsruher Urteil in seiner bevorstehenden Regierungserklärung würdigt und den politischen Willen aller Koalitionsparteien darauf verpflichtet.



Zur Wende aufgefordert: FDP-Chef und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher FOTO: POLY PRESS

IM GESPRÄCH Fred Sinowatz

Kreiskys standfester Erbe

Von Carl Gustaf Ströhm

Als er 1971 die Leitung des Unterrichtsministeriums in der damals noch jungen und schwungvollen Frühzeit der sozialistischen Regierung Kreisky übernahm, wird er an alles mögliche gedacht haben – nur nicht daran, eines Tages selbst einmal Bundeskanzler zu werden oder gar Bruno Kreiskys Nachfolger zu sein. Jetzt ist Fred Sinowatz, der Sozialist aus Österreichs östlichstem Winkel, dem Burgenland, neuer Kanzlerkandidat der SPÖ – und wie immer die Wiener Koalitionsverhandlungen ausgehen, er dürfte der neue Regierungschef der Alpenrepublik werden.

In mehr als einer Hinsicht ist Sinowatz das genaue Gegenteil seines Vorgängers. Dem schwergewichtigen, breitschultrigen Mann fehlt so ungefähr alles, was an Bruno Kreisky bewundert wurde: die Brillanz des Intellektuellen, die Freude am politischen Spiel, die Gabe zum „lauten Denken" und zu bestechenden Formulierungen – und der Spaß, sich auf dem internationalen Parkett zu bewegen.

Sinowatz hat seine politische Laufbahn buchstäblich in der Provinz begonnen. Der heute 54jährige wurde im Burgenland geboren. Sein Familiennahme verrät, daß seine Vorfahren Kroaten waren – Angehörige jenes slawischen Volkes, das von den Habsburgern nach den Türkenkriegen im wiedergewonnenen damaligen West-Ungarn angesiedelt wurden. Sinovac bedeutet auf deutsch „Neffe" oder „Brudersohn". Allerdings – die burgenländischen Kroaten sind stets gute Österreicher gewesen.

Die Gestalt, die scheinbare Schwerfälligkeit des Mannes mögen dazu verleiten, ihn zu unterschätzen. Der studierte Historiker, Germanist und Zeitungswissenschaftler hat sich sowohl in der Landesregierung des Burgenlandes wie seit fast zwölf Jahren als Unterrichtsminister als zäher Arbeiter erwiesen: Jemand, der nicht das Rampenlicht sucht, aber mit vielen Leuten reden kann. Kurzum: eine Integrationsfigur. Vielleicht braucht die nach Kreiskys Abgang verunsicherte und von Flügelkämpfen bedrohte Sozialistische Partei genau einen solchen Mann – keinen brillierenden Überflieger, sondern jemanden, der die verschiedenen Flügel und Interessen auf seinen breiten Schultern zu tragen vermag. Künftige Koalitionspartner, so heißt es, sollten ihn nicht unterschätzen. Hinter Bonhommie und Behäbigkeit verbergen sich bei ihm Standfestigkeit und taktisches Geschick.



Geht einen schweren Weg: Fred Sinowatz FOTO: CAMERA PRESS

Sicher geht Sinowatz einen schweren Weg: Das einst so einfache Regieren mit der absoluten Mehrheit ist vorbei. Viele werden sich fragen, ob mit seiner Kanzlerschaft nicht ein weiterer Abstieg der SPÖ beginnen könnte. Bleibt auch abzuwarten, ob der neue Kanzler und vermutlich baldige SPÖ-Vorsitzende sich aus dem Schatten des übermächtigen Bruno Kreisky freizuschwimmen und seinen eigenen Stil zu entwickeln vermag. Daran wird dann gemessen, ob er nur eine Übergangsfigur sein wird – oder mehr.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen befassen sich mit Honecker-Äußerungen zum innerdeutschen Verhältnis und den Koalitionsquerelen über dieses Thema:

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Es kann nicht überraschen, daß Erich Honecker die Gegensätze in der Koalition eilends für sich auszunutzen versucht. Offenbar schien ihm der Augenblick geeignet, um in der Diskussion über die Transitwege die Flucht nach vorn anzutreten, solange die Regierungsparteien vor allem mit sich selbst beschäftigt sind. Vor wenigen Tagen noch wegen des Falles Burkert in der Defensive, warnt er nun vor einer Belastung des Abkommens und spricht von einer Diffamierungskampagne. Der SED-Chef spürt, daß mit dem tragischen Geschehen in Drewitz die gesamte Abwicklung des Transitverkehrs in den Brennpunkt der Kritik geraten ist. Dem will Honecker mit seinem Wortschwall entgegenwirken. Überzeugender könnte das freilich geschehen, wenn künftig auf die oft rüde Behandlung der Reisenden, auf unverhältnismäßig hohe Geldstrafen verzichtet würde. Daß der erste Mann der DDR im gleichen Atemzuge erneut sein Interesse an „normalen Beziehungen" zur Bundesrepublik bekundet, beweist nur, daß sich an seiner Politik der Wechselbäder nichts geändert hat.

Frankfurter Allgemeine

Die alten Griechen wußten, daß Streiten eine Kunst ist. Sie geht verloren, wenn ein besonders wichtiger Streitgegenstand, die Rede ist von der Deutschlandpolitik, anderthalb Jahrzehnte unter den Teppich gekehrt wird. Das merkt man jetzt. Was im Herbst die Koalition aufschob, verlangt nach dem 6. März sein Recht: Über das innerdeutsche Verhältnis *muß* nachgedacht werden. Daß dafür zwei unbrauchbare Schlagwörter „Kontinuität" und „Wende" angeboten werden, kommt nicht überraschend. Von jeher haben gerade auf diesem Felde die Untauglichsten herhalten müssen, vom „Wandel durch Annäherung" spätestens angefangen. Statt dessen kann es angesichts der Kompliziertheit gerade dieser Thematik und ihres unauflöslichen Zusammenhangs mit dem Großmächte-Verhältnis und der „Großwetterlage" nur um vorsichtige Korrekturen gehen. Die Anmahnungen aus Bayern sind im einzelnen nicht frei von Überspitzungen. Aber an ihrem Grundgedanken ist Richtiges. Vor allem, daß die Begriffe des „Normalen" und des „Nachbarlichen" im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und „DDR" allzulange und allzu beflissen im Ostberliner Sinne definiert worden sind. Es hat mit Nachbarlichkeit nichts zu tun, wenn Deutsche, die miteinander Umgang haben wollen, mit Gewalt daran gehindert werden.

Rhein-Zeitung

Der Landesvorsitzende Strauß will das beträchtlich höhere spezifische Gewicht seiner bayerischen Union zum Tragen bringen und dabei auch seine Führungsrolle ins Bundespolitische ausweiten ... Wadenbeißerei – so nannte Graf Lambsdorff nicht unzutreffend den koalitionären Stellvertreterkrieg, der mit der Deutschlandpolitik an sich nur wenig zu tun hat. Dies zeigte sich an den sechs Orientierungspunkten, welche die CSU präsentierte: Allesamt sind sie in ihrem Kerngehalt zwischen den Koalitionsparteien kaum strittig. Für Kohl aber bleibt es eine Daueraufgabe, jenseits der Wadenbeißerei Übersicht und Gelassenheit zu wahren. Es könnte sein, daß er dazu mehr als bisher aus sich *herausgehen muß. In aller Koalitionsfreundlichkeit*, versteht sich. **(Koblenz)**

Portugal: Benfica interessierte mehr als der Wahlkampf

Drei Männer tragen Verantwortung für die politische Stabilität des Landes / Von Rolf Görtz

Der Wahlsieg der Sozialisten bedeutet noch nicht das Ende der permanenten Regierungskrise in Portugal. Generalsekretär Mario Soares setzt zum zweiten Mal an. Um die Fehler seiner ersten Regierung zu vermeiden, sucht er den breiten Konsens der Sozialpartner außerhalb der Parteien. 1976 hatte der Sieger der ersten freien Wahlen nach dem Zusammenbruch der kommunistisch diktierten Militärregierung mit 37 Prozent der Stimmen eine Minderheitsregierung begonnen. Einen dringend notwendigen Kredit des Weltwährungsfonds zu erhalten tat er sich später mit den Christdemokraten vom rechten Flügel des Parlaments zu einer Koalitionsregierung zusammen. Als die CDS jedoch ihre Mitarbeit aufkündigte, setzte Staatschef General Eanes die Regierung Soares kurzerhand ab. Nacheinander scheiterten drei vom Staatspräsidenten eingesetzte Regierungen am Parlament. Und ganz logisch gaben die Portugiesen danach einer Allianz bürgerlicher Parteien die absolute Mehrheit.

Aber trotz eines starken Rückhaltes im Parlament, zerbrach auch diese Koalition an inneren Streitigkeiten. Der Einiger, den Wähler und Politiker als den Retter feierten, der Ministerpräsident Sa Carneiro kam bei einem Flugzeugunglück ums Leben, bei dem, nach Kenntnis westlicher Regierungen, der KGB die Hand im Spiel gehabt hat. Fast schlagartig löste sich die von Sa Carneiro geschaffene Allianz in ihre Bestandteile auf. Seinem Nachfolger, Pinto Balsemao, fehlte das nötige Charisma, um das Erbe zu halten, und so geriet der Regierungsauftrag der Allianz ins Hintertreffen. Wieder erlebte das Land die Agonie der Uneinigkeit und das lähmende Gerangel um die Spitzenpositionen der Politiker. So blieb Staatspräsident General Eanes nichts anderes übrig, als noch einmal das Parlament aufzulösen und vorgezogene Wahlen ausschreiben zu lassen. Der Wahlkampf aber gestaltete sich ganz anders als bisher. Das lebhafte Interesse eines klug abwägenden Wählervolkes wich einer lähmenden Skepsis. Die Anhänger der Parteien blieben – streng getrennt – unter sich. Niemand interessierte sich mehr wie in den ersten Jahren der Demokratie für die Programme der anderen. Die größte Versammlung während des Wahlkampfes konnte die Mannschaft von Benfica buchen, als sie siegreich von einem Fußballhalbfinale nach Lissabon zurückkehrte.

Dennoch trat das portugiesische Volk an die Urnen; voller Skepsis und ohne wirkliche Zuversicht oder Vertrauen wehrten sich die Portugiesen gegen das Eingeständnis des nationalen Versagens. Ganz offensichtlich sind sich Mario Soares und seine Leute dieser Zurückhaltung und dieser vielleicht letzten Chance vor dem Chaos und einer Systemänderung bewußt. Alle Parteien triumphierten einmal, und alle Parteien scheiterten. Keine konnte ihre Legislaturperiode voll durchstehen. So wählte man jetzt das geringere Übel.

Mario Soares geht voll auf diese Situation ein. Er kehrt nicht den Triumphator von 1976 heraus, als er die Kommunisten in die Schranken wies. Er verzichtete auf jede Ideologie. Sein Appell an den Staatspräsidenten, zusammen mit dem Staatsrat und der Bank von Portugal als erstes den drohenden Staatsbankrott aufzuhalten – das Wort benutzte er nicht, es trifft aber zu –, zeugt von Realismus. Der künftige Regierungschef weiß, daß die wieder angestiegene Kapitalflucht nicht mit dem Strafgesetzbuch zu bremsen ist. Er versprach deshalb Straffreiheit für die Rückkehrer und Investitionsanreize, die sogar eine begrenzte Ausfuhr von Devisen mit einschließen.

Aber dem künftigen Ministerpräsidenten steht ein anderer Zwei-Fronten-Krieg bevor. Ganz klar wiederholte er seine Absage an die Kommunisten: Eine Koalition kommt nicht in Frage, auch keine französische oder griechische Lösung. So wird er schwer ringen müssen, wenn er die Sozialpartner, Unternehmerverbände und Gewerkschaften von „einem sozialen und politischen Waffenstillstand" überzeugen will. Die stärkste Gewerkschaft Portugals ist nach wie vor die kommunistische „Intersindical". Ihr heimlicher Dirigent, KP-Chef Alvaro Cunhal, erklärte bereits: „Nur wenn wir in die Regierung miteinziehen, würden wir mitmachen." Allerdings, die breiten Massen der Arbeiter außerhalb des *Lissaboner* Industriegürtels folgen den Kommunisten seit langem nicht mehr.

Starke Zurückhaltung übt auch die bürgerliche Rechte. Die Christdemokraten unter ihrem jungen Chef Lucas Pires wollen trotz erheblicher Stimmenverluste die gescheiterte Allianz der konservativen Parteien wiederbeleben. Das gleiche strebt der rechte Flügel der in sich uneinigen Sozialdemokratischen – ihrem Inhalt nach eigentlich liberalen – Partei unter Universitätsprofessor Mota Pinto an. Wenn die neue „Regierung des zentralen Blockes", die Koalition von Sozialisten und Sozialdemokraten also, dennoch zustande kommt – und man darf davon ausgehen –, wird es wieder Richtungskämpfe geben. Sie werden es Mario Soares nicht gerade leichtmachen, seinen eigenen linken Parteiflügel zu bändigen.

Neben – eigentlich über – den Parteipolitikern errang in den vergangenen Jahren Staatspräsident General Eanes in weiten Teilen des Landes das Bild des vertrauenerweckenden Schiedsrichters. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob seine Sympathisanten eine eigene Präsidentenbewegung bilden könnten. *So liegt denn die Last der schweren* Verantwortung auf den Schultern von drei Männern: dem wortgewaltigen Sozialisten Mario Soares, dem schweigsam ernsten General Eanes und dem Wiederaufsteiger Mota Pinto. Und keiner empfindet Sympathien für die anderen.

Vorsichtig wehrt sich Bischof Ortega gegen die Sandinisten

Von MANFRED SCHELL

Nicaragua im April 1983, vier Jahre nach der Machtübernahme der Sandinisten: Die Trostlosigkeit beginnt nicht erst in der Hauptstadt Managua, einer Ansammlung von zerstreut stehenden, vielfach vom Erdbeben oder von Kugeln beschädigten Häusern. Der westliche Besucher spürt sie bereits bei der Ankunft auf dem Flughafen, der – wie fast alles hier – Sandino, dem revolutionären Vorbild, geweiht ist. In keinem anderen Land dieser Region müssen so viele Formulare ausgefüllt werden. Sie sind ein Element jenes Überwachungsstaates, des Spitzeldienstes, das die Sandinisten mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) aufgebaut haben. Wie bei der Einreise in die „DDR" gibt es den Zwangsumtausch: 60 US-Dollar pro Person. In den Hotels dürfen Ausländer nur in harten Dollars bezahlen. Wohlmeinende raten, auch bei Telefonaten vorsichtig zu sein. Die Zahl der amtlichen Lauscher ist groß.

Überall an den Straßenecken stehen bewaffnete Jugendliche, oft fast noch Kinder; ein erschütterndes Bild. Die Jugend – die Hälfte der Einwohner ist unter 16 Jahre alt – ist in ihrer Begeisterung die Stütze der Sandinisten. Andererseits aber wird von niemandem – außer den Sandinisten selbst – bestritten, daß vielleicht nur noch 25 Prozent der Bevölkerung hinter den Revolutionären stehen. Das Land ist wirtschaftlich und politisch bankrott. Die Auslandsverschuldung hat eine astronomische Höhe erreicht. Die massive Aufrüstung – das kleine Land hat 138 000 Frauen und Männer unter Waffen – geht zu Lasten des Konsums. Inzwischen fehlt es an Grundnahrungsmitteln. Der Versuch der Sandinisten, diese prekäre Situation mit Haßtiraden gegen die USA zu kontakarieren, zeigt immer weniger Wirkung. Die Opposition im Land, brutal unterdrückt, wächst.

In dem mutigen Erzbischof von Managua, Obando, sehen die Sandinisten einen ihrer Hauptwidersacher. Mehrere Mordversuche sind fehlgeschlagen. Der Erzbischof schweigt nicht, aber er versteht sich auch nicht als eine politische Figur. Nach dem Sonntagsgottesdienst im Vorort St. Domingo sind wir bei ihm zu Gast. Das Gelände, auf dem auch der katholische Rundfunksender steht, ist umzäunt. Erzbischof Obando hat den Sturz des Diktators Somoza im Jahre 1979 gebilligt, ja sogar gewünscht. Nicht wenige Sandinisten haben ihm ihr Leben zu verdanken. Er hat sie durch Interventionen bei Somoza aus der Gefangenschaft freibekommen. Die katholische Kirche, der 90 Prozent der Bevölkerung angehören, hat aber auch schon in einem Hirtenbrief im Jahre 1979 ihre Erwartungen an die Sandinisten formuliert: Selbstbestimmung für das Volk, mehr Menschenrechte, kein Klassenhaß und eine Verringerung der Distanz zwischen arm und reich. Nichts davon ist in Erfüllung gegangen.

Bischof Obando äußert sich vorsichtig. Er spricht von einer „Tendenz" zum linken Totalitarismus in Nicaragua, von mangelndem Pluralismus, von fehlender Meinungsfreiheit. Seine Erklärungen und Sonntagspredigten, die über den katholischen Sender ausgestrahlt werden, unterliegen der Zensur. Die katholische Kirche in Nicaragua ist eine Kirche des Leidens geworden. Um die Macht des Bischofs und der Amtskirche zu schmälern, propagieren die Sandinisten die „Volkskirche". Die Amtskirche macht Front dagegen. Der Papst hat bereits in einem Brief im Jahre 1982 die Gläubigen aufgefordert, sich um ihre Bischöfe zu scharen.

Der Außenminister Nicaraguas soll kürzlich Erzbischof Obando als „Contra-Nummer eins" bezeichnet haben. Das kommt einer unverhüllten Morddrohung gleich. Der Bischof entgegnet, er gehöre keiner politischen Partei an, und er sei auch „kein Contra". Aber er fühlt sich seinen Gläubigen und seinem Land verpflichtet. Beim Abschied hat Erzbischof Obando ein Anliegen. Vielleicht, so fragt er an, gebe es mit Hilfe von außen eine Möglichkeit, die vom Erdbeben zerstörte Kathedrale von Managua wiederaufzubauen. Sechs Millionen Mark wären notwendig.

Die gesteuerten Sprechchöre, die beim Papstbesuch im März sein Meßopfer störten, betätigen sich ansonsten als Schlägertrupps nach dem Vorbild der SA. Die Sprecher der demokratischen, aber nicht zugelassenen Parteien, die aus Todesfurcht noch nicht das Land verlassen haben, wissen davon zu berichten: Parteilokale werden von ihnen gestürmt, Unterlagen werden verbrannt. Viele werden ohne Angaben von Gründen abgeführt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Privatwohnungen von bekannten Parteimitgliedern werden von diesen Schlägertrupps umlagert und mit Parolen besprüht. Die billigste Methode, jemanden zu verunglimpfen und zu verhaften ist, ihn als CIA-Agenten zu bezeichnen oder ihn der „Konterrevolution" zu verdächtigen.

Im Hinterhof ein Gespräch mit Gewerkschaftern

Die Begegnung mit den Sprechern von fünf Parteien, darunter den Christdemokraten und den Sozialdemokraten, findet in sehr einfacher Umgebung, auf einem Hinterhof, statt. Auch Gewerkschafter sind dabei. Sie dürfen keine Versammlungen abhalten. Einer von ihnen formuliert: „Der politische Spielraum ist auf ein Minimum herabgedrückt." Sie schildern die Schikanen. Berufungsgerichte gibt es nicht, ebenso kein Streikrecht, auch keine Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Im letzten Dezember sind 19 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet worden. 13 weitere Mitglieder der Baugewerkschaft sind verschwunden. Kein Mensch weiß, wo sie sind, sagt einer am Tisch.

Über die Aufgaben, die Ausländer für die Sandinisten im Land erfüllen, weiß diese Runde wenig. Kubaner, Bulgaren und Russen seien im Land. Auch hat man von Leuten aus der „DDR" gehört. Es soll vorgekommen sein, daß Kubaner selbst Verhaftungen vorgenommen haben. Trotz ihrem Elend stehen aber die Politiker und Gewerkschafter einer „militärischen Lösung" des Konflikts ablehnend gegenüber. Der Krieg gegen Somoza, so sagen sie, habe 50 000 Tote gekostet und die wirtschaftlichen Schäden seien kaum auszugleichen.

Angesichts der Berichte über Kämpfe im Norden des Landes, im Grenzgebiet zu Honduras, und einer zweiten Front der Opposition im Süden, gewinnt man jedoch den Eindruck, daß die Gesprächspartner „Hoffnung gegen Fakten setzen". Einer von ihnen sieht die Lage durchaus realistisch. „Es kann sein, daß hier in wenigen Monaten ein schrecklicher Krieg im Gange ist." Auch das gehört zu dem Nicaragua unter den Sandinisten: Der Staatshaushalt wird als Geheimsache behandelt. Somit soll geheim bleiben, wie viele Gelder nach Kuba fließen.

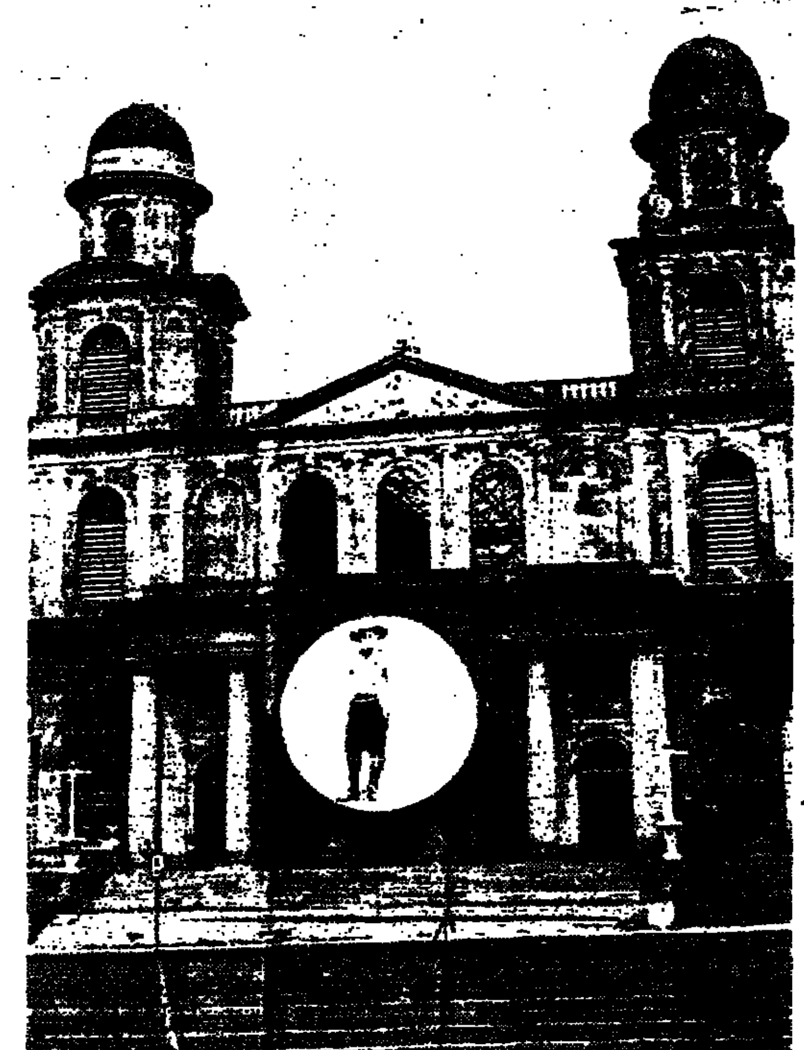
In den Straßen der Stadt ist viel von Korruption die Rede und auch davon, daß prominente Junta-Mitglieder Milliardenbeträge als Vorsorge für den Tag X ins Ausland geschafft haben. Was daran stimmt, ist ebensowenig auszumachen wie die kolportierte Vermutung, die Junta sitze bereits „auf gepackten Koffern".

Besuch bei der „Menschenrechtskommission", die auf privater Trägerschaft ruht und von couragierten Juristen geleitet wird. Wir hören heftige Klagen über das Regime der Sandinisten. Zur Zeit gebe es in den Gefängnissen des Landes – und es werden neue gebaut – 3000 politische Gefangene. Die meisten davon stammen aus der Somoza-Zeit. 600 bis 700 weitere Personen seien unter dem Vorwurf der „Konterrevolution" verhaftet worden und 700 Personen würden, ohne besondere Angabe von Gründen, ständig zwischen den einzelnen Gefängnissen hin- und hertransportiert. In einem Gefängnis in Grenada seien 40 Gefangene erschossen worden.

Die Büros der Menschenrechtskommission wurden mehrfach durchsucht, die Schränke aufgebrochen. Man gibt uns zu verstehen, daß auch Abhöranlagen installiert worden sein könnten. Man verhält sich entsprechend. Von schweren Repressalien gegen die Indios, die an der Atlantikküste leben, ist die Rede. Der Weltkirchenrat hat vor dem Sturz von Somoza eine Hilfe von 40 000 Dollar in Aussicht gestellt und 10 000 davon überwiesen. Nachdem die Sandinisten an die Macht gekommen waren, hat man der Menschenrechtskommission zu verstehen gegeben, der Weltkirchenrat sei nicht mehr an dieser Thematik interessiert, sie solle sich jetzt den Menschenrechtsverletzungen in El Salvador zuwenden.

Bei allem Versuch der Kommissionsmitglieder, Vergleiche zur Somoza-Zeit zu vermeiden, kommen sie doch zu dem Ergebnis, daß heute die Verletzung der Menschenrechte „auf breiterer Ebene stattfindet". Heute gebe es zusätzliche Attacken gegen die Religionsfreiheit, die Familien würden kontrolliert und die Jugend indoktriniert.

Die einzige unabhängige Zeitung des Landes, La Prensa, unterliegt einer scharfen Zensur, die freilich Herausgeber und Redakteure durch besonderen Einfallsreichtum zu mildern versuchen. Ein Beispiel: Als kürzlich der sandinistische Innenminister Thomas Borghe eine Mauer einreißen ließ, brachte „La Prensa" eine Karikatur, die besagte, Borghe dürfe nicht in die „DDR" einreisen, weil er Mauern niederreiße.



Auch die Kathedrale in Managua muß dem Ruhm Sandinos dienen, dem revolutionären Idol Nicaraguas. FOTO: RUEB

Eine Propagandashow des Außenministers

Dem Regime in Nicaragua liegt sehr viel daran, jetzt, wo der internationale Druck wächst, entgegenzusteuern. Die Einstellung der Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung hätte vor allem politisch-psychologische Signalwirkung. Die USA dringen darauf. Außenminister D'Escoto inszeniert für uns Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland eine perfekte Propagandashow. Er spricht von einem „unerklärten Krieg" der USA gegen Nicaragua, er nennt den populären „Commandante Zero", Pastora, der einst an der Seite der Sandinisten an vorderster Front gegen Somoza gekämpft, sich aber jetzt von ihnen abgewandt hat, einen „Verräter".

Kein Wort von den inneren Zuständen in Nicaragua. Der Außenminister blockt ab. Erst müsse sich die Einstellung gegenüber Nicaragua ändern, dann könne man über alles andere sprechen.

Der Frage, warum die Sandinisten Waffen an die Guerrilleros in El Salvador liefern, weicht er aus, ja er leugnet diese Unterstützung. Hier tut sich ein bemerkenswerter Gegensatz zu dem Koordinator der Junta, Daniel Ortega, auf, der am späten Abend Gesprächspartner ist.

Bevor man zu Ortega gelangt, muß man sich Leibesvisitationen unterziehen und Gepäcktaschen durchsuchen lassen. Die Angst vor einem Anschlag ist offensichtlich groß. Überall stehen Jugendliche mit Gewehren in der Hand; an den Wänden liegen Waffen, die herrenlos zu sein scheinen. Ortega leugnet keineswegs die Unterstützung für die Guerrilleros in El Salvador. Er sagte vielmehr, er „schließt nicht die Möglichkeit aus, daß Waffen über nicaraguensisches Territorium nach El Salvador gelangt sind". Auch Ortega macht für Rückschläge die USA verantwortlich. Er räumt Versorgungsengpässe ein, sagt aber, die Bevölkerung habe Verständnis dafür.



Bewaffnete Jugendliche, oft noch Kinder, prägen heute das Bild des mittelamerikanischen Landes. FOTO: DPA

Madame Regnaud kämpft für den Grüngürtel von Paris

Von A. GRAF KAGENECK

Janine Regnaud steht am Fenster ihres Büros im dritten Stock eines Hochhauses aus den roten Klinkern der dreißiger Jahre. Westlicher Stadtrand von Paris, unweit der Porte Maillot, dem Ausfalltor zu den Seine-Höhen von Nanterre. Der Blick fällt auf gleich hohe Betonbauten in etwa zweihundert Meter Entfernung. Sie wurden vor einigen Jahren errichtet, obwohl sie es gar nicht durften. Klarer Bruch mit dem Gesetz, klarer Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens an die Pariser, ihnen ein gesetzlich garantiertes Minimum an Grünland rund um ihre Stadt herum zu erhalten.

Zwischen den Betonhäusern gegenüber und Janine Regnaud liegt ein Niemandsland, in dessen Tiefe, eingeschachtelt zwischen zehn Meter hohen Betonmauern, der „Boulevard Peripherique", die Kreis-Autobahn rund um Paris herum, verläuft. Auch er gehört da nicht hin. Ein ununterbrochenes Dröhnen und Summen, 83 Dezibel vor den Fenstern des Wohnzimmers, leises Zittern der Wände.

Janine Regnaud ist ein weiblicher Michael Kohlhaas des 20. Jahrhunderts. Nichts Besonderes zeichnet sie aus, außer ihren ausdrucksvollen dunklen Augen und der Ebenmäßigkeit ihrer Gesichtszüge. Sie ist weder Anwalt noch Deputierte, ganz einfach Hausfrau und Mutter von drei Kindern, und der Zufall wollte es, daß sie 1972 eine Wohnung hier in der Rue Dobropol direkt am Stadtrand bezog. An einem Stadtrand, der seit Jahren bereits von einer Mafia von Immobilien-Hyänen und Technokraten im Pariser Rathaus in eine außerordentlich einträgliche Weide für unlautere Profite verwandelt wird. Langsam, stückweise, unmerklich für den einfachen Bürger, der es längst verlernt hat, sich gegen die unsichtbaren Machthaber der Administration, gegen „big brother" irgendwo da oben, aufzulehnen und nur noch stumpf sein Schicksal erträgt.

Nicht so Janine Regnaud und einige ihrer Nachbarn. Sie kannten die Geschichte ihrer Stadt, und sie kannten die Gesetze ihrer Republik. 1919 hatte der Gesetzgeber angeordnet, daß die alten Pariser Befestigungsanlagen von 1841, aus denen heraus man sich 1870/71 noch gegen die Preußen verteidigt hatte, geschliffen werden und auf ihrem Terrain Grünanlagen errichtet werden sollten, rund um die ganze Stadt herum und 250 Meter an ihrer schmalsten Stelle breit. Dieser Grüngürtel wurde als „non edificandi" erklärt. Niemand durfte dort bauen. Die einzigen Anlagen, die Staat und Stadt Paris dort errichten konnten, waren Spielplätze, Schwimmstadien und Parks, wobei genau definiert wurde, welche festen Gebäude als Minimum zu einem Spiel- und Sportbetrieb zulässig waren.

Nur im Nordwesten noch ein Stück Grün

Das mindeste, was man sagen kann, ist, daß dieser Grüngürtel 60 Jahre später nicht mehr da ist. Menschliche Bau- und Profitraserei hat ihn aufgefressen, zunächst stückweise, schließlich immer unverfrorener Brocken um Brocken herunterschlingend. Von der Porte de la Chapelle im Norden über die Porte de Vincennes im Osten und die Porte d'Italie im Süden bis zum Bois de Boulogne im Westen ist alles zugebaut, weiß man längst nicht mehr, wo einst Bäume wuchsen und Kinder spielten, sucht man vergebens nach einer Spur von Wiese und Strauch.

Nur im Nordwesten, zwischen der Porte de Maillot und der Porte d'Asnières, klafft ein letztes Stück Grünes. Ein häßliches, ungepflegtes Stück Niemandsland zwischen den letzten Häusern von Paris und den ersten Häusern der „Banlieue", durchzogen von Bauzäunen, Trampelfaden, gelegentlichen Sport-Terrains, bepflanzt von mysteriösen Schildern, auf denen dies oder jenes Bauprojekt, wie der Gesetzgeber es verlangt, der Öffentlichkeit angezeigt wird. Zuweilen hallt der Schritt hohl, wenn der Fuß auf die Betondecke stößt, die man schamhaft über einen Abschnitt der Rundautobahn gezogen hat. Tief unter einem wälzt sich auf 80 Meter Breite achtspurig der Umgehungsverkehr der Riesenstadt dahin.

Um dieses letzte Stück potentiellen Grüns von vier Kilometern Länge kämpfen nun Janine Regnaud und ihre Freunde ihren Kampf, einen Kampf Davids gegen Goliath. 1977 gründeten sie ihre „Interessengemeinschaft zur Erhaltung der Umwelt zwischen der Porte Maillot und der Porte d'Asnières". Heute gehören ihr 700 zahlende Mitglieder an, die sich aus allen umliegenden Vierteln und Vororten rekrutieren. Alle zwei Wochen gibt es eine Versammlung, auf der der Vorstand den neuesten Stand der Kämpfe an den vielen Fronten der Administration bekannt gibt. Die Kämpfer müssen sich fast alleine schlagen, gegen die Stadt, gegen den Gesetzgeber, gegen die Experten des Stadtrats und gegen die Bau-Unternehmer, die alle unter einer Decke stecken.

Die Mafia schlägt sich wie der Teufel

Gegen eine ganze Reihe von Erlassen aus den dreißiger, den fünfziger, ja den siebziger Jahren, die jeder für sich ein Stück mehr aus der Grünfläche von 1919 herausbrachen, können sie nichts mehr unternehmen. Vier Jahre nach der Veröffentlichung eines Bau-Dekrets kann man es juristisch nicht mehr anfechten. Und die „Mafia" schlägt sich wie der Teufel. Jeder hat handfeste Interessen zu verteidigen. Die „Promoter" bekommen ihr Terrain von der Stadt beinahe umsonst, machen also bei Baupreisen von bis zu 14 000 Franc pro Quadratmeter (5000 DM) phantastische Gewinne, während die Stadt von einem bebauten Gelände natürlich mehr Steuern einnimmt als von einem nackten Acker. Grotesk an der Sache ist, daß die Umweltgeschädigten sämtlich der gehobenen Mittelklasse angehören, die traditionell rechts gewählt, und daß sie sich gegen den Oppositionsführer Jacques Chirac schlagen müssen, der als Bürgermeister von Paris alle diese illegalen Transaktionen stillschweigend billigt. Noch grotesker, daß der Abgeordnete des 17. Pariser Arrondissements, dem es normalerweise obliegt, die ihm anvertrauten Wähler gegen die Willkür des Staates in Schutz zu nehmen, ein gewisser Bernard Pons ist, Generalsekretär der gaullistischen Partei und als solcher engster Vertrauter Chiracs.

Die Leute um Janine Regnaud lassen sich von dieser politisch-administrativen Kabale nicht verwirren. Sie sind von Stufe zu Stufe die steile Leiter der juristischen Möglichkeiten hinaugeklettert und schließlich vor dem Conseil d'Etat, dem Staatsrat höchster verwaltungsgerichtlicher Instanz, angekommen, und der hat ihnen in einem ersten Fall recht gegeben mit ihrer Klage, eine Baugenehmigung zu annullieren und einige bereits begonnene Gebäude wieder abzureißen. Ob es zu einer Ausführung des Rechtsbeschlusses kommt, wagen sie sogar zu hoffen. In Cabourg an der Kanalküste hat eine Einwohnerin nach jahrelangem Musterprozeß den Abriß eines zu Unrecht gebauten Hauses erreicht, das ihr die Sicht aufs Meer nahm, und die Abbruchhämmer haben ihr Werk begonnen. Warum sollte es zwischen Maillot und Asnières nicht auch so sein, fragen sie. „Wir führen einen beispielhaften Kampf für viele, nicht nur in Frankreich, in ganz Europa", sagt Janine Regnaud und blitzt mit ihren schwarzen Augen.

Wörner fordert Zweibahnstraße in der Rüstung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat den amerikanischen Kongreß nun auch öffentlich aufgefordert, die Exportbeschränkungen für europäische Rüstungsgüter wiederaufzuheben.

Die Sondermetallklausel (Speciality Metals Clause) verbietet es den US-Streitkräften, Waffen und Geräte zu kaufen, in denen importierte Legierungen verwendet werden. Vor der „Gesellschaft für Wehrtechnik" verdeutlichte Wörner „vitalstes Interesse" an einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie. Denn diese sei die Voraussetzung zum Gelingen einer „Zweibahnstraße" für die wehrtechnische Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa. Das amerikanische Hemmnis Sondermetallklausel, sagte Wörner, müsse fallen.

Grundsätzlich bekannte sich der Verteidigungsminister zur Notwendigkeit einer wehrtechnischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, die aber nicht autark sein dürfe, sondern im Sinne der Arbeitsteilung im atlantischen Bündnis auf Zusammenarbeit ausgerichtet sei. Er kündigte weitere Anstrengungen an, die Finanzmittel für Forschung und Entwicklung auf wehrtechnischem Gebiet trotz allgemeiner Geldknappheit im Bundeshaushalt weiter zu erhöhen. Wenn er beim Finanzminister durchdringt, will Wörner im Verteidigungsetat 1984 für Forschung und Entwicklung 165 Millionen Mark mehr aufwenden als im Haushalt dieses Jahres. Der Minister bezeichnete es als nicht hinnehmbar für die deutsche Volkswirtschaft und ihren „Status als industrielle Großmacht", wenn die Forschung im wehrtechnischen Bereich hinter vergleichbaren Ländern zurückbleibe.

Für Wörner rangiert in der Prioritätenliste der Verteidigungsaufgaben „der Mensch mit absolutem Vorrang" vorne, denn der Wert einer Armee messe sich an „Geist, Haltung und Charakter der Soldaten". Sie brauchten deshalb die richtige Ausbildung, Führung und Dienstaufsicht. Dieser Aufgabe nachgeordnet sei wegen des „horrenden Zwangs zur Sparsamkeit" die Rüstungsplanung.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Ristock ernannte sich selbst zum Kandidaten

Aus Bonn fand sich kein Nachfolger für Hans-Jochen Vogel

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wenn die Karteien noch stimmen, setzen 27 000 Berliner Sozialdemokraten ihre Hoffnung nun auf Harry Ristock. Der 55jährige Ex-„Falke", Anti-Vietnam-Marschierer, Bausenator, heutiger Unternehmer in der Metallbaubranche und zu Helmut Schmidts Kanzlertagen das geölte Scharnier zwischen Alt-Linken und Rechten auf SPD-Bundesebene, soll 1985 den nahezu aussichtslosen Wahlgang gegen Richard von Weizsäcker gehen. Ristock trat gestern an Hans-Jochen Vogels letztem Parlamentarier-Tag an der Spree dessen Nachfolge als SPD-Spitzenkandidat an. Am 27. September folgt die formelle Ernennung.

In einer rasanten Folge zeitlich optimal plazierter lokaler Fernsehauftritte und Presse-Porträts hatte sich der ostpreußische Landwirtssohn selbst und ungefragt die Kandidatenlast auf die Schultern gewuchtet. „Ich halte mich für den geeignetsten Kandidaten. Dies ist ein Begriff aus dem Beamtenrecht", motiviert der Politologe und Gärtner aus Liebe seinen kühne Selfmade-Kandidatur.

Daß Vogel die Berliner SPD mit leeren Händen und ohne Einführung eines präsentablen Nachfolgers aus der Heerschar funktionsloser Bonner SPD-Spitzen verläßt, erleichterte Ristock den Personal-Coup des Jahres wesentlich. Denn bis auf Reinhard Ueberhorst, dem das Comeback in der schleswig-holsteinischen SPD mißlang, ist die gesamte Vogel-Truppe des Januar 1981 längst in alle Winde zerstoben. Die damalige Expedition Vogels nach Berlin, der auszog, im Bündnis mit einer wankelmütigen FDP die SPD-Macht um jeden Preis zu bewahren, endet ohne Spuren. Wie herzlich unlieb dem scheidenden Politiker die Ristock-Lösung ist, die seine eigene Theorie von der „Erneuerung" in Berlin zur Chimäre gerinnen läßt, erhellt schon der Umstand, daß er auf Ristocks Selbstproklamierungs-Feldzug überhaupt nicht reagierte. „Wir haben weder über meine Bewerbung geredet noch hat er mich danach darauf angesprochen", sagt Ristock.

Der Berliner SPD, die noch immer wie versteinert den Machtverlust in diesem Jahrzehnt beweint, fällt das Ja zu Ristock trotz aller Vorbehalte wegen dessen Abneigung gegenüber systematisch-organisatorischer Arbeit vor allem deshalb leicht: Nach dem Vogel-Intermezzo will sich die Partei nicht abermals auf eine Galionsfigur aus Bonn verlassen.

Anders als die nördliche und südwestliche SPD, die auf Björn Engholm und Volker Hauff zurückgreifen kann, weil sie beizeiten Nachwuchs-Pflege trieb, „verbrannte" die Berliner Sozialdemokratie ihre hoffnungsvollen Vierzigjährigen nach dem Garski-Skandal. Stobbe, Klaus Riebschläger, der politische „Computer" der Partei, und andere Talente waren unter Vogel als angebliche Hauptschuldige am Desaster der Partei ausgemacht und ohne innere Aufarbeitung der Vorgänge ins Abseits gestellt worden.

Ristock entging dem innerparteilichen Scheiterhaufen nur mit List, Charme und dem im nachhinein für seine weitere Karriere wichtigen Rücktritt aus freien Stücken im Januar 1981. So blieb er vom Garski-Eklat unbelastet und vermochte es auch, Kritik an den durch seine Politik mit verursachten Hausbesetzer-Unruhen zu parieren.

Welchen geringen Stellenwert für Sozialdemokraten heute die Sisyphus-Arbeit einer Opposition in Berlin besitzt, lehrten die vergeblichen Anstrengungen des SPD-Landesvorsitzenden Peter Ulrich. Landauf, landab bot er zuletzt „wie sauer Bier" die Vogel-Nachfolge nacheinander Egon Bahr, Anke Fuchs, Frank Dahrendorf, Olaf Sund, Volker Hauff, Klaus Bölling und Günter Gaus an. Aber sie alle mochten nicht.

Schon einmal, 1977, unternahm Ristock einen Anlauf auf Berlins höchstes Amt: Damals gewann Dietrich Stobbe im Wettlauf mit Ristock und Hans-Jürgen Wischnewski. In der Tatsache, ein Anti-Typ zu Weizsäcker zu sein, liegt nach Ristocks Einschätzung seine Wahlchance von 1985, „wo er weit über 40 Prozent" zu holen meint. Mit Herz und Seele will Ristock an veredelte plebejisch-sozialdemokratische Ur-Substanzen der Berliner rühren. Das verdorrte Selbstbewußtsein der Genossen möchte Ristock mit Antrittsbesuchen beim Bundeskanzler und geistlicher wie weltlicher Prominenz in West und Ost neu erwecken.

Falls er 1985 nicht an der Wahlurne reüssiert, will Ristock dennoch weiter den politischen Acker pflügen: „Ich bin dann sicherlich auch für 1989 Kandidat!" In jedem Falle wäre dann nicht mehr Weizsäcker sein Gegenspieler.

Die Basis steht hinter Worms

Die CDU in NRW wählt ihren Spitzenkandidaten / Punktvorteil für Biedenkopf

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Spruch des Präsidiums der nordrhein-westfälischen CDU am späten Montagabend hat die Partei von einer Spannung befreit, an der sie zu ersticken drohte. Er stellt jetzt klar, wie, wer und wann entscheidet, ob Bernhard Worms oder Kurt Biedenkopf im Landtagswahlkampf 1985 Johannes Rau, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, herausfordert. Bis zum 7. Mai, wenn die paritätisch besetzte Landesversammlung der Rheinländer und Westfalen ihre gemeinsame Nummer eins voraussichtlich in Duisburg kürt, bleibt nur noch die Spekulation um Sieger und Verlierer.

Monatelang währte der Streit, den beide Seiten mit allen Mitteln führten. Eine Zeit, in der die politischen Initiativen der Opposition wie gelähmt schienen. Zur Freude der in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten, die meinten, von ihrer eigenen Schwäche ablenken zu können in dem Tenor: Wer soll schon eine Opposition ernst nehmen, die in sich so heillos zerstritten ist? Doch verfolgte die SPD die zeitweilig an groteskes Schattenboxen erinnernden Kämpfe zwischen Worms und Biedenkopf nicht nur hämisch. Sie muß sich ernste Gedanken machen über den Herausforderer von Johannes Rau.

Wer wird 1985 die Bürger des bevölkerungsreichsten Bundeslandes mehr an sich binden können? Der exzellente Denker Kurt Biedenkopf oder der volkstümliche Worms? Hirn oder Herz? Eine der wichtigsten Eigenschaften, denen Johannes Rau seit 1980 die absolute Mehrheit verdankt, ist die umarmende Politik des Spitzengenossen: keine konkreten Aussagen, aber wohlklingende, Gefühle weckende und Geborgenheit signalisierende Parolen wie „Solidarität, aufeinander zugehen, Gemeinschaft aller Demokraten". Rau erwies sich als Meister dieser Harmonielehre. Und auf ähnliche Weise kommt auch Bernhard Worms ins Gespräch mit den Menschen: In einer Region, die als Heimat der Sozialdemokratie als „Herzkammer" (Herbert Wehner) gilt, machte er mit großer Einsatzbereitschaft Terrain für die CDU gut.

Seine „Politik mit Herz" verfing so nachhaltig, daß sich die Union im Revier von der magischen 30-Prozent-Grenze bei der Bundestagswahl löste und mit gut fünf Prozentpunkten Zuwachs einen erheblichen Anteil am Sieg der Union am 6. März in Bonn hatte. Worms erscheint der Basis als einer der ihren, als der redliche Politiker, der in erster Linie durch selbstlosen Einsatz Ideen und Initiativen auch politisch durchsetzen kann. Sein Wahlspruch im rheinischen Dialekt kommt an: „Dun wat de kanns, dun et nit halv, dun et janz."



Kurt Biedenkopf hat im Ruhrgebiet einen schweren Stand

FOTO: POLY PRESS

Das bedarf keiner Übersetzung – nicht im Ruhrpott oder im Westfälischen. Es kennzeichnet auch die Überzeugung, die immer weitere Kreise der Bevölkerung erfaßt: Leistung ist kein Schimpfwort mehr, Einsatzfreude ist wieder gefragt, Zweifel nicht erwünscht. Worms geht auf die Leute zu und fragt, welche Probleme sie haben. Biedenkopf dagegen fragt nicht, er hat die Problemlösung schon parat. Kein Zweifel: Er ist der intellektuelle Kopf, der sich kein Sentiment erlaubt. Und wenn er Gefühl zeigt, nehmen es ihm die Leute nicht mehr ab.

Vordergründig, so scheint es, hat Kurt Hans Biedenkopf auf der Präsidiumssitzung, die in mehr als vier Stunden „Schritt um Schritt" um Kompromisse rang, einen Punktvorteil errungen. Denn die Westfalen bestanden darauf, daß der Kandidat von der 314 Mitglieder zählenden Landesversammlung gekürt werden sollte. Ihnen – und Biedenkopf – erschien dieses als geeignet, nicht nur, weil es mehr zufällig zusammengesetzt ist. Die Anhänger des Professors rechnen fest damit, daß ein eloquenter Kandidat in guter Tagesform am 7. Mai die Delegierten sozusagen überredet. Und hier liege der Vorteil bei ihrem Landesvorsitzenden – gleichzeitig mit dem Amtsbonus des Oppositionsführers im Düsseldorfer Landtag versehen.

Die Rheinländer dagegen befanden, ein qualitativ ausgesuchtes Gremium sei die geeignete Meßlatte, an die der Kandidat gestellt werden müsse. Ihnen erscheint die Alternative eines Gremiums aus den je 27 Kreisvorsitzenden und der beiden Vorstände als besonders geeignet. Die Landesversammlung – so der Präsidiumsbeschluß – soll nun am 7. Mai entscheiden. Also doch ein Vorteil für Biedenkopf?

Die zweite Vereinbarung sieht jedoch vor, daß das von Worms vorgeschlagene Gremium unmittelbar vor der Landesversammlung einen Kandidatenvorschlag machen wird. Und kaum jemand zweifelt, daß sich das 314-Gremium gegen eine Empfehlung der führenden Männer der Partei auflehnen könnte. Allerdings könne – so räumt Biedenkopf ein – aus der Landesversammlung heraus dennoch ein Gegenkandidat vorgeschlagen werden. Also doch ein Vorteil für Worms, der darauf hoffen darf, in der Versammlung der Vorstände und Kreisvorsitzenden nominiert zu werden? Denn die Rheinländer – so eine Probeabstimumung – stehen eindeutig hinter Worms. Biedenkopf dagegen erhielt in einem gleichartigen westfälischen Gremium nur 70 Prozent Zustimmung.

Am vergangenen Wochenende stimmten von den 58 Sitzungsteilnehmern 41 für ihn, 15 gegen ihn und 2 enthielten sich. Biedenkopf hält das für ein „ehrliches Ergebnis", das ihm lieber sei als eine bloße taktisch bedingte Einstimmigkeit. Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Vorsitzender der CDA, fand die für die Union allein entscheidende Formel: „Ich sehe keinen Grund, die Entscheidung an der Linie ‚hier Rheinland, dort Westfalen' zu orientieren. Es geht allein um die Frage, wer besser geeignet ist, Johannes Rau im Amt des Ministerpräsidenten abzulösen: Biedenkopf oder Worms."

Niedersachsen: Streit um Dragahn

AP/dl. Hannover

Im Niedersächsischen Landtag haben sich gestern drei der vier Fraktionen für eine Wiederaufarbeitung verbrauchter Brennstäbe aus Atommeilern ausgesprochen. Doch während sich die regierende CDU für eine entsprechende Anlage in Dragahn bei Gorleben im Zonengrenzkreis Lüchow-Dannenberg einsetzt, lehnten die Oppositionsparteien SPD und FDP den vorgesehenen Standort, nicht aber die geplante Einrichtung selbst ab. Die Grünen bezeichneten die atomare Energiepolitik als verhängnisvoll und kündigten Widerstand gegen Standortpläne und die Wiederaufarbeitung an. Ministerpräsident Ernst Albrecht sagte, an der Entsorgung führe kein Weg vorbei: „Wer Kernenergie einsetzt, muß die Kernkraftwerke entsorgen."

In seiner vom Beifall der CDU und Mißfallensäußerungen der Opposition begleiteten Regierungserklärung zur Energiepolitik begründete Albrecht den Beschluß seines Kabinetts vom 22. März für Dragahn. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) in Hannover habe Ende 1982 ihren Antrag für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen zurückgezogen und sich für Niedersachsen und Bayern (Schwandorf) ausgesprochen, erläuterte der Regierungschef. Nachdem das Kabinett die Bereitschaft mitgeteilt habe, einen DWK-Antrag entgegenzunehmen, habe die Gesellschaft im März dieses Jahres als Standort Dragahn genannt. Beide Anträge für Schwandorf und Dragahn sollten nach gleichen Kriterien und Absprachen beider Regierungen geprüft werden.

BGH-Urteil zu ungeborenem Leben

rtr/DW. Karlsruhe

Ungeborene sind nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) vor Einsetzen der Eröffnungswehen im strafrechtlichen Sinn nicht als Menschen zu betrachten. Mit seiner Entscheidung, die gestern in wesentlichen Auszügen veröffentlicht wurde, sprach der Dritte BGH-Strafsenat einen Arzt in der Revisionsverhandlung vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Der Mediziner hatte nach den Feststellungen des Gerichts durch einen Behandlungsfehler an einer Patientin im neunten Monat die Totgeburt des an sich lebensfähigen Kindes mitverursacht (AZ 3 StR 25/83).

Meinem geliebten Mann, unserem gütigen, liebevollen Vater, Schwiegervater und Opa, unserem treusorgenden Onkel, unserem Schwager und Cousin, dem von allen geschätzten aufrichtigen Freund

Dr. jur. Günther Sassmannshausen

14. Juli 1908 22. April 1983

ist ein langer, schwerer Leidensweg auferlegt worden, von dem er heute erlöst wurde.

Sein Leben war erfüllt von unermüdlicher Fürsorge und Hingabe an seine Familie.

Wir nehmen in tiefer Dankbarkeit von ihm Abschied

Marga Sassmannshausen geb. Hinrichsen
Anke Sassmannshausen
Knud Sassmannshausen
und Frau Ingrid geb. Jaques
Gudrun Sassmannshausen
Familien Hinrichsen, Schenk,
Dabelstein, Schrader
Gertrud Voss geb. Hinrichsen
drei Enkelkinder

Hamburg 52, Kleinflottbeker Weg 87

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Großflottbek, Stiller Weg.
Die Beisetzung erfolgt im Anschluß daran im Familien- und Freundeskreis.

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser hochgeschätzter Seniorchef

Dr. jur. Günther Sassmannshausen

Regierungsrat a. D., Rechtsanwalt

nach langer, schwerer Krankheit am 22. April 1983 im 75. Lebensjahr von uns gegangen ist.

Vier Jahrzehnte lang hat er sich unermüdlich mit seiner ganzen Kraft für den Wiederaufbau des Familienunternehmens eingesetzt und sich maßgeblich der Gründung verschiedenartiger Firmen gewidmet.

In hervorragender Weise hat er sich durch den Bau neuer Werke und durch Rat in verschiedenen Gremien um die Geschicke der Kalksandsteinindustrie bemüht.

Seine großen menschlichen Qualitäten, sein ausgeprägtes Pflichtbewußtsein und seine Zuverlässigkeit verschafften ihm hohes Ansehen und Achtung bei allen Geschäftspartnern. Uneigennützig hat er seine Arbeitskraft seiner großen Familie gewidmet. Den vielen langjährigen Mitarbeitern war er Vorbild und verehrter Chef, für ihre Anliegen zeigte er immer großes Verständnis.

Wir werden ihm in großer Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesellschafter und Mitarbeiter der Firmen

Claus Hinrichsen KG
Hamburg
Hartsteinwerk Goch

Hartsteinwerk Monheim
Sassmannshausen & Schenk KG
Monheim-Baumberg

und alle angeschlossenen Firmen

Hamburg 11, Mattentwiete 5

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Großflottbek, Stiller Weg.
Die Beisetzung erfolgt im Anschluß daran im Familien- und Freundeskreis.

Am 22. April 1983 verstarb der Mitgründer und langjährige geschäftsführende Gesellschafter unseres Unternehmens

Dr. jur. Günther Sassmannshausen

im 75. Lebensjahr nach einem langen, schweren Leiden.

Über drei Jahrzehnte hat er mit seinen Partnern die weitverzweigten Aktivitäten unseres Unternehmens geleitet und mit seinen Kenntnissen und seiner Vielseitigkeit entscheidend zum Erfolg beigetragen.

Ihn zeichneten dabei vor allem sein großes Pflichtbewußtsein und sein nie ermüdender Einsatz, seine Aufrichtigkeit und warme Menschlichkeit aus.

Seine herausragende Persönlichkeit hat ihm im In- und Ausland Anerkennung und Hochachtung gebracht. Er war auch in schwierigen Zeiten ein gütiger Freund und Berater. Seine Mitarbeiter haben ihn als einen guten, gerechten und warmherzigen Chef verehrt. Wir nehmen in großer Dankbarkeit von ihm Abschied.

Seine Leistungen sind uns Vorbild und Verpflichtung.

Gesellschafter und Mitarbeiter
der
ROHAG
Schenk & Sassmannshausen KG
Hamburg

Hamburg 11, Mattentwiete 5

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Großflottbek, Stiller Weg.
Die Beisetzung erfolgt im Anschluß daran im Familien- und Freundeskreis.

Statt Karten

Durch einen tragischen Unfall wurde mein lieber Mann, unser lieber Vati und unser lieber Großvati plötzlich und unerwartet von uns genommen.

Hans Ludwigs

* 7. 10. 1904 † 20. 4. 1983

Er wird uns immer ein Vorbild bleiben und wir werden ihn nicht vergessen.

Anna Marie Ludwigs
Andreas und Dita Ludwigs
Annakatrin Ziesche geb. Ludwigs
Ingeborg und Glen Morgan
und die Enkelkinder
Michael, Angelika und Dirk

1000 Berlin 38
Rolandstraße 9

Die Trauerfeier hat in aller Stille im Kreise der Familie stattgefunden. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen. Anstelle von Kranzspenden bitten wir um Überweisung zugunsten der SOS-Kinderdörfer auf das Konto Hermann-Gmeiner-Fond Deutschland e. V., Postscheckamt München, Konto-Nr. 80 521-801.

Wir trauern um unseren Senior und langjährigen Freund

Johann Ludwigs

Er verstarb an den Folgen eines tragischen Verkehrsunfalles am 20. April 1983 im Alter von 78 Jahren.

Wir haben ihm viel zu verdanken und werden ihn stets in bester Erinnerung behalten. Sein Lebenswerk werden wir in seinem Sinne fortsetzen.

Ludwigs & Semrau-Berlin GmbH
Joachim Semrau und Mitarbeiter

1000 Berlin 12
Kantstraße 165

Die Trauerfeier hat in aller Stille im Kreise der Familie stattgefunden. Anstelle von Kranzspenden bitten wir um Überweisung zugunsten der SOS-Kinderdörfer auf das Konto Hermann-Gmeiner-Fond Deutschland e. V., Postscheckamt München, Konto-Nr. 80 521-801.

Späth will Initiative gegen Giftmüll starten

Länderarbeitsgemeinschaft Abfall tagt morgen in Bonn

XING HU-KUO, Stuttgart

Zu einer „Sondersitzung" tritt morgen im Innenministerium in Bonn die „Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA)" zusammen. Wie der baden-württembergische Regierungssprecher Matthias Kleinert mitteilte, wird die auf Initiative dieses Bundeslandes zustande gekommene Zusammenkunft der Abfall-Experten aus der ganzen Bundesrepublik die Konsequenzen aus der „Seveso-Giftmüllaffäre" beraten.

Neben einem Entwurf von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) für eine Veränderung des Abfallbeseitigungsgesetzes wird auch die europäische Initiative des Stuttgarter Regierungschefs dort zur Sprache kommen.

Späth hatte in der vergangenen Woche bei einem eintägigen Besuch in Mailand mit dem Präsidenten der Region Lombardei, Giuseppe Guzzetti, gemeinsame Initiativen in Rom und Bonn in dieser Sache vereinbart.

Diese Vereinbarung ist um so bemerkenswerter, da der Regionschef, in dessen Gebiet der Seveso-Skandal geschah – derzeit läuft in der Stadt Monza auch der Prozeß gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen für diese Umweltkatastrophe –, wenige Tage vor Späths Besuch massive Angriffe gegen Bonn gerichtet hatte. Guzzetti warf der Bundesregierung vor, in Sachen verschwundener Giftfässer ihr eigenes „schlechtes Gewissen" verbergen zu wollen.

Nach harten Gesprächen gelang es Baden-Württembergs Regierungschef jedoch, die Kritik abzuschwächen und Gemeinsamkeiten herzustellen. Im einzelnen schlugen Späth und Guzzetti vor: ein europäisches Abkommen über eine „lückenlose Kontrolle" von Transporten mit Giftmüll anzustreben. Für solche umweltgefährdenden Transporte sollen spezielle Übergangsstellen geschaffen werden, die von Umweltspezialisten geleitet werden. Der Zoll sei für solche Aufgaben überfordert.

Späth und sein italienischer Gastgeber schlugen sodann vor, Transportunternehmen für solche Abfälle zu lizenzieren, um „Briefkastenfirmen" von vorneherein vorzubeugen.

Der Stuttgarter Regierungschef regte ferner den Einsatz von Computern bei der Kontrolle der Giftmüllbeseitigung an. Er verwies dabei auf das Beispiel Baden-Württemberg, wo es bereits solche EDV-Anlagen in diesem Bereich gebe. Kopien der Begleitscheine solcher Transporte würden schon jetzt an die Landesanstalt für Umweltschutz weitergeleitet. Auch Bayern sei dabei, ein solches Computer-Kontrollsystem einzuführen, sagte Späth.

Mitte dieses Jahres wird die einzige Sondermülldeponie des Landes in Malsch (im Rhein-Neckar-Kreis) übrigens geschlossen. Eine ultramoderne Anlage in Billigheim im Neckar-Odenwaldkreis übernimmt dann diese Aufgabe. Hier hat das Computerzeitalter in der Abfallbeseitigung schon begonnen. Die Ausrüstung der neuen Deponie, so der Sprecher des Umweltministeriums, sei das Modernste auf diesem Gebiet.

ÖTV-Vorsitzende droht jetzt mit „härterer Gangart"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die dritte Runde der Tarifverhandlungen für die rund 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst soll am DFnnerstag nun endlich Verhandlungen bringen, die diesen Namen auch verdienen. Traditionell werden bei der ersten Begegnung der Tarifparteien – Bund, Länder und Gemeinden auf der einen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite – nur die jeweiligen Positionen über die Ausgangslage ausgetauscht. Die zweite Verhandlungsrunde gestaltete sich diesmal wider Erwarten sehr kurz, weil die Gewerkschaften, voran die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), das Arbeitgeberangebot von zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt bei vier Leermonaten (in denen das jetzige Einkommen weitergezahlt werden soll) als „Provokation der Mitglieder" empfanden.

Morgen nun erwartet die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies ein „erheblich verbessertes Angebot". Erstmals in dieser Tarifrunde, die sich bisher durch moderate Töne der Chefunterhändler, Innenminister Friedrich Zimmermann und Frau Wulf-Mathies, ausgezeichnet hatte, drohte die ÖTV-Vorsitzende jetzt mit einer „härteren Gangart", falls die Arbeitgeber ihr Angebot nicht verbessern.

Die OTV hat generell als Ziel der diesjährigen Tarifrunde genannt, „mindestens einen Ausgleich der zu erwartenden Preissteigerung zu erreichen und den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung zu sichern". Konkret fordert sie:

- Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 110 Mark monatlich.
- Verbesserte Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung, vor allem ein verbesserter Kündigungsschutz und
- 30 Tage Urlaub pro Jahr für alle Beschäftigten.

Die Arbeitgeber haben zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt geboten, die allerdings nicht, wie von der ÖTV gefordert, zum 1. März – dem Stichtag für einen 12monatigen Tarifvertrag – wirksam werden sollen, sondern mit viermonatiger Verspätung. 30 Tage Urlaub wollen die öffentlichen Arbeitgeber nur den über 40 Jahre alten Beschäftigten zugestehen. Außerdem machen sie ihr Angebot von einer Einigung über die Neuregelung der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes abhängig. In den Gewerkschaften, und nicht nur in der ÖTV, herrscht Unmut darüber, daß die öffentlichen Arbeitgeber ihr Angebot exakt an die Vorweganhebung der Beamtenbesoldung angepaßt haben. Die Beamten erhalten – zum 1. Juli – zwei Prozent mehr Sold. Nach der schon im vergangenen Jahr beschlossenen und in den Haushalts-Begleitgesetzen vom Bundestag gebilligten Vorweganhebung hatten die Gewerkschaften dagegen protestiert, daß dieses Verfahren als „Lohnleitlinie" für den öffentlichen Dienst dienen solle. In den vergangenen Jahren waren die Beamtengehälter jeweils nach der Tarifrunde um den dort ausgehandelten Prozentbetrag angehoben worden.

Die Diskussion um die Lohnleitlinien und damit um den von Gewerkschaftsseite erhobenen Vorwurf, die Bundesregierung nehme es mit der Tarifautonomie nicht so ernst, schien erledigt, als in der ersten Verhandlungsrunde Anfang März Innenminister Zimmermann versicherte, der Grundsatz der Tarifautonomie bleibe gewährt; niemand wolle mit irgendwelchen Vorgaben in die Verhandlungen gehen.

Der Innenminister wollte dem Vernehmen nach sogar ein niedrigeres Angebot als zwei Prozent vorlegen, nicht nur weil er den Eindruck einer Lohnleitlinie vermeiden wollte, sondern auch, weil ihm zwei Prozent als Einstieg in wirklich freie Verhandlungen zu hoch erschienen. In der Abstimmung der gemeinsamen Position von Bund, Ländern und Gemeinden allerdings setzten sich die Vertreter der Kommunen durch – offenbar unterstützt von dem inzwischen ausgeschiedenen Staatssekretär im Innenministerium, Günter Hartkopf. Die Gemeinden wollten zwei Prozent anbieten, sahen diese Zahl aber zugleich als absolute Obergrenze an.

Inzwischen haben gemeinsame technische Kommissionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften die Problembereiche Zusatzversorgung und Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung beraten, sind jedoch einer Einigung nicht nähergekommen. Innenminister Zimmermann will die Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst, die in Extremfällen Altersbezüge von mehr als 100 Prozent des letzten Nettoeinkommens während der aktiven Beschäftigung ausmachen, auf 90 Prozent dieses letzten Einkommens begrenzen. Die Gewerkschaften halten an dem Stand bei Einführung der sogenannten „Gesamtversorgung" im Jahre 1967 fest. Damals lag das Netto, je nach Vergütungs- und Lohngruppe von Angestellten und Arbeitern, zwischen 92 und 101 Prozent.

Obwohl ein sogenanntes Gesamtpaket beim Tarifabschluß geschnürt werden soll, steht in der Bewertung des Abschlusses, sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in der Öffentlichkeit, die Lohnzahl im Vordergrund. Sie wird stark beeinflußt werden von den Abschlüssen in der gewerblichen Wirtschaft, die durchschnittlich wieder in Höhe des Metallergebnisses von 3,2 Prozent liegen. Betrachtet man die Abschlüsse der Industriegewerkschaften und der ÖTV in den vergangenen Jahren, so zeigt sich jeweils, daß die ÖTV um zwischen 0,3 und 0,6 Prozent niedriger abgeschlossen hat. In den vergangenen beiden Jahren hat sie überdies für die ersten beiden Monate der einjährigen Laufzeit auf Anbebungen verzichtet und statt dessen Einmal-Zahlungen vereinbart.

Als Hinweis auf eine Bereitschaft zum Einlenken im Rahmen eines Gesamtpakets werden auch die Äußerungen der ÖTV-Vorsitzenden gewertet, daß die Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung „einen hohen Stellenwert" habe. In den Industriegewerkschaften ist es üblich, für solche „sozialen Komponenten" durch Nachgiebigkeit bei den Lohnprozenten einen Preis zu zahlen. Einen Abschluß wird es in den Verhandlungen am Donnerstag und Freitag vermutlich noch nicht geben. Als sicheres Indiz dafür gilt, daß die große Tarifkommission der ÖTV, die einen solchen Abschluß billigen müßte, für dieses Wochenende nicht eingeladen worden ist. Sollten die Verhandlungen jetzt nicht vollends scheitern, so dürfte in der zweiten Maiwoche weiter verhandelt werden.

3900 Studenten in Berlin droht der Verweis

Keine Sozialbeiträge gezahlt / Richter geben Kewenig recht

F. DIEDERICHS, Berlin

Für einen Teil der Berliner Studentenschaft bahnt sich zu Beginn des Sommersemesters eine dramatische Situation an, die Politiker wie Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig (CDU) betont sachlich als „Anwendung der im Hochschulgesetz verankerten Bestimmungen" verstehen: Rund 3000 Studenten der Technischen Universität und 900 Jungakademikern der „Hochschule der Künste" (HdK) droht der Verweis vom Campus.

Die Studenten sollen exmatrikuliert werden, da sie bislang die Zahlung eines erstmals seit 1969 wieder fälligen Sozialbeitrages von 30 Mark für ein Semester verweigerten. Während den Zahlungsboykotteuren von der Technischen Universität noch bis übermorgen eine letzte Frist bleibt, ist für 900 HdK-Studenten das letzte akademische Viertelstündchen bereits überschritten. HdK-Präsident Ulrich Roloff bereitet derzeit bereits den Versand der Bescheide vor, die für 25 Prozent seiner Anvertrauten den Abschied aus den Hochschul-Ateliers einläuten. „Ich werde ganze Klassen hinauswerfen müssen", so der linksliberale HdK-Präsident.

Während Roloff im konsequenten Kurs des Wissenschaftssenators eine „kultur- und hochschulpolitische Katastrophe" sieht, will der Senat im Rahmen der Sparpolitik Berliner Studenten das abfordern, was in Universitätsstädten des übrigen Bundesgebiets längst selbstverständlich ist. „Bei der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte können die Berliner Studenten nicht von Belastungen verschont bleiben, die Studenten der westdeutschen Hochschulen längst tragen", argumentiert Kewenig.

Mit den Sozialbeiträgen sollen die Leistungen des Studentenwerks finanziert werden, das die Wohnheime und Mensen der Berliner Universitäten betreibt. Den Vorwurf einer „Eigenfinanzierung" dieser Einrichtungen durch die Jungakademiker weisen die Politiker zurück: Während dem Studentenwerk in diesem Jahr rund 4,8 Millionen Mark aus Studentenbörsen zufließen sollen, schießt die öffentliche Hand immer noch mehr als 30 Millionen Mark zu. Die Zahlungsboykotteure, die den Sozialbeitrag mit der Einführung einer Studiengebühr „auf kaltem Wege" gleichsetzen und Wissenschaftssenator Kewenig als „Abbruchunternehmer der reformierten Massenuniversität" sehen, fanden allerdings nur in der TU und der HdK ausreichende Unterstützung. An der Freien Universität mußte der ASTA eine geplante Verweigerungsaktion mangels Interesses streichen.

Anders als HdK-Präsident Roloff, der wegen eines nichtbezahlten Sozialbeitrages von 30 Mark Konsequenzen wie Exmatrikulation und den damit verbundenen Verlust sozialer Leistungen wie studentische Krankenversicherung und Ausbildungsförderung für „völlig unangemessen" hält und trotz der Zahlungsboykotte Rückmeldungen akzeptierte, stellte sich TU-Präsident Jürgen Starnick an die Seite des Berliner Wissenschaftssenators. Ihre Vermittlungsversuche mit den Vertretern der ASTA-„Basisgruppen" endeten jedoch bislang erfolglos, ebenso wie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Finanzkrise und Hochschulplanung", auf der Kewenig nochmals die gesetzliche Grundlage der Sozialbeiträge erläuterte. Die Berliner Verwaltungsrichter gaben bislang dem Politiker recht: Die 30 Mark Sozialbeitrag seien eine zumutbare Summe, entschieden die Richter und wiesen die Klage eines Studenten ab, der von der TU die Rückmeldung ohne Zahlung des Sozialbeitrags verlangt hatte.

Bonn lobt Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik

Paris zerstreute Zweifel / Hernu sprach mit Wörner

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung sieht sich über die Pläne der französischen Regierung zur Reorganisation der Streitkräfte gut informiert. Die Erfahrungen über den Informationsaustausch haben in Bonn die Hoffnung verstärkt, daß die vor einem halben Jahr auf der Grundlage des Elysée-Vertrages neu begonnene sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris inzwischen zu optimistischen Erwartungen Anlaß gebe. An diesem Freitag tagt abermals der von beiden Regierungen gebildete „Lenkungsausschuß" zur Vorbereitung der sicherheitspolitischen Elemente des 41. Gipfeltreffens zwischen Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl Mitte Mai in Paris.

Nach der Verabschiedung des Streitkräfteplans 1984/88 durch den französischen Ministerrat rief Verteidigungsminister Hernu seinen deutschen Amtskollegen Wörner an und erläuterte ihm, daß Paris in absehbarer Zeit keine Verringerung der französischen Truppen auf deutschem Boden beabsichtige. Sie sollen vielmehr beweglicher gemacht und mit mehr Kampfkraft ausgestattet werden. Ähnlich äußerte sich der neue französische Generalstabschef Lacaze beim ersten Besuch des neuen deutschen Generalinspekteurs Altenburg in Paris.

Angesichts dieser Entwicklung sah sich Bundeskanzler Kohl im Bundeskabinett veranlaßt, sich über die Entwicklung der Beziehungen zu Frankreich und insbesondere der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit befriedigt zu äußern. Nach den Informationen, die der Bundesregierung über die französischen Pläne zur Reorganisation der Streitkräfte inzwischen vorliegen, ist am Rhein Skepsis einer offen zur Schau gestellten Befriedigung geworden. Obwohl Paris rund ein Drittel der Verteidigungsausgaben der Nuklearrüstung widmet, sind, wie es in Bonn heißt, „keine radikalen Veränderungen" bei den konventionellen Truppen zu erwarten. In welcher Weise Paris die 35 000 Mann bei der Armee, davon 22 000 beim Heer, einsparen und die Streitkräfte-Struktur verändern will, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls reagierte man in Bonn auf die Nachricht positiv, daß zwei Heeres-Divisionen mit Hubschraubern luftbeweglich gemacht werden sollen und neben anderen Aufgaben in außereuropäischen Interessengebieten Frankreichs auch für die Einplanung als operative NATO-Reserve in Mitteleuropa zur Verfügung stehen.

Diese Zielsetzung ist ein völlig neues Element in der französischen Haltung gegenüber der Allianz. Erstmals kann die NATO bei Manövern und für die Einsatzplanung mit französischen Kontingenten rechnen.

Kreisky stellt noch die Weichen gegen Mock

Koalition mit den Freiheitlichen fast perfekt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwei Tage nach der Wahlniederlage der bisher mit absoluter Mehrheit regierenden österreichischen Sozialisten steht so gut wie fest: In Wien dürfte in Zukunft – gegenläufig zur Entwicklung in Bonn – eine sozialliberale Koalition aus Sozialisten und Freiheitlichen (FPÖ) regieren. Bundeskanzler Kreisky erklärte am Dienstag dem Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger den Rücktritt seines Kabinetts. Er wird aber bis zur Bildung einer neuen Regierung mit seinen Ministern geschäftsführend im Amt bleiben.

Von den im Foyer des Bundeskanzleramts versammelten Pressekorrespondenten nahm der „Journalisten-Kanzler" Kreisky nach der letzten Kabinettssitzung mit den Worten Abschied: „Ihr Job ist so anstrengend, weil Ihre Herausgeber so geizig sind. Man kann nicht gleichzeitig Innenpolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik und alle anderen Details beherrschen." Da es zu wenig Redakteure an den österreichischen Zeitungen gebe, seien die Journalisten überfordert. Und das sei der Grund dafür, warum sie immer wieder an der Oberfläche blieben. „Das", so Kreisky, „ist meine Erklärung für das Dilemma, in dem sich der österreichische Journalismus befindet."

Als neuer Kanzlerkandidat der SPÖ wurde inzwischen der bisherige Vizekanzler und Unterrichtsminister Fred Sinowatz nominiert. Kreisky will auch nach seinem Ausscheiden aus der Regierung bis zum Herbst, aber keinesfalls länger, Parteivorsitzender bleiben. Dann soll dieses Amt auf Sinowatz übergehen.

Obwohl eine Kommission der Sozialisten, der sowohl Kreisky wie auch der designierte künftige sozialistische Regierungschef angehören, mit der Volkspartei verhandeln wird, herrscht bei der SPÖ die Auffassung vor, die ÖVP und ihren Vorsitzenden Alois Mock unter allen Umständen von der Regierung fernzuhalten. Während Mock die Stimmen- und Mandatsgewinne der österreichischen christlichen Demokraten als klaren Wählerauftrag für mehr „Zusammenarbeit" – also für eine große Koalition – interpretierte, erklärte Kreisky am Montag, der Gewinn von 1,3 Prozentpunkten für die ÖVP reiche nicht aus, um daraus einen solchen Anspruch abzuleiten.

Dabei fällt der kleinen Freiheitlichen Partei (FPÖ), deren Stimmenanteil gegenüber der letzten Parlamentswahl 1979 von sechs auf knapp unter fünf Prozent schrumpfte, die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die Sozialisten zu. Durch die besondere österreichische Wahlarithmetik – die Aufteilung der Parlamentssitze in „Grundmandate" und „Reststimmenmandate" – ist allerdings die paradoxe Situation eingetreten, daß die FPÖ für ihre erheblichen Stimmenverluste mit einem Mandatsgewinn belohnt wurde. Sie ist jetzt mit zwölf statt wie bisher elf Abgeordneten im neuen Parlament vertreten.

Da die FPÖ seit ihrem Bestehen noch nie an einer österreichischen Bundesregierung beteiligt war, ist ihr „Nachholbedarf" an Ministerposten natürlich erheblich. So wird bereits davon gesprochen, daß der agile FPÖ-Vorsitzende Norbert Steger Vizekanzler einer SPÖ/FPÖ-Regierung werden könne. Daneben beanspruchen die Freiheitlichen die Ressorts für Handel, Justiz und Verteidigung.

Auf sozialistischer Seite folgt man offenkundig der Meinung Kreiskys, wonach es leichter sein werde, mit einem kleinen und relativ schwachen Partner als mit der ÖVP in einer Regierung fertig zu werden. Allerdings gibt es auch unter den Sozialisten, vor allem in Gewerkschaftskreisen, warnende Stimmen: Die schweren wirtschaftlichen Probleme, die auf die neue Regierung zukämen – Überwindung eines beträchtlichen Haushaltsdefizits, Sanierung der verstaatlichten Industrie, Arbeitslosigkeit, Krise der Sozialversicherung –, würden einer ÖVP, die außerhalb der Verantwortung in der Opposition bliebe, willkommene Argumente liefern. So wie es allerdings jetzt aussieht, haben diese sozialistischen Stimmen kaum eine Chance, sich durchzusetzen. Es sei psychologisch einfach zu viel verlangt, von der absoluten Mehrheit und der Alleinregierung direkt in eine große Koalition zu springen, erklärte ein SPÖ-Funktionär.

Die ÖVP-Führung trägt die Aussicht, eine weitere Legislaturperiode in der Opposition verbringen zu müssen, mit bemerkenswerter Gelassenheit. ÖVP-Generalsekretär Michael Graff bezeichnete die rotblaue Koalition als einen „faulen Apfel, der bald vom Baum fallen wird".

Seite 2: Kreiskys standhafter Erbe

Mitterrand warnt alle „sozialen Rebellen"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Vierzigmal – so zählten Reporter im großen Saal des backsteinroten Rathauses von Lille – benutzte der Präsident den Ausdruck „redressement national" – nationale Wiederaufrichtung, Wiederauferstehung. Etwa zwanzigmal sprach er von der Autorität des Staates, die durch nichts zu erschüttern sei. Ebenso oft wies er darauf hin, daß er als Chef des Staates die Politik der Härte und der Sparsamkeit angeordnet habe und die volle Verantwortung dafür übernehme.

Mitterrand sprach zum erstenmal seit Einführung des zweiten Austerity-Programms der Regierung direkt zu den Franzosen. Der Kontakt war schwierig, die Menge reserviert, an einigen Orten kam es zu Protesten und Pfeifkonzerten. In Lille, wo Mauroy ein paar tausend Getreue im Rathaus zusammengetrommelt hatte, benutzte der Präsident zum erstenmal seit langem den harten, bissigen Ton, den man in der Wahlschlacht 1981 bei ihm gehört hatte. Seine Rede war eine Kampfrede, ein Bekenntnis zu gewissen Irrtümern, aber auch zu seiner alleinigen Verantwortung für alles, wenn etwas schiefgehen sollte. Mitterrand: „Wer Mauroy oder Delors angreift, greift mich an."

Damit begibt sich Mitterrand in die erste Schußlinie, wozu er als Präsident der Republik, nach der Verfassung „Oberster Schiedsrichter" der Politik der Regierung, durch nichts verpflichtet ist. Es mußte im Gegenteil bisher in seinem Interesse liegen, den Ausgang der Sanierungspolitik abzuwarten und im entscheidenden Moment einzugreifen. Diesen entscheidenden Moment hält der Präsident offenbar bereits für gekommen, und dazu hat er einigen Anlaß.

Die Welle allgemeiner Unzufriedenheit ist in Frankreich seit einigen Tagen in stetem Ansteigen. Mehrere soziale Kategorien sind offen in Konflikt zur Autorität des Staates getreten. Während Mitterrand im Norden sprach, rückten 4000 zum Äußersten entschlossene Bauern auf Paris, in ihrer Mitte ein deutscher Sattelschlepper mit tschechischem Schweinefleisch, den sie am Vortage gekapert hatten. In Fortsetzung mehrer Gewaltaktionen am Wochenende in der Bretagne verlangten sie die sofortige Abschaffung der deutschen Grenzausgleichszahlungen, die die Preise für ihre heimische Produktion unterlaufen. Mitterrand mußte in Lille versprechen sich dafür einzusetzen.

Die gemäßigte Gewerkschaft FO, welche sich bisher reserviert zum Austerity-Programm von Delors verhalten hatte, ruft ihre Anhänger zu einem eintägigen Warnstreik am 18. Mai auf, da, so ihr Chef Bergeron, „ein weiterer Kaufkraftverlust den Arbeitern nicht länger zugemutet werden kann". Wenn die FO sich rührt, werden die radikalen Organisationen CGT und CFDT nicht lange ruhig bleiben.

Noch bedrohlicher nimmt sich eine wachsende Beunruhigung in den Universitäten des Landes aus, die einige Kommentatoren bereits an die Möglichkeit eines neuen „Mai '68" denken läßt. Im Frühjahr jenes Jahres hatten Hunderttausende von demonstrierenden Studenten zunächst die überalteten französischen Universitäten und schließlich, zusammen mit streikenden Arbeitern, um ein Haar das Regime des General De Gaulle zu Fall gebracht. Eine ähnliche explosive Situation ist heute gegeben: Um ihre Zukunft als „arbeitslose Diplomierte" besorgte Studenten und vom Sozialismus enttäuschte Arbeiter könnten sich, von niemandem kontrolliert, jederzeit zusammen auf den Weg machen, um den Sozialisten – wie vor 15 Jahren den Gaullisten – das Fürchten zu lehren. „Den sozialen Rebellen sage ich, daß ich die Autorität des Staates unter allen Umständen zu wahren entschlossen bin", warnte Mitterrand im Norden.

Der Präsident sieht sich nach den Gewerkschaften und den Studenten einer dritten Fronde in seiner eigenen Partei gegenüber. Hier wächst die Anhängerschaft derjenigen im Parteivorstand, die Delors und seiner Austerity den Laufpaß geben und eine ganz andere, auf Protektionismus und Autarkie gebaute Sanierungspolitik machen wollen. Hinter diesen Sozialisten verschanzen sich auch zunehmend die Kommunisten. Auch ihnen gilt die Warnung Mitterrands.

Seite 2: Defensive

Die Liberalen suchen das Bündnis mit Frau Thatcher

In der *sozialliberalen* Allianz *setzt* sich der Realismus des David Steel durch / Spekulationen über den Wahltermin

FRITZ WIRTH, London

Die politische Szene in Großbritannien ist in auffallender Weise nervöser und gereizter geworden. Die Spekulationen über den Wahltermin für die Unterhauswahlen visieren immer häufiger ein Datum im Juni an, obwohl sich Premierministerin Thatcher offiziell zwölf Monate mit den Wahlen Zeit lassen kann. Die Gemeindewahlen am Donnerstag nächster Woche könnten inmitten der politischen Verunsicherung eine klärende Wirkung haben. Sowohl die Tories wie die Labour-Partei haben unmittelbar nach diesen Gemeindewahlen parteiinterne Strategiekonferenzen angesetzt. Es ist unübersehbar: In Großbritannien hat die Ära des militanten politischen „infights" begonnen.

Keine Partei ist von dieser allgemeinen Verunsicherung in den letzten Wochen jedoch so intensiv heimgesucht worden wie die sozialliberale Allianz. Diese politische Interessengemeinschaft, die vor zwei Jahren aufbrach, bei den kommenden Unterhauswahlen die politischen Strukturen des britischen Zweiparteiensystems aufzubrechen, hat immer größere Schwierigkeiten, mit den Problemen ihres internen Zweiparteiensystems fertig zu werden. Die liberale Partei, die im Bündnis mit den politisch reiferen und profilierteren Stars der Sozialdemokraten zunächst durchaus mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden war, zeigt immer stärkere Ambitionen, in dieser Allianz die Führung zu übernehmen.

Dieses neue Selbstbewußtsein der Liberalen basiert auf der wachsenden Popularität ihres Parteichefs David Steel, der inzwischen zur Schlüsselfigur und zum inoffiziellen und kaum noch umstrittenen Chef der sozialliberalen Allianz geworden ist. Steel unterstrich das vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten Fernsehinterview, in dem er die Führungsrollen in der Allianz für den bevorstehenden Unterhauswahlkampf bekanntgab. Steel stellte sich dabei als Chef und Koordinator des Wahlkampfs der Allianz vor, ohne jedoch Ambitionen auf das Amt des Premierministers anzumelden. Die Rolle des „designierten Premierministers" soll weiterhin dem Parteichef der Sozialdemokraten, Roy Jenkins, zufallen.

Diese logisch und praktisch nicht ganz überzeugende Rollenverteilung sieht auf den ersten Blick wie ein weiterer der vielen brüchigen Kompromisse aus, auf denen diese Allianz aufgebaut ist; in Wahrheit jedoch stellt es eine weitere Degradierung des glücklosen Roy Jenkins dar, dem es in den letzten zwölf Monaten weder innerhalb der sozialliberalen Allianz noch im Unterhaus gelungen ist, sich politisch zu profilieren.

Denn inzwischen ist in der sozialliberalen Allianz soviel Realismus eingekehrt, daß niemand mehr ernsthaft daran glaubt, daß sie bei der kommenden Wahl eine regierungsfähige Mehrheit erringen kann. Der Titel eines „Premierministers im Wartestand" ist deshalb nicht mehr als eine leere Floskel. Jenkins wird nicht nur vergeblich auf dieses Amt des Premierministers warten, er wird bei dieser kommenden Wahl vielmehr beträchtliche Schwierigkeiten haben, seinen Unterhaussitz in Glasgow-Hillhead erfolgreich zu verteidigen.

Die einzig realistische Rolle der Allianz nach der nächsten Wahl wird die eines „Züngleins an der Waage" und damit eines Koalitionspartners sein und Steel machte für diesen Fall bereits bemerkenswert klare Aussagen. „Ich habe keine Lust, mein politisches Leben damit zu verbringen, liberale Ideale in einer politischen Wüste zu praktizieren", sagte er und erklärte die sozialliberale Allianz als Koalitionspartner nach allen Seiten hin offen.

Dabei wurde unausgesprochen klar, daß es der Allianz leichter fallen wird, mit Frau Thatcher als mit Michael Foot eine Regierung zu bilden. Es sei ausgeschlossen, sagte Steel, daß die Allianz mit einer Labourregierung zusammengehen werde, die sich auf einen Auszug aus der Europäischen Gemeinschaft festgelegt hat. Ebenso unvorstellbar sei es, mit einer konservativen Partei zusammenzuarbeiten, die ihren gegenwärtigen Wirtschaftskurs fortsetze.

Es ist unübersehbar, daß es bei diesen beiden Koalitionsbedingungen der sozialliberalen Allianz mehr Spielraum für einen Kompromiß mit den Konservativen als mit Labour gibt. Ein Bündnis Labours mit der sozialliberalen Allianz würde von der Laborparty so viele politische Kompromisse abverlangen, daß es unweigerlich zu einem neuen Bruch zwischen dem gemäßigten Foot- und Healey-Flügel und der radikalen Linken unter Tony Benn käme.

Sacharow als Gastprofessor nach Wien?

AP, Wien

Der seit Jahren in der Verbannung in der Sowjetunion lebende Nobelpreisträger Andrej Sacharow soll eine Gastprofessur an der Universität in Wien erhalten. Der Referent der österreichischen Wissenschaftsministerin, Wolf Frühauf, bestätigte gestern der Nachrichtenagentur AP, daß eine entsprechende Einladung über das Außenministerium in Wien an die sowjetischen Behörden weitergeleitet wird. Wie das österreichische Wochenmagazin „Wochenpresse" berichtet, will der Kreml gegen die Ausreise des Systemkritikers offensichtlich kein Veto einlegen.

Sacharow wird seit drei Jahren in Gorki festgehalten. Seine Schwiegertochter Lisa Alexejewa hatte erst nach einem Hungerstreik Ende 1981 aus der Sowjetunion in die Vereinigten Staaten ausreisen dürfen. Die jetzt bekanntgegebene formelle Einladung für eine Gastprofessur (1983/84) des Atomwissenschaftlers soll nur das offizielle Nachspiel einer Reihe von Geheimverhandlungen zwischen dem zurücktretenden österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, in Schweden lebenden russischen Emigranten und der Frau des Atomwissenschaftlers, Jelena Bonner, sein. Der Vorstand des Wiener Instituts für Experimentalphysik, Peter Weinzierl, sagte der „Wochenpresse", Sacharow habe sich „eindeutig" entschlossen, die Sowjetunion zu verlassen.

Umbesetzung im ZK in Belgrad

dpa, Zagreb

Nachfolger des verstorbenen Tito-Vertrauten Vladimir Bakaric im Präsidium des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) wird der bisherige Parteichef der Republik Kroatien, Jure Bilic (61). Auf seinen Platz rückt Josip Vrhovec, der bis vor einem Jahr jugoslawischer Außenminister war. Von Amts wegen gehört Vrhovec damit auch dem Präsidium des BDKJ an, in dem die sechs Republiken je drei, die beiden autonomen Provinzen je zwei und die Armee einen Vertreter haben.

Hupka: Türkei braucht Beistand

BERNT CONRAD, Bonn

Das türkische Militärregime ist nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka auf dem Weg zur Demokratie, auch wenn diese Demokratie anders strukturiert sein werde als in Mitteleuropa. Hupka, der als Vorsitzender des Unterausschusses „Freie Information und Menschenrechte" der Nordatlantischen Versammlung mit mehreren europäischen NATO-Parlamentariern die Türkei besucht hat, erklärte der WELT, trotz mancher Bedenken gegen Einzelerscheinungen sollte der Westen die Türkei auf keinen Fall aus Organisationen oder Institutionen hinauswerfen.

Der Unionsabgeordnete zitierte zustimmend den Schweizer Botschafter Chenaux-Rapond, der erklärt habe, die Türken brauchten Rat und Beistand, nicht aber „billige Schelte aus sicherem Port". Bisher habe das Militärregime den Zeitplan der Demokratisierung eingehalten, versicherte Hupka. Maßgebliche Regierungsmitglieder hätten ihm versichert, daß sie alle Anstrengungen unternähmen, um die Folterung von Häftlingen zu verhindern. Wahrscheinlich werde im Herbst oder im Frühjahr 1984 in der Türkei gewählt werden. Allerdings sei das neue Parteiengesetz sehr restriktiv. Ungeklärt sei auch nach wie vor die Lage an den Universitäten. Die Gewerkschaften hätten Angst, daß ihre Betätigungsmöglichkeiten zu stark eingeengt würden. Manche Journalisten bangten um ihre Arbeitsstelle.

Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingeborg Hoffmann wies nach einer Türkei-Reise auf die problematische Lage in manchen Bereichen hin, betonte jedoch, die Regierung erstrebe eine gefestigte Demokratie, die ihren Bürgern Sicherheit garantiere.

Bischof: Kirche muß radikal umdenken

idea, Hamburg

Ein radikales Umdenken in der evangelischen Kirche fordert einer der profiliertesten protestantischen Kirchenführer, der Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber. In einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz sagte Wölber, in Zukunft müsse sich die Volkskirche auf freikirchliche Strukturen einstellen. So müsse beispielsweise die früher „ein bißchen diskriminierte" Erwachsenentaufe genau so wichtig genommen werden wie die jetzt übliche Kindertaufe, weil die kirchliche Bindung der Bevölkerung abnehme.

Bereits heute gebe es in Hamburg Gemeinden, in denen bis zu 30 Prozent der Konfirmanden nicht getauft seien, berichtete der Bischof, der Ende April in den Ruhestand tritt. Insgesamt sind in der Kirche – nach Wölbers Worten – „amerikanische Verhältnisse" zu erwarten: Es werde eine viel stärkere Entscheidung bedeuten, zur Kirchengemeinde zu gehören.

Die Glaubwürdigkeit und Autorität der Kirche hängt nach Wölbers Worten davon ab, ob sie „weiter gesellschaftlichen Strömungen hinterherschwimmt" oder sich und anderen wieder deutlich macht, woher sie kommt.

Isabel Peron hat immer noch ein Wort mitzureden

Gerüchte und Hoffnungen halten sich die Waage

Von MANFRED NEUBER

Warten auf Isabel – so lautet die neueste Tragikomödie der argentinischen Politik. Kehrt die Peron-Witwe nach Buenos Aires zurück, oder bleibt sie im Madrider Exil? Der Wahlkampf und der Wahlausgang am 30. Oktober in Argentinien werden von ihrem Entschluß entscheidend beeinflußt werden.

Die Militärjunta räumte dieser Tage der am 24. März 1976 von der Armee gestürzten Präsidentin die bürgerlichen Ehrenrechte wieder ein und setzte sie außer Strafverfolgung wegen Amtsmißbrauchs. Maria Estela Martinez de Peron (52) darf jedoch bei den angekündigten Wahlen, die eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung einleiten sollen, selber nicht kandidieren.

ARGENTINIEN

Wer im peronistischen Lager aber als aussichtsreichor Präsidentschaftsbewerber auftreten kann, dürfte von ihrem Placet abhängen. Obwohl Perons dritte Frau, eine frühere Nachtclub-Tänzerin, keine Führer-Qualitäten besitzt, wird sie am La Plata als politische Erbin des Volkstribunen angesehen. Mehrere Politiker, die kandidioren wollen, buhlen um ihre Gunst.

Die größten Chancen für die Kür zum peronistischen Aspiranten haben:

- Italo Luder, der ehemalige Interimspräsident Argentiniens;
- Angel Robledo, der frühere Außenminister;
- Antonio Cafiero, der ehemalige Wirtschaftsminister, und
- Deolindo Bittel, einst Vizepräsident der Peronisten-Partei.

Seit ihrem Sturz vor sieben Jahren hat Frau Peron absolutes Schweigen gewahrt. Über ihre Pläne gibt es bisher nur Spekulationen von interessierter Seite. Denkbar ist ihre Rückkehr nach Buenos Aires als Galionsfigur der peronistischen Bewegung.

Vermutlich wird sich Isabel Peron erst nach einem Parteikongreß, auf dem der peronistische Präsidentschaftskandidat proklamiert wird, in aller Öffentlichkeit für diesen Politiker erklären. Mit ihrer Heimkehr ist nach Angaben unterrichteter Kreise frühestens in der Schlußphase des Wahlkampfes zu rechnen.

Umgeben von mehreren Leibwächtern, läßt sich Frau Peron, meist mit dunkler Brille, nur selten beim Verlassen ihres Appartementhauses in Madrid blicken. Angeblich will sie bald den Papst besuchen, nach anderen unbestätigten Informationen plant sie eine Reise nach Panama, wo Juan Domingo Perón sie vor Jahren „entdeckte".

Politische Beobachter in Buenos Aires sind sich einig: „Sie stellt durchaus noch einen politischen Faktor dar, auch wenn man sich an ihre katastrophale Regierungszeit erinnert. So lange sie schweigt, werden die peronistischen Führer wie gebannt nach Madrid schauen und auf ein Zeichen von ihr warten."

Bei den letzten Wahlen 1973 waren die Peronisten mit Abstand die stärkste Partei, gefolgt von den kleinbürgerlichen Radikalen, die sich diesmal große Hoffnungen machen, mit den Stimmen vieler Jungwähler die Peronisten überflügeln zu können. In Raúl Alfonsin haben die Radikalen auch einen zugkräftigen Bewerber.

Um bei den Wahlen zugelassen zu werden, mußten die Parteien bis Ende März zahlreiche Auflagen der Militärjunta erfüllen. So gab es bereits eine Kampagne für eingeschriebene Mitglieder. Die Peronisten registrieren angeblich doppelt soviele wie die Radikalen. Dennoch hält man es für möglich, daß die Peronisten keine absolute Mehrheit erreichen und eine Koalitionsregierung bilden.

„Die Partei, die siegt, wird zum Komplizen des gegenwärtigen Regimes werden", meint der greise argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges. „Es wird ein Übereinkommen mit den Militärs geben, daß alle den Streitkräften unangenehmen Dinge in Zukunft nicht aufgerührt werden."

Nach Ansicht Borges wollen die Generale ihre Verantwortung für „den wirtschaftlichen Zusammenbruch, den moralischen Verfall, den (Falkland)-Krieg und vor allem für das Schicksal der Verschwundenen vertuschen". Falls die Politiker darauf nicht eingingen, sei die Rückkehr zur demokratischen Ordnung bald wieder gefährdet.

Unterdessen halten sich in Buenos Aires hartnäckig Gerüchte, wonach Kräfte der Armee und einige Gewerkschaftsführer ein politisches Zusammenspiel anstreben. Dabei geht es um die Freigabe der vom Militär „intervenierten" Gewerkschaften und die Frage, ob sie von der alten Führung wieder gelenkt werden oder ob neue Gewerkschaftsvorstände von den Mitgliedern gewählt werden.

Die Militärjunta sucht ein Wiederentstehen der früher mächtigen peronistischen Gewerkschaften zu vermindern. Bereits in den Jahren 1974 bis 1976 bestanden engo Kontakte zwischen Teilen der Armee und rechten Funktionären der Gewerkschaften.

Im Ringen um die Präsidentschaftskandidatur der Peronisten könnte Italo Luder den Sieg davontragen, wenn er den früheren Arbeitsminister Carlos Federico Ruckauf als seinen Bewerber als Vizepräsidenton und damit die Unterstützung eines wichtigen Sektors der Gewerkschaften gowinnt.

Kleine Schritte zur Selbstblockade

Mit vielen „Amendments“ behindert der US-Kongreß die Außenpolitik Amerikas

Von TH. KIELINGER

An zwei Fronten erlebt die Reagan-Administration in dieser Woche so etwas wie den Übergang vom Stellungskrieg in die Offensive. Daß es in beiden Fällen um die Außenpolitik geht, zeigt, wie stark im dritten Jahr seiner Amtszeit die auswärtigen Faktoren auf einen Präsidenten einstürmen, der sich bisher – sieht man von der nuklearen Frage ab – mit Vorliebe den innenpolitischen Geschicken gewidmet hatte.

Mit der Entsendung von Außenminister Shultz in den Nahen Osten gibt das Weiße Haus zu, daß es nicht ausreicht, einen Plan wie den Reaganschen Entwurf vom 1. 9. 82 in die Welt zu setzen; man muß sich um die Weiterentwicklung an Ort und Stelle kümmern und zwar auf höchster diplomatischer Ebene, die allein Gewähr bietet, daß das amerikanische Engagement ernstgenommen wird.

Ähnlich steht es um die zweite außenpolitische Front dieser Woche: Zentralamerika. Seit zwei Jahren schwelt der Konflikt dahin, von der Reagan-Regierung mit mehr oder weniger Fortüne durch die Fährnisse der Zeit gesteuert. Aber die mal lauten, mal versteckten Appelle an den Kongreß und an das amerikanische Volk haben keinen Konsensus entstehen lassen, der zur Durchsetzung politischer Ziele in dieser Region geradezu die Voraussetzung bildet.

Im Gegenteil: Vor wenigen Tagen weigerte sich ein Kongreß-Ausschuß sogar, die bescheidene Summe von 50 Millionen Dollar Militärhilfe an El Salvador abzusegnen. Die Politik der Regierung, Zentralamerika betreffend, gerät in Gefahr, zu zerfließen. Da tritt Ronald Reagan die Flucht nach vorn an, mit einem dramatischen Auftritt vor beiden Häusern des Kongresses an diesem Mittwochabend.

Es ist ein gewagtes Spiel. Das Mittel der präsidentiellen Ansprache vor dem Kongreß bleibt im allgemeinen nur wenigen nationalen Anlässen vorbehalten, von der routinemäßigen Rede zur Lage der Nation, die in jedem Januar gehalten wird, abgesehen. Zuletzt sprach Reagan in ähnlichem Rahmen im Sommer 1982, nach seiner Genesung von dem Attentat, um das Wirtschaftsprogramm seiner Regierung voranzutreiben. Das war damals die nationale Priorität Nr. eins. Davor hatte Präsident Carter zweimal den Gang zum Kongreß angetreten: Im Juni 1979, um die Ergebnisse des SALT-II-Gipfels von Wien zu erläutern, und im September 1978, nach dem Nahost-Durchbruch in Camp David.

Zwei Erwägungen drängen Reagan in diesem Augenblick, der Thematik in Zentralamerika höchste Priorität einzuräumen. Einmal die Lage im Krisengebiet selbst, angefangen mit den Kämpfen in El Salvador. Mit dem Umfang der gegenwärtigen US-Hilfe ist das kleine Land nicht zu retten. Die Folgen eines Verlustes dieses Landes für den Westen wären unabsehbar. Zum zweiten duldet die Auseinandersetzung mit dem Kongreß keinen Aufschub mehr: Die US-Legislative ist, wenn man so will, die Hauptbürde für den Präsidenten geworden, wenn er Außenpolitik überhaupt in kontinuierlicher Weise ausüben will.

Das hat sich mit solcher Schärfe erst in den Jahren seit der Watergate- und Vietnam-Krise herausgebildet. Mit mehreren Gesetzesvorstößen hat sich der Kongreß, aggressiv geworden nach dem Zusammenbruch der Exekutive unter den Präsidenten Johnson und Nixon, eine maßgebliche Rolle in der Formulierung der US-Außenpolitik zugeschanzt. Viele Kenner mutmaßen, daß es mehr eine blockierende als eine hilfreiche Rolle ist.

Marksteine der Entwicklung waren die folgenden Gesetzesnovellierungen (in der Regel „amendments“ genannt):

- Die „War Powers Resolution“ von 1973. Sie verpflichtet den Präsidenten, innerhalb von 48 Stunden den Kongreß über die Entsendung amerikanischer Streitkräfte zu informieren. Gleichzeitig verlangt sie den Rückzug dieser Truppen nach nur 60 Tagen, es sei denn, der Kongreß billigt ausdrücklich eine längere Stationierungsdauer.
- Das Jackson-Vanik Amendment von 1974. Es setzte für den Getreidehandel der USA mit der Sowjetunion die Bedingung, daß Moskau sich in der Frage der Ausreise jüdischer Bürger entgegenkommend verhalten müsse.
- Die Nelson-Bingham Amendments, die für alle amerikanischen Waffenlieferungen, die über den Handelswert von 5 Millionen Dollar hinausgehen, die Billigung durch den Kongreß verlangen.
- Das türkische Waffenembargo von 1975, womit der Kongreß die Beziehungen zu einem wichtigen NATO-Alliierten schwer belastete. Es wurde 1978 wieder aufgehoben.
- Das Clark Amendment von 1976 verbot US-Hilfe für „paramilitärische oder militärische Operationen“ in Angola. In seinem Gefolge hatten die Kubaner und Sowjets leichte Hand, die Revolution in Angola für sich zu entscheiden.
- Das Boland Amendment von Dezember 1982 untersagt der Exekutive jede CIA-gesteuerte Hilfe an aufständische Kräfte innerhalb Nicaraguas, die zum Ziel haben könnten, die Regierung in Managua zu stürzen.

Es ist dieser Gesetzestext, über den sich das Weiße Haus und der Kongreß zur Zeit fast entzweit haben. Die CIA-Operationen in Honduras und Nicaragua haben inzwischen solche Publicity erreicht, daß sich der Leiter des Geheimdienstes, William Casey, genötigt sah, mehrere Kongreßabgeordnete einzuladen, um sich in Zentralamerika selber über den Umfang und den Grad der amerikanischen Hilfe zu orientieren. Ein Präzedenzfall von weitreichenden Implikationen. Was werden die Abgeordneten, die am vergangenen Wochenende ihren ersten Vorstoß in die Region machten, nach der Heimkehr zu berichten wissen?

Eine wichtige Argumentationsstütze für den Präsidenten in seinem zähen Versuch, dem Kongreß die Augen über die Gefahren in Mittelamerika zu öffnen, kam in der vorigen Woche aus Brasilien. Die Entdeckung der libyschen Waffentransporte nach Nicaragua gibt dem Weißen Haus eine lange gesuchte handfeste Illustration für die subversiven Tätigkeiten der weltweit operierenden Revolutionäre.

Libyen beliefert nicht nur Managua

Von Nicaragua aus fördert Khadhafi seit drei Jahren die Revolution in Lateinamerika

WERNER THOMAS, Miami

Es hat sich längst herumgesprochen unter den linken Lateinamerikas: Wer Geld, Waffen oder eine militärische Ausbildung braucht, wendet sich am besten an den Obersten Khadhafi. Der Libyer behandelt seine Freunde kulanter als Fidel Castro und gewährt ihnen einen größeren ideologischen Spielraum – solange sie nicht von einem strikten antiamerikanischen Kurs abweichen.

Die vier libyschen Transportmaschinen, die in Brasilien festgehalten wurden, weil sie mit Kriegsgut für Nicaragua beladen waren, dokumentierten Khadhafis Verbindungen. Dies ist jedoch nur ein Beispiel gewesen, wenn auch das bisher spektakulärste.

Der Libyer fördert seit mehr als drei Jahren revolutionäre Bewegungen Lateinamerikas. Chilenische, salvadorianische und kolumbianische Guerrilleros sind in Nordafrika militärisch ausgebildet worden, wie die Regierungen dieser Länder berichteten. Selbst den Rebellen der peruanischen Partisanenbewegung „Leuchtender Pfad“, der brutalsten und bizarrsten Guerrilla-Gruppe der Region, die mit Castro nichts zu tun haben wollen, werden Khadhafi-Kontakte nachgesagt.

Die libyschen Lateinamerika-Aktivitäten hatten mit der Machtübernahme der sandinistischen Comandantes im Juli 1979 begonnen. In der nicaraguanischen Hauptstadt ließ Khadhafi die größte diplomatische Mission des Halbkontinentes etablieren. Die geschätzte Zahl des Botschaftspersonals: Mindestens 50 Personen. Von Managua, dem Mekka der regionalen Revolutionäre, wurden die weiteren Verbindungen geknüpft.

Die Sandinisten haben nie vergessen, daß ihnen Khadhafi vor zwei Jahren mit einem 100-Millionen-Dollar-Kredit ihre leere Devisenkasse füllte, als alle anderen Geldquellen versiegt waren. Seitdem herrscht ein reger Reiseverkehr zwischen Managua und Tripolis. Regelmäßig verzeichnet das sandinistische Sprachrohr „Barricada“ Besuche hoher Regierungsvertreter in der libyschen Hauptstadt.

Ein Teil der in Brasilien entdeckten Waffen sollten weitergeleitet werden nach El Salvador. Der salvadorianische Guerrilla-Führer Salvador Cayetano Carpio, der am 12. April in Managua Selbstmord begangen haben soll, war Anfang des Monats in Tripolis gewesen. Bei seinen Auslandsreisen besorgte er meistens Waffen. Kurze Zeit vor ihm hatte sich Jaime Bateman drei Wochen lang auf Einladung Khadhafis in Libyen aufgehalten, der Kommandeur der stärksten kolumbianischen Rebellenorganisation M-19. Während eines im Untergrund gewährten Interviews wollte Bateman aber nicht verraten, ob Khadhafi auch ihm Waffenlieferungen in Aussicht stellte. Das glaubt dagegen der kolumbianische Verteidigungsminister General Fernando Landazabal. Der General vertrat die Ansicht, eine der in Brasilien festgehaltenen libyschen Transportmaschinen hätte heimlich in Kolumbien auf einer entlegenen Piste landen und entladen werden sollen.

Man muß nicht immer links stehen, um Khadhafi spendabel zu stimmen. Antiamerikanismus genügt. Vor einem Jahr, während des Falkland-Krieges, als sich die US-Regierung auf die Seite der Briten gestellt hatte, entsandte der Oberst dem rechten General Leopoldo Galtieri „vier oder fünf Flugzeuge“ (Galtieri) mit Kriegsgerät. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hauptamtlicher Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie aus Ihrer Zeitung vom 20. April hervorgeht, hat die SPD des Landes Rheinland-Pfalz massive Bedenken gegen die Bestellung eines hauptamtlichen Präsidenten beim Sparkassen- und Giroverband angemeldet.

Tatsache ist, daß sich die Arbeitsgemeinschaften der Sparkassenvorstände, der Vorstand des Sparkassen- und Giroverbandes sowie der Landkreistag eindeutig für die Bestellung eines hauptamtlichen Präsidenten ausgesprochen haben. Daß dies von der Sache her erforderlich ist, zeigt die Tatsache, daß in allen anderen Bundesländern bereits seit längerem diese Position hauptamtlich besetzt ist. Man muß dem bisherigen ehrenamtlichen Präsidenten dankbar sein, daß er die Fülle der Aufgaben durch außerordentlichen Einsatz neben seinem Hauptamt erledigt hat. Dies sollte anerkannt werden.

Auf die Dauer ist dies jedoch weder möglich noch zumutbar. Zum Funktionieren eines so großen und wichtigen Amtes in der heutigen schwierigen Zeit gehört, daß dieses Amt durch einen hauptamtlichen Präsidenten besetzt ist. Dies liegt im Interesse des Wohles der Sparkassen und ihrer Kunden.

Daß mit Hast an diese Angelegenheit herangegangen werde, trifft ebenfalls nicht zu. Auf allen maßgeblichen Ebenen der rheinland-pfälzischen Sparkassenorganisation wird bereits seit über zwei Jahren darüber diskutiert.

Es ergibt sich somit, daß die Kritik der SPD im Lande Rheinland-Pfalz haltlos ist und jeglicher sachlicher Grundlage entbehrt. Probleme der Sparkassen, die Wirtschaftsunternehmen sind, sollten nicht in das politische Geschäft hineingezogen werden. Man sollte es den Sparkassen selbst überlassen, ihre Probleme zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard W. Göpfert,
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Worms

Linker Studentenklüngel

„Wie linke Studentenvertreter ihre Stellung an den Unis mißbrauchen“; WELT vom 15. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich Ihren Artikel gelesen und bin darüber erfreut, daß Sie das rechtswidrige Handeln von linksorientierten Studentenschaftsgremien an der Universität zu Köln (und an anderen Universitäten) aufgegriffen haben.

Ich selber erlebe diese Situation direkt vor Ort: Ich bin Fraktionsvorsitzender des RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten) im Kölner Studentenparlament und Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuß. In diesen Gremien werden von den linken Mehrheiten konsequent rechtswidrige Beschlüsse gefaßt, seien sie finanzieller oder anderer Art.

Die RCDS-Mitglieder im Haushalts- und Finanzausschuß prüfen die Kassenführung regelmäßig und müssen dabei immer wieder die Verschwendung von Studentenschaftsgeldern feststellen. Um so schlimmer ist die Feststellung, daß der Rektor und der Landesrechnungshof nicht konsequent genug die Rechtsaufsicht über die Studentenschaft wahrnehmen. Der Rektor reagiert (wenn überhaupt) nur auf unser Drängen, der Landesrechnungshof (hier die zuständige Vorprüfstelle beim Regierungspräsidenten in Köln) ist personell zu schwach besetzt und anscheinend von den vorgesetzten Stellen nicht hinreichend beauftragt, die Studentenschaftsfinanzen zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Zabel,
Köln 1

*

„Wie linke Studentenvertreter ihre Stellung an den Unis mißbrauchen“; WELT vom 15. April und „Klebrige AStA-Finger“; WELT vom 16. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen, daß Sie in den oben genannten Artikeln auf die Rechtsverstöße studentischer Gremien an der Universität zu Köln aufmerksam gemacht haben.

Als Mitglied von Studentenparlament und Fakultätsvertretung Jura in Köln seit nunmehr fünf Semestern möchte ich jedoch folgendes richtigstellen:

1. Wenn S. Plück sich in der WELT vom 16. April beklagt, daß sich der Kultusminister „für derlei Kleinkram nicht zuständig“ fühle, hat sie unrecht. In der Tat ist nämlich in NRW der Kultusminister nicht zuständig; die gesamte Hochschulproblematik liegt im Zuständigkeitsbereich von Wissenschaftsminister Schrier – nur dieser befaßt sich leider auch nicht mit den oben genannten Rechtsverstößen.

2. Voll und ganz ablehnen muß ich den Schluß, den Frau Plück aus der vom RCDS vorgelegten Dokumentation zieht: Die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft ist in keinem Fall der einzig demokratische Weg. Im Gegenteil: Eine wirksame studentische Interessenvertretung kann nur von den Studenten selbst in Eigenverantwortung – auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – praktiziert werden; hierfür ist die Verfaßte Studentenschaft eindeutig die beste Lösung.

Sie abzuschaffen, würde ein Stück weniger Demokratie bedeuten.

Notwendig ist allerdings das Bemühen aller Seiten, Mißbrauchsmöglichkeiten so weit wie möglich einzudämmen.

Mit freundlichen Grüßen
Beatrix Mettlach,
Burscheid

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Teure Flutwellen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuweilen müssen die Naturgewalten nachhelfen, um die grenzlose Selbstüberschätzung der Technokraten in die Schranken zu weisen. Jahrzehntelang haben Wasserbau-Ingenieure begradigt, korrigiert und verrohrt, um die Hochwässer in den Griff zu bekommen. Mit dem Ergebnis, daß die Hochwässer vom Oberlauf an den Unterlauf verlagert wurden und jetzt noch höher auflaufen.

Durch Verminderung der Retentionsräume (Rückhalte- und Überflutungsräume, z. B. Altarme und Auen) sowie Verkürzung des Flußlaufes durch wasserbauliche Maßnahmen fand gerade am Rhein eine ungünstige Beeinflussung des Ablaufes von Hochwasserwellen statt. Es wurden die Spitzenabflüsse erhöht und die Fließzeiten verkürzt.

Gegenüber der Jahrhundertflut an der Jahreswende 1882/83, als das Hochwasser noch vier Tage von Basel bis Worms brauchte, wird diesmal die Flut für den gleichen Weg nur zweieinhalb Tage brauchen und 30 Prozent mehr Wasser führen. Der Spitzenabfluß wäre um 2000 Kubikmeter/Sek. höher.

Durch die Fließzeitverkürzung kommt es weiterhin zum zeitgleichen Zusammenfließen der Flutwellen von Neckar und Rhein. Als Konsequenz würden weite Teile der Stadt Ludwigshafen und des großen Industriegeländes der BASF überschwemmt werden. In Ludwigshafen werden deshalb mehrere Millionen DM in Hochwasserschutzmaßnahmen investiert. Zur Schaffung von künstlichen Retentionsräumen (Hochwasser-Rückhaltepolder) müssen am Oberrhein mehrere 100 Millionen DM verbaut werden.

Der Sinneswandel, daß es besser gewesen wäre, natürliche Überflutungszonen freizuhalten, kommt um Jahrzehnte zu spät. Auch künftig wird man nach jedem Hochwasser über Millionenschäden jammern, denn die aus Mißachtung hydrologischer Gesetzmäßigkeiten und Gewinnsucht gemachten Fehler lassen sich kaum noch korrigieren.

Irene Koch,
Mettenheim

Tuberkulose tot?

„Mediziner halten die Tuberkulose für besiegt“; WELT vom 14. April

Wenn man feststellen will, ob eine Infektionskrankheit „besiegt“ ist oder nicht, so kann man das nur an Hand von Zahlen über ihr Vorkommen tun.

Bei der Tuberkulose liegen die Verhältnisse in der Bundesrepublik folgendermaßen: 1981 (letzte Gesamt-Statistik) gab es 23 300 gemeldete Neuerkrankungen an Tuberkulose; 8000 davon waren „offen“, d. h. sie steckten beim Husten und Sprechen ihre Umgebung an. Am Jahres-Ende 1981 waren 47 300 Tuberkulose-Kranke gemeldet (ohne Hessen, das nicht gemeldet hatte). 1815 Kranke waren im Jahr 1981 an ihrer Tuberkulose gestorben!

In dem Artikel steht: „An Tuberkulose stirbt man heute nicht mehr.“ Eine sonderbare Diskrepanz! Bei den Ausländern ist die Tuberkulose in der Bundesrepublik dreimal so häufig wie bei Deutschen. Daß infolge schlechter Meldedisziplin eine hohe Dunkelziffer an Erkrankungen besteht, erklärt selbst das Bundesgesundheitsamt.

Es mag somit jedem einzelnen überlassen bleiben, ob er die häufigste chronische Infektionskrankheit Tuberkulose für „besiegt“ hält. Durch allgemeine freiwillige Impfung der Kinder könnte man wenigstens diese vor Erkrankung mit 80prozentiger Wahrscheinlichkeit schützen und so die Tuberkulose allmählich wirklich besiegen, nicht nur auf dem Papier. „Denn die Verhältnisse sind nicht so.“

Univ.-Professor
Dr. A. Windorfer,
Erlangen

Wort des Tages

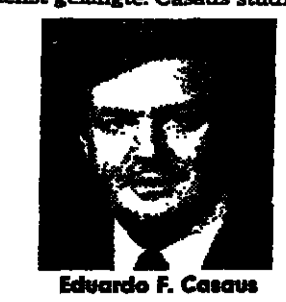
„Es erfordert oft mehr Mut, seine Ansicht zu ändern, als an ihr festzuhalten.“

Friedrich Hebbel, dt. Dramatiker (1813–1863)

Personalien

DIPLOMATEN

Die „ausgezeichneten Beziehungen auf allen Gebieten“ hat am Dienstag Spaniens neuer Botschafter **Eduardo Foncillas Casaus** gelobt, als er Bundespräsident **Karl Carstens** sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Der Spanier, Jahrgang 1937, gehört zu einer jungen Elitegeneration seines Landes, die über die Wirtschaft in den diplomatischen Dienst gelangte. Casaus studierte



Eduardo F. Casaus

Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Soziologie in Freiburg und Berlin. Er war in Freiburg Schüler von Nobelpreisträger Professor **Friedrich August von Hayek**, bei dem er eine Diplomarbeit über die deutschen und spanischen Steuersysteme anfertigte. Später wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Uni Freiburg, 1967 Direktionsassistent der Münchner Allianz Versicherung. 1969 wurde er zum Leiter der Europa-Abteilung der „Banco Urquijo“ in Madrid berufen. 1975 wurde er Direktor der internationalen Abteilung der Banco de Bilbao in Madrid, 1977 Direktor der gleichen Bank in Frankfurt und Zürich. Politisch engagierte sich Casaus in der Partido Socialista Popular. Seine politische Einstellung ist auch der Grund dafür, warum er so lange in Deutschland lebte: Unter dem Franco-Regime wurde Casaus als Regimegegner von der Universität Barcelona verwiesen.

WAHLEN

Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Karl Ahrens** ist in Straßburg zum neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt worden. Er wird Nachfolger des Spaniers **José Maria de Areilza**. Ahrens, Jurist, war fünf Jahre Stadtdirektor in Northeim und drei Jahre Verbandsdirektor des Verbandes Großraum Hannover, ehe er als Ministerialdirigent Leiter der Abteilung für Kommunalwesen und Raumordnung im niedersächsischen Innenministerium wurde. Seit 1969 gehört er dem Bundestag an und ist heute Mitglied des Parteirats der SPD.

*

Eine engagierte niedersächsische Politikerin wird sich der Politik des Mittelstandes annehmen: **Birgit Breuel**, in Hannover Ministerin für Wirtschaft und Verkehr. Während des niedersächsischen Landesmittelstandstages wurde sie zur neuen Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung Niedersachsen gewählt. „Eine Politik für den Mittelstand, ohne um ihn herum einen Schutzwall errichten zu wollen“, forderte Frau Breuel, die auch darauf hinwies, daß „der Staat für den Mittelstand kein Selbstbedienungsladen“ ist. Die Ministerin forderte für diese Berufsgruppe mehr „Entbürokratisierung“ und den Abbau überflüssiger Vorschriften, die den mittelständischen Betrieben das Leben schwer machen. Birgit Breuel wurde Nachfolger des CDU-Bundestagsabgeordneten **Horst Schröder** (Lüneburg), der auf eine neue Kandidatur verzichtet hatte.

Schritte gegen „atomwaffenfreie Gemeinden"

AP, München

Das bayerische Innenministerium will auf dem Verwaltungsweg gegen Gemeinden vorgehen, die ihr Gebiet als „atomwaffenfreie Zone" deklariert oder in anderer Weise demonstrativ gegen die Verteidigungskonzeption von NATO und Bundeswehr Stellung genommen haben. Die Staatsregierung nahm gestern „zustimmend Kenntnis" von der Absicht, in Fällen, in denen trotz eingehender Belehrung durch die Aufsichtsbehörden die Gemeinden sich weigerten, entsprechende Beschlüsse von sich aus rückgängig zu machen, diese aufheben zu lassen.

Ein Sprecher des Innenministeriums teilte ergänzend mit, betroffen seien nach derzeitigem Kenntnisstand die Gemeinden Nürnberg, München, Lindau und Eching. Diesen werde nun die förmliche Beanstandung der Beschlüsse zugehen. Wenn dann keine Rücknahme erfolge oder dies, wie im Fall Nürnbergs bereits geschehen, im Stadtrat abgelehnt werde, werde man die beanstandeten Beschlüsse im Wege der „förmlichen Ersatzvornahme" aufheben. Die bayerische Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß Gemeinden mit förmlichen Beschlüssen zur Verteidigungskonzeption ihre Kompetenzen überschreiten, da dies allein Sache des Bundes sei.

„Strauß probt den Abstand zur CDU"

gba, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt glaubt bei Franz Josef Strauß einen neuen Ansatz entdeckt zu haben, den bundesweiten Anspruch der CSU durchzusetzen. Hinter der Erklärung führender CSU-Politiker zur Deutschlandpolitik stecke „offensichtlich auch parteipolitisches Kalkül", sagte Brandt vor dem SPD-Vorstand. So könne man fragen, ob die Auftritte des CSU-Vorsitzenden „nicht Entwicklungssignale seien, mit denen er erneut Grenzen und Möglichkeiten eines bundesweiten Anspruchs der CSU – einschließlich der längerfristigen Möglichkeit einer eigenen Parteientwicklung – ausleuchten" wolle. Es sei jedenfalls nicht zu übersehen, daß Strauß zur Zeit „den Abstand und die Durchsetzungsfähigkeit" der CSU gegenüber der CDU erprobe. Dabei treibe der CSU-Chef die Isolierung der FDP weiter voran. Diese Politik habe sich praktisch schon in der „Verdrängung" der Freien Demokraten aus dem Innenministerium und der Landwirtschaftspolitik ausgewirkt.

EG-Parlament berät über Arbeitslosigkeit

Debatte der Europa-Abgeordneten erstmals im Fernsehen

ULRICH LÜKE, Brüssel

Im Europäischen Parlament kommt es heute zu einer doppelten Premiere. Zum ersten Mal wird eine Plenardebatte von einer europäischen Fernsehanstalt live übertragen, von der ARD zwischen 10.00 Uhr und 13.00 Uhr. Und zum ersten Mal tagt das Parlament in Brüssel, dem Sitz von EG-Ministerrat und EG-Kommission. Nur einmal, im März 1956, war der Vorläufer des Europa-Parlaments, die Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, nach Brüssel gekommen.

Thema der zweitägigen Sondersitzung ist die Arbeitslosigkeit in Europa. Auf der Basis von sechs Berichten wollen die Abgeordneten ihre Forderungen für den europaweiten Kampf gegen die Beschäftigungskrise formulieren, Forderungen, von denen sie erwarten, daß sie beim nächsten europäischen Gipfeltreffen im Juni in Stuttgart Berücksichtigung finden.

Im Mittelpunkt der Auftaktdebatte wird der Bericht des griechischen Christdemokraten Papaefstratiou über die Beschäftigungslage in der Gemeinschaft stehen. Er wurde im zuständigen Ausschuß nur mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen angenommen. Beobachter erwarten daher, daß sich die Konfrontation zwischen Christdemokraten und Konservativen sowie Sozialisten und Kommunisten heute im Plenum fortsetzen wird. Bereits jetzt liegen 274 Änderungsanträge für diesen und die anderen Berichte vor.

Hauptforderung der Ausschußmehrheit ist ein Maßnahmenbündel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das von der Verwirklichung des Binnenmarktes über die Begrenzung der öffentlichen Haushaltsdefizite bis hin zu mehr Mitteln für die Schaffung von Ausbildungsplätzen reicht.

Maßgeblichen Anteil an den Vorarbeiten für die Sondersitzung haben die deutschen Abgeordneten Heike Salisch (SPD) und Elmar Brok (CDU). Da zudem für den EG-Ministerrat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm im Parlament sprechen wird, können die deutschen Fernsehzuschauer weite Teile der Debatte des siebensprachigen Parlaments heute morgen im Originalton verfolgen. Neben der allgemeinen Beschäftigungslage und der Jugendarbeitslosigkeit stehen Fragen der Arbeitszeitverkürzung, der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, der Randregionen der Gemeinschaft und der Verkehrspolitik auf der Tagesordnung der Sondersitzung.

Das Bundesarchiv prüfte

Nur eine Probe des angeblichen Hitler-Tagebuchs erhalten

rtr, Bonn

Das Bundesarchiv in Koblenz hat nach den Worten seines Präsidenten Hans Blooms keinen Zweifel an der Echtheit der ihm von der Illustrierten „Stern" zur Prüfung vorgelegten mutmaßlichen Dokumente Adolf Hitlers. Blooms sagte gestern der Nachrichtenagentur Reuter, dabei habe es sich aber offensichtlich nur in einem Fall um eine Probe aus den angeblichen Tagebüchern des Diktators gehandelt. Die sieben weiteren im Verlaufe des vergangenen Jahres geprüften Unterlagen, seien Schriftstücke anderer Art gewesen.

Nach Blooms Darstellung trat der „Stern" 1982 an das Bundesarchiv mit der Bitte um Unterlagen über den Flug des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß heran. Später habe er um die Prüfung von acht Einzelpersonen gebeten, ohne zu erwähnen, daß es um Tagebücher Hitlers gehe. Das habe das Bundesarchiv erst aus der Presse erfahren. Experten des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz sowie ein amtlicher Papiersachverständiger hätten die Unterlagen geprüft, deren Echtheit sich als „einwandfrei" erwiesen habe.

Wie Blooms sagte, wurde keine Tintenanalyse vorgenommen. Deren wissenschaftliche Beweiskraft sei ohnehin begrenzt. Bei dem Schriftstück aus den Tagebüchern habe es sich um den Entwurf einer parteiamtlichen Verlautbarung zur Heß-Flucht nach Großbritannien gehandelt. Das Bundesarchiv habe sich auf das Abkommen mit dem „Stern", wonach das Material nach der Auswertung durch das Blatt in den Besitz des Archivs übergehen soll, eingelassen, da es darin „die einzige Chance" sehe, das im Ausland befindliche „Quellengut zu sichern".

„Stern"-Justitiar Joachim Hagen teilte auf Anfrage mit, das Magazin habe dem Archiv zugesichert, ihm die Originale nach Abschluß der Auswertung zu überlassen.

Zustimmung zu sechs Punkten der CSU

● Fortsetzung von Seite 1

Währenddessen erklärte der Verdener Oberstaatsanwalt Reimar Poppken, das gerichtsmedizinische Gutachten des Hamburger Professors Werner Janssen habe ergeben, daß Burkert nach einem Verhör am Grenzübergang Drewitz an einem Herzanfall gestorben sei. Der Verdacht, Burkert sei seinen Kopfverletzungen erlegen, habe sich nicht bestätigt. Es gebe damit keinen Beweis für eine Fremdeinwirkung beim Tod des Transitreisenden, sagte Poppken.

Die Bundesregierung will in einigen Tagen nach Prüfung aller Unterlagen ihre abschließende Meinung äußern. Für die CSU bezeichnete es Stoiber gestern als notwendig, darüber zuvor im Koalitionskreis zu diskutieren. „Wir haben nie von Gewaltanwendung gesprochen, sondern daß die Vernehmung ursächlich war für den Tod. Es steht fest, daß Herr Burkert durch den psychologischen Druck zu Tode gekommen ist."

Klar ist schon jetzt, daß die Bundesregierung bei ihren Kontakten mit der „DDR" auf Verbesserungen im Transitverkehr dringen wird.

Bundesminister Windelen betonte, nicht allein der Tod Rudolf Burkerts sei klimabelastend. Vielmehr sei in den vergangenen Monaten eine drastische Zunahme der Verdachtskontrollen durch „DDR"-Behörden registriert worden. Diese habe zu einer „Verunsicherung" der Reisenden geführt und widerspreche dem Geist geltender Vereinbarungen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, bemerkte dazu im einzelnen: „Die verhängten Buß- und Strafgelder sowie die geforderten Kautionsleistungen von bis zu Tausenden von DM-West auch bei nur geringfügigen Verkehrsverstößen, bei Verkehrsunfällen oder bei sogenannter ‚unerlaubter Kontaktaufnahme mit einem DDR-Bürger auf der Transitautobahn' wurden immer exemplarischer. Der Willkür sind hier letztlich keine Grenzen gesetzt."

Die Art und Weise, wie die „DDR"-Grenzer nach den Worten Lintners „durch stundenlange Prozeduren an den Übergängen, entwürdigende Verhöre, Leibesvisitationen und penible Kfz-Inspektionen den Freiheit gewohnten Bürger der Bundesrepublik behandeln, soll ihn einschüchtern und zugleich deutlich machen, wer im anderen Teil Deutschlands ‚Herr im Hause' ist".

Europäische Akte steht in Rom im Mittelpunkt

Bundeskanzler Kohl zu Konsultationen nach Italien

MEICHSNER/CONRAD, Rom/Bonn

Von der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz in Williamsburg und des „Europagipfels" in Stuttgart bis zur Madrider KSZE-Folgekonferenz und den Genfer Abrüstungsverhandlungen reichen die Themen der deutsch-italienischen Konsultationen, zu denen Bundeskanzler Helmut Kohl heute nach Rom fliegt. Kohl, den die Bundesminister Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff begleiten, wird mit Ministerpräsident Fanfani, Staatspräsident Pertini und den wichtigsten Parteiführern zusammentreffen.

Zu den zentralen Fragen der römischen Gespräche wird die Europapolitik gehören. Deutsche und Italiener sind an eine Zusage gebunden. Denn während des Staatsbesuchs von Bundespräsident Carstens in Italien hatten sie Ende Oktober 1982 vereinbart, den unter der Bezeichnung „Europäische Akte" laufenden Genscher/Colombo-Plan zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im ersten Halbjahr 1983 unter der deutschen EG-Präsidentschaft voranzutreiben. Anstatt in einen Aufwind ist die europäische Einigungspolitik aber seither in eine neue Krise geraten.

In seinem Gespräch mit der WELT (16./17. April) hatte Mitinitiator Colombo in Erinnerung gerufen: „Wir haben diese Initiative in der Erkenntnis ergriffen, daß die Gemeinschaft in eine gewisse Krise geraten ist. Es ist dies eine Krise der Entscheidungsfähigkeit, eine Krise des Willens, die Probleme anzupacken." Genschers und seine Idee sei es gewesen, „den politischen Weg wiederaufzunehmen, das heißt, das politische Ziel wieder herauszustellen, weil durch eine Bestätigung des politischen Ziels auch die Verhandlungen, Kompromisse und Übereinkommen auf wirtschaftlichem Gebiet sinnvoller wirken".

Bundeskanzler Kohl hatte erst bei den Konsultationen mit Premierministerin Margaret Thatcher in London und beim Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter in Bonn darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten der Verabschiedung der Europäischen Akte Anfang Juni auf dem Stuttgarter Europa-Gipfel noch entgegenstehen. Sowohl Frau Thatcher als auch Schlüter haben vor allem gegen die im Genscher/Colombo-Plan vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat erhebliche Bedenken geäußert.

IG-Metall-Marschroute

Einstimmung auf Forderung nach 35-Stunden-Woche

GÜNTHER BADING, Bonn

Schon knapp ein Jahr vor der nächsten Tarifrunde in der Metallindustrie im Frühjahr 1984 will die IG Metall ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit auf den Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche einstimmen. Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen kündigte gestern in Frankfurt an, daß das Thema Arbeitszeitverkürzung „ab sofort zentraler Gegenstand der Diskussion und der Aktivierung in den Betrieben" sein werde.

Zwar müsse die konkrete Tarifforderung erst wie üblich gegen Ende des Jahres von den zuständigen Gremien festgelegt werden, doch stehe bereits jetzt fest, daß die 35-Stunden-Woche – bei vollem Lohnausgleich – wichtigster Teil dieser Forderungen sein werde. Die IG Metall hatte sich vor fünf Jahren als Gegenleistung für stufenweise Verbesserungen beim Jahresurlaub gegenüber den Arbeitgebern verpflichtet, das Thema Arbeitszeitverkürzung bis 1984 außen vor zu lassen.

Nachdem im vergangenen Jahr zunächst in der IG Metall intensiv über die Verkürzung der Lebensarbeitszeit diskutiert worden war, setzte sich dann doch die Linie durch, im kommenden Jahr ausschließlich die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu fordern. Energischer Vertreter dieser Position war auch der Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler, der auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober für den Posten des zweiten Vorsitzenden kandidieren wird. Vorsitzender und damit Nachfolger des aus Altersgründen ausscheidenden Eugen Loderer soll der amtierende zweite Vorsitzende Hans Mayr werden.

Janßen kündigte an, daß die IG Metall Broschüren, Plakate und einen Film produzieren werde. Außerdem werde mit Wissenschaftlern diskutiert; in einer Umfrage soll die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder erkundet werden.

Bayern besteht auf strengerem Umweltschutz

PETER SCHMALZ, München

Bayern wird im Bundesrat eine wesentliche Verschärfung der Verordnung für Großfeuerungsanlagen beantragen. Das Kabinett beschloß gestern einen Landesantrag, der eine Gleichbehandlung von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken bei den Emissionsbegrenzungen fordert. Ungewiß ist jedoch, ob darüber am Freitag eine Einigung erzielt werden kann, nachdem aus Nordrhein-Westfalen erheblicher Widerstand erwartet wird.

Nach der vorliegenden Verordnung können Betreiber von Braunkohlekraftwerken auf den Einbau von Entschwefelungsanlagen verzichten, da Paragraph 6 eine Begrenzung von 400 Milligramm Schwefeldioxyd nur dann vorsieht, wenn die Entschwefelung technisch möglich ist. Nach Meinung einiger Techniker ist dies bei Braunkohle noch nicht möglich. „Wir sind aber auf dem Standpunkt, daß es technisch möglich ist", erklärte der Staatssekretär in der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, gestern nach der Kabinettsitzung. Der nordrhein-westfälische Umweltminister Farthmann, der im Bundestagswahlkampf energisch gegen das Waldsterben eingetreten sei, könne nun beweisen, „daß zwischen seinen Worten und seinen Taten ein Gleichklang besteht", meinte Stoiber.

Er räumte allerdings ein, daß hier zwischen Ökologie und Ökonomie eine „schwierige Interessenkollision" bestehe.

Flüchtlinge in der Elbe ertrunken?

W. K. Bonn

An der Elbe ist vermutlich eine Flucht mehrerer Jugendlicher in die Bundesrepublik Deutschland gescheitert, wobei möglicherweise ein oder zwei Flüchtlinge in dem Hochwasser führenden Strom ertranken. Darauf deuten bisherige Ermittlungen hin. Die Nachforschungen waren durch einen am Westufer oberhalb von Bleckede bei Lauenburg angeschwemmten Plastiksack ausgelöst worden. Darin befanden sich drei Jacken, ein Führerschein, acht „DDR"-Mark, eine HSV-Anstecknadel und ein Personalausweis auf den Namen eines 23jährigen Arbeiters aus einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Mitteldeutschland. Die Suche werde durch das Hochwasser erheblich erschwert, sagte ein Behördensprecher.

Nur leises Aufatmen

J. G. – Auch magere Verhandlungsresultate haben, mißt man sie am denkbar schlechteren Ausgang, noch ihr Gutes. So begrüßt denn auch der deutsche Stahlproduzentenverband mit leisem Aufatmen das Resultat der den europäischen Stahlproblemen gewidmeten EG-Ministerratssitzung vom letzten Montag. Denn erreicht wurde nicht nur die Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Krisenbekämpfungskartells über den 30. Juni hinaus und nun einigermaßen klar auch bis zum Jahresende 1985.

Die Bundesregierung setzte sich auch mit dem Begehren durch, daß bei künftigen politischen Entscheidungen zur Strukturbereinigung sowohl frühzeitige Kapazitätsanpassungen als auch die von Land zu Land unterschiedliche Subventionsintensität berücksichtigt werden. Das kann nur zum Vorteil der deutschen Produzenten ausschlagen.

Aber damit ist das Aufatmen auch schon zu Ende. Das dicke Problem der Lastenverteilung mit möglichst gerechten Produktionsquoten, die viele andere zu Lasten der Deutschen für sich erhöht sehen wollen, ist noch ungelöst.

Nicht nur an dieser Front bleibt die Bundesregierung gefordert. Überdies und vor allem bleibt ihre Aufgabe bislang ungelöst, daheim für eine Strukturbereinigung der Branche zu sorgen, die nach Duldung des Subventionswahnsinns der Nachbarn nun vorrangig auch eine politische Aufgabe geworden ist.

SPARKASSENTAG / Ohne inflationsfrei finanzierte Investitionen kein Aufschwung

Geiger warnt: Die Spartätigkeit ist schlechter als ihr Ruf

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gegen falsche Appelle, weniger zu sparen und mehr zu konsumieren, wehrt sich Sparkassenverbandspräsident Helmut Geiger. Ohne ausreichend hohes Sparaufkommen sei eine inflationsfreie Finanzierung von Investitionen, Voraussetzung für reales Wirtschaftswachstum und Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen, nicht möglich, betonte Geiger am Vortag des Deutschen Sparkassentages vor dem Hintergrund der weiter nachlassenden privaten Sparkapitalbildung.

Die Spartätigkeit sei schlechter als ihr Ruf. Sie reiche gerade aus, um die Investitionen und Staatsdefizite zu finanzieren, warnte der Sparkassenpräsident. Im letzten Jahr war die private Sparkapitalbildung bei den Sparkassen bereits um ein Viertel gesunken. Diese Tendenz hat sich im ersten Quartal 1983 noch verschärft. Das bei den Sparkassen neu gebildete Sparkapital sei um etwa 70 Prozent hinter dem Ergebnis der gleichen Vorjahreszeit zurückgeblieben.

Wegen des leichten Rückgangs der Realeinkommen der Arbeitnehmer, gestiegener Arbeitslosigkeit und zunehmender Konsumneigung rechnet Geiger mit einem Anhalten der Abschwächungstendenz in diesem Jahr. Aus der Verdoppelung des Einlagenzuwachses auf Sparkonten (2,6 Milliarden Mark im ersten Quartal) dürfe man keine falschen Schlüsse ziehen; denn gleichzeitig seien in starkem Maße Termineinlagen aufgelöst und Wertpapiere verkauft worden, was mit den weniger attraktiv gewordenen Zinsen zusammenhänge.

Das Kreditgeschäft der Sparkassen und Landesbanken, das von einer Verlagerung der Nachfrage von kurzfristigen zu langfristigen Krediten vor allem für den Wohnungsbau geprägt ist, läßt mit einem nur minimalen Anstieg im ersten Quartal dieses Jahres noch keine konjunkturelle Belebung erkennen. Geiger warnte denn auch trotz Stimmungsverbesserung in der Wirtschaft vor Euphorie. Seiner Einschätzung nach wird die Konjunkturstabilisierung jetzt vor allem vom Nachholbedarf getragen, der im Wohnungsbau, beim privaten Autokauf und bei Ersatzinvestitionen marktwirksam wird. „Aber was kommt danach?" fragt Geiger skeptisch.

Da aus dem Ausland vorerst keine Konjunkturimpulse zu erwarten seien, die öffentliche Hand wegen immer dringlicher werdender Haushaltskonsolidierung als Konjunkturmotor weitgehend ausfalle, könnte auf den Wohnungsbau als wichtigen Träger der Binnenkonjunktur nicht verzichtet werden. Deshalb ermutigt die Sparkassenorganisation die Bundesregierung, mit der Anregung der Wohnungsbaukonjunktur und ihrer Stabilisierung auf einem höheren Niveau fortzufahren. Geiger plädierte dafür, die steuerliche Behandlung von eigengenutzten Wohnungen und Mietwohnungen besser einander anzugleichen. Er sprach sich für einen Schuldzinsenabzug für Eigenheimer auch nach Auslauf der Sonderregelung aus.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der deutschen Wirtschaft gehört es nach Geigers Auffassung auch, daß die öffentlichen Haushalte endlich konsolidiert werden. Ein Nettodefizit von knapp 70 Milliarden Mark beanspruche den Kapitalmarkt unangemessen stark und belaste durch immer neue Zinslasten die Bewegungsfreiheit der öffentlichen Haushalte bei den Investitionen in unerträglicher Weise. Er fordert die Bundesregierung auf, jetzt einen mittelfristigen Stufenplan zu beschließen, der das Gleichgewicht zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf mittlere Sicht wiederherstellt.

Anders als noch vor wenigen Monaten beurteilt Geiger die Zinsentwicklung nicht mehr optimistisch. Er rechnet damit, daß der Kapitalmarktzins in nächster Zeit um die Marke von 7½ Prozent schwanken wird, und hält eine Sechs vor dem Komma für unwahrscheinlich.

STAHLINDUSTRIE

Öffentliche Hilfen werden in Kürze bekanntgegeben

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In Kürze will die Bundesregierung nach Absprache mit den Bundesländern das Volumen der öffentlichen Hilfen für die deutsche Stahlindustrie und die Instrumente bekanntgeben. Dies erklärte gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) zunächst vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und später vor den Abgeordneten seiner Partei. Der Minister betonte noch einmal, daß Vorweghilfen nicht in Betracht kämen. Voraussetzung sei ein tragfähiges Unternehmenskonzept.

Es sei nicht vorgesehen, „die Unternehmen zu entmündigen". Sie müßten die notwendigen Umstrukturierungen verantworten; die Bundesregierung sei bereit, sie finanziell zu flankieren. Die deutschen Stahlunternehmen hätten bis Ende März Grobkonzepte vorgelegt, wodurch die 1982 übermittelten Vorstellungen modifiziert wurden. Die Unterlagen werden laufend ergänzt. Die Treuarbeit werde bis Ende dieses Monats eine erste Stellungnahme dazu abgeben, so daß die Bundesregierung einen Überblick über die finanzielle Situation der Unternehmen erhalte.

Anhand der verbindlichen Unternehmenskonzepte werde „kurz darauf" über die endgültige Höhe der Hilfen entschieden. Das bislang beschlossene Instrumentarium sei bekannt: Investitionszulage Stahl, Stahl-Standorte-Programm, Stahl-Forschungsprogramm, Verbesserung der Sozialhilfen nach Artikel 56 Montan-Vertrag und die Zusage zu dem Moderatoren-Bericht von zwei bis drei Milliarden Mark. „Angesichts der Situation der Stahlindustrie, die kaum umfangreiche Investitionen erlaubt und sinnvoll erscheinen läßt, wird die Bundesregierung ergänzende Instrumente prüfen, um den Förderzweck zu erreichen. Zu denken ist etwa an Hilfen, die den Unternehmen einen Teil der Umstrukturierungsaufwendungen abnehmen", erklärte Lambsdorff.

Nach den bisher vorliegenden Grobkonzepten zeichne sich ab, daß Thyssen und Krupp fusionieren. Außerdem werde es zu einer Kooperation von Hoesch und Peine-Salzgitter kommen, dabei werde Arbed-Saarstahl berücksichtigt. Klöckner werde vorläufig allein bleiben.

Die Stahlproduktion habe im vergangenen Jahr zwar sogar das durchschnittliche Niveau der 60er Jahre unterschritten, obwohl die Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik um fast die Hälfte höher waren als damals. Die Entwicklung zeige aber, daß der Abwärtstrend in eine Phase der Stabilisierung übergeleitet ist. Lambsdorff betonte dies, obwohl das extrem niedrige Niveau von 1982 im ersten Quartal dieses Jahres noch um 17,5 Prozent unterschritten worden sei. Der Minister erwartet eine Stabilisierung der Preise, nachdem die Orientierungspreise noch einmal heraufgesetzt wurden.

Zigarettenmarkt im Umbruch

Von JAN BRECH

Der deutsche Zigarettenmarkt ist völlig unübersichtlich geworden. Das Vordringen der Billigzigaretten nach der Steuererhöhung im Sommer vergangenen Jahres und die Reaktion der Branche mit Preissenkungen bei einigen ihrer Stamm-Marken hat Bewegungen ausgelöst, von denen heute niemand so recht weiß, wohin sie langfristig führen.

Völlig neu für die Zigarettenindustrie ist vor allem, daß der Preis zur Zeit zum wichtigsten Marketing-Instrument geworden ist. Jahrelang hat die Branche ihre Marktauseinandersetzungen *nur* über Produktgestaltung, Werbung und Verkaufsförderung betrieben. Daß Kunden auch über den Preis gehalten oder hinzugewonnen werden können, galt in der Branche bis vor kurzem als Tabu.

Inzwischen muß sich freilich auch dieser Wirtschaftszweig damit abfinden, daß die Zeiten vorbei sind, da der Zigarettenmarkt eine friedliche und zudem ungewöhnlich lukrative Preisoase war. Auf die Verteuerungen der Zigaretten Mitte vergangenen Jahres haben die Raucher empfindlich reagiert, und ihre bisherige Markentreue weitgehend aufgegeben. Sie sind in Scharen zu den Handelsmarken und „no names" übergelaufen, die im Lebensmittelhandel für 2,95 und drei Mark offeriert werden.

Am Zigarettenmarkt bestätigt sich eindrucksvoll, daß „no names" den klassischen Markenartikeln um so gefährlicher werden, je größer der Preisabstand ist. Am Kaffeemarkt etwa haben es die Billigangebote ungleich schwerer, weil sie im Preis nur unwesentlich von den Angeboten der Markenhersteller entfernt liegen. Daß gerade Reemtsma den Fehdehandschuh der Billiganbieter als erster aufnahm und die Preisskala mit einer Marke zum Preis von 3,30 Mark auffächerte, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen. Großaktionär bei diesem Tabakkonzern ist immerhin die marktführende Kaffeefirma Tchibo.

Der Vorstoß von Reemtsma, der auf der schlichten Erfahrung fußt, daß man gegen den Wunsch der Verbraucher am Markt nicht agieren kann, hat zu regelrechten Verwerfungen geführt. Die Reemtsma-Billigmarke „West" ist inzwischen bei einem Marktanteil von sieben bis acht Prozent angelangt und aus ihrem vorherigen Schattendasein zur fünftgrößten deutschen Marke avanciert. Nimmt man die mittlerweile sieben Billigmarken der Industrie zusammen, so liegt deren Marktanteil jetzt bei etwa 20 Prozent.

Dieser Absatzerfolg hat die Industrie in *grenzenloses* Erstaunen versetzt. Nur zögernd und widerwillig ist sie dem Beispiel Reemtsmas gefolgt und muß nun feststellen, daß Billigmarken exakt dem Wunsch vieler Raucher entsprechen. In wenigen Monaten ist damit die über Jahre verfolgte Marketing-Philosophie in sich zusammengebrochen, daß der Raucher bereit sei, für Image, Qualität und allgemeine Verfügbarkeit einen Aufpreis zu zahlen.

Der Industrie wird es schwerfallen, den Trend am Markt umzukehren, obwohl davon ihr Wohl und Weh abhängt. Immerhin haben sich die Befürchtungen bestätigt, daß die Absatzgewinne der Billigmarken überproportional zu Lasten der teureren Marken gehen. Die Einbrüche der großen Konsummarken bewegen sich zwischen 20 und 30 Prozent.

Diese Fallgeschwindigkeit elektrisiert die Branche und trübt den Absatzerfolg der Billigmarken gewaltig. Die hochpreisigen Zigaretten nämlich sind die Gewinnbringer, während die Billigmarken die Vollkosten nicht decken. Gleiche Deckungsbeiträge können nur mit einem Vielfachen des Volumens erzielt werden. In dieser kalkulatorischen Wahrheit steckt die Gefahr einer Ausweitung des Preiskrieges am Zigarettenmarkt. Nicht einmal die Vorstellung ist unrealistisch, daß sich das gesamte Marktgeschehen in den Billigbereich verlagert und nur noch Spezialitäten von dem Preisrutsch ausgeschlossen bleiben. Unter Ertragsaspekten eine Vision des Grauens für die verwöhnte Zigarettenindustrie.

Wohin der Markt endgültig pendelt, ist zur Zeit aber noch offen. Weder die obere Grenze für die Billigzigaretten, noch die untere für die hochpreisigen Konsummarken ist erkennbar. Der Gesamtmarkt stabilisiert sich langsam wieder, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau, und es gibt erste Anzeichen, daß sich der Konsument von dem Preisschock erholt.

Was freilich auch immer passiert, die heile Welt der Zigarette kehrt nicht wieder. Auf die Branche warten Bewährungsproben, die Durchstehvermögen und Ideenreichtum verlangen. Eine so unentschlossene, fast hilflose Reaktion, wie die meisten Hersteller auf das Ende des Preisfriedens haben erkennen lassen, wird sich künftig niemand mehr erlauben können.

AUF EIN WORT



„Es wäre ökonomischer Irrtum, wenn Großunternehmen sich bei der bundesweiten Einführung von Bildschirmtext des Vorteils eines dezentralen persönlichen Einsatzes des selbständigen kleinen und flexiblen Außendienstes beispielsweise der Versicherungs- oder Reisebürobranche entledigen würden."

Max Engl, Präsident der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand AWM), Bonn FOTO: DIE WELT

ALTERNATIVE

35-Stunden-Woche gefordert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen und die Rücknahme der jüngsten Haushaltsbegleitgesetze fordert die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik" in ihrem Memorandum '83 „Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung – Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik". Die linken Professoren, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre plädieren überdies für ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum, das in diesem Jahr ein Volumen von 30 Milliarden Mark haben sollte.

Gefördert werden sollte unter anderem die Entwicklung rohstoff- und energiesparender Technologie und alternative Energiequellen, der Bau von zusätzlich 100 000 Sozialwohnungen und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Finanziert werden sollten die Maßnahmen durch einen verbesserten Steuereinzug, durch den Abbau sozial nicht gerechtfertigter Steuersubventionen, durch gezielte Steuererhöhungen und durch ein Ausweiten der Nettokreditaufnahme des Bundes.

Ein absolutes Erfordernis im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit sei überdies die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Ferner werden im Memorandum die Vergesellschaftung der Stahlindustrie und der Großwerften gefordert. Kurzfristiges Ziel sei dabei der Erhalt der bestehenden Standorte und aller Arbeitsplätze. Die Mitbestimmung in diesem Bereich müsse erweitert werden.

SCHIMMELPFENG

Zahlungsmoral verbessert

adh. Frankfurt

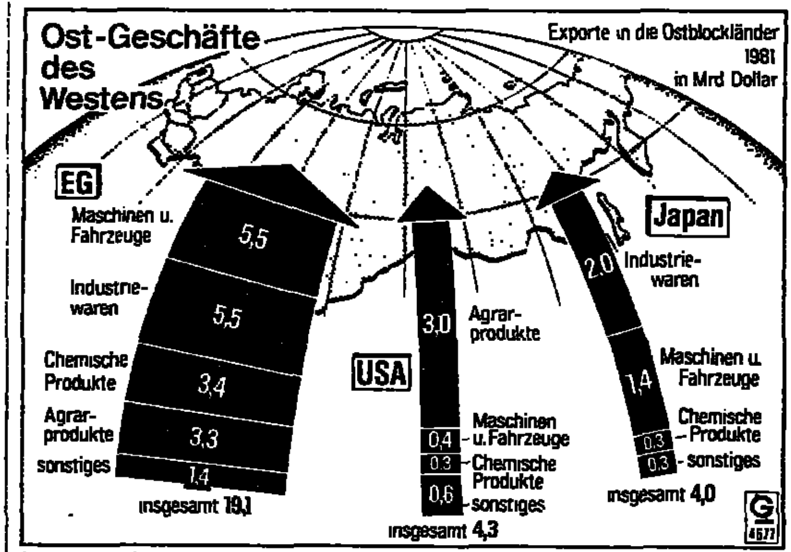
Wachsenden Optimismus in der Wirtschaft konstatiert die Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng, Frankfurt, als Fazit aus der deutlich besser gewordenen Zahlungsmoral: Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die Zahl der pünktlich zahlenden Unternehmen um 3,5 Prozentpunkte (verglichen mit dem ersten Quartal 1982). Auch gegenüber dem Vorquartal registriert die Auskunftei eine Zunahme der fristgemäß zahlenden Unternehmen um 1,8 Prozentpunkte.

Dies ist nicht nur eine Folge der billigeren Kreditzinsen und besserer Geschäfte, sondern auch Folge einer strikteren Handhabung des Kreditmanagements, meint Schimmelpfeng. Mahnverfahren und Inkasso würden konsequenter gehandhabt. Der Anteil der nicht zahlungsfähigen oder -willigen Firmen sie mit 4,3 (4,2) Prozent immer noch „bedenklich groß".

Als besonders augenfällig wertet Schimmelpfeng die Zunahme des Anteils pünktlicher Zahler um 6,6 Punkte (gegenüber dem Vorquartal) auf 65,7 Prozent im Dienstleistungsbereich. Dagegen hat sich die Zahlungsweise in der Industrie mit einem Anteil von 61,6 Prozent vereinbarungsgemäß zahlenden Unternehmen kaum verändert. Leicht gesunken ist die Zahlungsbereitschaft im Einzelhandel (61,8 Prozent pünktliche Zahler).

Am Bau, im vergangenen Jahr auch hinsichtlich der Zahlungsweise „Problembranche", geht es nach Schimmelpfeng aufwärts: Der Anteil der pünktlich zahlenden Bauunternehmen ist erstmals seit längerem wieder gestiegen (um 1,6 Punkte auf 44,2 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Nach Ansicht der US-Regierung machen die Verbündeten zu viele Geschäfte mit dem Ostblock – und dies auch noch mit den falschen Waren. Als Hauptsünder gelten ihr die EG-Staaten, die zum großen Teil hochwertige Industriegüter und Chemikalien in den Osten exportieren. Die USA dagegen liefern vor allem Weizen und andere Agrarprodukte, die die Rüstungskraft des Ostens nicht stärken würden. QUELLE: GLOBUS

Hamburg-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Auf wenig Begeisterung traf gestern die bereits angekündigte zehnjährige 400-Millionen-Anleihe Hamburgs, die morgen als Siebeneinhalbprozenter zu 99¼ Prozent aufgelegt wird und die sich für private Zeichner mit 7,61 rentiert. An dem mit Anleihen Bremens, Bayerns und der KfW verstopften Markt hätte man es lieber gesehen, wenn die Emittentin und ihr Bankenkonsortium den Mut zum 7¾prozentigen Nominalzins aufgebracht hätten. Doch diesen Übergang zu einem höheren Zinstyp wollten die Beteiligten mit Rücksicht auf ihr Image nicht riskieren. Die Unterbringung am Markt wird sich schwierig gestalten. Die Rententendenz war gestern schwächer. Die Durchschnittsrendite stieg weiter von 7,46 auf 7,48 Prozent.

„Gut durchwachsen"

Basel (nl) – Als „gut durchwachsen" bezeichnet der Verband der Deutschen Uhrenindustrie das Ergebnis für die 105 deutschen Aussteller auf der jüngst in Basel beendeten Europäischen Uhren- und Schmuckfachmesse. Im gesamten Bereich seien sehr harte Preisgespräche geführt worden. Die Tendenz zur qualitativen guten Mittelpreislage habe sich bestätigt.

Aufschwung erwartet

Bonn (AP) – Der Wirtschaftsaufschwung ist nach Meinung des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) in Gang gekommen. Nach der jüngsten Konjunkturumfrage des BJU planten 22,5 Prozent der befragten vorwiegend mittelständischen Unternehmen Neueinstellungen. Vor einem halben Jahr habe dieser Anteil noch bei 3,8 Prozent gelegen. Allerdings werden die kurzfristigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt skeptisch beurteilt. Der Anteil der geplanten Erweiterungsinvestitionen sei gegenüber Herbst 1982 von 11,5 auf 17,5 Prozent gestiegen, der der Rationalisierungsinvestitionen von 49,0 auf 44,6 Prozent zurückgegangen. 41,1 Prozent der Betriebe meldeten steigende Auftragseingänge (Herbst 1982: 17,5 Prozent) und 28,9 (10,4) Prozent erwarteten steigende Gewinne. Der Kapazitätsauslastungsgrad könnte bis zum Herbst von 80,2 auf 82,8 Prozent ansteigen.

Getreide-Gespräche

Washington (rtr) – Vertreter der wichtigsten getreideexportierenden Länder werden sich am heutigen Mittwoch zu zweitägigen Gesprächen treffen. Die Politiker aus den USA, Kanada, Australien, Argentinien und der EG wollen auf ihrer Konferenz in Natches, im US-Bundesstaat Mississippi, darüber verhandeln, wie die sinkenden Getreidepreise stabilisiert und eine Verschärfung der Auseinandersetzungen über die Agrar-Subventionen verhindert werden kann. Es soll außerdem über den möglichen Abschluß langfristiger Exportabkommen gesprochen werden.

Seafirst-Übernahme

New York (rtr) – Die geplante 400-Millionen-Dollar-Übernahme der Seafirst Corp. in Seattle im US-Bundesstaat Washington durch die Bankamerica Corp. in San Francisco/Kalifornien hat eine erste Hürde genommen. Der Gouverneur von Washington, John Spellman, unterzeichnete eine Gesetzesvorlage, nach der Banken außerhalb des Staates Washington Banken mit finanziellen Schwierigkeiten innerhalb des Staates übernehmen dürfen. Der Übernahmeplan muß nun unter anderem noch von der Bankenaufsicht des Bundesstaates und der US-Notenbank genehmigt werden. In Bankenkreisen wird allgemein mit einer Billigung der Übernahme gerechnet. Sie werde das sogenannte Interstate Banking ein Stück näher bringen, dürfte dafür aber kein allgemeines Signal setzen, hieß es.

MINERALÖL

Versorgungs-Struktur hat sich deutlich verändert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das weltweite Überangebot an Mineralöl bestimmt nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums auch weiterhin die deutsche Versorgungslage. Die Preisverzerrungen zwischen gleichwertigen Rohölsorten einerseits und Rohöl und Produkten andererseits haben die Versorgungsstruktur jedoch deutlich verändert. Während das Netto-Einfuhrvolumen an Mineralöl mit 103,2 Millionen Tonnen 1982 kaum stärker als der Inlandsabsatz (minus 4,5 Prozent) sank, gingen die Rohöleinfuhren um neun Prozent auf 72,5 Millionen Tonnen zurück. Dagegen stieg die Einfuhr von Produkten um 6,3 Prozent auf 38,7 Millionen Tonnen.

Der Grund: Während der Rohöl-Grenzpreis 1982 um 0,5 Prozent auf 616 Mark je Tonne abnahm, verbilligte sich der Importpreis von Benzin um 2,2 und schwerem Heizöl um 4,1 Prozent. Die Folge: Trotz drastischer Stillegungen von 17,4 Millionen Tonnen wurden die Rohöl-Destillationskapazitäten im Jahresdurchschnitt nur zu 56,9 (57,1) Prozent ausgelastet. Der betriebswirtschaftliche Jahresverlust der Mineralölindustrie summiert sich damit auf 5,2 Milliarden Mark oder 4,1 Pfennig je Liter.

Durch die unterschiedliche Preisanpassung der einzelnen Rohöle verlor Saudi-Arabien ein Drittel seines deutschen Absatzes. Dagegen konnten der Iran und Libyen ihre Lieferungen um 52 und 6 Prozent ausdehnen. Aufgrund einer flexiblen Preispolitik stiegen die sowjetischen Lieferungen von 1,0 auf 3,4 Millionen Tonnen. Mit minus 4,2 Prozent konnten sich die Nordsee-Produzenten deutlich besser als der Trend behaupten. Mit einem Anteil von 24 Prozent verdrängten sie Saudi-Arabien (22 Prozent) von der ersten Stelle der Lieferanten.

„DDR" / Kombinate für Konsumgüter kommen mit der Produktion nicht nach

Die „kleinen Dinge" des Alltags fehlen

dpa/VWD, Berlin

Die „tausend kleinen Dinge" des Alltags bewegen in der „DDR" den Gesetzgeber und die Gemüter. Sie beschäftigen Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben und SED-Parteisekretäre in den Bezirken. Zeitungsberichte über die Versorgung mit Freizeitartikeln, Reparaturleistungen und der ganze Komplex „Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen", im Jargon kurz „ANG-Kosten" genannt, liefern praxisnahen Unterricht.

Im Frühjahr war die Zentralverwaltung für Statistik zu dem Schluß gekommen, „vielfältige Initiativen" hätten zur spürbaren Verbesserung beim Angebot von Kühlschränken, Heißwasserspeichern, Fahrrädern und Kleinkrafträdern geführt. Bei einigen industriellen Konsumgütern reiche die Steigerung aber noch nicht aus, um „die hohe Nachfrage zu befriedigen und das Sortiment reichhaltiger zu gestalten".

Da die 92 von den Bezirksverwaltungen geleiteten Kombinate, die eigentlich für die Konsumgüterherstellung zuständig sind, nicht nachkommen, sind die Industrieunternehmen gehalten, an ihrer Produktion einen eigenen Konsumgüteranteil von fünf Prozent vorzusehen. Material und Energie sind durch Mehreinsparung von einem Prozent bereitzustellen.

In der Praxis sieht es aus wie bei „Robotron Elektroschaltgeräte Auersbach". Der Betrieb liefert Tastaturen für elektrische Schreibmaschinen, Buchungs- und EDV-Anlagen. Er fertigt nun noch Leiterplatten, die auch bei Tastaturen eingesetzt werden, für Wartburg-Autoradios. Rückfahrscheinwerfer für den betagten „Trabant" und Tasten für Waschmaschinen waren schon länger im Programm. Im Robotron Radeberg, wo die Leiterplatten vorher produziert wurden, sind jetzt Mittel für andere Konsumgüter frei.

Der Bezirk Rostock ist ins Gerede gekommen. Er erfüllt den Fünf-Prozent-Anteil bisher nicht. Und dies, obwohl die Warnemünder Schiffbauer inzwischen Wohnmöbel, Sportboote, Heimwerker- und Kleingärtnerbedarf herstellen.

Zu unterschiedlichen Betriebsergebnissen kommt, daß nicht immer der tatsächliche Bedarf berücksichtigt wird. Mangelnde Aufgeschlossenheit für die zusätzliche Konsumgüterproduktion tritt nicht selten hinzu. Bei den Staatsgewerkschaften, denen die Motivierung der Belegschaften obliegt, laufen die Klagen der Parteifunktionäre dann auf.

Pfusch und Nachlässigkeit sind schwer auszumerzen. „Eine zupackende Quellenforschung" fehlt. Schon die Beseitigung der Hälfte der „ANG-Kosten" würde dem Binnenmarkt „Dutzende Millionen von mehr Waren guter Qualität" zur Verfügung stellen, sinniert eine „DDR"-Zeitung und schließt die Frage an: „Lohnt es dafür nicht, eine Null-Fehler-Produktion zu versuchen?"

IMMOBILIEN / Interesse an gewerblichen Anlagen

Der Markt belebt sich wieder

HANS BAUMANN, Essen

Der Markt für industrielle und gewerbliche Immobilien belebt sich. Dies meldet der Hamburger Unternehmens- und Industriemakler Horst F. G. Angermann, Ehrenpräsident des Rings Deutscher Makler. Damit kommt etwas Licht in einen Markt, der 1982 seinen absoluten Tiefpunkt erreicht hatte. Die erzielbaren Preise lagen durchschnittlich um 30 Prozent unter den Forderungen. Angermann berichtet sogar von Geschäften, die Abschläge von 40 bis 60 Prozent hinnehmen mußten.

Von der Rezession sind nach Angermann besonders ältere, mehrgeschossige Objekte betroffen. Gesucht sind vornehmlich vielseitig verwendbare, großflächige, ebenerdige Industriehallen. Gefragt sind solche Objekte besonders in Ballungsgebieten. Angermann erwartet „ähnlich wie nach Überwindung der letzten Rezession Mitte der siebziger Jahre für dieses Jahr einen Umsatzaufschwung".

Erstklassige, gutvermietbare Anlage-Immobilien kommen relativ selten an den Markt. Sie werden meist zügig an kapitalstarke institutionelle Anleger vermittelt. Schwierig ist der Markt für freiwerdende Industrie- und Gewerbe-Immobilien, für die nur Neunutzer in Frage kommen. Hier wirkt sich die Investitionsschwäche deutlich aus. Nach Insolvenzen und Betriebsstillegungen herrscht Überangebot.

Die Nachfrage zur Zeit resultiert vor allem aus Verlagerungsinvestitionen. Für rationalisierungswillige Unternehmen gibt es nach Angermann überaus günstige Angebote. Neubauten für rationellere Fertigungen sind zu sehr günstigen Konditionen am Markt. Solche Objekte kosten zur Zeit oft nur 40 bis 50 Prozent der Aufwendungen, die für den Neubau vergleichbarer Objekte erforderlich würden.

Die institutionellen Anleger haben sich nach Angermann zunehmend dem gewerblichen Immobilienmarkt zugewendet. Große Zurückhaltung hätten sie sich bei Wohnungsbauobjekten auferlegt. Für die gewerblichen Immobilien mußten die institutionellen Anleger im vergangenen Jahr das Zehn- bis Zwölffache der Jahresbruttomiete bezahlen. Angermann rechnet damit, daß dieser Faktor mit den fallenden Zinsen und dem erwarteten konjunkturellen Aufschwung steigen wird.

Die Firma Angermann hat in den drei Sparten Unternehmensverkauf, Maschinen und Anlagen sowie Immobilien und Betriebsstätten im Geschäftsjahr 1982 Objekte im Wert von 275 Millionen Mark umgesetzt; das waren 10 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Umsatz entfällt je zu einem Drittel auf die drei Geschäftssparten.

US-KONJUNKTUR / Gespräch mit der Leiterin des Haushaltsbüros im Kongreß

Drängen auf Abbau des Budget-Minus

H.-A. SIEBERT, Washington

Es kommt selten vor, daß das Haushaltsbüro des Kongresses mit der Reagan-Administration übereinstimmt. Bei der Einschätzung der Konjunkturlage ist es erstmals der Fall. Wie die Leiterin, Alice Rivlin, im Gespräch mit europäischen Journalisten erklärte, geht auch ihr Stab davon aus, daß Amerikas Wirtschaft im Vergleich der vierten Quartale 1982 und 1983 real um vier (Weißes Haus: 4,7) Prozent wachsen wird. Für 1984 sagte sie eine „gewisse" Beschleunigung voraus.

Im Gegensatz zu Martin Feldstein, dem Chefökonomen des Weißen Hauses, drängt Frau Rivlin jedoch mit größerem Nachdruck auf ein Zurückschneiden der Rekordhaushaltsdefizite, die in diesem Jahr 200 und 1988 rund 300 Milliarden Dollar erreichen und damit jeweils sechs Prozent des US-Bruttosozialprodukts ausmachen. Nur so könne ein Abwürgen der Erholung durch knappe Kredite verhindert werden, sagte sie. Die Defizitfinanzierung verschlinge den größten Teil der Ersparnisse und drükke die Zinsen wieder hoch.

Folgt man Frau Rivlin, dann hat Washington nur die Wahl, die Steuern anzuheben. Darüber sei man sich im Kongreß und in der Administration auch einig, gerungen werde nur noch um das Wieviel und Wann. Auf der Ausgabenseite sieht Frau Rivlin kaum noch Kürzungsmöglichkeiten; nach Berechnungen ihres Büros schlagen überdies Schnitte im Verteidigungsetat nicht durch. In den kommenden fünf Jahren würden zum Beispiel nur 47 Milliarden Dollar eingespart, wenn die Verteidigungsausgaben um vier statt um zehn Prozent, wie von Präsident Reagan gefordert, jährlich zunehmen würden. Nach den Planungen des Weißen Hauses steigen sie bis 1988 auf 390 Milliarden Dollar oder acht Prozent des Bruttosozialprodukts.

Als risikoreich bezeichnete es Frau Rivlin, auf die am 1. Juli fällige dritte Einkommensteuersenkung zu verzichten – diesmal wieder um zehn Prozent, so daß sich eine Erleichterung der Steuerlast um 25 Prozent seit Oktober 1981 ergibt. Der Aufschwung sei noch zu fragil. Andererseits könnten jedoch die Finanzmärkte die Rücknahme des Defizits um die Kosten (30 Milliarden Dollar im ersten Jahr) mit einem weiteren Zinsabbau honorieren.

Frau Rivlin, die im Sommer nach acht Jahren die Leitung des Congressional Budget Office abgibt, machte den starken Dollar dafür verantwortlich, daß „der Export Amerikas schwächster Wirtschaftsbereich ist". Nach ihrer Ansicht wird der Wert der US-Währung in den kommenden ein bis zwei Jahren sinken, vorausgesetzt, Geld wird in den Vereinigten Staaten billiger.

Gescheitert sind laut Frau Rivlin die „Reaganomics" an der unrealistischen Annahme, die Inflation könne durch Wachstum eingedämmt werden. Die für das erste Reagan-Jahr angekündigte Erholung sei durch eino zu expansive Fiskal- und eine zu restriktive Geldpolitik torpediert worden. Das habe zu einer zweiten Zinsexplosion in wenigen Monaten geführt. Auch heute noch hält Frau Rivlin den „Mix" für reparaturbedürftig.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage der Industrie

Optimismus breitet sich aus

WILHELM FURLER, London

In der britischen Wirtschaft macht sich zusehends Optimismus über die konjunkturelle Entwicklung breit. Wie die jüngste Erhebung des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedsfirmen zeigt, war das Vertrauen der britischen Unternehmer in die allgemeine wirtschaftliche Situation seit Juli 1976 nicht mehr so groß wie derzeit. Immerhin erklärten 36 Prozent der befragten 1700 Unternehmen, sie seien optimistischer als noch vier Monate zuvor, nur fünf Prozent erklärten, weniger optimistisch zu sein.

Damit wird die in jüngster Zeit von immer mehr Regierungsmitgliedern vertretene Ansicht bestätigt, daß der Konjunkturaufschwung in Großbritannien nach der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren jetzt endlich mit erheblicher Verspätung eingesetzt hat. Bereits im letzten Monat fiel das CBI-Umfrage-Ergebnis so optimistisch aus wie seit Beginn der Rezessionsphase vor knapp vier Jahren nicht mehr.

Nach Angaben der Unternehmen sind sowohl Nachfragen als auch Produktion in den letzten vier Monaten deutlich gestiegen, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau. Und immerhin 29 Prozent der Befragten rechnen damit, daß die Produktion in den nächsten Monaten weiter wachsen wird, während nur sieben Prozent gegenteiliger Ansicht sind.

Auch bezüglich der Exportaussichten nimmt der Optimismus in der britischen Wirtschaft deutlich zu. So antworteten 35 Prozent der befragten Unternehmer, sie seien bezüglich der Entwicklung ihrer Exporte optimistischer als vier Monate zuvor. Nur noch zehn Prozent rechnen nicht damit, daß sich die Exportaussichten in nächster Zeit verbessern. Noch im Oktober vergangenen Jahres war nur eine geringe Minderheit über die Exportentwicklung optimistisch.

Für die weitere Konjunkturbelebung ist auch die Tatsache von großer Bedeutung, daß die Investitionsneigung in der britischen Wirtschaft der Umfrage zufolge deutlich zugenommen hat.

EG / Verhandlungen über Spanien-Beitritt

Brüssel im Zugzwang

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Verhandlungen über den spanischen EG-Beitritt sind noch immer nicht zu ihrem Kern vorgedrungen. Immerhin ist es beiden Seiten gestern gelungen, sich über eine Reihe von umstrittenen Einzelproblemen des Handels mit industriellen Erzeugnissen zu verständigen.

Spanien soll danach generell eine Übergangszeit von drei Jahren für den Abbau noch bestehender mengenmäßiger Beschränkungen im Handel mit gewerblichen Waren eingeräumt werden, während es ursprünglich fünf Jahre verlangt hatte. Für Farbfernseher und Traktoren ist eine handelspolitische „Gnadenfrist" von vier Jahren vorgesehen. Das gleiche gilt für Textilerzeugnisse.

Für den Fortgang der Verhandlungen sind diese Kompromisse indes wenig bedeutsam, da sie kaum Auswirkungen auf die Konzessionen der Gemeinschaft in den wirklich wichtigen Fragen haben dürften. Ganz offensichtlich gerät die EG immer mehr in politischen Zugzwang. Die interne Einigung über ein Verhandlungsmandat im Bereich der Agrar- und Fischereipolitik sowie bei den noch offenen Fragen der Behandlung spanischer Gastarbeiter hängt auch mit den brisanten Fragen der Reform der europäischen Agrarpolitik und den Problemen der europäischen Finanzreform zusammen.

In der 15. Luxemburger Verhandlungsrunde sparte Spaniens Außenminister Fernando Moran nicht mit Kritik an der schleppenden innergemeinschaftlichen Meinungsbildung. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher meinte als Ratspräsident, durch die Einigung über die „technischen" Dossiers seien gute Voraussetzungen für weitere Fortschritte bei den Verhandlungen geschaffen worden.

SCHWEDEN / Ergänzungshaushalt 1983/84 mit neuen Zielen

Inflationsrate soll gesenkt werden

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedens sozialdemokratische Minderheitsregierung hat sich für 1984 die Senkung der Inflationsrate auf rund vier Prozent als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel gesetzt. Sie sei die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die weiterhin höchste Priorität genieße. Erst danach könne man effektiv versuchen, das Staatsbudget-Defizit auszugleichen. Diese Richtlinien sind im Ergänzungshaushalt für 1983/84 (1. Juli) enthalten, den Finanzminister Kjell-Olof Feldt jetzt vorlegte.

Zur Finanzierung der zweiten Stufe der Steuerreform, die bis 1985 die Herabsetzung des obersten Grenzsteuersatzes auf 50 Prozent vorsieht, empfiehlt der Minister entgegen früheren Absichten, wonach die Lohnsummensteuer heraufgesetzt oder eine Produktionsfaktorsteuer eingeführt werden sollte, nunmehr eine kräftige Anhebung der Energiesteuern. So sollen ab 1. Juli die fiskalen Abgaben auf Benzin um umgerechnet neun Pfennig pro Liter auf 60,3 Pfennig angehoben werden. Die Heizölsteuer würde demnach um 36 DM pro Kubikmeter steigen und die Stromabgabe um 36 Pfennig je Kilowatt pro Stunde. Damit würden die Benzinpreissenkungen der letzten Wochen von der Steuererhöhung geschluckt werden.

Die Regierung sieht eine spürbare Verbesserung der Wirtschaftslage, was zum großen Teil auf die drastische Abwertung der Schwedenkrone um 16 Prozent im Oktober vergangenen Jahres zurückzuführen ist. Damit sei der Industrie die Möglichkeit gegeben worden, bedeutende Exportmarktanteile zurückzuerobern. Für die ersten drei Monate dieses Jahres weist der Außenhandel einen Exportüberhang von umgerechnet 870 Mill. DM aus, von denen allein 750 Mill. DM auf den Monat März entfielen. Im ersten Quartal 1982 war ein Überschuß von 159 Mill. DM erwirtschaftet worden. Auch der Auftragseingang habe zugenommen. Für 1983 prognostiziert das Finanzministerium jetzt eine ausgeglichene Handelsbilanz (1982: minus 1,86 Mrd. DM), wobei der Export real um 6,5 Prozent (3,8 Prozent) und der Import um 1,8 (4,9 Prozent) steigen soll.

Im übrigen geht das Finanzministerium nunmehr von einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 1,9 Prozent (1982: minus 0,5 Prozent) aus, während die Industrieproduktion um 3,7 Prozent (minus 0,6 Prozent) zunehmen werde. Für 1983 war zunächst eine Teuerungsrate von 11,5 Prozent prognostiziert worden. Inzwischen liegt die Erwartung bei 9,5 Prozent, um dann im folgenden Jahr auf rund vier Prozent zu fallen. Dies will die Regierung zum einen durch gemäßigte Tarifabschlüsse und zum anderen mit einer Einschränkung der automatischen Teuerungskompensation im öffentlichen Sektor erreichen.

Der Fehlbetrag im Staatshaushalt beläuft sich allerdings auch im kommenden Haushaltsjahr auf rund 36 Mrd. DM. Dieser Betrag entspricht ungefähr einem Drittel der gesamten Staatsausgaben.

Für die Industrieunternehmen ist eine begrenzte Steuerumlegung vorgesehen. Zwar soll die in diesem Jahr „provisorisch" eingeführte 20prozentige Gewinnsteuer beibehalten werden; durch andere Veränderungen werde jedoch die Gesellschaftssteuer von 58 auf 50 Prozent fallen.

VERSCHULDUNG / Warnung vor falschen Methoden

Längere Kreditlaufzeiten

H.-A. SIEBERT, Washington

Der frühere Präsident der Weltbank, Robert S. McNamara, hat davor gewarnt, die Lösung der internationalen Finanzkrise den privaten Banken zu überlassen. Auf einer Veranstaltung des Overseas Development Council in Washington, dessen Vorsitzender er heute ist, sprach sich McNamara für eine breitere Umschuldung mit längeren Laufzeiten, fortgesetzte Ausleihungen der Geschäftsbanken und eine Aufstockung der Kreditmittel der multinationalen Organisationen als „Notrücklage" aus.

McNamaras Warnung kam kurz vor Beginn der Beratungen des Entwicklungsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington. Die Bundesrepublik ist durch Finanzminister Stoltenberg und Entwicklungsminister Warnke vertreten.

McNamara warf vor allem den USA ein gestörtes Verhältnis zur Dritten Welt vor. Für die Vernachlässigung, die 1979 unter Präsident Carter begonnen habe, müsse Amerika einen hohen Preis zahlen. Schon 1982 seien die US-Exporte in die Entwicklungsländer um 9,3 Prozent gesunken.

Nach McNamara kommt es darauf an, den Krisenländern dadurch zu helfen, daß ein größerer Teil der Schulden und ihre Rückzahlung gestreckt wird. Die gegenüber Mexiko und Brasilien angewandte Methode reiche nicht aus, um den Staaten Luft zu verschaffen. Die Geschäftsbanken müßten ihre Kreditvergabe jährlich real um drei bis fünf und nicht wie 1982 um zwei bis drei Prozent steigern. Die bisherige Erhöhung der IWF-Mittel (Quotenanhebung und Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen) hält McNamara nicht für ausreichend. Er empfahl, dem IWF Kreditaufnahmen an den Privatmärkten zu erlauben.

Die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA), die den ärmsten Staaten hilft, bezeichnete der Ex-Weltbank-Präsident als bankrott. Sie sei nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Ihre Zukunft liege im dunkeln. Auch das gehe auf das Konto der USA, die ihre Zahlungszusagen von drei auf vier Jahre gestreckt hätten. Länder mit 1,3 Milliarden Menschen müßten in dieser Dekade mit negativen wirtschaftlichen Wachstumsraten rechnen, betonte McNamara.

KABELMETAL / Entscheidende Impulse fehlen noch

Sonderbewegung am Bau

D. SCHMIDT, Hannover

Unverändert zurückhaltend beurteilt der Vorstand der Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Hannover, die Aussichten im laufenden Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.). Entscheidende Impulse für eine Verbesserung der Absatzsituation, so heißt es in einem Aktionärsbrief, seien nicht in Sicht. Bei derzeit ausgeglichenem Ergebnis seien Prognosen zum Abschluß des Geschäftsjahres 1982/83 noch verfrüht.

In den ersten sechs Monaten überwogen nach Angaben des Vorstands die „negativen Aspekte". Zwar zeige sich in dem für Kabelmetal wichtigen Bausektor eine positive Sonderbewegung. Von einer Normalisierung könne aber auch in dieser Branche noch keine Rede sein, zumal die Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens erst mit einer zeitlichen Verzögerung einsetze. Entlastend für die Ertragsrechnung wirken sich schon jetzt Maßnahmen zur Kostenminderung aus. Der Abbau der Belegschaft verlaufe planmäßig; Ende Juni soll die Mitarbeiterzahl, die Anfang 1982 noch bei 3300 lag, auf 2800 geschrumpft sein.

Im Berichtszeitraum erzielte Kabelmetal Umsatzerlöse von 318 (368) Mill. DM. Der um Metallpreisschwankungen und Beistellungseinflüsse bereinigte Vollumsatz allerdings lag mit 307,5 Mill. DM nur um 2,7 Prozent unter dem des gleichen Vorjahreszeitraums.

Der Auftragseingang verringerte sich um 2,8 Prozent auf 291 Mill. DM, der Auftragsbestand auf 73,5 Mill. DM gegenüber 106 Mill. DM Ende Juni 1982. Damit sei die Auslastung der Kapazitäten nur noch für die Dauer von knapp einem Monat gesichert.

Bilka rückt näher an die Mutter Hertie

adh. Frankfurt

Stärkere Kooperation mit der Muttergesellschaft sowie die Integration wesentlicher Bereiche der Verwaltung, des Zentraleinkaufs und der Logistik in die Hertie-Organisation sieht die Geschäftsführung der Bilka Kaufhaus GmbH als Wege aus der anhaltenden Verlustsituation der Kleinpreiskette „Bilka".

Dabei sollen, wie das Unternehmen mitteilt, alle Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung der 385 Mitarbeiter in der Bilka-Zentrale und ihren Gruppenlägern in der Hertie-Organisation ausgeschöpft werden. Insgesamt beschäftigt Bilka 3900 Mitarbeiter. In den 37 Kaufhäusern wurden im vergangenen Jahr 513 Mill. DM umgesetzt.

Bereits seit 1974 hat Bilka die Muttergesellschaft Hertie, die ihrerseits mit roten Zahlen kämpft und in diesem Jahr die Gewinnschwelle wieder erreichen will, mit Verlusten belastet.

Für den Ausgleich dieser Verluste werden 1982 bei Bilka rund 57 Mill. DM stille Reserven mobilisiert. Auch 1982 sind – wenn auch erheblich verringert – bei Bilka Verluste angefallen.

Hoechst kürzt auf 5,50 Mark

adh. Frankfurt

Mit einer Rücknahme der Dividende auf 5,50 DM je 50-DM-Aktie trägt die Hoechst AG, Frankfurt, dem Gewinnrückgang des Jahres 1982 Rechnung. Für 1981 waren noch 7 DM je Aktie gezahlt worden. Wie das Unternehmen im Anschluß an die Aufsichtsratssitzung weiter mitteilte, macht der Jahresüberschuß bei der AG 288,7 Mill. DM aus. Das ist gegenüber dem Vorjahr, für das 351,6 Mill. DM Jahresüberschuß ausgewiesen wurden, ein Rückgang von knapp 18 Prozent. In die freie Rücklage sollen daraus 30 (54) Mill. DM fließen. Der AG-Umsatz erreicht nach vorläufigen Zahlen 12,4 (12,2) Mrd. DM; der Weltumsatz liegt bei 35 (34,4) Mrd. DM.

Mit der der Hauptversammlung am 14. Juni vorgeschlagenen Zuwahl von Abdul Bagi Al-Nouri in den Aufsichtsrat wird den veränderten Besitzverhältnissen Rechnung getragen, die Kuwaitis haben im letzten Herbst knapp ein Viertel des Hoechst-Kapitals erworben. Als neuer stellvertretender Vorstandsvorsitzender wurde Wolfgang Hilger benannt, seit 1974 im Vorstand der AG für anorganische Chemikalien, Folien und Beschaffung zuständig.

INDUSTRIE-FEUERVERSICHERUNG

Rückversicherer warnen

HARALD POSNY, Bonn

Die schon drei Jahre andauernden Bemühungen der Versicherungsunternehmen zur Sanierung der notleidenden industriellen Feuerversicherung sind nach Auffassung des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes (DVS) bisher „recht erfolglos" gewesen. Während mit den ersten beiden Sanierungsstufen lediglich ein Stillstand im Prämienverfall erreicht worden wäre, verlaufe die seit Jahresbeginn 1983 in Kraft befindliche dritte Stufe mit der Anpassung aller laufenden Verträge an den vollen Richtlinien-Prämiensatz „wenig erfolgversprechend". Nach den Worten von DVS-Geschäftsführer Georg Küpper könne die Umstellung der Verträge auf den vom Sachversicherungsverband empfohlenen neuen Feuertarif wegen der völlig andersartigen Tarifstruktur noch Jahre dauern.

Bei einer Reihe von Versicherern setzt sich nach Meinung des DVS, der sich als Interessenvertreter von 4500 Versicherungsnehmern aus Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe versteht, die Einsicht durch, nicht alle Probleme auf der Schadenseite mit Prämienerhöhungen, sondern mit Hilfe von Selbstbeteiligung im Schadensfall, Änderung im Umfang des Versicherungsschutzes und Anreizen zu wirksameren Sicherheitseinrichtungen entgegenzuwirken.

Nach Angaben des Vorstandsmitglieds der Kölnischen Rückversicherung, Arnd Saacke, wird 1983 das 5. Jahr in ununterbrochener Reihenfolge mit katastrophalen Feuer-Verlusten sein. Auch für 1984 rechnet man kaum mit positiven Ergebnissen. Es sei vorauszusehen, daß sich einige von ihnen vom deutschen Markt ganz oder teilweise zurückziehen, auf jeden Fall nur „zu stark veränderten Konditionen", also geringeren Rückversicherungsprovisionen und erhöhten Selbstbehalten blieben. Auch Rückversicherer müßten Zeichnungskapazität sehr viel teurer einkaufen.

EUROPA CARTON / Ertragsorientierte Absatzpolitik trägt Früchte

Stellung am Markt weiter ausgebaut

J. BRECH, Hamburg

Die Europa Carton AG (ECA), Hamburg, deren Grundkapital von 75 Mill. DM voll von dem kanadischen Konzern Consolidated-Bathurst Inc. gehalten wird, hat im Berichtsjahr 1982 deutlich besser als die Branche abgeschnitten und ihre Stellungen am Markt weiter ausgebaut. Vor dem Hintergrund schwieriger Rahmenbedingungen bewertet der Vorstandsvorsitzende Werner Woitas vor allem die Ertragsentwicklung als positiv. Nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr weist ECA für 1982 im Teilkonzern einen Jahresüberschuß von 4,5 Mill. DM aus; das entspricht im Vergleich zu 1981 einer Verbesserung um das Zweieinhalbfache. Der AG-Gewinn ist auf eine Dividendenausschüttung von 2,9 (1,7) Mill. DM zugeschnitten.

Im Jahresüberschuß kommt die Ergebnisverbesserung dabei nur bedingt zum Ausdruck. Zur Stärkung der finanziellen Basis hat ECA alle steuerlichen Möglichkeiten der Reservebildung wahrgenommen. Einen deutlicheren Hinweis auf die aus dem laufenden Geschäft erzielte Ergebnisverbesserung gibt der Brutto-Cash-flow. Er stieg um rund 30 Prozent auf 46,5 Mill. DM. Eine Zuwachsrate, die nach Angaben von Woitas in etwa auch der Verbesserung des Betriebsergebnisses entspricht.

Die kräftige Ertragssteigerung begründet Woitas einmal mit einer ertragsorientierten Absatzpolitik, die mit einer Straffung der Produktpalette und einem gleichzeitigen Ausbau von Spezialprogrammen im Leistungsangebot des Verpackungsbereichs einhergegangen sei. Zum anderen habe ECA den Export forciert. Die Exportquote stieg auf knapp 18 Prozent. Schließlich haben nach Angaben von Woitas die bereits früher eingeleiteten Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen 1982 gegriffen. So arbeitete die Kartonfabrik Hoya zum ersten Mal seit 6 Jahren wieder ausgeglichen. Im Faltschachtelbereich wurden die Werke Frankfurt und Heppenheim zu einer organisatorischen Einheit zusammengefaßt. Dadurch sei, wie Woitas erklärt, eine marktmäßig erfolgreiche und ertragswirksame Programmbegrenzung und -bereinigung möglich geworden.

Zur Ausweitung des Geschäfts im Berichtsjahr, die sich in einer Umsatzsteigerung um 5,4 Prozent auf 621 Mill. DM niederschlägt, haben nach Angaben von Woitas mit Ausnahme von Wellpappenpapier alle Bereiche beigetragen. Zufriedenstellend sei besonders die Entwicklung in der Erzeugung von Verpackungen gewesen. Die Wellpappengruppe mit 8 Werken erhöhte den Umsatz real um 2,4 Prozent auf 311,8 Mill. DM und ist wieder bei einem marktführenden Anteil von 11 bis 12 Prozent angelangt. Marktführer mit rund 10 Prozent blieb ECA auch im Bereich Faltschachteln. Diese Sparte mit 4 Werken weitete den Umsatz nach zwei Jahren rückläufigen Geschäfts um 10,8 Prozent auf 153,4 Mill. DM aus. Die beiden Verpackungsgruppen steuern allein rund 75 Prozent zum Gesamtumsatz bei.

Das Umsatzplus in der Kartonfabrik Hoya betrug 6 Prozent (57,7 Mill. DM) und bei Altpapier 11,2 Prozent (51,8 Mill. DM). Lediglich in der Papierfabrik Viersen mußte ECA einen Umsatzrückgang um 3,7 Prozent auf 20,9 Mill. DM hinnehmen.

Die Entwicklung in diesem Jahr beurteilt Woitas vorsichtig. Im März sei zwar eine leichte allgemeine Geschäftsbelebung eingetreten, aber noch bleibe offen, ob es eine Reaktion auf die zu erwartenden Verteuerungen bei Wellpappe und Faltschachteln oder eine nachhaltige Verbesserung der Nachfrage sei. In den beiden Verpackungssparten, so erklärt Woitas, seien Preisanhebungen um rund 9 Prozent notwendig, um den Kostenanstieg auszugleichen.

STRABAG / Auslandsgeschäft belebt Bauleistung

Ohne Konjunktureinbruch

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die zum halben Dutzend der größten deutschen Baukonzerne gehörende Kölner Strabag Bau-AG kündigt zur Hauptversammlung am 28. Juli „wieder eine angemessene Dividende" an. Man darf es, da der Vorstand trotz im Berichtsjahr anhaltender Schwäche der Baukonjunktur von einem „befriedigenden Gesamtergebnis" spricht, als Fortsetzung des bisherigen Dividendensatzes von 10 DM je Aktie für das maßgeblich bei der Neusser Werhahn-Familiengruppe liegende Aktienkapital von 55,13 Mill. DM interpretieren.

Vornehmlich durch das Auslandsgeschäft hat der Konzern 1982 seine Gesamtleistung um 12 Prozent auf gut 2,9 Mrd. DM mit nun 0,9 (0,67) Mrd. DM Auslandsanteil gesteigert. Von der auf 19 390 (18 710) erhöhten Beschäftigtenzahl hingegen entfielen nur noch 8653 (8760) auf das Auslandsgeschäft. Wegen der im härter umkämpften Auslandsbau steigenden Risiken soll im 1982er Abschluß erhöhte Bewertungsvorsicht unter Verzicht auf Dotierung der offenen Rücklagen geübt werden – die allerdings nebst Sonderposten ohnehin schon fast viermal so hoch wie das Aktienkapital sind.

Der Konzern-Auftragsbestand ging 1982 auf 3,7 (3,15) Mrd. DM zurück und blieb auch im ersten Quartal von 1983 auf diesem Niveau.

BRIDGESTONE / Zum zweiten Mal rote Zahlen

Ein Stück zurück gerollt

JAN BRECH, Hamburg

Ein unerwarteter Auftragseinbruch bei der Erstausrüstung von Fahrzeugen für den Export und sehr schwache Nachfrage im Ersatzgeschäft mit Lkw-Reifen haben bei der Bridgestone Reifen GmbH, Hamburg, 1982 zu einem merklichen Rückschlag geführt. Die deutsche Vertriebstochter des viertgrößten Reifenproduzenten der Welt, der japanischen Bridgestone Tire Co, Tokio, erlitt einen Umsatzrückgang von 13,2 Prozent auf 83 Mill. DM. Im Erst-Ersatzgeschäft mit einem Anteil von 62 Prozent betrug das Minus 8,4 Prozent, in der Erstausrüstung für Exportfahrzeuge 23,4 Prozent. Lediglich der noch unbedeutende Bereich Erstausrüstung Inland stieg um 20,6 Prozent auf 4 Mill. DM.

Nach Angaben des Geschäftsführers Joachim Freitag schrieb Bridgestone im zweiten Jahr hintereinander auch rote Zahlen. Die aufgelaufenen Verluste sollen bis Ende 1985 ausgeglichen werden. Ein besseres Ergebnis erwartet Freitag bereits in diesem Jahr, obwohl der Umsatzplan lediglich 65 Mill. DM vorsieht. Zuwachsraten im anziehenden Inlandsgeschäft werden den totalen Ausfall des Exportgeschäfts mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nicht ausgleichen können.

Im Ersatzgeschäft mit Lkw-Reifen verlor Bridgestone im Berichtsjahr 13,8 Prozent an Absatz, in der Erstausrüstung für den Export 27,9 Prozent. Günstiger verlief die Entwicklung im Erstausrüstungsgeschäft mit Lkw-Reifen im Inland. Die Marktanteile am deutschen Reifenersatzmarkt gibt Freitag bei Lkw mit 7,7 (9), bei Leicht-Lkw mit rund 3,5 (4,5) und bei Pkw mit 1,3 (1,1) Prozent an.

Zu Beginn dieses Jahres ist das Kapital von Bridgestone von 3 auf 12,6 Mill. DM erhöht worden. Die japanische Mutter hält 73,3 Prozent, das japanische Handelshaus Mitsui 26,7 Prozent. Ausgeschieden ist der deutsche Partner Delkamp.

NAMEN

Dr. Kurt Mennecke, Geschäftsführer i. R. der Kienbaum Unternehmensberatung GmbH, wird heute 75 Jahre.

Ludwig Eckes, persönlich haftender Gesellschafter der Peter Eckes, Nieder-Olm, und Vorsitzender des Beirats des Unternehmens, feiert am 28. April den 70. Geburtstag.

Prof. Dr. Matthias Seefelder, Vorstandsvorsitzender der BASF Aktiengesellschaft, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Allgemeine Kreditversicherung Aktiengesellschaft, Mainz, bestellt. Er ist Nachfolger von **Dr. Alwin Münchmeyer**, der sein Amt nach 18jähriger Tätigkeit niederlegte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bocholt: Eista Eisen- u. Stahlverarbeitung Pototzki GmbH u. Co KG, Südlohn; **Braunschweig:** Nachl. d. Friedrich Otto Heinrich Witte, Rentner; B + W Konservenfabrik GmbH, Wendeburg; **Detmold:** Schomacher GmbH Bekleidungs-Fabrikation u. Vertrieb Lage; **Dortmund:** S + H Heizungstechnik GmbH & Co. Betriebs KG; S + H Heizungstechnik GmbH; **Düsseldorf:** Günther Donnowski, handelnd unter Alfred Krause, Inh. Dannowski, Bauunternehmung; **Essen:** Nachl. d. Jürgen Korthaus, Kaufmann, Sprockhövel, Inh. d. Sportkauf Jürgen Korthaus, Wuppertal-Elberfeld; **Hamburg:** H. H. Breitkopf Handelsges. mbH; Sillem's Design Ges. f. Produktgestaltung mbH; **Hamm:** Elektro-Hamm GmbH; **Hannover:** Rosita Ballin geb. Kühnel, Kauffrau, Boutique Le Chateau, Springe 1; **Korbach:** Winfried Kaczor, Gastwirt, Willingen (Upland); **Mosbach:** Brumi-Landmaschinen GmbH, Walldürn-Rippberg; **Schweinfurt:** Götz Rubner Förder u. Lagertechnik GmbH, Mellrichstadt; **Wesel:** Pan-Music Instrumente Vertriebs-GmbH; **Wuppertal:** Nachl. d. Helene Antonie Martha Schmidt.

Vergleich beantragt: Schwäbisch Hall: a) Sport-Shop Maier oHG, Gaildorf; b) Dieter + Fritz Maier oHG, Gaildorf c) Dieter Maier, Gas- u. Wasserinstallateurmeister, Gaildorf; d) Fritz Maier, Heizungsbaumeister, Gaildorf.

BERLINER BANK / Dividende fällt aus

Abschluß zukunftsorientiert

PETER WEERTZ, Berlin

Die Berliner Bank AG wird ausgerechnet im „Bankenjahr 1982", in dem die meisten Banken mit einem erheblichen Plus bei den Erträgen abschlossen, keine Dividende ausschütten. Im Vorjahr hatte sie 12 Prozent auf das Aktienkapital von 150 Mill. DM gezahlt. Doch hat die Bank, die ganz dem Land Berlin gehört, keineswegs schlecht verdient, das Betriebsergebnis war vielmehr „das beste seit Bestehen". Der Wertberichtigungsbedarf war jedoch infolge der Kreditrisiken bei AEG sowie in Polen und Lateinamerika besonders groß.

Ohne die Zustimmung des Alleinaktionärs wäre freilich der Ausfall der Dividende nicht möglich gewesen. Die Bank unterstreicht den Vorrang der Zukunftssicherung vor der Dividende. „Wir legen einen dividendenlosen, aber stark zukunftsorientierten Abschluß vor", erläutert Vorstandsmitglied Dietrich Nebelung das Jahresergebnis. Mit 125,8 Mill. DM hat sich der Überschuß im ordentlichen Geschäft um ein Drittel erhöht. Die Zinsmarge betrug 1982 im Jahresdurchschnitt 3 (2,7) Prozent. Gleichzeitig erhöhten sich jedoch die Wertberichtigungen auf Forderung auf fast 130 (84,4) Mill. DM. „Das einmalige Betriebsergebnis mußte genutzt werden, um entstandene und alle erkennbaren Risiken abzufangen", heißt es in den Grundlinien der Bank für die Geschäftspolitik 1982.

Für dieses Jahr erwartet die Bank wieder ein günstiges Ergebnis, das allerdings die Ausschüttung der früheren Standarddividende von 12 Prozent ermöglichen soll. In den ersten Monaten sei nicht nur das Geschäftsvolumen gewachsen, sondern auch die Erträge, sagte Nebelung.

Im vergangen Jahr hatte das Geschäftsvolumen um 5,5 Prozent auf 10,68 Mrd. DM zugenommen, gleichzeitig stieg die Bilanzsumme um 5,3 Prozent auf 10,25 Mrd. DM. Die Entwicklung insgesamt sieht Nebelung so: „Hohe Einlagenzugänge, schwaches Kreditgeschäft." Erfreulich sei die Wiederentdekkung der Spareinlagen. Insgesamt wuchsen die Kundeneinlagen um 5 Prozent auf 6,92 Mrd. DM, während das Kreditvolumen um 2,9 Prozent auf 5,34 Mrd. DM zurückging. Die Wertpapieranlagen erhöhten sich mit einer Zunahme um 31,7 Prozent auf 0,93 Mrd. DM beachtlich.

Zufrieden ist Vorstandsmitglied Günther Bernt auch mit dem Auslandsgeschäft. Die Auslandsengagements seien im Rahmen von Exporten deutscher Unternehmen erfolgt, darunter sind nach seinen Angaben keine reinen Finanzkredite. Die Bank hat sich in wenigen Jahren von einem einst regionalen zu einem überregionalen Kreditinstitut entwickelt. Zu den Niederlassungen in Frankfurt, Düsseldorf, London und München sind Stuttgart und Hannover hinzugekommen. Außerdem als Tochtergesellschaften die Berliner Bank International in Luxemburg und die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG (Braune Hanne, Anteil 60 Prozent). Diese Ausweitung bestimmt das nächste Jahrzehnt der Berliner Bank.

MASCHENINDUSTRIE/Sinkende Tendenz bei Import

Belebung durch Aerobic

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Aerobic-Welle hat in der deutschen Maschenindustrie voll eingeschlagen. Die Branche rechnet mit einer Verdoppelung des Verkaufs an Gymnastik-Bekleidung, der 1982 noch bei 6 Mill. Teilen lag. Selbst wenn die Anfangseuphorie etwas abklinge, geht man beim Gesamtverband der deutschen Maschenindustrie davon aus, daß Aerobic mittelfristig noch Bestand haben werde.

Die Abverkaufszahlen des ersten Quartals 1983 zeigten beim Facheinzelhandel eine leichte Aufwärtstendenz. Dies schlage sich in zum Teil kurzfristigen Orders nieder. Der Rückgang der Importe um 9 Prozent bei der Menge zeige die Stärke der deutschen Industrie in zchneller Lieferung und modischer Flexibilität. Trotz aller Aufschwungtendenzen sei bei der Beurteilung des weiteren Jahresverlaufs 1983 Vorsicht angebracht.

In 1982 verbuchte die deutsche Maschenindustrie einen Umsatzrückgang von 5 Prozent (real 7 Prozent) auf 0,9 Mrd. DM. Das Marktvolumen verringerte sich um 3 Prozent auf 10,7 Mrd. DM. Bei der Importentwicklung (plus 1 Prozent) trat etwas Ruhe ein. Gleichwohl vergrößerte sich die Importquote auf 67 (64) Prozent. Vor zehn Jahren lag dieser Wert noch bei 40 Prozent. Der Export erhöhte sich um 2 Prozent auf 3,1 Mrd. DM. Am Jahresende waren in den 890 Betrieben (minus 8 Prozent) der Maschenindustrie rund 74 300 Mitarbeiter (minus 9 Prozent) beschäftigt.

Kursdruck durch Gewinnmitnahmen

Aber lebhafte Nachfrage nach Siemens-Aktien

DW. – Die am Wochenbeginn teilweise stürmisch gestiegenen Aktienkurse lösten an der Dienstag-Börse bei der Börsenkulisse Gewinnmitnahmen aus. Darunter hatten besonders Spezialwerte mit engeren Märkten zu leiden, die teilweise zweistellige Kurseinbußen hinnehmen mußten. Die Ausländer hielten sich mit neuen Käufen zurück, möglicherweise eine Reaktion auf den vorangegangenen schwächeren Aktienmarkt in New York.

Bei den am Vortag favorisierten Großbankaktien gab es Rückschläge bis zu 4 DM. Bayerische Vereinsbank, am Montag zeitweise bis 380 DM gehandelt, fiel sogar um 15 DM zurück. Aachen-Müchener Beteiligung schlossen um 10 DM unter der Montagsnotiz. Fester waren dagegen mit 320 DM (plus 20 DM) Aachen-Münchener Versicherung. Im Maschinenbaubereich lebte die Nachfrage nach Schiess auf, ein Papier, das mit 128 DM um 10 DM über dem Vortagsstand gehandelt wurde. Die Beibehaltung des Krisenmanagements beim Stahl konnte Kursrückgänge der Stahlaktien nicht verhindern. Als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen sich dabei Klöckner.

Düsseldorf: Alexanderwerk erhöhten um 3,90 DM auf 84 DM und Breitenburger um 20 DM auf 520 DM. Gildemeister verminderten um 3,50 DM auf 71,50 DM und Edelstahl Witten um 2 DM auf 203 DM. Hoffmanns Stärke nahmen um 4 DM auf 214 DM zu. Bei den Versicherungen erhöhten Aachener Rück um 20 DM auf 1070 DM und Kölner Rück um 15 DM auf 640 DM. Magdeburger Feuer stockten um 10 DM auf 425 DM auf.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb am Dienstag uneinheitlich. Bei Plusankündigung stiegen AEG auf 62,30 DM (plus 2,60 DM). Mauser wurden bei Minusankündigung um 14 DM auf 123 DM zurückgenommen. Ansonsten blieben VDM 172 DM (minus 9 DM), Stolberger Zink 1320 DM (minus 16 DM), Rütgers 390 DM (minus 16 DM), Binding 245 DM (plus 8,50 DM), Pfälzische Hypothekenbank 600 DM (minus 9 DM) und Frankfurter Hypothekenbank 610 DM (plus 9 DM).

Hamburg: Flensburger Schiffbau lagen mit 132 DM (plus 5 DM) fester. Conti Gummi gaben um 0,40 DM auf 91,30 DM nach. Phoenix Gummi legten 0,50 DM auf 108 DM zu. Von den Versorgungswerten war HEW mit 132,20 DM um 1,20 DM fester. Die Hapag ging zu 42,50 DM unverändert um. Beiersdorf lagen 1,50 DM leichter.

München: Blattmetall erhöhten um 25 DM auf 555 DM und Brau AG Nürnberg um 7 DM auf 220 DM. Ekatit stockten um 4 DM auf 118 DM auf und Gebe um 11,50 DM auf 200 DM. Heilit verbesserten sich um 5 DM auf 285 DM und Zahnräder Renk um 11 DM auf 299 DM.

Berlin: Vereinigte Aachen Berliner Versicherung Inhaber wurden um 40 DM höher taxiert. Siemens erholten sich um 5 DM, AEG um 4,30 DM, Dt. Hypobank Berlin und Engelhardt um je 4 DM und DUB-Schultheiss um 3 DM. Dt. Eisenhandel und Lax Lehmann lagen um je 1 DM freundlicher. Herlitz Vorzüge schwächten sich um 20 DM, Herlitz Stämme um 10 DM, Schering um 9 DM und Berthold um 5,50 DM ab. Adca ermäßigten sich um 2,50 DM, Orenstein um 1,50 DM, Bekula um 1,10 DM.

Nachbörse: knapp behauptet.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

	26. 4.	25. 4.		26. 4.	25. 4.
H AachM Beteil. 9	760	770	H Breitenb.-C. *28	511G	511bG
H Aach. M. Vers. 5	320	295	H Br. Straßb. *0	300G	300G
D Aach. Rück. 9+7,5	1070bG	1050	H Br. Vulkan 0	40,5	40
D Asaag *4	185G	185,01	H Br. Wollk. 6	132	134
M Ack-Gögg 2,5	114,8	115bG	F BBC 6	183,8	179,4
H Adca 0	99,5	100	S BSU Textil %12	1200G	1200G
D Adler 9	287G	298G	D Buckau-W. 0	121	120
F Adt AG 7,5	198	197	D Buderus *12,6	371G	371G
F AEG-Telef. 0	61,5	58,4	M Bgl. Br. Ing. *11+1	710G	710bG
D AEG-Kabel 7+1	245bB	244,5	S Bgl. Brh. Rav. *5	390G	390G

Inlandszertifikate – Ungeregelt. Freiverkehr – Freiverkehr – Unnotierte Werte – Auslandszertifikate (DM) – Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

26. 4. 83: BMW 325; Bavaria 203; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 301 T; VEW 128; Allianz Versicherung 615; RWE St. 178; RWE Vz. 178; Reag 400 B; Herlitz St. 271; Herlitz Vz. 269,5.

WELT-Aktienindex vom 26. 4.: 139,7 (139,9); WELT-Umsatzindex vom 26. 4.: 5608 (6133).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York – Toronto – London – Amsterdam – Mailand – Wien – Kopenhagen – Tokio – Zürich – Brüssel – Madrid – Paris – Hongkong – Sydney – Singapur

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	4¾–5	4¾–5¼
3 Monate	9 –9¼	4⅞–5⅛	4⅝–5
6 Monate	9¼–9⅝	5 –5¼	4½–5
12 Monate	9⅝–9⅞	5¼–5½	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 4.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 25. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 26. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50 Verkauf 24,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 26. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1323,00	1613,64
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1190,67
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	562,74
1 £ Sovereign alt	246,00	300,58
1 £ Sovereign Elizabeth II	244,00	298,32
20 belgische Franken	186,00	244,08
10 Rubel Tscherwonez	258,00	319,79
2 südafrikanische Rand	241,00	294,93
Krüger Rand, neu	1078,00	1263,34
Maple Leaf	1078,00	1263,34
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	318,68
20 schweiz. Franken „Vreneli"	215,00	271,20
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1003,00	1195,54
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	249,73
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	463,00	562,74
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	145,77

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Das Geschehen am Devisenmarkt des 26. 4. wurde entscheidend beeinflußt durch die freundliche Tendenz des britischen Pfundes, das sich um 3,7 Pfg. auf seinen Jahreshöchstkurs von 3,851 befestigte. Eine belebte Nachfrage am Ölmarkt und die weiterhin günstigen Pfund-Zinsen werden überwiegend als Grund für diese Befestigung genannt. Der US-Dollar wurde ebenfalls von dieser Bewegung beeinflußt und befestigte sich bei lebhaftem Geschäft in der Spitze bis 2,4550. Zur amtlichen Notiz von 2,4506 verkaufte die Bundesbank 45,65 Mio US-Dollar. Die norwegische Krone, als zweite europäische Ölwährung, konnte sich um 17 Pfg. auf 34,48 erholen, dem Höchstkurs seit gut zwei Monaten. Der österreichische Schilling reagierte mit einem Tagesverlust von 0,6 Pfg auf 14,208 nur mäßig auf den Ausgang der österreichischen Parlamentswahlen. Die übrigen amtlich notierten Währungen veränderten sich nur geringfügig. US-Dollar in: Amsterdam 2,7615; Brüssel 48,8425; Paris 7,3510; Mailand 1458,20; Wien 17,2550; Zürich 2,0585; Ir. Pfd/DM 3,159; Pfd/Dollar 1,5715.

Devisenterminmarkt

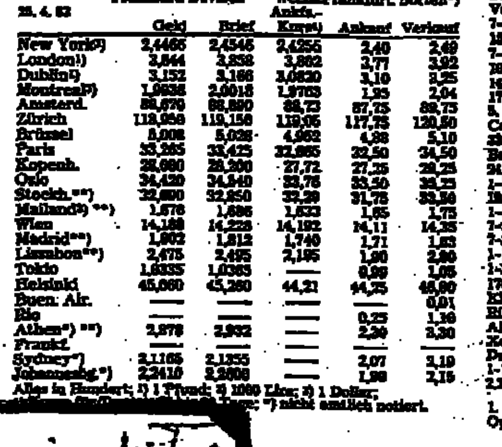
Bei ruhigen Terminmärkten kam es am 26. April nur zu kleinen Veränderungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,54/2,44	4,97/4,77
Pfund/Dollar	0,18/0,15	0,40/0,36	0,63/0,58
Pfund/DM	2,50/1,10	5,60/4,20	9,90/8,50
FF/DM	31/15	76/60	160/144

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

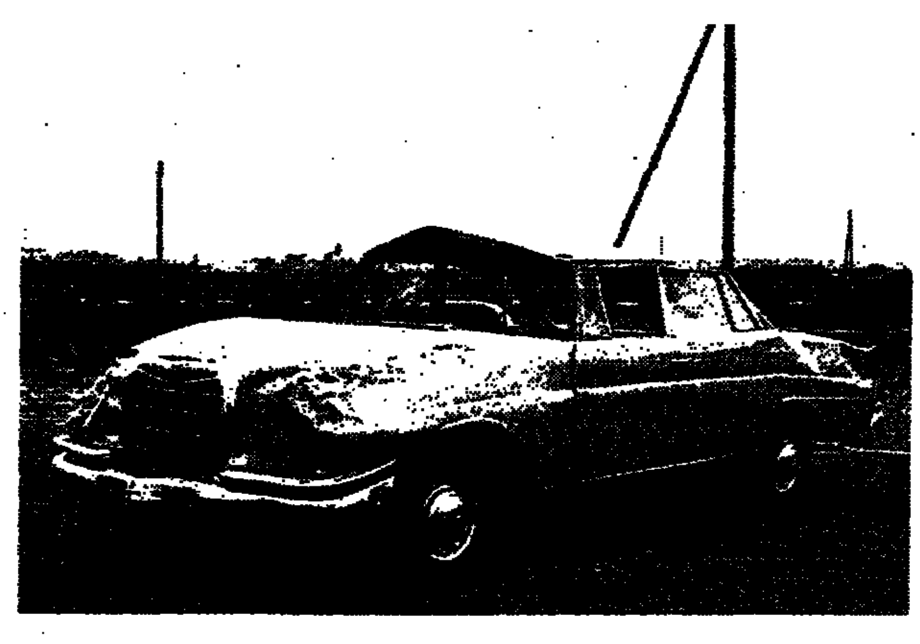
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,04, 2 Jahre 5,76.

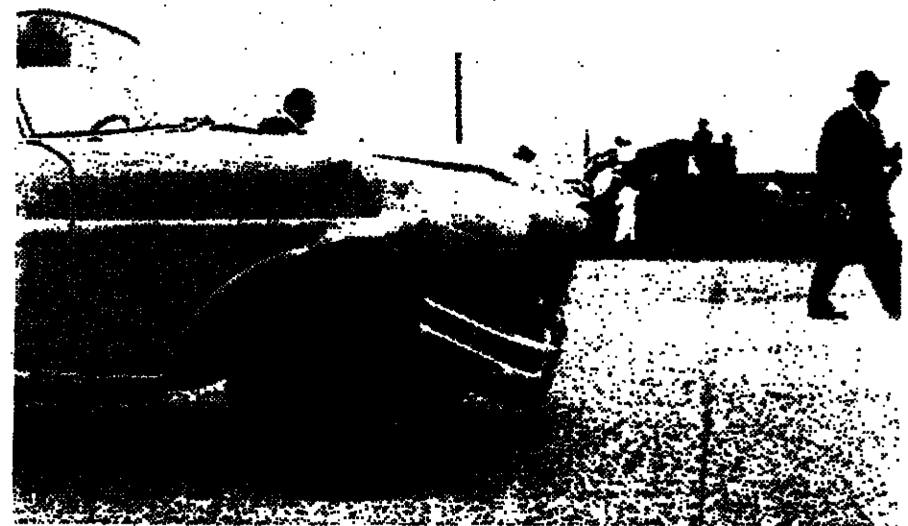
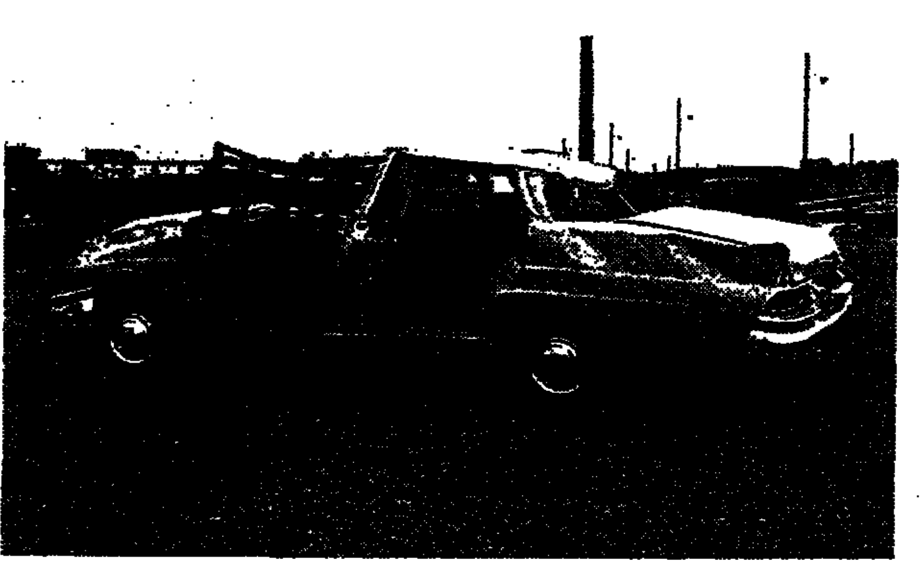
Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendit…



Devisen und Sorten








Wie hat man sich damals gewundert, als wir anfingen, unsere Autos zu Schrott zu fahren.

Wer wissen will, aus welchen Gründen was und wo an einem Auto passiert, wenn etwas passiert, der muß etwas passieren lassen.

Wissenschaftliche Forschung kommt ohne systematische Experimente nicht aus.

Sonst hätten weder Edison die Glühlampe, noch Marconi das Radio, weder Otto den Ottomotor, noch Diesel den Dieselmotor erfunden.

Sichere und solide Autos zu konstruieren, war schon immer eine Aufgabe, die wir sehr ernst genommen haben. So haben wir bereits seit 1939 Sicherheitselemente entwickelt, erprobt und eingebaut, die als große Fortschritte bewundert wurden.

Es braucht indessen andere Methoden, um herauszufinden, wie sicher Automobile wirklich sind. Und vor allen Dingen, wie man ihre Sicherheit noch weiter verbessern kann.

So haben wir als eine der ersten Automobilfabriken im Jahre 1959 gezielte Unfallversuche gemacht und Autos mit Absicht und gutem Willen zu Schrott gefahren.

Haben sie schleudern und sich überschlagen lassen, haben sie gegen Wände, Bäume, Leitplanken und gegen andere Fahrzeuge fahren lassen.

Das waren der Neuheit des Vorhabens entsprechend einfache Versuche. Immerhin haben wir in einem Testjahr achtzig Fahrzeuge kaputtgefahren und viel dabei gelernt.

Wir haben nicht nur gelernt, das Gute zu verbessern, sondern haben auch konsequent Neues erforscht, erprobt und serienreif gemacht.

So wurden zum Beispiel Knautschzonen entwickelt, die einem harten Aufprall viel von seiner Wucht nehmen.

So wurde der Innenraum als Sicherheitszelle gebaut und entscheidend entschärft. Überall, bis hin zu einer gepolsterten Lenkradnabe und stoßnachgiebigen Armaturenanlagen.

In der Zwischenzeit wurden die Test-Methoden verbessert und verfeinert. Vor allem die elektronischen Meßmethoden, die das Verhalten von Automobilen und Meßpuppen registrieren. Je sicherer die Auskünfte der Meßmethoden, desto sicherer konnten unsere Autos werden.

So kam es, ziemlich bald, zur Sicherheitslenkung, zum Sicherheitstank außerhalb des Fahrgastraums, zum Sicherheitsgurt, zu einer weiteren Entschärfung des Innenraums und schließlich, um die neueste Entwicklung aufzuzeigen, zum Luftsack und Gurtstrammer.

Natürlich muß man hier auch den ebensowichtigen Bereich der aktiven Sicherheit dazurechnen: Wir haben das Fahrwerk und damit das Fahrverhalten wesentlich verbessert. Wir haben durch Entwicklung des Anti-Blockier-Systems ein überragendes Bremsverhalten erzielt. Und wir haben vieles mehr getan, um den Autofahrer so entspannt und damit so sicher wie möglich durch den Verkehr zu bringen.

Wir können hier nicht alles aufzählen, was dazu beigetragen hat, unsere Automobile zu den sichersten der Welt zu machen.

Über unsere Tests hinaus bringt uns die systematische Erforschung von echten Straßenunfällen viele wichtige sicherheitstechnische Erkenntnisse. Doch allein darauf wollen wir uns nicht verlassen.

Deshalb bauen wir unsere Unfälle selbst, heute wie damals. Mit dem Unterschied, daß sich heute niemand mehr darüber wundert.

Man weiß längst, wie lebenswichtig sie sind.

DB 37002



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Warenpreise – Termine

Während die Goldnotierungen am Montag an der New Yorker Comex Einbußen hinnehmen mußten, verzeichneten die Silbernotierungen durchweg Gewinne. Knapp behauptet schloß Kupfer. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	25. 4.	22. 4.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	347,00	349,00
Juli	359,25	360,50
Sept.	369,50	371,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	25. 4.	22. 4.
St. Lawrence 1 CW	213,23	236,61
Amber Durum	242,21	242,21
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	123,20	128,00
Juli	127,10	131,70
Sept.	132,00	135,60
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	98,30	98,50
Juli	95,00	95,40
Sept.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	25. 4.	22. 4.
Mai	157,75	162,50
Juli	162,50	167,75
Sept	166,75	172,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	312,25	314,00
Juli	317,00	318,75
Sept.	308,75	310,95
Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 4.	22. 4.
Mai	108,00	108,50
Juli	106,10	106,90
Sept	107,00	107,50
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	25. 4.	22. 4.
Mai	10,20	10,27
Juli	10,43	10,50
Sept.	10,40	10,46
Nov	10,53	10,56
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,75	18,75
Sept.	19,15	19,25

Genußmittel

	25. 4.	22. 4.
Kaffee		
New York (c/lb)	25. 4	22. 4.
Terminkontr. Mai	126,25	125,40
Juli	126,65	125,40
Sept.	123,90	123,00
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1880	1840
Juli	1913	1868
Sept.	1922	1883
Umsatz	4000	4010
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,85	7,83
Juli	8,15	7,95
Sept.	8,54	8,32
Okt.	8,76	8,54
Jan.	9,25	8,95
Umsatz	26 550	13 853
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	25. 4. 6,78	22. 4. 6,61
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	25. 4.	22. 4.
Mai	1840-1842	1817-1822
Juli	1665-1668	1629-1630
Sept.	1591-1592	1555-1562
Umsatz	3984	5668
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1285-1286	1256-1257
Juli	1305-1306	1278-1279
Sept	1315-1317	1293-1294
Umsatz	4742	3420
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	128,05-128,10	120,75-120,80
Aug	136,40-136,50	131,05-131,10
Okt.	143,50-143,70	139,25-139,50
Dez.	148,75-149,40	144,50-145,00
März	157,50-157,55	153,60-153,75
Mai	161,00-162,00	158,00-159,00
Umsatz	6305	0

	25. 4.	22. 4.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 4.	22. 4.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	25. 4.	22. 4.
Mai	113,65	114,20
Juli	112,70	113,05
Sept.	111,30	111,75
Nov.	107,50	108,00
Jan.	101,85	101,75
Umsatz	400	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	25. 4.	22. 4.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	25. 4.	22. 4.
Südstaaten fob Werk	26,00	25,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,50	20,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,20	19,35
Juli	19,58	19,70
Aug.	19,79	19,89
Sept.	19,98	20,05
Okt.	20,18	20,28
Dez.	20,58	20,67
Jan.	20,70	20,75
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	22,50	22,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,75
Choise white hog 4% fr. F.	17,375	17,375
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,25	16,50
fancy	15,75	16,00
bleichfähig	15,50	15,75
yellow max. 10% fr. F.	13,75	14,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	50,50	49,05
Mai	50,70	49,50
Juli	48,15	47,30
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	70,20	68,30
Juli	68,60	66,90
Aug.	65,50	63,67

	25. 4.	22. 4.
Häute		
Chicago (c/lb)	25. 4.	22. 4.
Ochsen einh. schwere		
River Northern	46,50	48,00
Kühe einh. schwere		
River Northern	42,00	40,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	642,00	644,50
Juli	659,00	663,50
Aug.	665,50	682,50
Sept.	672,00	674,50
Nov.	683,75	686,50
Jan.	696,50	699,50
März	709,50	713,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	191,00	192,00
Juli	193,30	194,20
Aug.	195,20	196,00
Sept.	197,30	198,50
Okt.	199,30	200,50
Dez.	204,00	204,80
Jan.	206,00	206,80
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	25. 4.	22. 4.
Mai	289,10	291,90
Juli	294,30	296,20
Okt.	304,20	306,20
Kokosöl		
New York (c/lb)	25. 4.	22. 4.
Westküste fob Werk	26,00	22,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	25. 4.	25. 4.
jegl. Herk. cif	510,00	500,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	405,00	405,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	425,00	430,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	121,00	122,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	602,50	600,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	250,50	252,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	25. 4.	22. 4.
Baumwolle		
New York (c/lb)	25. 4.	22. 4.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	70,55	71,10
Juli	70,70	71,75
Okt.	72,00	72,90
Dez.	71,85	73,15
Jan.	73,10	74,49
Mai	73,70	74,85
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,625	58,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	25. 4.	22. 4.
Mai	426,00	426-437
Aug.	446-447	444-446
Okt.	446-449	446-447
Umsatz	5	112
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	25. 4.	22. 4.
Mai	43,40	43,30
Juli	43,75	43,80
Okt.	44,50	44,50
Dez.	45,10	45,10
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	22. 4.	21. 4.
Mai	568,0-570,0	568,5-569,0
Juli	592,0-594,0	590,5-591,0
Okt.	577,0-577,5	577,5-578,0
Umsatz	113	124
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	25. 4.	22. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	25. 4.	22. 4.
Mai	14 026	13 904
Juni	14 119	14 090
Kautschuk		
London (p/kg)	25. 4.	22. 4.
Nr. 1 RSS loco	74,00-75,25	74,50-75,50
Mai	74,30-75,00	74,40-76,00
Juni	75,00-75,50	75,00-76,00
Juli/Sept.	75,30-75,50	75,40-75,50
Tendenz: ruhig		

	25. 4.	22. 4.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	25. 4.	22. 4.
Nr 1 RSS loco:	262,50-263,50	260,50-261,50
Mai	262,50-263,50	260,50-261,50
Juni	260,50-261,50	259,00-260,00
Nr. 2 RSS Mai	246,00-247,00	244,00-245,00
Nr. 3 RSS Mai	242,50-243,50	243,00-244,00
Nr. 4 RSS Mai	235,50-236,50	233,50-234,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	25. 4.	22. 4.
BWC	414,00	390,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	414,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25. 4.	25. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	113,81-114,20	114,63-114,82
drittfolg. Monat	118,05-118,25	118,83-119,02
Zink: Basis London		
laufend. Monat	177,85-178,04	174,82-175,00
drittfolg. Monat	183,26-183,45	180,35-180,54
Produz.-Preis	184,10	183,39
Reinzinn 99,9%	3681-3717	3661-3697

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 4.	25. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	429,40-431,71	428,72-431,01
Blei in Kabeln	121,50-122,50	122,25-123,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370-372	370-372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	25. 4.	25. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	353-359	353-359
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	392-393	392-393
MS 63	397-400	397-399

Zinn-Preis Penang

	25. 4.	22. 4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	31,53	31,60

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 4.	25. 4.
Leg. 225	305-308	305-308
Leg. 226	308-310	308-310
Leg. 231	340-346	340-346
Leg. 233	351-356	351-356

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	25. 4.	25. 4.
Platin (DM je g)	35,05	35,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 700	35 100
Rücknahmepr.	33 900	34 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 700	35 050
Rücknahmepr.	33 660	34 000
verarbeitet	36 420	36 790
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 450	34 755
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	977,10	979,20
Rücknahmepr.	942,90	944,90
Verarbeitet	1020,40	1022,60

Internationale Edelmetalle

	25. 4.	25. 4.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	25. 4.	25. 4.
10.30	435,25	442,25
15.00	435,50	437,00
Zürich mittags	435,50-436,25	441,00-441,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 300	103 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	776,70	785,90
3 Monate	795,55	805,10
6 Monate	814,80	824,70
12 Monate	852,80	862,70
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	25. 4. 271,90	22. 4. 270,40
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	81,45	82,15

	25. 4.	22. 4.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	441,50	437,00
Silber H & H Ankauf	1230,00	1211,00
Platin fr. Händlerpr.	415,00	413,00-415,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	128,00-130,00	127,00-129,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
April	1230,00	1198,00
Mai	1226,00	1200,00
Juni	1240,00	1220,00
Juli	1265,00	1220,00
Sept.	1285,00	1250,00
Dez.	1310,00	1285,00
Jan.	1330,00	1292,00
Umsatz	28 000	24 000

New Yorker Metallbörse

	25. 4.	22. 4.
Kupfer (c/lb)		
April	77,25	77,30
Mai	77,35	77,35
Juni	78,35	78,25
Juli	78,80	78,90
Sept.	80,15	80,30
Dez.	82,05	82,05
Jan.	82,75	82,80
Umsatz	14 000	18 000

Londoner Metallbörse

	25. 4.	25. 4.
Aluminium (£/t)		
Kasse	874,00-874,50	879,50-880,50
3 Monate	900,50-901,50	906,00-907,00
Blei (£/t) Kasse	295,00-296,00	297,00-298,00
3 Monate	306,00-308,50	308,00-309,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1100,5-1101,6	1109,0-1110,0
3 Monate	1128,5-1129,6	1136,0-1136,5
abends Kasse	–	1107,0-1108,0
3 Monate	–	1134,5-1135,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1076,5-1077,0	1089,0-1091,0
3 Monate	1106,0-1106,5	1112,0-1112,5
Zink (£/t) Kasse	461,0-461,5	456,5-457,0
3 Monate	475,00-475,50	471,00-471,50
Zinn (£/t) Kasse	8781-8782	8798-8800
3 Monate	8737-8740	8751-8755
Quecksilber $/Fl		315-330
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)		88-91



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Auslosung

Durch unseren Treuhänder wurde heute folgende Auslosung vorgenommen:

Zur Rückzahlung am 1. August 1983:

1. uns. 7 % Hypothekenpfandbriefe — Em. 99 — F/A — 270 060 –
   (4. Auslosung) sämtliche Stücke mit der Endziffer: 4
   Einzureichen sind nur Stücke mit Zinsscheinen per 1. 2. 1984 ff. (Zinsscheine per 1. 8. 1983 werden separat vergütet).

Rückzahlungen

Nach den Anleihebedingungen werden folgende Emissionen zur Rückzahlung fällig:

Zur Rückzahlung am 1. Juni 1983:

2. uns. 9 % Hypothekenpfandbriefe — Em. 117 — 1. 6. gzj. — 270 072 –
   Einzureichen sind nur Mäntel (Zinsscheine per 1. 6. 1983 werden separat vergütet).
3. uns. 8 % Kommunalschuldverschr. — Em. 153 — J/D — 270 378 –
   Einzureichen sind nur Mäntel (Zinsscheine per 1. 6. 1983 werden separat vergütet).
4. uns. 5¾ % Kommunalschuldverschr. — Em. 221 — 1. 6. gzj. — 270 432 –
   Globalurkunden – stückeloser Verkehr –
5. uns. 11 % Kommunalschuldverschr. — Em. 283 — 1. 6. gzj. — 270 488 –
   Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 30. Juni 1983:

6. uns. 5½ % Hypothekenpfandbriefe — Em. 5 — A/O — 270 009 –
   Resteinlösung der bisher nicht gelosten Stücke mit den zweistelligen Endziffern: 38, 45, 56, 73, 94
7. uns. 5½ % Hypothekenpfandbriefe — Em. 10 — A/O — 270 011 –
   Resteinlösung der bisher nicht gelosten Stücke mit den zweistelligen Endziffern: 12, 30, 38, 41, 89
   Einzureichen für beide Emissionen sind Stücke mit Zinsschein per 1. 10. 1983. Gleichzeitig werden die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1983 bis 30. Juni 1983 in Höhe des halben Wertes eines Zinsscheines vergütet.

Zur Rückzahlung am 1. Juli 1983:

8. uns. 6 % Kommunalschuldverschr. — Em. 115 — J/J — 270 350 –
   Einzureichen sind nur Mäntel (Zinsscheine per 1. 7. 1983 werden separat vergütet).
9. uns. 8 % Hypothekenpfandbriefe — Em. 116 — J/J — 270 071 –
   Einzureichen sind nur Mäntel (Zinsscheine per 1. 7. 1983 werden separat vergütet).
10. uns. 9 % Kommunalschuldverschr. — Em. 345 — 1. 7. gzj. — 270 525 –
    Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 2. August 1983:

11. uns. 12 % Kommunalschuldverschr. — Em. 303 — 2. 8. gzj. — 270 496 –
    Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 1. September 1983:

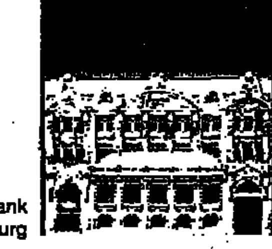
12. uns. 8½ % Kommunalschuldverschr. — Em. 159 — M/S — 270 384 –
    Einzureichen sind nur Mäntel (Zinsscheine per 1. 9. 1983 werden separat vergütet).

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1983:

13. uns. 6 % Kommunalschuldverschr. — Em. 231 — 1. 10. gzj. — 270 437 –
    Einzureichen sind nur Mäntel (Zinsscheine per 1. 10. 1983 werden separat vergütet)

Die Einlösung der fälligen bzw. gelosten Stücke erfolgt an unserer Kasse in Hamburg sowie bei allen Kreditinstituten. Die Verzinsung endet am Fälligkeitstag. Fehlende Zinsscheine werden vom Einlösungsbetrag abgezogen. Bei den in Globalurkunden verbrieften Emissionen erfolgt die Gutschrift über die Kassenvereine. Restanten bestehen noch für die Emission 99 mit der Endziffer 1.

Hamburg, den 25. April 1983



Hypothekenbank in Hamburg · Hohe Bleichen 17, 2000 Hamburg 36, Telefon (040) 35910-0

UNILEVER N.V.
Rotterdam Niederlande

EINLADUNG zur ordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre

am Mittwoch, dem 18. Mai 1983, 10.30 Uhr, im „Kleine Zaal" des „Concert- en Congresgebouw de Doelen", Eingang Kruisplein 30, Rotterdam

TAGESORDNUNG

1. Behandlung des vom Verwaltungsrat vorgelegten Geschäftsberichts 1982.
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses und Feststellung des im vergangenen Geschäftsjahr erzielten Gewinns.
3. Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsrats.
4. Bestellung der Sachverständigen, die mit der Prüfung des Jahresabschlusses des laufenden Jahres beauftragt werden.
5. Vorschlag, den Verwaltungsrat nach Maßgabe der Artikel 96 und 96a, Buch 2 des *niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches zum einzigen* zur Ausgabe von Stammaktien befugten Gesellschaftsorgan zu bestimmen.
6. Verschiedenes.

Diese Tagesordnung, der Geschäftsbericht für 1982 und die Feststellung des Gewinns und die Vorschläge zu Punkt 3, 4 und 5 der Tagesordnung liegen für Aktionäre und für die Inhaber von Zertifikaten, ausgegeben von der N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor, zur Einsichtnahme im Hause der Gesellschaft, Rotterdam, und bei den unten aufgeführten Banken aus, wo ihnen auf Wunsch auch eine Übersetzung dieser Dokumente ausgehändigt wird.

(A) Die Besitzer von Inhaberaktien, die entweder persönlich oder durch einen schriftlich Bevollmächtigten an der Versammlung teilzunehmen wünschen, müssen ihre Aktienurkunden spätestens am **Mittwoch, dem 11. Mai 1983,** bei der Gesellschaft in Rotterdam, bei einer der bekannten ausländischen Hinterlegungsstellen oder bei einer der nachstehend genannten Banken in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin hinterlegen:

Dresdner Bank AG oder Deutsche Bank AG, in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/M. oder München
Bank für Handel und Industrie AG oder
Deutsche Bank Berlin AG in Berlin

Unter Vorlage der Hinterlegungsbescheinigung haben diese Aktionäre Zutritt zur Hauptversammlung.

(B) Besitzer von durch N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor, Amsterdam, ausgegebenen Zertifikaten von Aktien Unilever N.V., die an der Versammlung teilzunehmen wünschen, ohne sich an den Abstimmungen zu beteiligen, müssen ihre Zertifikate spätestens am **Mittwoch, dem 11. Mai 1983,** bei einer der unter (A) genannten Stellen hinterlegen. Unter Vorlage der Hinterlegungsbescheinigung haben diese Besitzer von Zertifikaten Zutritt zur Hauptversammlung.

(C) Wenn Besitzer der obengenannten Zertifikate entweder persönlich oder durch einen schriftlich Bevollmächtigten in der Hauptversammlung Stimmrecht auszuüben wünschen, wird die N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor die Zertifikate gebührenfrei gegen Originalaktien umtauschen, diese auf den Namen der Besitzer in ihrem eigenen Büro in Verwahrung nehmen (dieses Büro wird für diesen Fall als Hinterlegungsstelle bestimmt) und nach der Versammlung wieder gebührenfrei gegen ihnen auszuhändigende Zertifikate umtauschen. Dazu müssen die Besitzer spätestens am **Dienstag, dem 10. Mai 1983,** ihre Zertifikate bei der N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor, Keizersgracht 558, Amsterdam, einliefern.

Den einzuliefernden Stücken muß ein schriftlicher Antrag, wie in den Bestimmungen über die Verwaltung („Administratie") dargelegt, beiliegen, wofür Formulare bei N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor in Amsterdam kostenlos erhältlich sind. Unter Vorlage der von N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor auszugebenden Hinterlegungsbescheinigungen haben die Besitzer Zutritt zur Hauptversammlung.

Rotterdam, den 26. April 1983. **DER VERWALTUNGSRAT**

نقلا عن الأصل

Bundesanleihen

		26. 4.	25. 4.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,45	100,4
8 Bund 75 I	6/83	100,25G	100,3G
8½ dgl. 75	6/83	100,3G	100,3G
8 dgl. 75 II	7/83	100,5	100,5
5½ dgl. 78 I	1/84	100	100
6 dgl. 64 I	1/84	100,1G	100,1
8 dgl. 76 I	2/84	101,9	101,9
7 dgl. 77	3/84	101,2	101,2
7½ dgl. 76 II	4/84	101,85	101,85
5 dgl. 78	5/84	99,5	99,5
6 dgl. 78 III	9/84	100	99,95
8½ dgl. 76	9/84	102,95	102,95G
6 dgl. 78 IV	12/84	100	99,95
6¾ dgl. 79	1/85	100,15	100,15
5½ dgl. 73 I	3/85	103,85	103,85
7 dgl. 79	4/85	101,45	101,55
7¼ dgl. 79 II	6/85	102	102
7¾ dgl. 79 I	7/85	103G	103
8 dgl. 78 IV	10/85	103,75	103,75
5½ dgl. 78 II	3/86	97,65	97,7
5½ dgl. 78	6/86	97,2	97,2
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,9	100,9bG
6½ dgl. 79	1/87	98,6	98,75G
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,9	100,9
6¼ dgl. 77	4/87	98,85	99,05
6½ dgl. 77	7/87	98,1	98,1
6 dgl. 77	10/87	96,4	96,4
8 dgl. 78 I	1/88	98,4	96,25
6½ dgl. 78 I	9/88	97,9	98
6¼ dgl. 78 II	12/88	97,6	97,7G
6¾ dgl. 79	1/89	98,9G	99G
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,8	99,8
10 dgl. 81	4/89	111,45	111,55
7½ dgl. 79 I	6/89	100,6	100,85G
8 dgl. 79 I	7/89	102,75	102,75
8 dgl. 79 II	8/89	102,45	102,55
7½ dgl. 79 II	9/89	100,35bG	100,45
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,95	101,15

		26. 4.	25. 4.
F 6 dgl. 77	9/87	98,25	98,45
6 dgl. 78 II	7/88	95,7	95,8
6½ dgl. 77	5/89	96,45	96,8
8 dgl. 79 I	7/89	102,75	102,9
6 dgl. 78 I	2/90	93,25	93,35
8 dgl. 80 II	7/90	102,5	102,6
9 dgl. 81	3/91	107,25	107,35
10½ dgl. 81	9/91	116,05G	116,35G
10¼ dgl. 81	11/1	115,3	115,35
8 dgl. 80 I	2/92	102,8	102,85
10 dgl. 82	2/92	113,3	114
9½ dgl. 82	7/92	110,7	110,5
8 dgl. 82	11/92	102,4	102,5
7¾ dgl. 83	1/93	101,15	101,25G

Bundespost

		26. 4.	25. 4.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,55G	100,55G
5½ Bdpost 58	10/83	100,45G	100,45G
8 dgl. 63 II	7/83	100,1	100,25
8 dgl. 72 II	12/83	101,85G	101,8
8½ dgl. 68	6/88	100,05G	100,05
8 dgl. 72 I	9/87	102,8	102,8
10 dgl. 81	3/89	111,1	111,2
10¼ dgl. 81	6/89	113	113
8 dgl. 80	3/90	102,5	102,5
7¾ dgl. 80	9/90	100,9	101,2
8¾ dgl. 80	12/90	105,8	105,9
10½ dgl. 81	10/91	116,25	116,25
9¾ dgl. 82	2/92	112,05	112,05
8¾ dgl. 82	6/92	105,15	106,35
8½ dgl. 82	10/92	104,55	104,75
7¾ dgl. 83	2/93	101,25	101,25

Länder – Städte

		26. 4.	25. 4.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100
8 dgl. 71	83	101G	101G

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten nachgebend

Am Rentenmarkt litten öffentliche Anleihen unter einer zunehmenden Abgabebereitschaft. Die Abschläge gingen besonders in den längeren Laufzeiten bis zu 0,30 Prozentpunkten. Die in den letzten Tagen herausgekommenen Länderanleihen erweisen sich wegen ihrer nicht marktgerechten Ausstattung als eine Belastung. Das gilt auch für die 7½prozentige Hamburg-Anleihe, die für Großabnehmer eine Rendite von 7,70 Prozent abwirft, die eigentliche Marktrendite liegt für diesen Anlegerkreis jedoch bei 7,90 Prozent. Auch am Pfandbriefmarkt gingen die Kurse eher zurück.

	26. 4.	25. 4.
M 5½ Bayer. Hypo Pf 14	92,25bG	92,25bG
6 dgl. Pf 20	82,5G	82,5G
8¾ dgl. Pf. 2	97	97
7 dgl. Pf 3	96,55	96,5bG
7 dgl. Pf 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,5bG
7 dgl. KS 19	100bG	100bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5bG	127,5G
6 dgl. Pf 34	82bG	83bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	26. 4.	25. 4.
8¼ dgl. Pf 60	98,3G	98,3G
8¼ dgl. Pf 74	99	99
8¼ dgl. Pf 76	97,05G	97,05G
6½ dgl. Pf 77	95,8G	95,8G
8 dgl. Pf 42	100G	100G
8½ dgl. Pf 47	104,5bG	104,5bG
F 5 Fft. Hypobk. Pf 68	73,5G	73,5G
5½ dgl. Pf 53	80,5G	80,5G
6 dgl. Pf 79	83	83
6 dgl. Pf 130	93G	93G
6½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 188	101,45G	101,45G

	26. 4.	25. 4.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99,25G	99,25G
7½ dgl. Pf 45	101,75G	101,75G
M 6 Südboden Pf 41	90,5	90,5
5½ dgl. Pf 57	79,75G	79,75G
6½ dgl. Pf 143	97bG	97,75G
7 dgl. Pf 87	98,25bG	98,25bG
7½ dgl. Pf 104	98G	98G
7 dgl. KS 49	95bG	96G
7½ dgl. KS 81	102G	102G
8 dgl. KS 133	100,75G	100,75G
8½ dgl. KS 132	103,75G	103,75G
9 dgl. KS 165	100,25G	100,25G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Ausländische Aktien

	26. 4.	25. 4.
F L'Air Liquide	150G	150G
D Arco	50,2	50,4
F Alcan	77	75,9
F Alcoa	81,5	81
F Alg. Bk. Nedld	327	325
F All Nippon Air	3,85G	3,65G
F Amax	82,7	82,5
F Am. Cyanamid	102,5	101
D American Expr	163	167T
D Am. Motors	19,75	18,8
F Am. T & T	161,9	163,7
F Amro Bank	53,2	52,5
M Anglo Am. Gold	295G	259,2
F Anglo Am. m D	57	56
F dgl. o D	56,5	57
F Arbed	58	57G
F Asahi Chem.	3,20G	3,25
M Atl. Richfield	102,5	104,6
M Atlas Copco	43G	42G
M Avon	77,5G	78,4

Korrigieren ja. Abschreiben nein.

Täglich passiert es, daß bei Briefen oder Texten ein Wort oder eine kurze Passage noch einmal geändert wird. Deshalb aber das ganze Schriftstück noch einmal abschreiben zu müssen, ist ärgerlich und reine Zeitverschwendung.

Sehr geehrte Damen und Herren, Frankfurt, den 31.01.1983

bei unserer letzten Besprechung Ende Januar wurde eine weitere Arbeitswoche zur Erstellung des Handbuches vorgeschlagen.
Als Termin wurde der 1. Februar 83 festgelegt. 7
Frau Geyer sollte bis zu diesem Zeitpunkt die bereits verabschiedeten Texte erstellen.

Ich bitte Sie, diesen Termin genau einzuhalten, da das von Ihnen erarbeitete Handbuch spätestens im Mai dieses Jahres im Rahmen einer Schriftenreihe herausgegeben werden soll.

Freundlichen Grüßen

Danach drückt man einfach die Taste „Start", und die Maschine schreibt den korrigierten Text allein.
Die Zeit, die die Sekretärin dadurch gewinnt, kann sie mit kreativeren Arbeiten ausfüllen als mit Abschreiben.

Oliverti hat dieses Problem bei der elektronischen Speicherschreibmaschine ET 225 mit ausbaubarem Speicher bis 64 000 Zeichen gelöst. Bei einem Schriftstück, das in den Speicher geschrieben wurde, genügt es, nur die Korrektur über das Display einzugeben.



Schicken Sie uns den Coupon. Ihr Fachhändler informiert Sie gern ausführlich.
An die Deutsche Olivetti DTS GmbH, Postfach 71 01 25, 6000 Frankfurt am Main 71

Name:
Firma:
Straße:
PLZ/Ort: ET/32-Welt

olivetti
Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Zubehör mit diesem Zeichen gewährleistet die optimale Funktion Ihres Olivetti-Gerätes.

Mobiles Bauen

Ba. – Mobil sein heißt: Im Vorteil sein. Auch beim Bauen und Wohnen. Die grundsätze haben wir von den Nomaden lernen können. Ihr Hauszelt ist vor allem einfach auf- und abzubauen und leicht zu transportieren. Es hat allerdings sehr lange gedauert, bis der Gedanke des mobilen Bauens bei uns Fuß fassen konnte. Nicht wenige sind heute noch um jeden Preis dem massiven Bauen verhaftet. Am liebsten Stein auf Stein, von wegen der Erdverbundenheit.

Da in unserer schnellebigen Zeit jedoch fast in allen Lebenslagen Flexibilität Trumpf ist, setzen sich die Vorzüge des mobilen Bauens immer mehr durch: Nicht nur Garagen, Keller, Häuser und Hallen werden fertig geliefert, sondern auch Container, die für die verschiedensten Zwecke Verwendung finden, zum Beispiel als Baubuden, Theaterkassen, Toiletten und vieles andere mehr. Fas alle Baustoffe, wie Holz, Beton, Kunststoff und Stahl, sind daran beteiligt.

Vom maßgenauen Element zur Raumeinheit

Neben- oder übereinander – mobil auch im Export

GOTTLIEB W. BETZNER, Köln

Flexibilität und Mobilität sind beim Stahlbau die hervorstechendsten Eigenschaften, sozusagen „von Geburt an". 1928 war in Köln aus Anlaß der internationalen Ausstellung „Pressa" eine große Kirche von Otto Bartning ganz in Stahl errichtet worden. Das Publikum staunte sehr. Denn jeder wußte, daß dieses Gotteshaus nach der Veranstaltung abgebaut, in Essen jedoch wieder aufgebaut werden würde. Was dann auch ohne alle Schwierigkeiten geschah.

Nach der Fertigstellung noch Änderungen möglich

Inzwischen hat sich die Technik des flexiblen und mobilen Bauens natürlich noch weiter entwickelt. Neben das industriell gefertigte, maßgenaue Stahl-Element ist der Container getreten. Einzelobjekte dienen als Theaterkasse, Kiosk oder Baubude. Wird mehr Raum benötigt, so ist es – beispielsweise auf einer Großbaustelle – ohne weiteres möglich, solche Container neben- oder auch übereinander zu beliebig großen Wohn- oder Büroeinheiten zu verschmelzen – und jederzeit wieder abzubauen.

Speziell für den Wohnungsbau wurden Raumzellen entwickelt und von der Bundesregierung in Wulfen, von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften EGKS in Berlin gefördert und realisiert.

Der größte Vorteil dieser flexiblen Systeme besteht darin, daß der Nutzer auch nach der Fertigstellung jederzeit Änderungen in der Raumaufteilung vornehmen kann.

Für den Industrie- und Verwaltungsbau hat ein Karlsruher Stahlbauunternehmen eine spezielle Konstruktion entwickelt. Die sogenannte Karlsruher Wabe. Bei ihr handelt es sich um ein Sechseck mit einer Kantenlänge von 3,75 Meter, mit dem fast jede Bauaufgabe rationell realisiert werden kann.

Daß der Stahlbau generell in puncto Flexibilität und Mobilität seinen Konkurrenten gegenüber „Chef im Ring" ist, mag auch an einer simplen Zahl ablesbar sein: 1982 konnten die deutschen Stahlbauer ihren Export um 43 Prozent gegenüber 1981 steigern. Doch wurden hier nicht – wie sonst üblich – Blaupausen exportiert. Die in der Bundesrepublik produzierten Einzelteile wurden im Ausland an Ort und Stelle montiert, wodurch bei uns, nicht zuletzt, Arbeitsplätze erhalten werden konnten.

Musterbeispiel Moskauer Flughafen

Als Musterbeispiel für diese Art von mobilem Bauen mag der Moskauer Flughafen Scheremetjewo II dienen, der für die Olympiade 1980 fertiggestellt wurde.

Generalunternehmer war die Firma Rüterbau in Langenhagen, eine Tochtergesellschaft des Salzgitterkonzerns. Sie fertigte 123 750 Einzelteile der Stahlskelett-Konstruktion in ihrem Werk. Nach einem außerordentlich diffizilen Plan wurden diese Elemente durch insgesamt 3000 schwere Lastwagen auf die rund 3000 Kilometer lange beschwerliche Reise geschickt. Und zwar so, daß jeweils die Teile in Moskau entladen werden konnten, die man zur Montage gerade benötigte.

Speziell für diese wohl einmalige Leistung im Rahmen eines modernen mobilen Bauens erhielt das Unternehmen den europäischen Stahlbaupreis 1980.



„Mobiles Wohnen" in der südtunesischen Erdölstadt El Borma FOTO: DIETHER KUHN

Eine Halle zum Mitnehmen

Im Container-System ist auch die zweite Ebene möglich

W. B. HANN, Düsseldorf

Die Düsseldorfer Messegesellschaft hatte voriges Jahr ein großes Problem: Für die Internationale Industriemesse Druck und Papier „Drupa" war die gesamte Standfläche verkauft, aber längst waren noch nicht alle Ausstellerwünsche befriedigt.

Der Mailänder Architekt Alberto Spinelli und die Münchner Stahlbaufirma Maurer Söhne wußten Rat. Sie bauten auf einem freien Platz des Messegeländes in kurzer Zeit – ohne Grundmauer und Verankerung – eine 1000 Quadratmeter große Halle auf, in der ein paar Dutzend weitere Aussteller Platz fanden.

Die Konstruktion bestand aus 18 Containern mit je zwölf Meter Länge, die der internationalen Norm entsprechen. Neben der ebenerdigen Standfläche mit Lagerräumen, Toiletten usw. waren auf einer zweiten Ebene Büros und Konferenzzimmer untergebracht. Sie ließen sich aus den Containern leicht arrangieren.

Aussteller, Besucher und internationale Journalisten hatten übereinstimmend den Eindruck, daß die schnell montierte Halle der erwarteten Funktion voll gerecht werde und auch ästhetisch sehr überzeuge.

Der Clou an dem Projekt war aber etwas ganz anderes: Die Halle war natürlich im Sinne der Messegesellschaft nur „für den Tag" gebaut. Nach der Messe mußte sie demontiert werden. So erklärten denn die Produzenten ihte Ausstellungshalle zugleich zum Exponat. Und tatsächlich fand sich bald auch ein Käufer: In Düsseldorf schnell demontiert ist die Halle in Italien längst wieder aufgebaut und dient dort einem mittleren Druckereiunternehmen als Betriebsstätte.

Architekt und Stahlbaufirma wiesen in Düsseldorf auch noch auf folgendes hin: Ihr Hallensystem bis zu 5000 Quadratmeter Fläche ist ohne Probleme auf normalen Wegen an alle Bestimmungsorte der Welt zu transportieren und auch in Entwicklungsländern vorwiegend mit Hilfskräften aufzubauen. Später eventuell notwendige An- oder Aufbauten sind ohne weiteres möglich.

„Telemotor" – Gespräch mit Harry Valérien

Hautnah dabeisein

„Es geht mir darum, hautnah dabeizusein." Ein Motto, das zum Programm für den ZDF-Reporter Harry Valérien (59) wurde. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Herr Valérien, sind Sie ein Auto-Fan?

Valérien: Früher fuhr ich Motorrad, seit 30 Jahren Auto. Das Auto ist nicht nur mit Chrom und Glanz, sondern im Zuge der Zeit und der Entwicklung zu sehen. Daran liegt mir. Und wenn ich eine gesund-kritische Einstellung, ein kreatives Verhältnis zum Thema Auto habe, dann kann ich so etwas wie dieses Magazin machen.

WELT: Sie haben das Auto-Magazin von dem verstorbenen Rainer Günzler übernommen ...

Valérien: Als Günzler sehr schwer krank geworden war, hat er mich ans Krankenbett gebeten und gesagt: Harry, ich möchte, daß du das solange machst. Wir haben oft über seine Sendung gesprochen. Ich habe manchmal gesagt: Rainer, du sitzt nicht allein im Auto, denke daran, wie es der Familie geht mit einem beladenen Wagen. Mit solchen und ähnlichen Themen bin ich ja ständig befaßt.

WELT: Zur heutigen Sendung: Die Frau und das Auto – das ist doch ein sehr weites Feld?

Valérien: Der Grundgedanke war: Wird die Frau nicht unterbelichtet, zum Beispiel in den Konstruktionsbüros. Zehn Millionen Frauen fahren in der Bundesrepublik Auto. Deshalb haben wir eine Frau, Anna Doubek, beauftragt, sich dieses Themas anzunehmen.

WELT: Aber Sie kleben bei Ihren Themen nicht nur eng am Auto?

Valérien: Wir machen zum Beispiel zum dritten Mal in dieser Sendung etwas zum Thema „Schädliche Abgase". Warum gibt es bleifreies Benzin in den USA und nicht bei uns? Warum liefert die deutsche Industrie entsprechende Autos nach Japan und in die USA? Darüber hinaus ein Filmbericht und ein Gespräch mit einem Politiker, einem Techniker und einem Mann aus der Mineralölbranche.

WELT: Von Haus aus sind Sie Sportjournalist ...

Valérien: Ich bin Journalist.

WELT: Aber bekannt geworden sind Sie als Moderator des Aktuellen Sportstudios, als Reporter in Sachen Schwimmen und Ski. Erfordert das nicht schon ein Engagement rund um die Uhr?

Valérien: Ich werde mich davor hüten, zu tingeln. Ich möchte die Dinge machen, die einfließen. Wenn ich seit 30 Jahren Auto fahre, dann tue ich etwas, was jeden interessiert.

WELT: Politik interessiert auch jeden ...

Valérien: Als in den sechziger Jahren die Angelegenheit mit Rudi Dutschke war, wollte ich politischer Reporter werden. Im guten englischen BBC-Stil, was kritischer und gefährlicher wäre als das, was jetzt ist.

WELT: Warum haben Sie es nicht getan?

Valérien: Weil ich wahrscheinlich nicht lange überlebt hätte. Da kommt einer mit dem Image des Sportmoderators und ist dann noch etwas kritisch.

WELT: Zurück zu Telemotor. Da wurde es auch schon sehr gesellschaftskritisch?

Valérien: Ich habe ein Gespräch mit dem Verkehrs-Juristen Dr. Dr. Spiegel geführt. Da ging es um den Unfallschreiber im Auto, der alles registriert. Dagegen ist die Volkszählung nichts. Werden wir die Wanze im Auto mobil machen? In Amerika hält man so etwas für undenkbar.

WELT: Das erinnert an Ihr Engagement als Sportjournalist ...

Valérien: Ich muß mich gegen den Leiter der Redaktion durchsetzen können, wenn es die Sache *notwendig* macht. Dann mache ich das mit Haut und Haaren. Zum Beispiel die Dopingdiskussion. Oder beim Ski-Rennen in Kitzbühel: Da unten feiern sie und da oben kämpfen sie ums Leben. Das muß gesagt werden.



Harry Valérien (59) FOTO: HIPP

WELT: Wie bereiten Sie solche Sendungen vor?

Valérien: Es ging mal um Erfahrungen mit Mofas und Mopeds. Da habe ich nicht nur mit meinen Kindern drüber gesprochen, ich habe auch andere Kinder und deren Eltern in mein Haus eingeladen und darüber diskutiert. Einfach, um hautnah dabeizusein.

WELT: Engagement wird also großgeschrieben?

Valérien: Wir machen zum Beispiel das Thema: *das Auto* in der Kunst. Von Andy Warhol angefangen bis hin zu dem Bunten, Skurillen Grotesken, was sich ergibt. Oder da ist der Besuch bei einem Querschnitts-Gelähmten, wenn es um die Zweiradunfälle geht. Oder die Führerschein-Nachkurse: Wie schwer hat man es, aus dem Eck' des Angeschwärzten herauszukommen? Oder: Vier Wochen ohne Auto. An solchen Geschichten liegt mir und dem Team etwas.

KLAUS BLUME

KRITIK

Spiel der Erinnerung

Erst denkt man, der Film erzähle von jenem Wiener Haus, dessen Flurfenster **„das gläserne Wappen"** ziert, das den Titel hergab (ZDF). Das ist kein schlechtes Verfahren, wenn man Figuren und ihre Schicksale bündeln will. Doch Eva Bakos, die den gleichnamigen Roman schrieb und am Drehbuch mitwirkte, und Regisseurin Susanne Zanke wollten es anders. Vom Sterbebett eines Freundes her entwickeln sie ein „Spiel der Erinnerung". Und da lassen sich dann trefflich Szenenfetzen – eben Erinnerungen – zu einem gewollt „modernen" Puzzle zusammenschneiden. Übertreibt man das, wie hier, so springt freilich nur ein Labyrinth heraus, in dem kein Zuschauer sich zurechtfindet.

Nachdem das erreicht war, gab Frau Zanke diese Methode auch prompt auf und erzählte schön herkömmlich geradeaus – nicht ohne psychologische Binsenwahrheiten unterzumischen. Damit ging der Geschichte allerdings der Rest an Faszination verloren, die dann nur noch von der Hauptdarstellerin Michaela Rosen und ihrer aus dem Stillen entwickelten Ausdruckskraft ausging. Der Film selbst bewegte sich dagegen zwischen idyllischer Liebesschnulze – notabene: mit zauberhaften Kinderszenen – und „Ehen vor Gericht".

Vielleicht muß jemand, der ein Spiel der Erinnerung schaffen will, bei Tennessee Williams' „Glasmenagerie" nachschlagen.

KATHRIN BERGMANN

Kleiner Crash – großes Gähnen

Blechschaden, weil die vielzitierte Frau am Steuer einem Igel ausweichen will. Und? Weiter nichts – wenn wir nicht in jenem Lande lebten, das sich des besten aller Fernsehen rühmt; denn da genügt ein kleiner Crash, damit ein Geschichtchen, das eigentlich keins ist, Sendezeit erhält. Die ARD hat es gerade mit einer Trivialität namens **„Selbst ist die Frau"** vorgeführt.

Zurück zum Igel, von dem die unkomische Story ihren Ausgang nimmt: Unfall also, Menschenauflauf, dann treten die Mitwirkenden mitsamt ihren ausgetretenen Problemen in den eigenen vier Wänden auf. Und jetzt allmählich erfahren wir auch die „Botschaft" des Stückleins, daß nämlich keiner für den anderen wirklich Zeit hat.

Wenn der Regie – bei soviel inhaltlicher Einfallslosigkeit – wenigstens ein trocken-ironisches Pizzikato gelungen wäre. Aber man war schon dankbar für die gußeisern-gute, vorzügliche Evelyn Hamann, die das Aufbleiben nicht vollends zur Strapaze werden ließ.

BRIGITTE HELFER





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

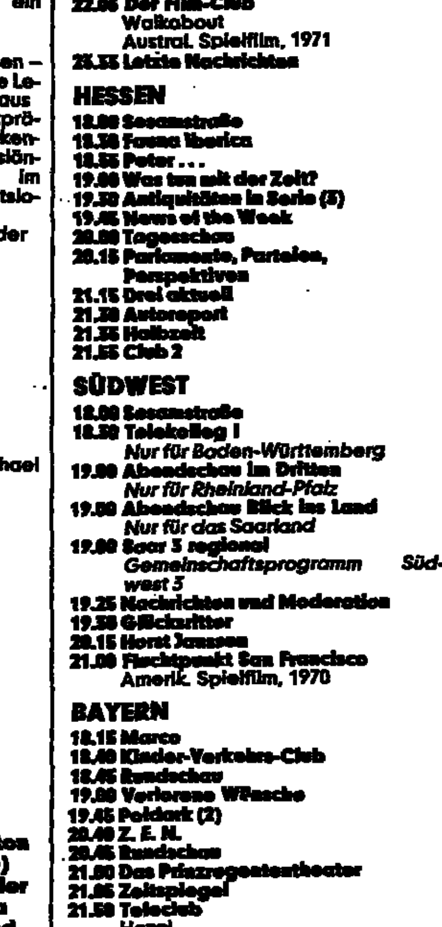
09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Eishockey-WM
10.35 Jung und unschuldig
11.50 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann:
Verkannte Monster
Aus dem Privatleben der Kraken
Von kaum einem Tier gibt es so viele Legenden, aber auch Greuelmärchen zu erzählen wie von Kraken und all den anderen Kopffüßlern der Meere. Es sind uralte Tiere, die man schon im Silur, in der Jura- und Kreidezeit nachweisen kann. Ihr fremdartiges Erscheinungsbild hat sie für viele zu „bedrohlichen Tieren" gemacht.
17.00 Wir Kinder
Bericht über die Regensburger Domspatzen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
18.55 Qualifikationsspiel zur Fußball-EM
Österreich – Deutschland
Sprecher: Eberhard Stanjek
Live-Übertragung aus dem Praterstadion in Wien
In der Pause:
19.45 Tagesschau
21.00 Frankfurt am Main
Plädoyer für eine verrufene Stadt
Film von Horst Krüger und István Bury
Der Ruf dieser Stadt ist bemerkenswert schlecht. Vielen Bundesbürgern schaudert es schon beim Namen. Häßlich, kalt, traditionslos, nur kommerziell: das sind typische Urteile über Frankfurt am Main. Stimmen sie eigentlich noch? Horst Krüger und István Bury haben vor zwei Jahren einen Film über den Kurfürstendamm Berlin gedreht, der bei Presse und Publikum viel Beachtung fand.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Ein Kulturmagazin
23.30 Tagesthemen

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Die Prinzessin will Clown sein
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Die Goldader
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Hannes Wader
17.55 Rauchende Colts
Das Gesetz des Indianers (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Das Gesetz des Indianers (Teil 2)
19.00 heute
19.30 Telemotor
Das Automagazin mit Harry Valérien
Zwei aktuelle Themen und ein neuer Kleinwagen
20.15 Bilanz
Themen: Wurst aus Sägespänen – mit EG-Geldern / Lohnt sich die Lebensversicherung? / Armenhaus Haiti / Interview mit Weltbankpräsident Alden W. Claussen: Tickende Zeitbombe „Entwicklungsländer-Schulden" / Stolpersteine im Baurecht / Gefährliche Arbeitslosigkeit in Europa
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Fernsehserie in 35 Folgen
Der Pakt
22.10 Eishockey-WM
Finalrunde aus München
23.10 Fernsehspiel von Theodor Schübel
Zwei Menschen im Zwiespalt ihrer Gefühle
Mit Elfriede Irrall und Michael Degen
Regie: Werner Schlechte
(Wh. v. 1978)
00.40 heute



Jetzt geht es richtig los mit dem „Denver-Clan": Vater Blake Carrington (John Forsythe) und seine Kinder Fallon (Pamela Sue Martin) und Steve (Al Corley) – ZDF, 21.25 Uhr
FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Olpe
21.45 Auslandsreporter
Claus Richter aus Polen:
Wochenende in Warschau
Bericht über einen Flohmarkt und die Schickeria auf einer Trabrennbahn
22.15 „Photo & Cie." und „Marcel"
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Großtrappe
19.15 Lebensraum Ostsee (2)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Die aktuelle Wochenschau
21.00 Chancen zwischen Blech und Technologie
Über die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie
22.05 Der Film-Club
Walkabout
Austral. Spielfilm, 1971
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter ...
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Antiquitäten in Serie (5)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlamente, Parteien, Perspektiven
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Club 2

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Glücksritter
20.15 Horst Janssen
21.00 Fluchtpunkt San Francisco
Amerik. Spielfilm, 1970

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Verlorene Wünsche
19.45 Poldark (2)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Das Prinzregententheater
21.05 Zeitspiegel
21.50 Teleclub
Hazal
Türkischer Spielfilm, 1979
23.15 Rundschau
23.20 News of the Week

FUSSBALL / Länderspiel gegen Österreich heute original im Fernsehen – Die dunklen Schatten von Gijon

Vor 52 Jahren zum letzten Mal in Wien verloren

DW. Wien

Österreich gegen Deutschland – das ist ein nachbarschaftlicher Dauerbrenner im internationalen Fußball. Nicht nur in Freundschaftsspielen. Bei den Weltmeisterschaften 1978 in Argentinien und 1982 in Spanien mußten beide Teams gegeneinander spielen, in der Qualifikation zur Europameisterschaft auch, 1980 ebenso wie heute.

Immer wieder Österreich gegen Deutschland – und umgekehrt. Was dabei bisher herauskam, spricht eindeutig für die deutsche Mannschaft: 26 Begegnungen hat es gegeben, 15mal unterlagen die Österreicher, bei vier Unentschieden. Die letzte deutsche Niederlage in Österreich liegt fast 52 Jahre zurück – 0:5 am 13. September 1931 in Wien. Seitdem gaben die deutschen Spieler in Wien in sechs Spielen nur noch einen Punkt ab (1:1 am 21. September 1969).

Aber da gibt es eben diese 2:3-Niederlage 1978 bei der Weltmeisterschaft in Argentinien, die noch heute in Österreich als sportlicher Nationalfeiertag gilt. Und da ist die Erinnerung an das Skandalspiel der letzten Weltmeisterschaft (siehe untenstehenden Bericht). Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) und das Österreichische Fernsehen werden das Spiel heute original (ab 18.55 Uhr) übertragen. Kommentatoren werden die beiden Männer sein, die auch aus Spanien vom 1:0-Sieg der deutschen Mannschaft berichten mußten: Robert Seeger aus Wien, der seine Übertragung damals abbrechen wollte, weil er das Spiel für abgesprochen hielt (was er auch sagte), und Eberhard Stanjek, der aus Protest gegen den Nichtangriffspakt beider Mannschaften über weite Strekken einfach schwieg und die Bilder für sich sprechen ließ.

Das Wiener Prater-Stadion ist heute mit 58 000 Zuschauern ausverkauft – zum ersten Mal seit der Blamage von Gijon. Das bedeutet eine Einnahme von rund einer Million Mark. Schiedsrichter des Spiels ist der Schotte Brian Robert McKinley.

Die Mannschaften; Österreich: Koncilia (35 Jahre/68 Länderspiele) – Obermayer (30/43) – Krauss (25/13), Pezzey (28/60), Degeorgi (23/10) – Weber (27/33), Prohaska (27/65), Baumeister (26/17), Gasselich (27/12) – Schachner (24/41), Krankl (30/65) – **Deutschland:** Schumacher (29/38) – Strack (27/4) – Dremmler (28/22), K.-H. Förster (24/47), Briegel (27/40) – Engels (22/7), Schuster (23/16), Müller (25/39), Rolff (23/2) – Völler (23/4), Rummenigge (27/65).



Bruder, komm in meine Arme, dein Hemd ist auch mein Hemd, dein Sieg ist auch meiner: Breitner und Krankl nach dem Spiel von Gijon. FOTO: SVEN SIMON

Großes Problem des kleinen Littbarski: Der Ball, den er so eigensinnig liebt, gehorcht ihm plötzlich nicht mehr . . .

ULRICH DOST, Wien

Jupp Derwall war wütend von seinem Platz aufgesprungen. Er rannte einige Meter über die Tartanbahn, die Hand zur Faust geballt. Am liebsten hätte er Pierre Littbarski ein paar passende Worte zugeschrien. Aber er war zu weit entfernt vom Spielfeld. Littbarski hatte Derwalls Reaktion gesehen. Und der kleine Kölner zuckte nur wieder einmal mit den Schultern. Ein Geste der Ratlosigkeit, nachdem er sich gerade wieder mal in der türkischen Abwehr verdribbelt, den persönlichen Triumph über den Gegenspieler gesucht hatte, anstatt den besser postierten Kollegen anzuspielen.

Pierre Littbarski fummelt sich in der letzten Zeit zu häufig fest, seine Dribblings bringen die Trainer zur Verzweiflung. Er spielt zur Zeit immer auf dem Grad zwischen Genialität und Dilettantismus. Im Augenblick erzeugt Pierre Littbarski mit seiner erfolglosen Eigensinnigkeit eher Kopfschütteln. Der Pierre gehört trotzdem in die Mannschaft, den kann man jetzt nicht mehr so einfach rausnehmen, er hat ja inzwischen einen Namen", sagte Bernd Schuster in Izmir nach der schwachen Leistung von Littbarski beim 3:0 gegen die Türkei.

Bei der Mannschaft mag der Stürmer diesen Bonus noch genießen, bei Bundestrainer Jupp Derwall seit gestern nicht mehr. Beim Training der deutschen Nationalmannschaft in Wien stand Littbarski nur im Mittelfeld herum und unterhielt sich zuweilen mit Derwall, während die Kollegen schwitzten. Das war nicht verwunderlich, weil Littbarski auch am Tag zuvor wegen einer Knöchelverletzung nicht mittrainiert hatte. Welche Mannschaft denn gegen Österreich heute (19.00 Uhr) spielen werde, wurde der Bundestrainer anschließend gefragt. Die von Izmir selbstverständlich, war seine Antwort. Doch er vergaß zu sagen, daß die Mannschaft spielen wird, die zum Schluß in Izmir auf dem Platz stand.

Der Kölner gab dann auch zu: „Es ist richtig, ich werde nicht spielen. Meine Knöchelverletzung macht mir nicht mehr zu schaffen. Ich könnte spielen, aber der Bundestrainer will mit vier Mittelfeldspielern beginnen." Für Littbarski kommt der Hamburger Wolfgang Rolff in die Mannschaft.

Was auf den ersten Blick wie ein taktisches Planspiel aussieht, löst sich doch sehr schnell in die logische Konsequenz intensiven Nachdenkens auf. Denn Pierre Littbarski gehört derzeit einfach nicht in die Nationalmannschaft – nicht in dieser Form und Einstellung. Er hat sich denn auch gar nicht geärgert, als er die Nachricht von Derwall erhielt. So selbstkritisch ist der Kölner gottlob noch geblieben, um zu erkennen, daß er derzeit nicht die besten Karten besitzt.

Viel eher scheint der Kölner Ruhe zu brauchen. Seit Wochen schon wirkt er völlig überspielt. Der Ball, in den er so vernarrt ist, wurde längst sein Feind, er sollte sich einmal länger von ihm trennen. Eine Woche ohne Ballkontakt – das würde ihm wahrscheinlich mehr helfen als reden. In Köln, in seinem Verein, hat er auch geredet und ist dabei im verbalen Dribbling hängengeblieben. „Mir liegt das Lauftraining nicht", hat er durch seinen Manager Rüdiger Schmitz Trainer Rinus Michels über die Presse mitteilen lassen. Doch jeder, der ihn sah, konnte feststellen, daß es nicht daran lag, daß der nur 64 kg leichte Stürmer körperlich am Ende sei.

Die eigenen Gedanken, die sich in seinem Kopf während des Spiels abspielen, machen ihm zu schaffen. Nicht der Gegner oder der körperliche Zustand. „Es stimmt", sagt Pierre Littbarski, „ich denke bei meinem Spiel derzeit zu viel nach. Ich müßte mehr, wie früher, alles intuitiv machen. Ich überlege immer, was ich als nächstes anstelle, statt einfach abzuspielen oder aufs Tor zu schießen."

Vor zwei Jahren im Oktober begann Littbarskis internationale Karriere mit zwei Toren gegen Österreich. Diesmal sitzt er nur auf der Bank. Der Dribbelkünstler, der seine Gegner gerne aussteigen läßt, mußte selbst aussteigen. Eine Pause tut ihm gut, wie wertvoll er für die Mannschaft sein kann, hat er häufig bewiesen. Derzeit schadet er mehr, als daß er hilft.

Verzweifelter Versuch, den nachbarschaftlichen Skandal zu vergessen

MARTIN HÄGELE, Wien

„Sind diese Deutschen und Österreicher Lumpen oder Idioten?", so hatte die französische Zeitung „Le Figaro" am 26. Juni 1982 gefragt. Am Tag zuvor hatten die überwiegende Mehrzahl der deutschen und österreichischen Nationalspieler im Stadion El Molinon in Gijon einen Nichtangriffspakt geschlossen und Algerien die Teilnahme an der ersten Finalrunde der Fußball-Weltmeisterschaft verweigert, was nicht nur die Algerier als Betrug werteten.

Heute werden die „Lumpen, Idioten oder Betrüger" im Wiener Prater-Stadion wieder mit ihrer schändlichen Tat konfrontiert. „Mir hängt nichts an", sagt Roland Hattenberger aus Innsbruck. „Wir haben uns damals während des Spiels unterhalten, warum sollten wir uns wehtun?" Aber deshalb fühle er sich noch lange nicht als Verbrecher.

Aber wie geht's jenen, die nicht Schluß machen konnten mit dem Gedanken an den schwarzen Freitag von Spanien? Zum Beispiel Österreichs Torjäger Walter Schachner? „Es wäre besser gewesen, dieses Spiel hätte nie stattgefunden", sagt er.

Schachner hat mitgelitten, obwohl er selbst vom Verdacht der Schiebung immer frei war. „Ich kann sagen, ich hab mich voll eingesetzt. Die andern aber waren eben zufrieden." Schulterzucken. Nein, er wolle nicht auch noch das schlechte Gewissen seiner Kollegen mit sich herumschleppen.

Schachner redet offen über dieses Thema. Er glaubt, daß sich alle in einer ähnlichen Situation heute anders verhalten würden. Gerade deshalb fordert er für heute Wiedergutmachung durch Leistung. Schachner: „Ein gutes Spiel, und die Leute wären wieder versöhnt."

Er habe nur zweimal gegen Karl-Heinz Förster gespielt, einmal in Wien, einmal in Hamburg, erzählt der österreichische Mittelstürmer Hans Krankl den Reportern. Und in Gijon?, fragt ihn einer. „Da hab' ich auch gegen Förster gespielt, aber das war ein Freundschaftsspiel." Krankl hat also Gijon schon aus seiner eigenen Länderspielstatistik gestrichen. Für ihn hat dieses Match nicht stattgefunden. Bei Krankl mag das auch Vorwand sein, seine eigene schwache Leistung dadurch zu vertuschen, daß die schwache Leistung ja abgesprochen war.

Den Krankl hätte Karl-Heinz Förster in Gijon nie ein Tor machen lassen. Pierre Littbarski hätte auch liebend gern mit einem Treffer gegen Österreich die Absprache der Kollegen über den Haufen geschossen. So dachten noch Briegel und Torwart Schumacher. Nur vier aus der deutschen Elf hatten versucht, in Gijon ihr Bestes für ein ehrliches Resultat zu tun.

Das beschäftigte ihn immer noch, das was damals abgelaufen sei, sagt Pierre Littbarski. Dieses Ereignis ist für ihn wichtiger als sein erstes Länderspiel. In Wien war im Oktober '81 der Stern des kleinen Pierre Littbarski aufgegangen. Er schoß beim 3:1 zwei Tore. Doch offenbar wiegt in seiner Erinnerung die Schande schwerer als Ruhm und Jubelarien.

Merkwürdig, wie unterschiedlich die Verdrängungsmechanismen der einzelnen Beteiligten funktionieren. „Jeder weiß, daß das nicht schön war", sagt Rummenigge. Der Kapitän der Nationalmannschaft hat festgestellt, „daß die Spieler darüber nicht mehr reden wollen".

Für Bundestrainer Jupp Derwall ist das Thema schlichtweg tabu. Er denke nicht daran, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. DFB-Präsident Hermann Neuberger glaubt dagegen, daß das Reizwort Gijon immer wieder auf den Tisch kommen werde. Genauso wie die Niederlage gegen Österreich 1978 in Cordoba. Neuberger: „Selbst, wenn ich Urgroßvater bin, das wird uns verfolgen."

Die Wunde, die Geldgier und eiskaltes Profidenken dem Sport in Gijon geschlagen haben, brennt für immer und ewig im Gewissen des deutschen und österreichischen Fußballs. Nur scheint es, daß die Österreicher besser damit leben können. Weil sie sich ihr Gewissen durch Gespräche erleichtert haben. Die Deutschen aber schweigen lieber oder flüchten in nichtssagende Phrasen.

Eine davon benutzt Harald Schumacher: „Die Kritiker haben sich nicht in die Spieler versetzt. Für uns war nur das Weiterkommen wichtig, und das ist gelungen." Und Rummenigge: „Die Österreicher fingen damals an, und wir haben uns anstecken lassen. Zum Glück kann sich dies in der EM-Qualifikation nicht wiederholen, weil nur einer von uns nach Frankreich kommt."

Beim AS Rom aber wird der Österreicher Herbert Prohaska noch immer von den italienischen Kollegen gehänselt. Als Paul Breitner kürzlich in Rom war, um Bruno Conti und Falcão für sein Abschiedsspiel zu verpflichten, wurde er gefragt: „Bringst du Prohaska jetzt endlich den Mercedes als Lohn für Gijon?"

Damals blieb sportliche Moral auf der Strecke, heute abend gibt es die Chance, mit Leistung und Fairneß einen Teil davon vergessen zu machen.

MOTORSPORT

Stommelen: Was geschah wirklich?

SAD/K. Bl., Riverside/Bonn

Noch immer sind die Unfallursachen, die zum Tod des Kölner Autorennfahrers Rolf Stommelen (39) im kalifornischen Riverside geführt haben, nicht geklärt. Stommelens Teamchef in Amerika, John Fitzpatrick, glaubt, daß die genaue Ursache für das Versagen von Stommelens Wagen für immer ein Rätsel bleiben wird. Der Brite: „Vermuten kann man dieses oder jenes, aber wissen werden wir es wohl nie. Denn der Wagen ist so total zerstört, daß man kaum noch etwas untersuchen kann."

Der Unfallvorgang soll sich so ereignet haben: 96. Runde des Sechs-Stunden-Rennens auf dem 5310-Meter-Kurs der Rennstrecke von Riverside bei Los Angeles, bei dem es um 25 000 Dollar geht, die von der Zeitung „Los Angeles Times" und der Autofirma Datsun als Siegpreis ausgesetzt sind. Auf der langen Geraden, auf der für ihn mit 318,6 Stundenkilometer die schnellste Zeit des Tages gemessen worden war, rast Rolf Stommelen in seinem blau-weißen Turbo-Porsche 935 der Haarnadelkurve entgegen. Plötzlich scheint sich der Heckflügel des Wagens zu lösen, er steht um 45 Grad abgewinkelt nach außen. Infolge der veränderten Aerodynamik verliert Stommelen die Kontrolle über das Fahrzeug. Es rast in die Kurvenmauer, dreht sich um die Achse, prallt mit der Breitseite gegen zwei Betonbarrikaden von je zwei Tonnen Gewicht und wirft sie um.

Der Porsche fliegt durch die Luft, prallt auf die Erde, überschlägt sich sechs, siebenmal, fängt dabei schon Feuer, ehe er etwa 100 Meter vor der Aufprallstelle zum Stehen kommt. Rolf Stommelen sitzt nicht mehr im Wrack – die ganze rechte Seite mit dem Fahrersitz ist abgerissen und an einer anderen Stelle gelandet. Ein Krankenwagen bringt Stommelen mit Blaulicht ins Community Hospital von Riverside. Dort wird der deutsche Rennfahrer um 15.13 Uhr Ortszeit – in Deutschland ist es bereits Montag, 13 Minuten nach Mitternacht – für tot erklärt. Ursache: Stillstand des Herzens nach vielfachen, im einzelnen bisher nicht festgestellten Verletzungen.

Widersprüche: Andere Augenzeugen wollen keinen abgewinkelten, sondern einen bereits abgebrochenen Heckflügel beobachtet haben. Wiederum andere wollen einen exakt in zwei Teile auseinandergebrochenen Wagen gesehen haben.

Der deutsche Rennsportmeister Bob Wollek aus Straßburg, Dritter in Riverside, wollte für die WELT die Stunden in Riverside nachvollziehen. Doch angesichts der bei seiner Rückkehr in Deutschland vorgefundenen widersprüchlichen Unfallberichte tat er das nicht. Sein Teamchef Reinhold Jöst: „Die Sache ist viel zu heiß, um noch Öl ins Feuer zu gießen. Es gibt zu viele Widersprüchlichkeiten. Bob kann, will und wird dazu nichts sagen. Das gilt sowohl für den Unfallhergang als auch für die Todesursache. Man muß verstehen, daß er sich nicht den Mund verbrennen will, daß er über den gesamten Vorgang in Riverside schweigen wird."

Ein Problem scheint zu sein: Die verschiedenen Porsche-Typen, zum Teil Eigenkonstruktionen, zum Teil modifiziert, sind mit dem, was das Werk ausliefert, nicht identisch. Sie lassen auch keine Rückschlüsse auf die Werkstypen zu. Ein Porsche-Sprecher: „Bei dem Langheck-Wagen des Fitzpatrick-Teams handelt es sich nicht um einen Original-Porsche, sondern um einen Eigenbau." Jöst dazu: „Das ist richtig. Auf den amerikanischen Rennstrecken findet man nur entsprechend den US-Regeln gebaute Autos. Doch diese Wagen werden samt und sonders aus Porsche-Teilen konstruiert."

Für die Fahrer heißt das: Sie treffen von Rennen zu Rennen auf Autos mit unterschiedlichem Fahrverhalten. Stommelens Teamkollege Derek Bell: „Der Wagen wollte in eine andere Richtung, und wenn ich ihn so steuerte, wie ich es wollte, schien ihm das nicht zu gefallen." Und Stommelen wollte dieses Auto ursprünglich nicht steuern. Er wurde erst bei Kaffee und Kuchen dazu überredet, die Reise nach Riverside anzutreten, um für Jochen Mass einzuspringen. Mass hatte kurzfristig wegen anderweitiger Verpflichtungen abgesagt.

EISHOCKEY / Ziel mit Platz fünf erreicht, aber Besseres war noch möglich

Die Russen vorneweg, aber dahinter kaum Unterschiede

Von G. KIESSLING

Die Eishockey-Weltmeisterschaft ist an ihrer wichtigsten Zwischenstation angelangt, jetzt wird in Oben und Unten geteilt. Doch das ist das Positive dieser Titelkämpfe: Die Teilung wird vom Modus bestimmt, nicht von der Leistungsstärke der einzelnen Mannschaften.

Das Bild wird immer klarer: Die Sowjetunion war, ist und bleibt die Nummer eins, Italien hat in der

STAND PUNKT

A-Gruppe nichts zu suchen. Interessant, was dazwischen geschehen ist. Die Mannschaften sind zusammengerückt. Das liegt auch daran, daß die CSSR viel von ihrer Stärke eingebüßt hat. Dennoch: Alle Mannschaften (ausgenommen Italien) haben auf den verschiedensten Gebieten aufgeholt oder eigene Schwächen ausgeglichen. Sei es nun technisch, taktisch, konditionell oder in noch erhöhter Bereitschaft zum Kampf. Dabei aber spielen sie an der Grenze ihres Leistungsvermögens. Nur bei den Russen hat man oft das Gefühl, sie spielten mit angezogener Handbremse und lockerten sie erst, wenn es notwendig ist. Die Schweden zeigen das, was von ihnen erwartet wurde, die Kanadier sehen die WM immer noch als notwendiges Übel an. Daß sie überhaupt kommen, ist wichtig. Die CSSR hat, wie gesagt, ihren klaren zweiten Platz hinter der UdSSR verloren.

Deshalb: Unsere Mannschaft, in die Abstiegsrunde verbannt, weil sie gegen die CSSR nicht ein Törchen mehr erzielt hat, hat das Niveau der Teams erreicht, die hinter der UdSSR um die Plätze spielen. Das ist ein sehr gutes Ergebnis und Auftrag für die Zukunft, diesen nun erkämpften Platz zwischen Schweden, Kanadiern und Tschechoslowaken mit aller Kraft zu behaupten. Nichts zeigt besser die neue Situation als der Jubel der Tschechoslowaken, gegen unser Team ein Unentschieden erreicht zu haben . . .

Für die größte Überraschung des Turniers sorgt die „DDR". Sie hat in aller Stille ein modernes, zweckmäßiges Mannschaftsspiel entwikkelt und zeigt sogar konstantere Leistungen als unser Team. Die Enttäuschung sind die Finnen. Was mit ihnen los ist, weiß ich nicht. Vielleicht ein paar Promille zuviel am Abend vor dem Spiel?

„Unter den Besten hätten wir lockerer gespielt"

R. E. München

Sie haben das Ziel, das sie sich selbst gesteckt hatten, erreicht. Dennoch betrachten sie zerknirscht die Tabelle der Eishokkey-Weltmeisterschaft – noch Besseres war möglich. Erich Kühnhackl, der Mannschaftskapitän der Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland: „Ein Tor, ein einziges, winziges Tor hat uns gefehlt." Torwart Erich Weishaupt klagt: „Es hing am seidenen Faden, am seidenen Faden."

Die Wortwiederholungen zeigen die Verzweiflung nach dem 1:3 gegen Kanada (Gegentor Kühnhackl), das deutlich werden ließ, wie sehr die großen Abstände der Vergangenheit verwischt und der Aufstieg in die Finalrunde ausgerechnet beim 3:3 gegen die CSSR verspielt wurde.

Nach dem Spiel gegen Kanada kam der Kölner Markus Kuhl vom Eis und stöhnte: „Mensch, was bin ich müde." Das zweite Spiel innerhalb von 20 Stunden hatte viel Kraft gekost. Doch Kuhl meinte noch etwas anderes: Das Verpassen der Finalrunde macht den weiteren Verlauf der Weltmeisterschaft für das Team der Bundesrepublik schwerer. Kuhl: „Unter den besten vier hätten wir lockerer spielen können und vielleicht noch eine Überraschung geschafft. Jetzt stehen wir wieder unter Druck, den fünften Platz halten zu müssen."

Die Furcht, die in diesen Worten angedeutet wird, bezieht sich besonders auf die Mannschaft der „DDR". Sie spielt ohne große Formschwankungen ihr bisher so erfolgreiches Pensum herunter. Mit dem 6:4-Sieg über Finnland am Montagabend hat sie bereits mehr erreicht, als sie erwarten durfte.

Im ersten Spiel der Abstiegsrunde trifft die Bundesrepublik heute (17.00 Uhr) auf Italien. Verteidiger Udo Kießling, der im Spiel gegen die UdSSR einen Mittelhandknochen gebrochen hatte, ist wieder dabei. Am Freitag (17.00 Uhr) folgt dann die Begegnung mit Finnland, am Sonntag (18.30 Uhr) die zweite Auseinandersetzung mit der „DDR". Alle bisher erzielten Ergebnisse zählen in der Tabelle der Abstiegsrunde mit. Im Gegensatz zu den Spielen der Finalrunde. Hier beginnen die UdSSR, Schweden, Kanada und die Tschechoslowakei wieder bei Null. Der Spielplan ergibt sich aus den Ergebnissen der beiden letzten Begegnungen CSSR – Italien und Schweden – UdSSR, die bei Redaktionsschluß noch nicht feststanden.

NACHRICHTEN

Niederlage zum Abschied

Leverkusen (sid) – Mit einer 78:115-Niederlage gegen die UdSSR verabschiedete sich der aus Los Angeles stammende John Ekker aus der Basketball-Mannschaft von TuS 04 Leverkusen. Ecker, der seit 1974 mit Doppel-Olympiasiegerin Heide Rosendahl verheiratet ist, kam 1971 zu TuS 04 Leverkusen.

Breitner nur noch einmal

München (dpa) – Paul Breitner wird in den restlichen Bundesligaspielen bei Bayern München nicht mehr dabei sein. Nachdem sich Breitner im Spiel beim Hamburger SV eine schwerere Verletzung zugezogen hatte als angenommen, wird er nur noch sein Abschiedsspiel am 31. Mai bestreiten.

Gewonnen, verloren

Straubing (dpa) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen mußte nach dem 3:1-Erfolg über Kanada in Schongau bei der zweiten Begegnung in Straubing eine 1:3-Niederlage hinnehmen.

Dreimal Bundesliga

Dortmund (dpa) – In drei Spielen der dritten Runde (Achtelfinale) um den deutschen Handball-Pokal stehen sich jeweils zwei Bundesligaklubs gegenüber. Dabei kommt es am 12. Mai zu den Begegnungen Hüttenberg – Essen, Reinickendorfer Füchse – Hofweier und Göppingen – Günzburg.

Handball im Fernsehen

Wiesbaden (sid) – Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) überträgt das zweite Endspiel um den Handball-Europapokal der Landesmeister in Dortmund zwischen dem VfL Gummersbach und ZSKA Moskau am Sonntag ab 15.15 Uhr live.

Popp bezwang Nastase

Düsseldorf (sid) – Wolfgang Popp (Neuss) besiegte in der ersten Runde des Tennis-Grand-Prix von Madrid den Rumänen Ilie Nastase mit 6:3 und 6:0.

ZAHLEN

Eishockey

Weltmeisterschaft in München, 7. Spieltag: BR Deutschland–Kanada 1:3, „DDR"–Finnland 6:4.

1. UdSSR	6	6	0	0	36: 4	12:0
2. Kanada	7	5	0	2	28:16	10:4
3. Schweden	6	4	1	1	23:16	9:3
4. CSSR	6	3	1	2	19:15	7:5
5. BR Deutschl.	7	3	1	3	17:23	7:7
6. „DDR"	7	2	0	5	19:28	4:10
7. Finnland	7	1	1	5	20:28	3:11
8. Italien	6	0	0	6	5:35	0:12

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 886 597,10, 2: 111 022,90, 3: 6362,80, 4: 105,50, 5: 8,70. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 322,90, 2: 23,10, 3: 4,40. – Auswahlwette „6 aus 45": Klasse 1: 928 674,00, 2: 14 808,50, 3: 2669,80, 4: 39,20, 5: 4,00. – **Rennquintett:** Pferdetoto: Klasse 1: 359,80, 2: 72,00. – Pferdelotto: Klasse 1: 899,60, 2: 11,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 102 982,20. (Ohne Gewähr)

Unser lieber Vater und Opa ist nach langer Krankheit sanft eingeschlafen.

Curt Kopperschmidt

* 23. 7. 1907 † 19. 4. 1983

In stiller Trauer
im Namen der Familie

Klaus und Sigrid Kopperschmidt geb. Goedeken
Christian und Tina
Jacques und Christa Lappartient geb. Kopperschmidt

Schmidtkamp 13
2 Hamburg 52
17, Route de la Croix
F-78 Le Vésinet

Die Trauerfeier hat im Familienkreis stattgefunden.

Wir trauern um unseren Seniorchef, Herrn

Curt Kopperschmidt

Der Gründer unserer Firma wurde am 19. 4. 1983 aus seinem arbeitsreichen Leben im 76. Lebensjahr abberufen.

Sein Weitblick und Schaffen zum Wohle des Unternehmens werden uns stets Vorbild und Vermächtnis bleiben.

In tiefer Dankbarkeit werden wir versuchen, sein Lebenswerk in diesem Sinne fortzuführen.

**Geschäftsführung und Mitarbeiter
der Firma
Curt Kopperschmidt**

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreise stattgefunden.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Als Tochtergesellschaft der amerikanischen ATARI Inc. im Firmenverband der Warner Communication Inc. vertreiben wir sehr erfolgreich eine umfangreiche, konsumorientierte Mikrocomputer-Produktpalette. Wir haben die Spitzenposition im Markt. Diese positive Unternehmensentwicklung wollen wir sichern und ausbauen.

Dazu benötigen wir Ihre Mitarbeit als unabhängiges, qualifiziertes und autorisiertes

ATARI®-Service-Center

zur Etablierung eines umfassenden Service-Netzes in der Bundesrepublik und West-Berlin zum 1. Juli 1983.

Wenn Sie

- in Hamburg, Berlin, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, Hannover, Bremen, Nürnberg oder München ansässig sind,
- über repräsentative, in der City gelegene Räumlichkeiten mit ausreichenden Parkmöglichkeiten verfügen,
- über qualifiziertes Personal, eine gut ausgerüstete Werkstatt und eine Versandabteilung verfügen
- und Gewinn erzielen wollen,

dann sollten Sie umgehend Verbindung mit unserer Abt. Product Service, Tel. 0 40 / 5 11 80 91, aufnehmen.

Wir wollen das Beste für Sie, unsere Kunden und für uns! Nehmen Sie die Herausforderung an?

ATARI® ATARI® ELEKTRONIK Vertriebsgesellschaft mbH
Bebelallee 10, 2000 Hamburg 60
A Warner Communications Company

Eigentümer in Spanien

Spanien verändert sich. Die Lage der ausländischen Eigentümer ebenfalls. Jetzt wird es recht einschneidende Veränderungen geben. Sie müssen gut informiert sein.

Wissen Sie, dass Sie verpflichtet sind, Ihre Steuer-Adresse anzugeben, wenn Sie nicht ständig in Spanien leben? Wissen Sie, dass auch Personen, die keine residencia in Spanien haben, eine Steuererklärung abgeben müssen? Wissen Sie, dass man für ein Eigentum im Wert von 3,5 Millionen Peseten bis zu 76 % Erbschaftssteuer zahlen kann?

Um Sie zu informieren und Sie in allen Fragen zu unterstützen, wurde das INSTITUTO INTERNACIONAL DE PROPIETARIOS EXTRANJEROS, S. A. gegründet. Sie können gegen Entrichtung eines geringen Beitrages Mitglied werden.



Instituto Internacional de Propietarios Extranjeros, S. A.
Serrano, 41 - Madrid-1 (SPANIEN)

Name

Adresse

Was kostet die Investition in eine gesicherte Selbständigkeit?

VIEL ist das Übliche und ZUVIEL nicht selten. Weil die Investition in eine Geschäftspartnerschaft in der Regel unwiderbringlich weg ist. Sie erhalten zwar die abenteuerlichsten Berechnungen über Refinanzierung und Amortisationsphasen, Ihr Startkapital ist aber dahin.

Kommen Sie zu GEWINN®

GEWINN ist die erste und einzige Gesellschaft in Deutschland für den wirtschaftlichen Nutzen des Normalverdieners. Mit der GEWINN-Karte erhalten die Mitglieder Zugang zu weitestgehend unbekannten Möglichkeiten der finanziellen Ersparnis und zur Bildung von zum Teil erheblichen Finanzreserven.
Um die Gewinn-Konzeption noch mehr Menschen zugänglich zu machen, sucht die Bundesgeschäftsstelle noch einige wenige

Geschäftsstellen-Leiter.

Die erforderliche Investition in die komplette Geschäftsausstattung in Höhe von DM 20 000,– wird Ihnen, vertraglich garantiert, schon nach kurzer Zeit wieder zurückgezahlt.
Ihr Anfangseinkommen ist überdurchschnittlich hoch. In wenigen GEWINN-Jahren ist Ihr ganzes Leben auf dem Höchststandard abgesichert.
Seriöse Interessenten im Alter zwischen 30–50 Jahren mit Organisationstalent und Führungseigenschaften senden Ihre Kurz-Zuschrift an die

GEWINN-Bundesgeschäftsstelle Brienner Straße 54b, 8000 München 2

Kontakte zu Kreditvermittlern
gesucht, die Anträge einreichen wollen.
Ang. erb. u. G 6105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führendes Reparaturwerk für Hydraulik und Altteileaufarbeitung

sucht für das gesamte Bundesgebiet

Vertreter oder Verkaufsorganisationen

Wir sind seit längen Jahren sehr erfolgreich in der Hydraulik-Reparatur sowie in der Aufarbeitung und der Regenerierung von Verschleißteilen für fast alle Wirtschaftsbereiche tätig.
Sollten Sie an dieser sehr zukunftsträchtigen Branche Interesse haben und entsprechende Kunden bereits besuchen, so könnten Sie unsere Vertretung mit übernehmen.
Setzen Sie sich wegen weiterer Informationen mit uns unter P 6069 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, in Verbindung.

Wir befüllen für Sie Ventil- und/oder Kletzbodensäcke (Papier und/oder Kunststoff) mit rieselfähigen bzw. pneumatisch förderbaren Massengütern (keine Lebensmittel). Wir erwarten Ihre Anfrage unter K 6085 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für ganz Deutschland suchen wir
aus allen Berufszweigen
fähige
Organisatoren
Damen und Herren ab 30 J., auch nebenberuflich. Wir bieten
eine Sensation
für den deutschen Markt. Kein Kapital erforderlich.
Tel. 0 40 / 34 37 26 für Großraum Hamburg
Tel. 04 21 / 23 65 18 für Großraum Bremen

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln
bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Patentierte Weltneuheit
W.S.B. – HAIRSTYLE
Das ist eine bahnbrechende, zukunftsweisende Idee!
Jeder Haarstilist sollte damit mehr Kunden in seinen Salon holen.
Mehr als 200% Gewinn für Wiederverkäufer! Fragen Sie uns!
Tel. 0 67 62 / 82 56 Dienstag bis Samstag 8.00 bis 17.00 Uhr.

Wir vermieten jeweils in der

zweiten Jahreshälfte 2000 Palettenplätze im Raum Innsbruck

zum Selbstkostenpreis.

– Eigener Gleisanschluß
– Direkte Verbindung zur Brennerautobahn
– Manipulation durch unser Personal möglich

Vogtrans Speditions- u. Verpackungsgesellschaft
A- 4020 Linz, Bäckermühlweg 44, Österreich
Telefon 07 32 / 8 04 61, Kl. 2 61, Herr Schneglberger.

Ausländisches Unternehmen bietet erstmals in der Bundesrepublik

Geschäftsleuten ein sehr lukratives Geschäft an.

Geschützte, konkurrenzlose Neuheit mit laufendem Folgegeschäft. Kein Vertriebsapparat, keine Investition erforderlich.

Wir bieten: Exklusivrechte und unser gesamtes, erfolgreiches Vertiebs-Know-how.
Voraussetzung: Eigenes Büro (Eingetragene Firma).
MUNDIAL GMBH, A-1150 Wien, Jurekgasse 30 B,
Tel. 00 43 / 2 22 / 85 61 45

Biete 20% Zinsen
p. a. für Darlehen DM 100 000,- zur Auftragsfinanzierung. Monatl. Kündigung. Dingl. Sicherheiten, Bürgschaft u. gute Referenzen vorhand. (Teilbeträge nur ab 50 000,-). Angeb. erb. u. K 6107 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Solide Exportabwicklung
Alteingesessene Hamburger Exportfirma übernimmt gegen Aufwandsvergütung die komplette Abwicklung von Exportaufträgen spez. nach Süd- und Mittelamerika sowie nach Spanien. Ausarbeitung von Angeboten, Rechnungsstellung und Konsulatsabfertigung sowie Verschiffung einschl. aller Korrespondenz in spanischer Sprache. Ang. erb. u. R 6090 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriegebiet Dreieich bei Ffm. Briefkasten u. Telefonanschl. zu verm. Anfrag. u. M 6087 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kartonverarbeitungsbetrieb
Hamburg sucht Zusammenarbeit mit Offsetdruckerei, evtl. Beteiligung. Auftragsbestand vorh. (A 3 – A 1). Ang. erb. unt. PS 46 300 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Ihr Partner in Köln
Wir übernehmen Außendienst, Lagerhaltung, Transport und Organisation als Werks- oder Generalvertretung.
Zuschriften unter NW 6230 an Anzeigen Hess, Friesenstr. 35, 5 Köln 1.

EDV-SERVICE
Programmierung
Verarbeitung
Erfassung
☎ 06142/57588 DELTA-RZ

Seriöser Handelsvertreter sucht Handelsvertretung für den norddeutschen Raum. Zuschr. u. B 5858 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

An alle exportierenden Firmen:
Nutzen Sie die Steuervorteile einer Off-shore-Base
Wickeln Sie Ihre Auslandsgeschäfte über unsere Holding in einer Off-shore-Base ab. Keine Einkommensteuer, keine Körperschaftsteuer, keine Kapitalertragsteuer. Sie können Ihre Gewinne freizügig transferieren oder reinvestieren. Bitte wenden Sie sich unter F 6104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Eine neue **Leasing-Firma** (Leasing v. medizin. Geräten od. anderem) **sucht einen Partner**, der über entsprechende Erfahrung verfügt u. sich evtl. selbständig machen will. Strengste Diskretion wird zugesichert. Gute Kapitalbasis ist vorhanden.
Zuschriften unter V 6006 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kurierfahrten bzw. Eilfahrten auch nachts in der BRD od. Ausland, führt internation. Dame m. Tel. u. schnellem PKW aus. Volle Diskretion.
Zuschr. u. K 6019 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Nutzen Sie das Angebot!
Handelsvertretung für deutsch-polnische Geschäftspartnerschaft. Übernehme Anreise-, Aufenthaltskosten, keine Visa, Sprachkenntn. Näheres u.:
Tel. 0 61 05 / 2 12 98

Kurierdienste ins nahe und ferne Ausland, seriös, preisgünstig und schnell. Anfragen unter V 6116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

LONDONER FIRMA
sucht Verbindung mit
Auktionshaus oder Großhändler
in der BRD, die am Kauf englischer Antikmöbel und anderer Antikgegenstände interessiert sind.
Angebote erb. u. N 6088 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenzgrundlage
Gutgehendes kleines Sportgeschäft (Raum Bonn) aus persönlichen Gründen zu verkaufen.
Angeb. erb. u. L 6086 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind Ausstatter von **lebensmittelverarbeitenden Betrieben (Fleischereien, Fleischwaren-Fabriken, Schlachthöfen)** und gehören in der Bundesrepublik zu den führenden Unternehmen der Branche. Für einen Tochterbetrieb bieten wir einem branchenerfahrenen

Projektverkäufer

eine geschäftsführende Beteiligung

(300–500 TDM). Wenn Sie eine echte Lebensaufgabe suchen, nehmen Sie bitte mit unserem Berater Kontakt auf. Er gibt Ihnen erste Informationen und bürgt für Vertraulichkeit.



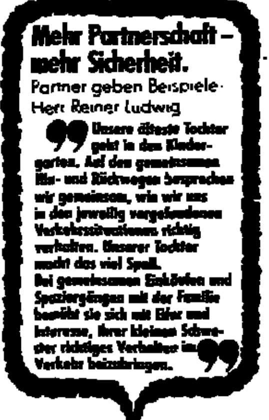
Internationales Project-Management für Ertrags- und Liquiditätssicherung – BDU
Bussardweg 11, D-4005 Meerbusch 1
Tel. 02159/80150, Telex 853160 whu d

Top-Chance für Handelsvertreter und Vertriebsgesellschaften, die . . .
. . . sich im Absatz von Streu-, Werbe- und Verkaufsartikeln auskennen. Das FUSSBALL MEMO ist da. Eine Weltneuheit mit dem großen Marktpotential „König Fußball", umgesetzt in ein intelligentes Produkt, das breiteste Schichten der Bevölkerung anspricht. Und zu Folgekäufen animiert. Mit der zu erwerbenden Lizenz ist ein Gebietsschutz auf Bundesland-Ebene verbunden.
Nähere Information durch
KAISER-VERMITTLUNGS-GMBH
Severinstr. 5, 7590 Achern, Tel. 0 78 41 / 2 62 31

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?
AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!
Informationen durch:
HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 – 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

STELLENANGEBOTE

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, Ffm. 11









Deutscher Verkehrssicherheitsrat

ORGA SOFT

Die Orga-Soft Münster ist ein selbständiges Software-Haus für die Entwicklung und den Vertrieb von Spezial-Software. Sie ist Mitglied der Orga-Soft-Cooperation. Zum Beispiel: Das jüngste und erfolgreichste selber entwickelte Software-Paket der Orga-Soft Münster heißt Spedit und ist ein umfassendes modulares System für die Speditions- und Transportbranche.

Um die Marktchancen, die sich uns mit diesem einzigartigen Software-Paket bieten, konsequent ausschöpfen zu können, suchen wir zur Verstärkung unserer Vertriebsmannschaft einen

SPEDITIONSKAUFMANN.

Dreierlei sollte unser neuer Mitarbeiter mitbringen: vielfältige Erfahrung im Speditions- und Transportwesen, gute EDV-Anwenderkenntnisse und angeborenes Verkaufstalent.

Wer außerdem initiativ, zuverlässig, an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist und gut aufzutreten weiß, wird bei uns ganz sicher Erfolg haben und dementsprechend gut verdienen.

Als Standort (Wohnort) kommen Münster, aber genauso auch der Raum Bremen oder Hannover in Frage. Bewerbungen sind schriftlich mit den üblichen Unterlagen zu senden an: Orga-Soft, Organisation und Software GmbH, Hammer Straße 361, 4400 Münster, Telefon (02 51) 79 70 91. Erste Auskunft am Telefon gibt Ihnen gerne Frau Eva-Maria Wieden.

Orga-Soft
Organisation und Softwar GmbH, Hammer Straße 361, 4400 Münster.
Mitglied der Orga-Soft-Cooperation: Münster, Langenfeld/Köln, Eschborn/Taunus, Mainz, Saarbrücken, Filderstadt/Stuttgart, Neuried/München.

Wir sind ein in der Bundesrepublik und über die Landesgrenzen hinaus tätiges Unternehmen im Bereich der gewerblichen Grundbesitzverwaltung.

Die stetige Entwicklung erfordert eine Neuorientierung der Organisation.

Um für das weitere Wachstum gerüstet zu sein, suchen wir den

Leiter der Hausverwaltung

Wenn die Ihnen zur Zeit gesteckten Grenzen zu eng sind und Sie die folgenden Voraussetzungen mitbringen, könnte diese Anzeige eine wirkliche persönliche und berufliche Entwicklung einleiten:

Mehrjährige Erfahrung im Bereich der Verwaltung von Grundbesitz.

Sie sollten über Führungsqualitäten verfügen und diese möglichst durch eine entsprechende Position in der Vergangenheit erworben haben.

Sie sollten eine Gruppe von qualifizierten Mitarbeitern absolut souverän leiten, alle wesentlichen Dinge im Griff haben und darüber hinaus in der Lage sein, die Unternehmenspolitik mitzugestalten.

Englische Sprachkenntnisse sind von großem Vorteil.

Wir bieten Ihnen eine interessante, abwechslungsreiche und eigenverantwortliche Position, die auch mit gelegentlichen Reisen verbunden ist.

Es erwartet Sie ein qualifiziertes Team aufgeschlossener Mitarbeiter, gewohnt, unkonventionell, aber hart zu arbeiten, die sich bewußt darüber sind, daß unsere Expansion erst im Anfangsstadium steckt.

Die Dotierung wird Sie sicherlich zufriedenstellen.

Der Einsatzort ist Düsseldorf.

Sofern Sie an dieser Position interessiert sind, richten Sie bitte Ihre Zuschriften mit tabellarischem Lebenslauf baldmöglichst an uns.



Werftstraße 20–22, 4000 Düsseldorf 11, Telefon 02 11 / 50 30 88

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 22,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

STELLENANGEBOTE

ORGA SOFT

Die Orga-Soft Münster ist ein selbständiges Software-Haus für die Entwicklung und den Vertrieb von Spezial-Software. Sie ist Mitglied der Orga-Soft-Cooperation. Zum Beispiel: Das jüngste und erfolgreichste selber entwickelte Software-Paket der Orga-Soft Münster heißt Spedit und ist ein umfassendes modulares System für die Speditions- und Transportbranche.

Um die Marktchancen, die sich uns mit diesem einzigartigen Software-Paket bieten, besser ausschöpfen zu können, sollen die erfolgreichsten Pakete systemübergreifend entwickelt werden.
Deshalb sucht die Orga-Soft Münster jetzt einen

EDV-PROJEKTLEITER

(Mitglied der Geschäftsleitung).

Hauptaufgabe unseres neuen leitenden Mitarbeiters wird sein, ein marktorientiertes Konzept für Übersetzung und Modifikation zu entwerfen und zu realisieren. Mehrjährige Erfahrung in einem anerkannten spezialisierten Software-Haus und nachweislich erfolgreiche Tätigkeit als Leiter bei rechnerübergreifenden Software-Projekten sind deshalb Voraussetzung für diese Position.

Mit Aufstiegsmöglichkeiten honoriert werden Engagement, ausgeprägte Führungseigenschaften und unternehmerisches Denken.

Wer sich für diese entwicklungsfähige Stellung in einem noch jungen, dynamischen Unternehmen interessiert, sollte sich gleich schriftlich mit den üblichen Unterlagen bewerben.

Orga-Soft
Organisation und Software GmbH, Hammer Straße 361, 4400 Münster.
Mitglied der Orga-Soft-Cooperation: Münster, Langenfeld/Köln, Eschborn/Taunus, Mainz, Saarbrücken, Filderstadt/Stuttgart, Neuried/München.

Wasseraufbereitung

Für die Ausarbeitung von Projekten auf dem Gebiet der Wasseraufbereitungstechnik für alle Industriezweige suchen wir einen

Projekt-Sachbearbeiter

Wir erwarten einen Mitarbeiter, der auf Grund eines soliden Grundwissens schwierige Probleme selbständig zu lösen vermag. Erfahrungen sind Bedingung.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir an

Invertit-Gesellschaft
Martinstr. 9
4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 30 81 41

SPITZENEXISTENZ

ca. 100 000,- DM bis 180 000,- DM p. a. und mehr. Immobiliengruppe bietet dynamischen Anlageberatern, Immobilienkaufleuten, Versicherungsvertretern die außergewöhnliche Chance, den Direktvertrieb des einmaligen

SCHELLENSTEIN-KONZEPTES

aufzubauen. Fundierte Verkaufsunterstützung und ein kameradschaftliches Team sind vorhanden. Richten Sie bitte Ihre Bewerbung an die Schloß Schellenstein Verwaltung, Schloßweg 3, 5787 Olsberg 1, Tel. 0 29 62 / 44 90, zwischen 10.00 und 16.00 Uhr

Wir bieten

Trainingsprogramm

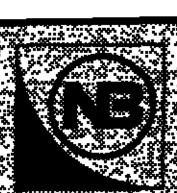
für **JUNGUNTERNEHMER**
im FACHHANDEL

Wir erwarten:
25 Jahre und älter mit abgeschlossener Ausbildung oder Studium und dem festen Willen, eines Tages BOSS im EIGENEN BETRIEB zu sein.

Wir haben fast 1700 Mitgliedsfirmen im gesamten Bundesgebiet und möchten helfen, das Nachfolgeproblem unkonventionell zu lösen.

Der Übernehmer muß dafür bestens gerüstet sein – das wollen wir mit ihm gemeinsam erarbeiten.

Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen erwarten wir gern.



NÜRNBERGER BUND

Bürodame

(auch Akademikerin)

wünschenswert, aber nicht Bedingung, Sekretariatsarbeiten, zur Unterstützung des Fabrikbesitzers gesucht.

Alter bis ca. 40 Jahre, Beschäftigung ist mit größter Selbständigkeit verbunden und ist – wenn gewollt – eine Lebensposition.

Die gute Bezahlung entspricht der Stellung.

Bitte Eilangebote unter M 5911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Verkaufsleiter/Markenartikel

Dipl.-VW., 39 J., verh., ungekündigt, aus der Körperpflegemittelbranche, Erfahrung in Verkaufsförderung, Verkaufsplanung, Verkäuferschulung, Leitung der Außendienstorganisation Nord (Nielsen 1) im Lebensmittelhandel sowie als nationaler Verkaufsleiter im Fachhandel mit Personalverantwortung. Eigenverantwortliche Betreuung der Großkunden.

Suche führende Aufgabe im Verkauf der Konsumgüterindustrie, mögl. ab 1. 7. 1983 oder später.

Angebote erbeten unter N 5912 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb – Kundendienst – Ausbildung

Betriebswirt (grad.), 39 Jahre, vertriebsorientiert, Handlungsvollmacht, Ausbildereignungsprüfung, flexibel, entscheidungsbewußt, sucht neue Herausforderung in o. g. Bereichen zum 1. 10. 1983.

Angebote erbeten unter A 6099 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOMKAUFMANN

32 Jahre, verh., mehrjährige Tätigkeit im Personalwesen, Aufgabenschwerpunkte: Personalplanung, -beschaffung, -auswahl und -einsatz, gute Kenntnisse im Tarif- und Arbeitsrecht, Ausb.-Eign.-Prüfung, sucht verantwortliche Position im Personalwesen.
Zuschriften erbeten unter T 6092 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bau- und Speditionskaufmann

44 Jahre, verh., 6 Jahre Libyenerfahrung, gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, sucht neuen Wirkungskreis im Nahen oder Mittleren Osten.
Angebote unter D 6102 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter eines Stahlhandelsunternehmens

Handels-Fachwirt, 37 J., sucht trotz bisheriger erfolgreicher Tätigkeit eine neue Herausforderung und Aufgabe.
Angebote erbeten unter S 6091 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann, 42 J.

2 Berufsausbild., langjähr. GF-Erfahr. i. Ausland, Englisch + Französisch, Business Admin. + Management Training, Führungserfahr. in Markt-Leader-Unternehmen mit In- + Auslandstöchtern in Firmengründung, -Ausbau, -Sanierung, Erarbeitung + Durchsetzung marktspezifischer Strategien, Führung + Motivation hochqualifizierter Mitarbeiter; sucht neue Verantwortung in progressivem Unternehmen (Investitions- oder langlebige Gebrauchsgüter)
Zuschr. erb. u. R 6112 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erzieherin sucht neuen Wirkungskreis (auch Haushalt angenehm). Angeb. erb. u. H 5930 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Personalreferent

36 J., grad. Betriebswirt, 10jähr. Praxis, Führungserfahrung, vertraut mit der Entwicklung und Anwendung moderner Konzeptionen und Methoden (Personalplanung, -beschaffung, -entwicklung, -organisation), umfassende arbeitsrechtl. Kenntnisse inkl. Rezessionsmaßnahmen, sucht ausbaufähige Führungsposition. Angebote unter Z 6098 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ing. grad.

Nachrichtentechnik, 31, led., in ungek. Position, sucht ab August 83 verantwortungsvolle Position, mögl. im PLZ-Gebiet 6.
Angeb. unter E 5927 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Diplom-Betriebswirtin (FH) mit Fremdsprachen

(Engl. u. Franz.), 24 Jahre, ortsungebunden, auch Ausland, prakt. Ausbildung an deutsch-franz. IHK Paris und EG Brüssel, sucht passende Tätigkeit.
Angebote unter C 5925 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Habilitand

(Thema: Grundl. statist. Methodik), 35 Jahre, mehrj. Management-Tätigkeit, Auslandserf., alle für einen späteren Topmann notwendigen berufsbez. u. charakterl. Voraussetzungen sowie Format mitbringend, sucht Eintritt in Lebensstellung als Assistent einer Führungspersönlichkeit od. Linien-Position.
Zuschr. erb. u. PW 45 746 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Diplom-Ingenieur – allgem. Maschinenbau –

29 J., ledig, ortsungebunden, Lehre, Absolvent der FHS-Hamburg, sucht Anfangsstellung, auch als Volontär. Geben Sie mir Gelegenheit, meine vollständigen Unterlagen einzureichen. Angeb. erb. u. U 6093 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Elektro-Installateurmeister

27 J., z. Z. b. Bundesmarine, s. z. 1. 7. 83 neuen Wirkungskr., Erfahr. i. Kälte-/Wärmetechn. u. Wärmepumpen.
Angeb. erb. u. PF 46 290 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

33jähr. Afrikaner

Dipl.-Betriebswirt (FH)

verheir., Kenntnisse i. Marketing, Betriebsorganisation, Finanzierung, Investition, Fremdspr. Engl./Deutsch, ortsungeb., sucht Anfangsstellung.
Zuschr. u. H 6018 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Polizeikommissar

Beste Zeugnisse und Beurtl., sucht aus pers. Gründen verantw. Stelle in der freien Wirtschaft.
Angeb. erb. u. G 5929 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industrie- und Baukaufmann

38 Jahre, sämtl. kfm. Arbeiten, manuell und über EDV, mit Schwerpunkt Einkauf, Disposition, Lagerverwaltung und kompl. Buchhaltung. In- und Auslandserfahrungen (Sudan, Saudi-Arabien und Indonesien), sucht neuen Wirkungsbereich zum 1. 6. 1983 im Ausland.
Zuschriften unter B 5924 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Diplom-Kaufmann

25 J., weibl., sucht Anfangsstell. b. Stb/WP.
Angeb. erb. u. PM 46 296 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Für eine repräsentative weltoffene, jugendlich-sportliche und herzensgebildete Dame suche ich eine neue adäquate Lebensaufgabe. Sie ist kaufm. vorgebildet, orientiert im medizinischen Bereich und seit Jahren erfolgreich als Chefsekretärin. Persönliche Unabhängigkeit ermöglicht absolute Flexibilität auch im Ausland. Sie hat Fähigkeiten für die Aufgaben einer Gesellschafterin, Hausdame oder Reiseassistentin. Weitere Referenzen werden diese Aussage bestätigen. Ang. erb. u. M 6109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Chem. Dr. rer. nat.

35 J., verh., mehrjährige Berufserfahrung im Chemieanlagenbau, insb. Projektierung, Angebotserstellung, QC, Kundenberatung, Stoffbilanzierung, Produktionsablauf, Auslandserfahr., fl. Englisch, sucht verantwortungsv. Tätigkeit i. Ruhrgebiet u. Westfalen. Zuschriften bitte u. E 6103 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1.

Bauing.

44 J., Fachrichtung Tiefbau, sucht als Bauleiter neuen Wirkungskreis, auch überregional.
Willi Fortmann, Im Gorden 51
4270 Dorsten 21
Nordrhein-Westfalen

Architekt

38 J., i. leitender Position i. d. Immobilienbranche m. Schwerpunkt i. d.
- Projektentwicklung
- Projektbetreuung
- Objektverwaltung
- Anlageberatung

sucht sich neu zu orientieren.
Zuschrift. u. E 5861 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Germanistin/Anglistin

34 J., schriftl. Staatsexamen, kulturelle u. politische Kenntnisse, sucht Mitarbeit im Bereich Journalistik, Lektorat, Archiv o. ä. Evtl. auch kürzeres Volontariat. Angeb. u. W 6095 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Meister

38 J., Pkw, Lkw, Straßentankwagen, m. lang. Berufserfahr., sucht neuen Wirkungskreis a. Werkstattleiter/Fuhrparkleiter. Zugel. f. B.F.U. u. § 57b d. StVZO, GGVS-Bescheinigung § 12 (alle Klassen).
Angeb. erb. u. D 5926 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Physiker

chin. Staatsangeh., seit 10 J. in Deutschland, su. Stelle in Industrie mit Kontakt zu China. Zuschr. erb. u. V 6094 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Grubensteiger

35 J., Erfahrung i. Straßen-, Tief-, Grund-, Tiefbohr- u. Stollenbau. Firm in Bauführung u. Abrechnung. Auslandseinsätze Nahost u. Afrika, sucht Stellung ab sofort in angegebenen Bereichen o. Industrie. Bin gerne bereit dazu o. umzulernen.
Ang. erb. u. N 6110 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wer gibt ortsunabhängiger
Erzieherin (23)
die Chance, die überall geforderte Berufserfahrung zu erwerben? Zuschr. erb. u. B 6180 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schachtmeister

m. einjähr. Auslandserfahrung sucht neuen Wirkungskreis i. Ausland.
Zuschriften unter G 6017 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vielseitiger Diplom-Volkswirt

Präd.-Ex., sucht Einstiegsstellung Wirtschaftsprüfung ev. a. Steuerberatung Raum 1–5. Telef. Anfr. Do.-Sonnt. unt. 0 45 03 / 39 65

Abiturientin, 20 J., sucht Lehrstelle

in Hamb. o. Umgeb. i. kaufm. Bereich gleich wel. Art z. 1. 8. 83.
Zuschr. erb. u. PP 46 298 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Pensionär, 62, als Homesitter frei

Sicherheitsdienst überprüft; langjährige Erfahrung im Wachdienst; beste Zeugnisse und Referenzen. Auch außerhalb Hamburg.
Angebote erb. u. Z 6120 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werbeleiter (42)

Erfahrung in Agentur und Industrie sucht neuen Wirkungskreis im nordd. Raum.
Zuschr. erb. u. PW 46322 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Erf. Statiker sucht freie Mitarbeit

im Ingenieur-/Konstruktionsbüro Stahlbeton, Stahl, Schalen
Tel. 0 55 31 / 82 24

Junger Mann, 28 J., z. Z. i. Dauerstellung als Chauffeur, Butler, Krankenpfleger u. Hausmeister, alles in einer Person, sucht neue Arbeitsstelle. Gehalts- u. Arbeitsangebot unter G 6193 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Chemie

Verfahrenstechniker mit langjähriger internat. Erfahrung in Synthese, Spezialist für Übertragung aus Labor in Produktionsmaßstab, sucht entsprechende Stelle.
Zuschriften unter U 6115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Agrarexperte mit Spezialkenntnissen im Bereich Pflanzenschutz, Düngung und Arzneipflanzen

Auf Basis eines Landwirtschaftsstudiums, das ich mit der Promotion abgeschlossen habe, bin ich nunmehr seit über einem Jahrzehnt in leitender Funktion eines renommierten deutschen Pharmaunternehmens tätig. Hier konnte ich meine umfangreichen Fachkenntnisse im Bereich des Pflanzenschutzes und der Pflanzenernährung im In- und Ausland vervollkommnen. Nunmehr suche ich eine

Führungsposition

– Pflanzenproduktion –

in die ich meine Berufserfahrungen und meine Führungspersönlichkeit einbringen kann. Ergänzend sei noch erwähnt, daß ich an mehreren Patenten beteiligt bin und über gute Kontakte zu offiziellen Behörden verfüge. Sollte Sie diese Kurzdarstellung interessieren, so möchte ich Sie bitten, mit mir Kontakt aufzunehmen. Angebote unter X 6096 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SÜDOSTASIEN

Kaufmann, 44 Jahre, verheiratet, derzeit tätig in Jakarta, für deutsch-französischen Konzern, langjährige erfolgreiche Praxis als kfm. Geschäftsführer im Spezialmaschinenbau und Vertrieb, qualifizierte Fähigkeiten im Finanz- und Rechnungswesen – Controlling, perfekte engl. und franz. Sprachkenntnisse, sucht neue Aufgabe, vorzugsweise im Verkauf, im asiatischen Ram. Verfügbar ab Okt. 83.

Angebote erbeten unter F 5928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Leiter

44 Jahre alt, verheiratet, Dr.-Ing., Fachrichtung Metallhüttenkunde. Tätigkeit auf Abteilungsleiter-Ebene (50 Mitarbeiter) auf den Gebieten verfahrenstechnischer Planung im Großanlagenbau. Später Betriebsleiter und Linienverantwortung auf Bereichsleiterebene der chemischen und metallurgischen Industrie.

Schwerpunkte meiner Erfahrung: technisches Management, insbesondere der Investitionsplanung und -abwicklung. Spezifische Kenntnisse im Umwelt-Technik-Bereich und im Hinblick auf die Anwendung von Recycling-Verfahren.

Ich suche eine technisch begründete Führungsaufgabe im Anlagenbau oder in einem mittleren Industriebetrieb, die auch meine betriebswirtschaftlichen Erfahrungen mit erfordert.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter W 6117 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau

ledig, 28 J., Abschluß Aug. 82, z. Z. Student der Wirtschaftswissenschaften, Fernuniversität Hagen, dadurch ortsunabhängig, sucht längerfristige, ingenieurmäßige Teilzeitbeschäftigung, mgl. im Bereich alternative Energietechnik, Konstruktion, Entwicklung.

Zuschriften erbeten unter A 6121 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsleiter

im Bereich Gebrauchs-/Investitionsgüter eines amerik. Konzerns mit achtstelliger Umsatzverantwortung, plant jetzt (Anfang 50) den Schritt zu einem Unternehmenswechsel mit anspruchsvoller Geschäftsführungsverantwortung bei klarer Kompetenzregelung:

- führungsstarker, loyaler Pragmatiker mit langjähriger Erfahrung
- erfolgsorientierte hohe Einsatzbereitschaft
- kaufmännischer Background mit großem technischen Sensus
- belegbare, herausragende Erfolge
- Vertriebserfahrung
- Sprachen: fließend Englisch und Italienisch, Französisch
- hohe Mobilität
- Verfügbarkeit: 1. 1. 84, evtl. früher

Zuschriften bitte nur unter konkreter Aufgabenbeschreibung nebst Angaben zur materiellen Ausstattung unter Y 6097 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsjurist, Assessor jur.

47 J., verh., langjährige Berufserfahrung durch ltd. Tätigkeit (Prokura) in Industriebetrieb (AG), Schwerpunkte Zivilrecht, Gesellschafts- u. Handelsrecht, Wettbewerbsrecht, Arbeitsrecht, sucht neuen Wirkungskreis in Unternehmen oder Verband.

Zuschriften unter A 5923 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Export

Markenartikler, 48 J., Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, EG, Efta, USA – Aufb. v. Auslandsvertretungen – sucht verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschr. erb. u. PZ 46323 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Geschäftsführer Einzelhandel

38 J., erfolgreiche Tätigkeit in verschiedenen Vertriebsformen des Einzelhandels (Textilfachhandel und Warenhäuser) sucht neue verantwortungsvolle Führungspositon per Jänner 1984. Bin dzt. 1. Geschäftsführer eines Warenhauses mit neunstelligem Umsatzvolumen. Sicherheit in der Steuerung aller Verkaufsaktivitäten, Geschick in Mitarbeiterführung und Ertragsdenken ist verantwortlich für meine bisherige Berufslaufbahn.

Zuschriften unter X 6118 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen einen engagierten

Fach- und Verkaufstrainer

m. bish. Schwerpunkttätigkeit i. gehob. LV-Geschäft
Sie erwarten Vertriebsorient., hohe Einsatzbereitsch., Motivationsfähigk., Führunserf., Flexibilität.
Ich bin 34 J., verh., Dipl.-Betriebswirt, Bank-Kfm., 6 J. Trainingserf. Bank/Versicherung, Domizil Großr. Hamburg, Nordnieders.
Kontaktaufn. erb. u. PB 46325 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamb. 35

Geschäftsführer

44 Jahre, verheiratet, Studium der Physik, promoviert am Chem. Institut der TH Aachen. Nach Forschungs- und Produktionsaufgaben in Linie Assistent des Vorstandsvorsitzenden; später in einem Konzern verantwortlich für Forschung und Entwicklung im metallurgischen Bereich. Ab 1979 Verantwortung auf Geschäftsführer-Ebene (800 Mitarbeiter). Besondere Erfahrungen resultieren niht nur aus den Bereichen Technik und Produktion, sondern liegen auch auf dem Gebiet der Gemeinkosten-Wertanalyse, der Unternehmensplanung und -steuerung sowie der Abwicklung neunstelliger Investitionsprogramme.

Ich suche zum 1. Oktober 1983 oder später eine Aufgabe innerhalb einer Geschäftsleitung, die mit unternehmerischen Herausforderungen verknüpft ist.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter C 6123 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Nachrichtentechnik

verh., ehem. Zeitsoldat (Z 12), Abschl. 1975 Fachhochschule der Luftwaffe, FlaRakTOffz u. BttrChef, u. a. US-Ausbildung, engl., franz. Grundk, VS-Ermächtigung, z. Z. im wehrtechn. After-sale-service tätig, sucht neue, anspruchsvolle Aufgabe (auch Ausland) im Bereich Technisches Management.

Angebote unter Y 6119 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

General Manager

42 Jahre alt, Deutscher, verheiratet, 3 Kinder, mehrjährige Erfahrung als Senior Vice President in einem internationalen pharmazeutischen Konzern, bereitet derzeit seine Rückkehr in die Bundesrepublik vor.

Ausbildung: Industriekaufmann, danach Studium der Wirtschaftswissenschaften, anschließend INEAD (MBA Programm).

Sprachen: neben Deutsch, Französisch, Englisch, Schwedisch und Dänisch fließend.

Erfahrungsschwerpunkte: operative Alleinverantwortung für 4 Gesellschaften im Bereich der Medizintechnik und exzellente Kenntnisse der entsprechenden Märkte in Skandinavien, U. K., Holland, Frankreich und Deutschland.

Ich suche eine Aufgabe mit unternehmerischer Herausforderung und entsprechender Verantwortung auf Vorstands- oder Geschäftsleitungsebene. Auch ein Engagement auf Beteiligungsbasis ist möglich.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter B 6122, an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neue **Herausforderung** sucht

Dipl. Betriebswirt (FH), 38 J., verh., kein Job-Hopper, in ungek. Position bei deutschem Großunternehmen, breite berufliche Tätigkeit mit Schwerpunkten:

Controlling
Vertrieb
kaufm. Leitung

Langj. leitende Tätigkeit im In-/Ausland (zuletzt in Fernost). Sprachen: Englisch, Französisch.

Angeb. erb. u. K 5931 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsdirektor

46 J., mit hervorragenden Erfolgen im Vertrieb techn. Investitionsgüter, spez. Gabelstapler, sucht neuen Wirkungskreis als
Geschäftsführer Vertrieb oder Vertriebsleiter.
Ang. erb. u. L 6108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann / Kreditspezialist

(Bereiche Betriebsmittel, Investitions- u. Baufinanzierung), Mitte 30, verh., seit 8 Jahren Prokura, derzeit als Mitleiter Kreditabt. einer Kopfstelle tätig, Ist-Ein. TDM 85 p.a., sucht größere Aufgabe als

Leiter Kreditabteilung.

Bitte schreiben Sie mir unter P 6111 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Geschäftsführer (35, Dipl.-Kfm.) mit Einsatzfreude

sucht verantwortungsvolle Aufgabe in HH o. näherer Umgebung.

Durch alleinig. Vertretungsber. in Problembranche (ungk. Stellung) gewöhnt, streng erfolgsorientiert u. unternehm. zu handeln; nachweisb. Umsatzsteig. durch Einsatz v. Profit-Centern u. unkonvent. Verkaufsstrategien; mehrjähr. Erfahr. in Management- u. Personalfragen aus trad. nordd. Großuntern.; nebenb. Tätigkeit in Unternehmensber.
Angeb. erb. unter L 5932 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Technisches Management

Dipl.-Ing. (FH) Produktionstechnik, REFA-Ing., 37 J., ungek., flexibel, mit ausgeprägtem Leistungs- und Kostenbewußtsein, langj. Praxis in der zielgerechten Führung von qualif. Mitarbeitern, sucht eine neue unternehmerisch geprägte Aufgabe als

Leiter Produktion/Technik

Umfassende Erfahrung in der Führung eines mittelständischen, produzierenden Industrieunternehmens. Aufgabenschwerpunkte: Anwendung der modernen Methoden des Industrial-Engineering, Optimierung der Fertigungsbereichsorganisation, Produktionsplanung, leistungs- und ergebnisorientierte Management-Kontrollsysteme, Fabrikgestaltung, Qualitätssicherung, Personalbedarfsplanung, praxisnahe EDV-Anwendung und Wertanalyse.
Kontaktaufnahme erbeten unter H 6106 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. erdverlegter Rohrleitungsbau

44 Jahre, 18 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungs- und Tiefbau sowie Überwachung, Druckstufen bis PN 100, Durchmesser bis DN 1000, alle Materialien, Gas, Wasser, Abwasser, kommunaler und Fernleitungsbau, erfahren in Akquisition und Angebotsbearbeitung usw., in den letzten Jahren in leitenden Positionen tätig, zuletzt als Niederlassungsleiter, sucht neue leitende Position.

Angebote erbeten unter S 5761 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verschraubungs-Technik

Hei. – Weit über 50 Milliarden Schrauben, Muttern und Nieten aus Stahl und NE-Metallen liefern die deutschen Hersteller jährlich an ihre Abnehmer im In- und Ausland. Zur breitgestreuten Produktpalette dieser vorwiegend mittelständischen Branche gehört ebenso die schwere Kupplungsschraube aus Spezialstahl mit einem Gewindedurchmesser von 120 Millimeter und einem halben Meter Länge wie die Minischraube mit 1,4 Millimeter Durchmesser für die Feinmechanik. Aus dem Materialvolumen des schweren Bolzens für einen Schiffsantrieb ließen sich nicht weniger als eine Million solche Kleinstschrauben herstellen.

Zwischen diesen Extremen liegen einige zehntausend verschiedene Sorten – im wesentlichen unterschieden nach Durchmesser und Länge, nach Kopfform, Werkstoff und Oberflächenveredelung –, mit denen der Markt, also letztlich der Verbraucher, versorgt werden will. Daß Tausende von Sorten bei einzelnen Herstellern ständig auf Lager gehalten werden, ist selbstverständlicher Service.

Doch mit solch ständiger Lieferbereitschaft sind auch erhebliche Kosten verbunden. Vom Flugzeug bis zur Tonbandkasette, vom Reaktor bis zum Werkzeugbau kann auf die Produkte der Branche in der modernen Technik nicht verzichtet werden.

Der bekannte Poet Eugen Roth fragt daher in seinem „Lob der Schraube" benannten humorvollen Gedicht nicht von ungefähr: „Ist's nicht die Schraube, die die Welt im Innersten zusammenhält? Und in der Zeit der Technik jetzt das geist'ge Band sogar ersetzt?"



Von der hohen Produktionsqualität her braucht die Branche das Ausland nicht zu fürchten FOTO: BAUER & SCHAURTE KARCHER

So entstehen feste – lösbare – Verbindungen

Schrauben und Muttern lockern sich, seit es sie gibt. Wer hat sich noch nicht über klappernde technische Geräte des täglichen Bedarfs – vom Auto bis zur Waschmaschine – geärgert. Schrauben halten auch heute noch in einem gewissen Sinne die Welt zusammen, weil man allein mit ihnen lösbare Verbindungen herstellen kann, die im Handumdrehen demontiert und ebenso rasch wieder zusammengebaut sind. Aber dieser Vorteil scheint zugleich auch ein Nachteil zu sein, weil das Lösen auch unkontrolliert, also selbsttätig, ablaufen kann.

Was seit dem Beginn der modernen Technik, also seit etwa 200 Jahren, an mehr oder weniger trickreichen Kunstgriffen ersonnen wurde, um diesem Nachteil beizukommen, bescheinigt den Ingenieuren schöpferische Fantasie, dokumentiert zugleich, daß man es mit einem Phänomen zu tun zu haben glaubte, das einfach naturgewollt ist und nur durch Kurieren der Symptome beherrscht werden kann.

Da die Grundlagen des selbstätigen Lösens unbekannt waren, konnte keine gezielte Entwicklung und Auswahl von Sicherungsverfahren einsetzen. So erklärt sich, daß manche durchaus wirksame Schraubensicherung entwickelt wurde, die dann aber, wenn sie an anderer Stelle unter anderen Belastungen eingesetzt wurde, plötzlich versagte.

Die ersten systematischen Untersuchungen zur Frage, warum sich Schraubenverbindungen selbsttätig lösen, datieren aus dem Jahr 1945. Sie fanden seinerzeit aber kaum Beachtung, was sich schon daran ablesen läßt, daß auch noch in der Folgezeit weltweit jährlich Dutzende von Schraubensicherungen zum Patent angemeldet wurden, die – vom heutigen Kenntnisstand betrachtet – schlicht unwirksam sind.

Erst vor zwanzig Jahren wurden Arbeiten begonnen, die zur Aufklärung der Ursachen und darauf aufbauend zur gezielten Entwicklung wirksamer Schraubensicherungen und eines praxisgerechten Prüfverfahrens führten.

Grundlage aller Betrachtungen ist die Selbsthemmung des Schraubengewindes. Das bedeutet, daß sich eine vorgespannte Schraube nicht selbsttätig losdrehen kann, obwohl sich die Vorspannkraft auf die Gewindegänge abstützt, die wegen der Gewindesteigung eine schiefe Ebene bilden. Schrauben- und Muttergewinde können nicht aufeinander „abrutschen", weil der Steigungswinkel aller genormten Gewinde so gewählt ist, daß er kleiner ist als der kleinstmögliche Reibungswinkel, der durch Werkstoffpaarung und Schmierzustand gegeben ist. Hinzu kommt die Reibung an der Aufladefläche des Kopfes beziehungsweise der Mutter, die ebenfalls einer Losdrehbewegung entgegenwirkt.

Voraussetzung für selbsttätiges Lösen ist also das Verschwinden der Reibung. Dies ist möglich – entweder durch vollständigen Verlust der Vorspannkraft (ohne Drehbewegung – oder durch Absinken des Reibbeiwertes (= Tangens des Reibungswinkels) in die Nähe von Null.

Der erste Weg, der vollständige Verlust der Vorspannkraft ohne Drehbewegung, wird als Lockern bezeichnet. Ursache sind plastische Verformungen (Setzen) an spannenden und verspannten Teilen, die die beim Anziehen erzeugten elastischen Verformungen aufheben. Dieser Gefahr kann dadurch begegnet werden, daß die Elastizität der Verbindung vergrößert wird beispielsweise durch die Verwendung mitverspannter starker Federelemente (Setzsicherungen).

Die zweite Möglichkeit, das Losdrehen, tritt dann ein, wenn äußere Kräfte die verspannten Teile quer zur Schraubenachse gegeneinander verschieben und dadurch Gleitbewegungen unter dem Schraubenkopf beziehungsweise der Mutter und Kippbewegungen im Gewinde erzwungen werden. Denn diese Bewegungen bedeuten, daß der Reibschluß an diesen Flächen aufgehoben ist und die Schraube in Umfangsrichtung reibungsfrei wird.

Jetzt können Schraube und Mutter auf der schiefen Ebene des Gewindes aneinander „abrutschen", wobei das Moment, das diese Drehbewegung auslöst, das „innere Losdrehmoment", der Gewindesteigung und der Vorspannkraft direkt proportional ist.

Aus den Abmessungen der genormten Schrauben und Muttern und aus der Gewindegeometrie ergibt sich, daß das „innere Losdrehmoment" in der Größenordnung von zehn Prozent des Anziehdrehmoments liegt. Dies erklärt, warum manche bewährte Sicherungsmethode aus der Frühzeit des Maschinenbaus versagt, wenn sie für hochfeste und hochverspannte Schrauben verwendet wird.

Sichern einer Schraubenverbindung bedeutet also zunächst die Entscheidung: Sichern wogegen? Gegen Lockern oder gegen Losdrehen? Oder beides? Zweitens: Wie weit darf die Montagevorspannkraft im Betrieb durch Setzen oder teilweises Losdrehen verlorengehen, ohne daß die Funktion der Verbindung gefährdet wird? Ein klapperndes Nummernschild am Auto ist nur Nervensache, die Funktion, nämlich die Identifizierung des Fahrzeugs, bleibt dennoch gewahrt; ein klapperndes Pleuel hingegen kündigt den baldigen Totalschaden des Motors an.

Für den nächsten Schritt, die Auswahl des technisch und wirtschaftlich zweckmäßigsten Sicherungselements, zum Beispiel Sperrzahnschrauben, Klebstoffe in flüssiger oder mikroverkapselter Form oder Reibungssicherungen, stehen heute Prüfverfahren und Auswahlkriterien zur Verfügung, die aus dem früheren Lotteriespiel „Sichern von Schraubenverbindungen" eine sichere Sache machen. DIETRICH BLUME

Normierung spart Kosten

Die Entwicklung neuer Produkte in der Verbindungstechnik bringt auch immer wieder Kostenvorteile: Weiterentwickelte Schrauben übernehmen vorher gesondert durchgeführte Arbeitsgänge, der Einspareffekt bei der Montage (Werkzeug, Zeitaufwand, Nebenkosten) übertrifft Mehrkosten des Verbindungselementes um ein Vielfaches.

So formen Blechschrauben und Schneidschrauben ihr Gegengewinde in den zu verbindenden Teilen selbsttätig und erübrigen damit das vorherige Gewindeschneiden. Bei Bohrschrauben entfällt zusätzlich der Arbeitsgang des Vorbohrens. Das entsprechend geformte Schraubenende – die Bohrspitze – bohrt durch die beiden zu verbindenden Bleche zunächst das Kernloch; anschließend wird mit dem Gewindeteil der Schraube das Gegengewinde spanlos geformt. In Deutschland sind derartige Schrauben seit Jahren bekannt und im Einsatz: die volle Anwendungsbreite ist – ähnlich wie bei Blechschrauben – sicher noch nicht ausgeschöpft.

Im November 1982 ist mit DIN 7504 „Bohrschrauben mit Blechschraubgewinde" erstmals eine DIN-Norm über Bohrschrauben erschienen. Schon aus dem Titel ist zu erkennen, daß es um eine Weiterentwicklung der Blechschrauben geht. Wie bei dieser ist als Werkstoff Einsatzstahl nach DIN 17 210 oder Vergütungsstahl nach DIN 17 200 vorgeschrieben; zur Erziehung der spezifizierten Härte ist Wärmebehandlung erforderlich.

In DIN 7504 sind die gängigen Formen der Bohrschrauben aufgeführt, wobei bezüglich der Kopfmaße auf entsprechende Blechschrauben-Normen verwiesen wird (beispielsweise Linsenkopf, Senkkopf, Linsensenkkopf). Da Sechskantblechschrauben mit Bund noch nicht genormt sind, werden deren Kopfmaße in der Bohrschrauben-Norm gesondert genannt.

Die Bohrspitze ist wegen bestehender Schutzrechte in der Norm nicht im Detail beschrieben, ihre Funktionsfähigkeit ist jeweils durch die geforderten mechanischen Eigenschaften und die Mindestbohrleistungen der Bohrschraube gewährleistet. (DW.)

Dumpinglieferungen aus dem Ostblock verzerren den Wettbewerb

Schraubenbranche kämpft gegen „politische Preise"

Schraubenverbindungen sind lösbar und wieder verwendbar, berechenbar und belastbar. Ihr Einsatz ist ökonomisch und von hoher Zuverlässigkeit. Reparaturen und Ersatz ausgefallener Aggregate sind ohne Schraubenverbindungen nicht möglich. Substitution durch andere Verfahren kommen nur dann in Frage, wenn auf diese spezifischen Vorteile verzichtet wird. Diese Tatsache gibt der Branche Zuversicht, auch die Stürme des technologischen und strukturellen Wandels der Gegenwart erfolgreich zu überstehen.

Die über hundert Werke der deutschen Schrauben-, Muttern- und Niete-Industrie – größtenteils Mitglieder des Deutschen Schraubenverbandes – hatten in den letzten Jahren hart zu kämpfen. Der verringerte Stahlverbrauch reduzierte ihre Absatzmöglichkeiten; die allgemeine Rezession wurde verstärkt durch den Abbau der Lagervorräte beim Schraubenfachhandel und bei den Verbrauchern; schließlich haben die überproportionalen Steigerungen der deutschen Arbeitskosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich beeinträchtigt. Deutschlands Tore zum Welthandel – und damit auch für Importe – stehen sperrangelweit offen.

Mit dieser Tatsache muß die Branche rechnen, die andererseits auch erheblich vom direkten und indirekten Export lebt. Von der hohen Produktqualität, vom Service und der Zuverlässigkeit her brauchen die deutschen Werke keinen ausländischen Wettbewerb zu fürchten. Unverständlich für die Hersteller ist jedoch, daß durch dieses offene Tor gleichermaßen Gerechte und Ungerechte auf den deutschen Markt dringen können.

Staatshandelsprodukte mit politischen Preisen, Dumpinglieferungen, wechselkursbedingte Vorteile und weniger konsequente Steuersysteme als das deutsche führen zu Wettbewerbsverzerrungen und sind oft genug Ursache einer ruinösen Konkurrenz durch ausländische Hersteller. So kommt es, daß die Importquote mit über 30 Prozent – in Teilbereichen genormter Produkte auch wesentlich höher – inzwischen über dem Durchschnittssatz der Investitionsgüterindustrie (23 Prozent) liegt.

Für die Volkswirtschaft stellt sich die Frage, ob es zu vertreten ist, wenn bestimmte Erzeugnisse aus diesen Gründen im Inland kaum noch hergestellt, sondern fast nur aus dem Ausland bezogen werden können. Eine Abhängigkeit der deutschen Industrie von Zulieferungen insbesondere aus Ländern mit anderen Wirtschaftsordnungen oder aus anderen Kontinenten kann zu erheblichen Problemen führen. Weitere Wettbewerbsverzerrungen kann die deutsche Schrauben-, Muttern- und Nieten-Industrie nicht verkraften.

135 000 Beschäftigte

Im Hinblick auf die Stahlkrisenmaßnahmen fordert sie deshalb nachdrücklich ein einheitliches Stahlpreisniveau in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Es muß auch sichergestellt werden, daß die deutsche Stahlindustrie ihre Erzeugnisse in Drittländer nicht billiger als an inländische Verarbeiter liefert und daß schließlich andere Stahlerzeuger der Gemeinschaft ihre eigene nationale Verarbeitung nicht zu günstigeren als den EG-Preisen beliefern können.

Die Branche beschäftigt etwa 13 500 Menschen; 60 Prozent der Werke haben bis zu 100 Mitarbeiter. Das Umsatzvolumen betrug 1982 annähernd 1,7 Milliarden Mark bei einem Absatz von 350 000 Tonnen. Ein erheblicher Teil davon entfällt auf genormte Erzeugnisse. Unter den hergestellten Produkten dominieren Außen- und Innensechskantschrauben, darunter insbesondere hochfeste Verbindungselemente für die größte Abnehmergruppe, den Fahrzeugbau, einschließlich seiner Zulieferer. Der Maschinen- und Apparatebau sowie der Stahlbau sind hier gleichfalls als bedeutende Verwender zu nennen.

Zeichnungsschrauben und Sonderteile haben in den letzten Jahren zunehmende Verbreitung gefunden. Besonders im Kleinschraubenbereich, zu dem metrische Schlitzschrauben sowie Blech- und Holzschrauben zählen, sind in den vergangenen zehn bis 15 Jahren viele neue Spezialprodukte auf den Markt gekommen; hierzu gehören auch Schrauben für den Einsatz in Kunststoffen.

Erhebliche Kostenverminderung bei der Montage wird durch Übernahme zusätzlicher Funktionen durch das Verbindungselement erzielt; Beispiele sind Schneidschrauben, gewindefurchende Schrauben und Bohrschrauben. Auch im Bereich der Mutternherstellung besteht ein starker Trend zu Spezialausführungen. Die Produktion der Nietehersteller hat gleichfalls zu vielen neuen Erzeugnissen geführt.

Neue Entwicklungen

Produktinnovation ist eine der Antworten auf die Herausforderung des Marktes, der sich die deutschen Hersteller in besonderem Maße verschrieben haben. Sie sehen es als selbstverständliche Aufgabe an, an der Lösung anwendungstechnischer Probleme mitzuarbeiten. Dies gilt nicht nur für die Bereitstellung von Versuchtsteilen, sondern auch für Versuchsdurchführungen im eigenen Haus und vor allem für Beratungsgepräche mit den Kunden. Auf dieser Basis ist in den vergangenen Jahrzehnten eine Entwicklungsarbeit gewachsen, die ihren Niederschlag in zahlreichen neuen Erzeugnissen gefunden hat.

Alles das ist aber nur möglich und in der Zukunft weiterzuführen, wenn die deutschen Unternehmen sich eine gesunde finanzielle Basis erhalten und ihre Zukunftschancen wahren können. Denn der überwiegende Teil der Kosten solcher Entwicklungsarbeiten wird von den Herstellern der Verbindungselemente selbst getragen, nicht von den Abnehmern.

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit wird allerdings in Frage gestellt, wenn der Lieferant für die anschließende Serienproduktion der Teile nur nach dem niedrigsten Preis ausgewählt wird und derjenige, der zuvor als Problemlöser gute Dienste geleistet hat, vor der Tür bleibt. Die Gefahr ist groß, daß diese technischen Dienstleistungen eines Tages nicht mehr zur Verfügung stehen, weil sie von den Billigländern nicht wie von den deutschen Herstellern erbracht werden.

Die Branche hat sich vor sechs Jahren im Deutschen Schraubenverband e. V. zusammengeschlossen. Aufgabe des Verbandes ist es, den angeschlossenen Werken technische und betriebswirtschaftliche Informationen und Entscheidungshilfen zur Bewältigung ihrer Probleme zu geben. Daß diese Aufgabe langfristig gesehen wird, zeigt der erhebliche Aufwand für die vom Verband durchgeführte Gemeinschaftsforschung. Ziel ist die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dieser Industriegruppe.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Verbandsmitglieder erfolgt durch das Informations-Centrum Schrauben ICS. Über Anzeigen, Presseinformationen, Fachaufsätze, Interviews und Marktberichte wird über die deutsche Schrauben-, Muttern- und Niete-Industrie berichtet. Neue Entwicklungen in Normung, Forschung und Produktgestaltung werden veröffentlich. Selbstverständlich will das ICS auch da, wo es notwendig ist, auf die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Herstellern im Leistungsangebot aufmerksam machen. Die Werbung des ICS im Jahre 1983 steht unter dem Motto „Zuverlässigkeit + Fortschritt". Dieses Leitmotiv ist Forderung und Verpflichtung für die vielfältigen Aktivitäten der Verbandsmitglieder.

HENNING VON DER HEIDE
UDO PAWLOFSKY

Verstärkte Aktivitäten in Forschung und Technik

Der starke Wettbewerbsdruck hat die deutsche Schraubenindustrie zu verstärkter Aktivität auf verschiedenen Gebieten von Technik und Forschung veranlaßt. So wurde im Jahre 1982 von den Mitgliedern des deutschen Schraubenverbandes eine größere Anzahl von Forschungsarbeiten entweder selbst durchgeführt oder ihre Durchführung an den technischen Hochschulen beziehungsweise Universitäten in Darmstadt, Hannover und Karlsruhe durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, Versuchseinrichtungen, Versuchsmaterial und durch Mitarbeit bei Planung und Durchführung ermöglicht.

So wurden allein für sechs größere zur Zeit laufende beziehungsweise gerade abgeschlossene Forschungsvorhaben, die mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) finanziert wurde, mehr als eine Million Mark bereitgestellt.

Ziel der vom Forschungskuratorium des deutschen Schraubenverbandes gelenkten Gemeinschaftsforschung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schraubenindustrie direkt oder indirekt zu verbessern. Die Mehrzahl der Arbeiten dient der Grundlagenforschung; sie sollen den Stand der Kenntnisse den ständig steigenden Anforderungen an die Verbindungstechnik anpassen im Hinblick auf höhere mechanische, thermische und korrosive Beanspruchung, die Einsparung von Energie durch Leichtbau, eine automatisierte Montage, die Sicherheit von Schraubverbindungen und die Qualität der Verbindungselemente.

Noch mehr Sicherheit

Die Themen einiger dieser Forschungsarbeiten lassen ihre Bedeutung vor allem für den Abnehmer von mechanischen Verbindungselementen erkennen:

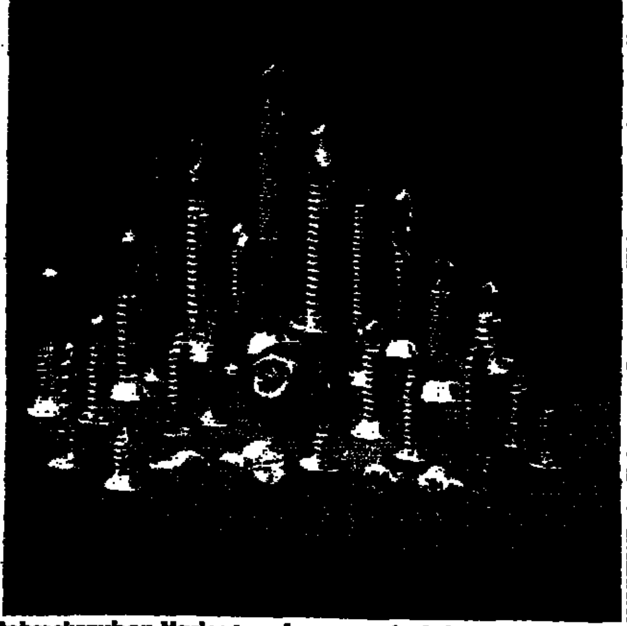
Festigkeitsverhalten feuerverzinkter Schrauben, Spannungsverteilung in Schraubengewinden; Einfluß wichtiger Legierungselemente und des Gefügezustandes auf die Versprödungsempfindlichkeit wasserstoffbeladener Schraubenwerkstoffe; Einfluß des Wasserstoffgehaltes auf den verzögerten Sprödbruch bei Schraubenwerkstoffen mit unterschiedlichen Vergütungsgefügen; Optimierung der Dauerhaltbarkeitseigenschaften von Schraubgewinden; Haltbarkeit von Schraubverbindungen bei exzentrischer Belastung; Versprödungsempfindlichkeit einsatzgehärteter Schrauben durch Wasserstoff; Relaxation, Zeitstandverhalten und Dauerhaltbarkeit von Schrauben aus niedriggekohlten vorlegierten Schraubenstählen; Vergleich der Korrosionsbeständigkeit von verschiedenen metallischen und metallisch-organischen Überzügen; Meß- und Koaxialität von Gewinde und Schaft an Schrauben.

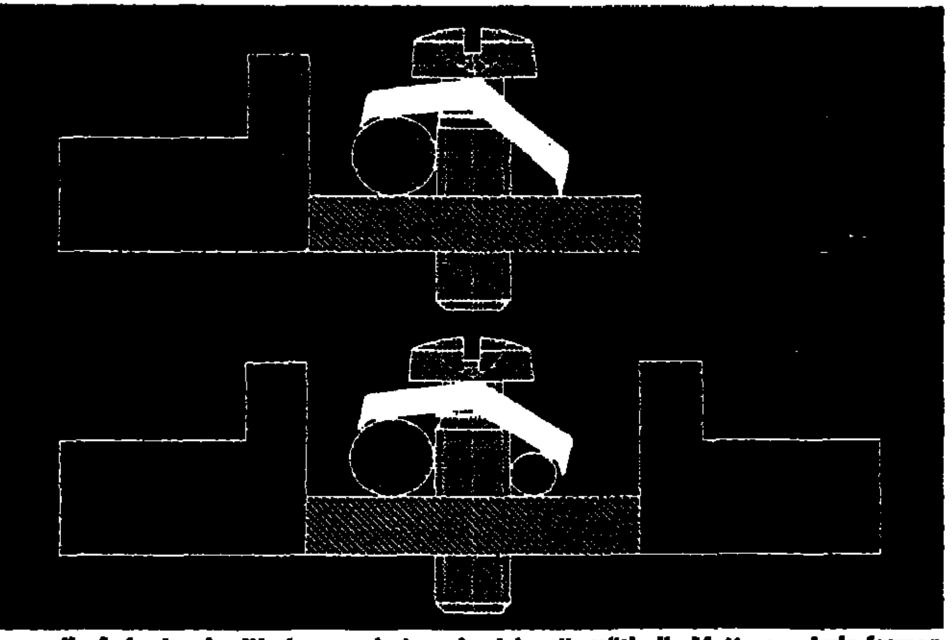
Mit Hilfe der so gewonnenen Erkenntnisse will die deutsche Schraubenindustrie ihre Erzeugnisse im Hinblick auf Qualität und Sicherheit weiter verbessern – auch um durch das Angebot höherwertiger Erzeugnisse dem bei Standardprodukten besonders starken Wettbewerbsdruck durch Staatshandelsländer und andere Billigländer auszuweichen. Die Forschungsergebnisse sollen die Schraubenindustrie in die Lage versetzen, ihre Abnehmer bei der konstruktiven Auslegung und Gestaltung von Verbindungselementen auch in Zukunft wirkungsvoll beraten und wirtschaftliche Problemlösungen vorschlagen zu können.

Den nationalen und internationalen Normungsgremien von DIN und ISO, für die die aktive Mitarbeit von Fachleuten aus der Schraubenindustrie von besonderer Wichtigkeit ist, sollen mit den Forschungsergebnissen wissenschaftlich fundierte Unterlagen für die Ausarbeitung neuer Normen zur Verfügung gestellt werden.

PETER PAULSEN







Bohrschrauben-Varianten: Immer mehr Schrauben übernehmen die Aufgabe des Werkzeugs, indem sie sich selbsttätig ihr Muttergewinde formen. (Bild 1). Das Foto rechts zeigt die unverlierbar aufgewalzte, kippbare und unter dem Schraubenkopf justierte Anschlußscheibe beim Festklemmen des Leiters (oben) und beim Festklemmen von zwei Leitern mit unterschiedlichem Querschnitt (unten). FOTOS: ICS / KNIPPING

Fräsen, bohren und schneiden in einem Arbeitsgang

Neue Entwicklungen im Kleinschraubenbereich – Produktion: 150 Millionen Stück pro Arbeitstag

Über 150 Millionen Kleinschrauben bis etwa acht Millimeter Durchmesser werden pro Arbeitstag von der deutschen Industrie verarbeitet, um ihren Produkten den erforderlichen „Zusammenhalt" zu geben. Das gilt für das Bauwesen gleichermaßen wie für Kraftfahrzeuge, Elektroanlagen, Haushaltsgeräte, die Unterhaltungselektronik bis hin zu optischen und feinmechanischen Geräten. Eine große Zahl dieser Schrauben ist genormt: sie teilt sich in die drei Hauptgruppen der Holzschrauben, der metrischen Schlitz- und Kreuzschlitzschrauben und der Blechschrauben.

Ein mindestens gleich großer Teil weicht jedoch von der Norm ab – diese Schrauben werden ihren speziellen Verwendungszwecken entsprechend variiert angepaßt, um einen optimalen Nutzen und höchstmögliche Sicherheit zu erlangen. Die Varianten beziehen sich im wesentlichen auf bestmögliche Kraftübertragung beim Anziehen, höchstmöglichen Rationalisierungseffekt, hohe Belastbarkeit, funktionelle Optimierung, konstruktive Anpassung, Anpassung an das Gesamtbild (Ästhetik) und Korrosionsbeständigkeit.

Diese Forderungen haben dazu geführt, daß eine Reihe der den Aufgaben zuentwickelten Varianten für ihre Anwendungsgebiete typische Synonyme erhalten haben. Dafür stehen aus dem Holzschraubenbereich hervorgehend die Vielzahl der Spanplattenschrauben und ähnliche universell – beispielsweise in Kunststoffen – einsetzbare Produkte; im metrischen Bereich die Kombischrauben mit unverlierbar aufgerollten Unterlegteilen oder die Anschlußschrauben für die Elektroindustrie, und im Blechschraubenbereich sicherlich die meisten Spezialbezeichnungen wie Radioschrauben für die Rundfunk- und Videoindustrie, Schnellbauschrauben für den Trockenverlegebau, Fassadenbauschrauben, Dachbauschrauben für das Bauwesen oder die Kotflügelschraube für das Automobil.

Mit mehr als zwanzig die Merkmale beschreibenden Trademarks geht der Schrauben verarbeitende wie herstellende Fachmann so selbstverständlich um wie der EDV-Experte mit seinen Fachbegriffen.

Als beispielhafte und typische Entwicklung sei die Gestaltung der Kraftangriffsflächen im Schraubenkopf hervorgehoben, die die Drehmomente bei enorm hohen Standzeiten der Verschraubungswerkzeuge sicher übertragen, oder auch Senkköpfe, die selbsttätig ihr Versenk erarbeiten, sowie die Anpassung der Gewindegeometrie an die Montageerfordernisse. Letztere ist in ihrer Häufigkeit am bemerkenswertesten.

Sie umfaßt doppelgängige Gewinde zur schnelleren Montage, kleinere Flankenwinkel zur besseren Zuglastaufnahme, Schneidkanten und -rillen in unterschiedlichsten Formen zum leichteren Furchen und Schneiden der Muttergewinde je nach Werkstoffart des zu montierenden Bauteils und auch die Gestaltung des Gewindequerschnittes. Das Beispiel zeigt, daß die Schraube zunehmend die Aufgabe eines Werkzeuges wahrnimmt, indem sie sich selbsttätig ihr Muttergewinde formt.

Fortschritte gibt es auch bei der unaufhaltsamen Variantenentwicklung von Bohrschrauben, die selbst eine Weiterentwicklung der Blechschrauben sind. Diese Schrauben haben sich zu ausgesprochenen Werkzeug-Verbindungs- und Konstruktionselementen mit höchstmöglichem Rationalisierungseffekt bei gleichzeitiger Lastenübertragungsoptimierung entwickelt.

Eine solche Spezialschraube ist beispielsweise in der Lage, bei einer Holzbeplankung auf einer dickwandigen Unterkonstruktion folgende Arbeitsgänge zu übernehmen: Sie fräst ein Durchgangsloch durch das Holz, bohrt ein Kernloch in die Stahlwand, schneidet darin ein Muttergewinde und versenkt schließlich ihren Kopf ins Holz. Nach Durchführung all dieser in Sekundenschnelle vollzogenen Arbeitsgänge wird sie festgezogen und ist dann eine „Schraube" im eigentlichen Sinne. Dem Ideenreichtum der Schraubenfachleute sind kaum Grenzen gesetzt; die hohe Zahl von Patenten beweist das.

An einem weiteren Beispiel soll die Problematik einer Schraubverbindung in der Elektrotechnik mit ihren konstruktiven und funktionellen Lösungen stellvertretend für viele andere im Detail betrachtet werden:

Energieanschluß als Selbstverständlichkeit für jedes Elektrogerät und jede elektromotorisch angetriebene Maschine kann zum Ärgernis werden bei Kurzschluß und Schmorkontakten für den Verbraucher, bei Montage und Reparatur für den Hersteller. Millionen kleine Schrauben sind die Energieanschlußträger zusammen mit DIN-genormten Anschlußscheiben, die die elektrischen Leiter festklemmen – oder auch nicht, sei es nur unzureichend oder nicht auf Dauer.

Der Clou der entwickelten Anschlußschrauben liegt nicht nur darin, daß die Anschlußscheibe auf der Schraube vom Schraubenhersteller bereits unverlierbar aufgerollt ist, wodurch allein schon ein großer Rationalisierungseffekt erzielt wird; denn das Beschaffen und Zusammenfügen von zwei Teilen entfällt, der Schwund wird geringer, die Montagezeiten wesentlich kürzer. Vielmehr liegt der eigentliche Vorteil in einem Detail, den insbesondere der Praktiker zu schätzen weiß: Die Scheibe klemmt nicht mehr im Gewinde, sie ist frei bewegbar unter dem Kopf, und sie bleibt auch unter dem Kopf während der Montage.

Der Wunsch nach einer dritten Hand entfällt, die neben dem Hochhalten der Scheibe und dem Einsetzen des Leiters die Schraube anziehen soll. Die rechteckige, leicht gewölbte und mit Sicken versehene Anschlußscheibe ist darüber hinaus kippbar, wodurch mit ein und derselben Scheibe neben einem Leiter auch zwei Leiter gleichen Querschnitts wie ebenso zwei Leiter unterschiedlichen Querschnitts befestigt werden können.

Die Herstellung dieser Kombischraube mit Anschlußscheibe birgt einiges Know-how in sich, wird doch ein Haltering zum Stabilisieren der Scheibe unter deren „Dachneigung" gewalzt, so daß das Gewinde auch beim Anschluß kleinster Leiterquerschnitte noch seiner Aufgabe nachkommt, die Schraube also nicht überdreht werden kann.

Besonders servicefreundlich darf dabei noch die Kraftübertragungsform der Schraube angesehen werden. Sie weist einen sogenannten Plus-/Minuskopf auf – die Kombination von gleichzeitig vorhandenem Kreuzschlitz und Längsschlitz erlaubt dem Hersteller der Geräte eine vollautomatische Montage mit Mehrfachschraubspindeln über den Kreuzschlitz und gestattet andererseits dem Handwerker bei Reparatur- und Wartungsaufgaben das Arbeiten mit seinem stets griffbereiten normalen Längsschlitzschraubenzieher.

Statistisch betrachtet, benötigt jeder Bundesbürger durchschnittlich 50 Kleinschrauben im Monat, um seinem Bedürfnis nach „festem Halt" nachkommen zu können. Die Hintergründe nimmt er selbstverständlich nicht wahr, was er auch nicht soll – es sei denn, er benötigt einige kleine Schrauben, was ihn dann möglicherweise an das Wort von der „lockeren Schraube" und deren Hintergründigkeit erinnert.

KLAUS KAYSER

Leitfaden für gute Verbindungen

Die stetige Weiterentwicklung, die sich – wie in der gesamten Technik – auch auf dem Gebiet der Schraubenverbindungen vollzieht, macht es von Zeit zu Zeit notwendig, den aktuellen Stand der Kenntnisse und Erfahrungen zusammenzufassen und ihn dem Praktiker in leicht überschaubarer Weise zugänglich zu machen.

Gerade in den letzten Jahren sind grundlegende Untersuchungen auf den Gebieten der Berechnung, des Sicherns, des Anziehens und der statischen und dynamischen Haltbarkeit von Schraubenverbindungen bekannt geworden, deren Kenntnis für eine dem Stand der Technik entsprechende Auslegung und Gestaltung Voraussetzung ist.

Die Firma Bauer & Schaurte Karcher in Neuss am Rhein hat versucht, aus Veröffentlichungen und aus eigenen Untersuchungen zu dokumentieren, was es Neues gibt. Auf 150 Seiten wird in acht Kapiteln das gesamte Gebiet Verbindungstechnik dargestellt. Das „Schrauben-Vademekum" ist gegen eine Schutzgebühr von 16 Mark erhältlich.

VDI 2230 – ein Renner unter den Richtlinien

Systematische Berechnung hochbeanspruchter Schrauben

Ohne Schraubenverbindungen klaffen die meisten technischen Erzeugnisse auseinander. Das erklärt die große Typenvielfalt und die unterschiedlichen Anwendungsbedingungen. Den Schwierigkeitsgrad dieses Maschinenelementes erkennt man erst bei sorgfältiger analytischer Betrachtung.

Nicht von ungefähr fand daher am 23. und 24. März 1983 in Düsseldorf die Fachtagung „Schraubenverbindungen heute – Berechnung, Anwendung, Wirtschaftlichkeit" unter großer Beteiligung statt. Veranstalter war der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) gemeinsam mit dem Informations-Centrum Schrauben im Deutschen Schraubenverband e. V. (ICS). Anlaß der Tagung war die Vorstellung des neuen Richtlinienentwurfs VDI 2230 „Systematische Berechnung hochbeanspruchter Schraubenverbindungen".

In vier Schwerpunktthemen mit insgesamt 16 Vorträgen wurde die Bandbreite der Verschraubungstechnik aufgezeigt. Das erste Gruppenthema „Vorstellung der neuen Richtlinie VDI 2230 Blatt 1" soll hier näher erläutert werden.

Die erste Ausgabe dieser Richtlinie wurde 1974 in Stuttgart vorgestellt. Diese Richtlinie erfreut sich mittlerweile eines hohen Bekanntheitsgrades, sie ist ein „Renner" unter den VDI-Richtlinien. Neue Erkenntnisse auf einigen Teilgebieten der Verschraubungstechnik machen eine Überarbeitung erforderlich. Unter Beibehaltung der Grundkonzeption wurde die Richtlinie komplett überarbeitet und bei dieser Gelegenheit anwenderfreundlicher gestaltet.

Neue Erkenntnisse, besonders über die Nachgiebigkeit verspannter Platten und des eingeschraubten Gewindes sowie über den Einfluß der exzentrischen Einleitung der Verspannkraft (exzentrische Verspannung) und der Betriebskraft (exzentrische Belastung) flossen in die Neufassung ein. Gleichzeitig wurden Gestaltungshinweise „ungünstig/günstig" sowie Hinweise über das Sichern und zur Verbesserung der Dauerhaltbarkeit von Schraubenverbindungen in die Richtlinien eingearbeitet. Die Beachtung dieser Erkenntnisse beeinflußt wesentlich die Haltbarkeit der Schraubenverbindung.

Der größte Anteil der erforderlichen Vorspannkraft wird bei exzentrisch beanspruchten Verbindungen des einseitigen Aufklaffens der Trennfuge benötigt. Ferner ist die Zusatzkraft auf die Schraube nicht unabhängig von der Vorspannkraft, wie dies früher unter Zugrundelegung des bekannten Verspannungsschaubildes angenommen werden mußte. In Wirklichkeit sinkt in diesen Fällen die Zusatzkraft auf die Schraube mit wachsender Vorspannkraft, so daß im Falle der dynamischen Betriebsbelastung Schrauben mit höherer Festigkeit die Verbindung dauerbruchsicherer machen.

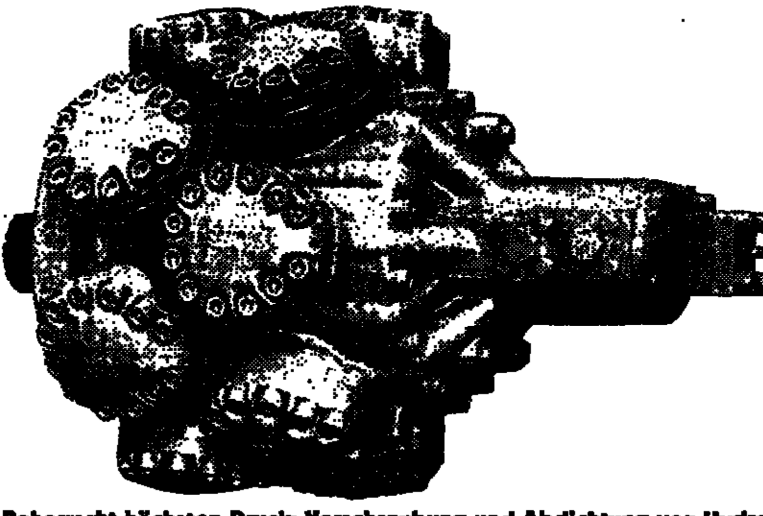
Da in hohem Maße die Genauigkeit der Anziehmethode in die Abmessung der Schraube eingeht, müssen schon bei der Auslegung der Verbindung Abstimmungen zwischen Konstruktions- und Montageingenieur stattfinden. Denn die aufwendigsten Berechnungsmethoden bleiben wirkungslos, wenn Schraubenverbindungen infolge unsachgemäßer Montage zu hoch oder zu niedrig vorgespannt werden. Zu hoch vorgespannte Schraubenverbindungen erfahren eine Überbeanspruchung, die zum Bruch der Verbindung führen kann, zu niedrig vorgespannte Verbindungen versagen in der Regel durch selbsttätiges Lösen oder durch Dauerbruch der Schraube.

Je ungenauer die Montagemethode ist desto dicker muß eine Schraubenverbindung mit allen Anschlußmaßen bei gleicher Festigkeit dimensioniert werden. Um einen Einfluß der Anziehmethode mit einer relativ großen Streuung (beispielsweise Anziehen mit einfachen Drehschrauben) und eine sehr genaue Anziehmethode (zum Beispiel streckgrenz- oder drehwinkelgesteuertes Anziehen) miteinander zu vergleichen.

Um die gleiche Mindestklemmkraft zu erhalten, muß die Schraubenverbindung, die mit einer relativ ungenauen Montagemethode angezogen wird, entsprechend überdimensioniert werden, damit auch die maximal vorkommenden Kräfte noch sicher aufgenommen werden können. So kann im Extremfall eine um 60 Prozent größere Schraubenabmessung erforderlich sein als bei einer sehr genauen Montagemethode.

Die Richtlinie VDI 2230 gibt mit übersichtlichen Rechenanleitungen und Gestaltungshinweisen dem Konstrukteur die Möglichkeit, für die Mehrzahl der exzentrisch belasteten Schrauben-Verbindungen eine sinnvolle Gestaltung und eine differenziertere Berechnung durchzuführen.

DIETER STRELOW



Beherrscht höchsten Druck: Verschraubung und Abdichtung von Hydro-Motoren FOTO: DIE WELT

Qualität und Service haben ihren Preis

Jeder, der im Wirtschaftsleben steht – und dazu gehört die Hausfrau genauso wie der industrielle Einkäufer – orientiert sich in seinem Einkaufsverhalten an dem erwarteten längerfristigen Nutzen, den ihm das Objekt seiner Wünsche bringen soll.

Im industriellen Bereich zählen daher nicht nur der reine Preis und die Termineinhaltung zu den Beurteilungskriterien, sondern ebenso eine gleichbleibende hohe Produktionsqualität, der technische Service und die Dienstbereitschaft der Lieferfirma.

Vielen Einkäufern ist kaum bewußt, daß die Kosten für das Einzelteil Schraube oder Mutter nur einen Bruchteil der Gesamtkosten der montierten und einsatzbereiten Verbindung darstellt. Oft genug macht der Einkaufspreis des einzelnen Elements nur 20 bis 25 Prozent dieser Gesamtkosten aus.

Lagerhaltung und Bereitstellung, Positionierung der Teile, Art und Durchführung der Montage, anteilige Kosten der Vorrichtungen des Zusammenbaus und schließlich die erforderliche Kontrolle sind erheblich stärker kostenwirksam als das einzelne Verbindungselement.

Gerade unter diesem Aspekt macht sich der Einsatz hochwertiger Qualität besonders bezahlt. Der scheinbar günstige Einkaufspreis von importierten Schrauben und Muttern kann nämlich schnell zur Illusion werden, wenn dem vermeintlichen Vorteil überraschende Zusatzkosten bei Montage oder Kontrolle gegenüberstehen.

Um wieviel stärker wirken sich derartige Folgekosten aus, wenn die mangelhafte Qualität billig eingekaufter Teile dazu führt, daß die Montage etwa wegen Beimischung fehlerhafter Stücke oder Toleranzüberschreitungen ins Stocken gerät, das Band stoppt und die laufende Produktion unterbrochen wird. Spätestens dann ist schnelle Abhilfe und Rückgriff auf sofort erreichbare Lieferwerke, auf ihre Lagerhaltung und ihren Kundenservice geboten.

Die deutschen Hersteller arbeiten schnell und zuverlässig; eine Lückenbüßerfunktion nur für Notfälle und Randsorten lehnen sie allerdings ab. Auch bei größter Rationalisierung ist die ständige Lieferbereitschaft – viele Werke führen Tausende von verschiedenen Sorten lagermäßig – äußerst aufwendig und bindet erheblich Mittel. Fachhandel und Verbraucher können sich den jederzeit verfügbaren Rückgriff auf das Lager und die breite Produktpalette der inländischen Hersteller nur dann erhalten, wenn sie diese Leistung auch honorieren; ausgefallene Kapazitäten lassen sich in der Regel nicht mehr regenerieren.

Der Vorteil der deutschen Werke gegenüber ausländischen Anbietern liegt im Service hinsichtlich Lieferung und Beratung, in der international anerkannten Qualität und in ihrer Innovationsfähigkeit.

Einkaufen heißt mehr als nur über Rabatte sprechen. Das Lohnkostenniveau der Bundesrepublik Deutschland macht es dem deutschen Hersteller unmöglich, neben seiner Spitzenqualität auch noch Spitzenrabatte zu bieten, es sei denn, um den Preis der Selbstaufgabe. An einer solchen Entwicklung kann aber weder der Handel noch der qualitätsbewußte Verbraucher Interesse haben (Hei.)

hrauben-Industrie — Mittelständische Industrie

Milliardenschäden durch Korrosion

Über den vielseitigen Einsatz rost- und säurebeständiger Verbindungselemente

Die Schäden durch Korrosion werden auf 4,2 Prozent des Bruttosozialproduktes geschätzt. Für die Bundesrepublik Deutschland ergäbe sich 1982 die gigantische Summe von gut 67 Milliarden Mark. Korrosion wird als fünffach höhere Ursache des Versagens von Verbindungselementen angegeben als alle anderen Ursachen zusammen.

Genormte Schrauben und Muttern aus rostfreien Edelstählen – von der kleinsten Schraube bis zum schwergewichtigen Spezialbolzen – werden heute in allen Industriezweigen zu Millionen Stück verwendet. Worin besteht der Vorteil dieser Produkte? Verbindungselemente aus rost- und säurebeständigen Stählen gewähren überall dort, wo Korrosionsgefahr besteht, größere Sicherheit, längere Lebensdauer, besseres Aussehen und völlige Wartungsfreiheit. Korrosionsbeständige Schrauben und Muttern sind unverwüstlich, wenn im rauhen Betrieb jahrelang Feuchtigkeit, Säuren oder Laugen einwirken.

Bedarf erkannt

Die deutschen Hersteller liefern alle einschlägigen genormten Produkte, zu denen vor allem Sechskant- und Innensechskantschrauben, metrische Schlitz- und Kreuzschlitzschrauben, Muttern und Blechschrauben zählen. In den letzten Jahren hat sich ein verstärkter Trend zu Spezialteilen gezeigt, die vom Konstrukteur anwendungsbezogen eingesetzt werden. Die inländischen Hersteller haben diesen Bedarf rechtzeitig erkannt und liefern eine breite Palette von Zeichnungsteilen für den Maschinen- und Apparatebau, für Haushaltsgeräte und Fahrzeugbau, für Bauwirtschaft und Kraftwerke.

Diese nach Kundenangaben hergestellten Teile erfordern selbstverständlich eine genaue Kenntnis der Verarbeitbarkeit des schwierigen Werkstoffes. Oftmals wird erst im gemeinsamen Gespräch die endgültige kostengünstige Lösung gefunden. Viele deutsche Hersteller sind darauf eingerichtet, fundierte technische Beratung auf diesem Sektor zu leisten und spezielle Problemlösungen zu erarbeiten. Sonderschrauben können zu einem besonders wirtschaftlichen Verbindungselement werden.

Spanlose Verformung ist auch für nichtrostende Verbindungsteile das gängige Fertigungsverfahren. Daneben werden für Zeichnungsteile Zusatzarbeiten wie Schleifen, Fräsen, Bohren und Oberflächenverbesserung durch Kaltrollen durchgeführt. Das erzeugt neben gutem Aussehen Oberflächen mit sehr geringen Rauhtiefen. Dies ist besonders dann wichtig, wenn die Teile einer gleitenden Reibung ausgesetzt sind. Durch spanlose Verformung können Festigkeiten von 800 N/mm² und mehr erreicht werden.

Verbindungselemente aus rost- und säurebeständigen Stählen werden nach der deutschen Norm DIN 267 Teil 11, Ausgabe Januar 1980, geliefert. Dieses Blatt enthält die Festlegungen der internationalen Norm ISO 3506 von 1979 und ergänzt sie in wesentlichen Bereichen. Die hauptsächlich verwendeten Stähle für Schrauben und Muttern haben eine fast unbegrenzte Lebensdauer. Sie erfüllen damit die hohen Sicherheitsanforderungen in der chemischen Industrie, im Bauwesen und in der Automobilindustrie.

TÜV-Anerkennung

Der besondere Vorteil der Schraube als eines lösbaren, belastbaren und wieder verwendungsfähigen Verbindungselementes bleibt so durch Jahre erhalten. Namhafte deutsche Hersteller dieser Teile sind auch in der Lage, die Qualität ihrer Produkte durch Prüfzertifikate bzw. TÜV-Anerkennung nachzuweisen.

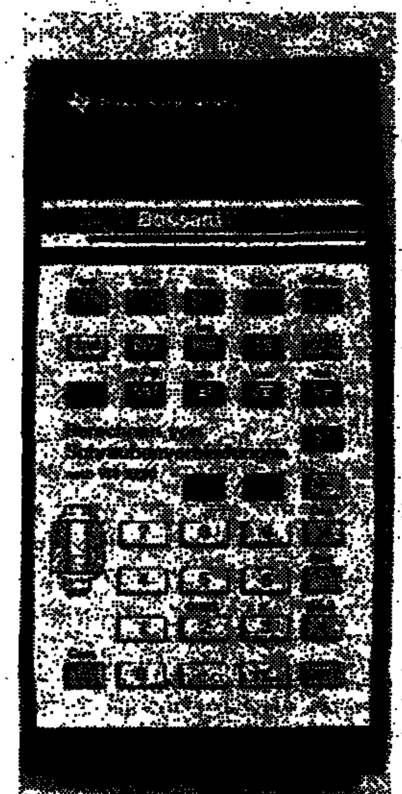
Für den Verwender hat der Gewinn an dauernder Sicherheit größte Bedeutung, denn Folgekosten durch Korrosion können zu unkalkulierbaren Risiken führen. Reklamationen und Produktionsausfall kosten viel Geld, von den Auswirkungen der Produkthaftung ganz zu schweigen. Die einmalige Mehrausgabe für ein hochqualifiziertes Erzeugnis wird durch bleibende Vorteile mehrfach aufgewogen. HORST B. HOMUTH

Neues aus der Technik

Die exakte Durchrechnung von Schraubenverbindungen unter Berücksichtigung aller Belastungsgrößen ist ein aufwendiges Verfahren, das mit hohen Fehlerrisiken verbunden ist. Von Bauer & Schaurte Karcher wird jetzt ein Schraubenrechner vorgestellt, mit dem auf der Basis der VDI-Richtlinie 2230 eine Schraubenverbindung innerhalb weniger Minuten durchgerechnet werden kann.

Dabei ist durch Veränderung von Eingabedaten die Errechnung von Alternativen möglich. Der Rechner liefert sieben Resultate – neben dem erforderlichen Anziehdrehmoment Angaben über sechs Sicherheiten als Hauptergebnis: Sicherheit nach dem Vorspannen, Sicherheit bei Betriebsbelastung, Sicherheit gegen Dauerbruch, Sicherheit gegen Überschreitung der zulässigen Flächenpressung, Sicherheit gegen Querkraftbelastung und Sicherheit gegen Lockern.

Mit diesem Rechner kann der Konstrukteur Schraubenverbindungen optimieren und die Sicherheitsreserve exakt bestimmen. Zur Einweisung in die Benutzung des Rechners wird eine umfangreiche Bedienungsanleitung mitgeliefert. es



Annahmeprüfung von mechanischen Verbindungen

In jeder Fertigung sind auch bei größter Sorgfalt und ständiger Kontrolle gelegentlich Abweichungen einzelner Ist-Werte von den vorgegebenen Toleranzen möglich. Dies gilt besonders für Produkte der Massenfertigung. Der Abnehmer dieser Erzeugnisse wird deshalb auf Annahmeprüfungen nicht verzichten wollen.

Die Norm DIN 267 Teil 5 in der geltenden Ausgabe vom April 1968 enthält Angaben über die „Prüfung und Abnahme" von Schrauben, Muttern, Gewinde- und Formteilen mit Hilfe statistischer Verfahren; sie legt Auswerteverfahren fest, mit deren Hilfe entschieden wird, bei welchem Anteil von Einzelstücken mit Werten außerhalb der zulässigen Toleranzen das gesamte Los zurückgewiesen werden kann.

Über den Bereich der mechanischen Verbindungselemente hinaus hat sich diese Grundnorm für Schiedsverfahren bezüglich der Entscheidung von Annahme oder Zurückweisung von Lieferungen weithin eingeführt.

Im internationalen Bereich wurde im Laufe des letzten Jahrzehntes unter maßgeblicher deutscher Mitarbeit der Entwurf einer ISO-Norm erstellt, der in verschiedenen Punkten bedeutsame Weiterentwicklungen und Verbesserungen gegenüber der obengenannten Ausgabe enthält. Dies betrifft vor allem die Aufnahme einer Liste der zu prüfenden mechanischen Eigenschaften und die Angabe niedrigerer Gutgrenzen-Werte für die Prüfung dieser Eigenschaften.

Eine Stichprobenanweisung mit Angabe des Verbraucher- und Herstellerrisikos ermöglicht den in statistischen Verfahren weniger bewanderten Mitarbeitern eine verbesserte Handhabung. Zur guten Verständlichkeit trägt ein Abschnitt bei, der in vereinfachter Form alle mit der Annahmeprüfung zusammenhängenden Begriffe definiert.

Inzwischen wurde dieser internationale Normentwurf in die Neufassung der deutschen Norm eingearbeitet. Der Entwurf zu DIN 267 Teil 5 „Annahmeprüfung" ist im Juni 1982 erschienen; er ist vorgesehen als Ersatz für die Ausgabe vom April 1968. nb

Fachtagung in Hamburg

Das nächste Seminar „Schraubenverbindungen" findet vom 22. bis 24. Juni 1983 in Hamburg statt. Veranstalter ist die Technische Akademie Wuppertal gemeinsam mit dem Deutschen Schraubenverband e. V.

Die Erkenntnisse innerhalb der Verschraubungstechnik sind in den letzten Jahren auf nahezu allen Teilgebieten erheblich gestiegen. Allein die Kenntnis der Abhängigkeit der Schraubenbeanspruchung von der Vorspannkraft hat der Dimensionierung der Verbindungselemente einen neuen Stellenwert zugewiesen. Hierdurch erhält auch die Genauigkeit der gewählten Montagemetholde eine entscheidende Bedeutung.

Die überarbeitete und im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichte Richtlinie VDI 2230 „Systematische Berechnung hochbeanspruchter Schraubenverbindungen" wird auf dem Seminar ausführlich vorgestellt. Über das Thema „Selbsttätiges Lösen und Sichern von Schraubenverbindungen" ist die Fachwelt seit Jahren umfassend informiert; trotzdem werden vielfach auch heute noch ungeeignete Sicherungselemente in schwingbeanspruchten Schraubenverbindungen eingesetzt. Die Mechanik des Lockerns und Losdrehens wird im Seminar erläutert; aus dieser Kenntnis werden Anwendungen und Grenzen von Schraubensicherungen aufgezeigt.

Das Seminar gibt einen umfassenden Überblick über statische und dynamische Tragfähigkeit und die konstruktive Gestaltung von Schraubenverbindungen. Die verschiedenen Möglichkeiten des Korrosionsschutzes werden ausführlich behandelt. Eine Einführung in die besondere Problematik der gewindeformenden Schrauben und von Verbindungselementen für den Leichtbau runden das Programm ab. Auskunft: Informations-Centrum Schrauben, Postfach 24 01 27, 4000 Düsseldorf 1 (Tel. 02 11 / 36 50 74). DW.

Kultur im Venusspiegel

Bth. – Zu den Dauerbeschäftigungen eines Hamburger Kultursenators gehört die Intendantensuche. Das ist ein bißchen wie beim Mensch-ärgere-dich-nicht-Spiel. Gerade glaubt man noch, alle Püppchen am Laufen zu haben, schwupp, da fliegt eine raus, und man muß von vorn beginnen. Hatte der vorige Kultursenator, Tarnowski, noch auf seine letzten Amtstage die Staatsopernintendanz mit der Ernennung von Kurt Horres wieder ans Laufen gebracht, so muß sich seine Nachfolgerin, Helga Schuchardt, nach einem Chef fürs Thalia-Theater umsehen.

Das ist, geben wir zu, ein viel schwierigeres Metier. Denn das Thalia als zweites und durchaus nicht zweitrangiges Schauspielhaus der Hansestadt, seit den Tagen Boy Goberts herausgewachsen aus den Seidenpantoffeln des Boulevardtheaters, soll sich mit eigener Note vom Deutschen Schauspielhaus absetzen. Es soll weniger experimentieren als bewahren, es soll publikumsfreundlich, aber nicht seicht sein, kurzum weniger ein Konkurrenz- als ein Komplementärprogramm zum Haus an der Kirchenallee bringen. Der wackere Peter Striebeck, seit Goberts Abgang Chef am Thalia, hat jedenfalls sein Scheitern eingesehen und will sich wieder aufs angestammte Schauspielermetier zurückziehen.

Nun könnte man einwenden, zu Niels-Peter Rudolphs anämischem Programm am Deutschen Schauspielhaus sei im Thalia jede Alternative willkommen. Die disparaten Bewerber, Jürgen Flimm, Hans Neuenfels, Hansgünther Heyme und auch der schon abgewiesene Gobert-Mitstreiter Gerhard Blasche, schreiben jedenfalls grundverschiedene Handschriften, wenn auch jeder seine unverwechselbare.

Jürgen Flimm, in Köln am ehesten ein Anwalt saftigen Theaters, galt denn auch als Favorit, bis Helga Schuchardt ihm eine ernste Konkurrentin aus dem Hut zauberte: Krista Jussenhoven, Tochter eines Kölner Komponisten und Leiterin des S. Fischer Theaterverlags, für die spricht, daß sie viele Leute kennt und daß sie eine Frau ist. Denn Frau Schuchardt will partout eine Intendantin. Kultur im Venusspiegel. Aber ob Frau Jussenhoven wirklich das Schneewittchen ist, das von hinter den sieben Bergen das schönste Theater nach Hamburg bringt, wer kann das schon wissen?

Paris feiert seinen „Spatz“ Edith Piaf – Lelouch-Film und Ausstellung im Forum des Halles

Chansons, hart wie ein Aufwärtshaken

Ein wahres Piaf-Fieber hat Paris ergriffen. In diesen Tagen wird die Erinnerung an die große Dame des französischen Chansons, die 1963, erst 47 Jahre alt, gestorben ist, übermächtig. Nicht, daß Edith Piaf – oder, wie man sie in ihrer Jugend nannte, der „Spatz von Paris“ – nur eine Sekunde lang aus den Herzen der Franzosen verbannt gewesen wäre. Auch der Verkauf ihrer Platten stagnierte nie. Aber ihr 20. Todestag gibt jetzt willkommenen Anlaß, die Sängerin mit seltenem Gepränge zu feiern.

Den Anfang machte Filmregisseur Claude Lelouch, einer ihrer feurigsten Verehrer, der der Piaf mit seinem jüngsten Film „Edith und Marcel“ ein stattliches Denkmal setzte. Soeben in den Pariser Kinos angelaufen, ist das Opus ein Ereignis geworden, das die Nation tief bewegt.

Der Film umgreift nicht das ganze Leben der Chansonette; nicht ihre bitterarme Kindheit, wo sie – von der Mutter verlassen – mit dem Vater, Straßenclown von Beruf, durch Pariser Arbeiterviertel tingelte; nicht ihre frühe Karriere als Sängerin der Hinterhöfe, die mit Vierzehn begann; nicht ihren Start im Cabaret von Louis Leplée, der sie an der Ecke Rue Troyon entdeckt und von der Straße weg engagiert hatte; auch nicht ihre Jahre jenseits der Vierzig, die von Krankheit, Alkohol, Drogen und Einsamkeit gezeichnet waren, hochgerissen freilich bis zuletzt immer wieder von glanzvollen Auftritten.

Lelouch zeigt eine Piaf Anfang Dreißig, auf dem Gipfel ihres Ruhms, strahlend, glücklich – und unsterblich verliebt in den Boxer Marcel Cerdan, dem sie Anfang 1947 in New York begegnet war. Voilà, „la vie en rose“, das sie in einem ihrer berühmten Chansons besungen hat. Wie hätte Lelouch, der „Regisseur der Midinetten“, denn anders können, als die Piaf in ihrem Glanz – und nur in ihrem Glanz – zu umjubeln. Er, der einmal gesagt hat, das Mädchen, das er liebe, möchte er nicht auf der Toilette und auch nicht in einem Kreißsaal sehen. Das töte die Illusion.

Als 20jähriger war Lelouch, der heute 45 ist, der Piaf per Zufall in einem Taxi begegnet; und er hatte ihr in jugendlichem Überschwang seine Bewunderung zu Füßen gelegt, hatte wohl auch von Cerdan geschwärmt, der 1949 bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen war. Das muß die Piaf gerührt haben; denn sie gestand dem jungen Mann, daß sie den Verlust Cerdans niemals habe überwinden können. Noch Jahre nach seinem Tod habe sie versucht, mittels eines kleinen, runden Tischchens in spiritistischen Sitzungen mit ihm in Verbindung zu treten, und zwar mit Erfolg. Die Geschichte von Edith und Marcel hat Lelouch – freilich ohne den Glauben an das Tischchen – dann stets mit sich herumgetragen.



„Nein, ich bereue nichts“: Edith Piaf FOTO: KEYSTONE

Seine bislang 23 Filme – Melodramen allesamt, darunter „Ein Mann und eine Frau“ – seien, so der Regisseur heute, alle nur Skizzen zu seinem Piaf-Projekt gewesen. Im Mittelpunkt des Films steht die junge Evelyne Bouix, Lelouchs Lebensgefährtin, die Edith Piaf verkörpert. Singen muß sie nicht, denn, von wenigen Ausnahmen abgesehen, hören wir die Originalstimme der Piaf. Ähnelt die Bouix der berühmten Chansonette, oder ähnelt sie ihr nicht? Das ist die Frage, die in Paris heiß diskutiert wird. Kritiker finden sie viel zu schön als Konterfei des 1,53 m kleinen, schmächtigen und rachitischen Originals. Das breite Publikum aber applaudiert ihr: die Piaf, wie sie leibt und lebt!

Der Film beginnt und endet mit jener hochdramatischen Szene, in der Edith Piaf in ihrer Suite des New Yorker Waldorf Astoria vom Tode Cerdans erfährt. Dazwischen liegt keine linear erzählte Geschichte. Lelouch montiert vielmehr, geradezu beschwörend, die großen Momente im Leben seiner beiden Helden: Galas der Piaf stehen neben Cerdans Siegen im Ring. Dazwischen kurze glückliche Begegnungen der Liebenden. Die Rolle des Cerdan hat der heute 40jährige Sohn des Boxers übernommen, der dem Vater aufs Haar gleicht.

Lelouch führt noch ein weiteres Paar in seinen Film ein: Margot (die ebenfalls von Evelyne Bouix gespielt wird) und Jacques: ein Allerweltsgespann aus der Provinz, das gewissermaßen ein Chanson der Piaf illustriert. Im Zweiten Weltkrieg übernimmt Margot die Patenschaft für einen Soldaten an der Front. Briefe wechseln hin und her – der Rekrut läßt sie sich mangels Talent von einem begabten Kameraden schreiben –, die bald schon zu Liebeserklärungen werden. Als Jacques nach dem Krieg freilich vor der Angebeteten steht – aufgedunsen, linkisch, verlegen –, gleicht er keineswegs dem Mann aus den Träumen von Margot. Als Margot übrigens findet Evelyne Bouix auch die Zustimmung jener Kritiker, die sie als Piaf ablehnen.

Der Imitation im Kino setzt die „Gesellschaft der Freunde von Edith Piaf“ – unterstützt von der Stadt Paris – im „Forum des Halles“ mit einer originellen Ausstellung die *wahre* Piaf entgegen. Nur authentische Zeugnisse und die Stimme der Piaf sind hier zugelassen. Kein Wort von Lelouch! Was wir im Forum sehen, ist ein Vorgeschmack auf das „Piaf-Museum“, das die Sängerin im nächsten Jahr erhalten soll, eine Sensation in der 800jährigen Geschichte des französischen Chansons seit François Villon.

Von früh bis spät hallt das Forum von den alten Piaf-Erfolgen wider. Bei „Milord“ und „Nein, ich bereue nichts!“, einem Lied, das sogar Einlaß in de Gaulles Politik gefunden hat, trällern die Leute mit. Und sie drängen sich durch die schwarz-rot ausgeschlagenen Räume, in denen das Leben der Piaf Revue passiert: in Briefen, Plakaten, Fotos und Karikaturen, in Aussagen berühmter Zeitgenossen wie Cocteau und Colette. Ediths kleines schwarzes Kleid, in dem sie aufzutreten pflegte, hängt in ihrer originalgetreu nachgebauten Loge. Uniformen der Ehrenlegion, deren baumlange blonde Kerle die junge Piaf so oft besungen hat, prunken in Vitrinen.

Jede Menge Reminiszenzen an die Affäre Cerdan auch hier, einschließlich des berüchtigten hölzernen Tischchens. Der lebensgroße Bär aus Plüsch, den ihr der junge griechische Friseur Théo Sarapo noch kurz vor ihrem Tod zur Hochzeit schenkte, mit der die Piaf ein letztes Mal Paris verblüffte, guckt töricht aus seiner Teddy-Haut. Dann das ergreifendste Bild dieser Schau: Die Piaf, ein menschliches Wrack bereits, längst zur Legende ihrer selbst geworden, sitzt verloren auf der Parkbank einer Klinik, das Grammophon und einen Haufen Platten neben sich postiert. Sie lächelt vor sich hin, wenn sie ihr Credo mitsummt: „Nein, ich bereue nichts!“

DORIS BLUM

JOURNAL

PEN erinnert in Berlin an Bücherverbrennung

dpa, **Berlin**

Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik veranstaltet seine Jahrestagung in Erinnerung an die Bücherverbrennungen in Deutschland vor 50 Jahren am 9. und 10. Mai in Berlin. Am 9. Mai nehmen an einer Veranstaltung zum Thema „Das Dritte Reich in unserer Literatur. Versuch und Versäumnis“ unter anderem H. G. Adler, Horst Bienek, Christine Brückner, Hans Christoph Buch, Iring Fetscher, Martin Gregor-Dellin, Stefan Heym und Walter Jens teil.

Mäzen Hammer stiftet 1000 Daumier-Lithos

AFP, **Washington**

Der amerikanische Kunstsammler Armand Hammer hat der von ihm bereits mehrfach geförderten Corcoran Gallery in Washington 1000 Lithographien von Honoré Daumier (1808–1879) vermacht, die zwischen 1830 und 1870 entstanden. Darüber hinaus stiftete der Mäzen dem Privatmuseum 100 000 Dollar, um der Museumsabteilung europäischer Kunst des 19. Jahrhunderts den Ankauf weiterer Daumier-Werke zu ermöglichen. Hammer besitzt nach Schätzung von Gutachtern die größte Privatsammlung von Werken Daumiers (vgl. WELT vom 8. April).

Börsenverein bestätigt seine Vorsteher

dpa, **Mainz**

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels hat auf seiner Jahreshauptversammlung in Mainz den bisherigen Vorstand im Amt bestätigt. Wie der Börsenverein mitteilte, wurde Günther Christiansen, Sortimentsbuchhändler aus Hamburg, wieder für drei Jahre zum Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels gewählt. Auch sein Stellvertreter, der Verleger Wulf-Dietrich von Lucius aus Stuttgart, wurde von der 29. Mitgliederversammlung des Börsenvereins in seinem Amt bestätigt.

Bartning-Ausstellung in Darmstadt eröffnet

dpa, **Darmstadt**

Zum 100. Geburtstag des Architekten Otto Bartning ist im Institut für Neue Technische Form in Darmstadt eine Ausstellung eröffnet worden. Bartning, der am 12. April 1883 in Karlsruhe geboren wurde und 1959 in Darmstadt starb, hatte sich einen Namen als Kirchenbauer, Vertreter der expressionistischen Architektur und als Landhausarchitekt gemacht. Die Ausstellung, die bis zum 15. Mai zu sehen ist, zeigt unter anderem Modelle, Originalfotos und Pläne des Architekten. Bartning wirkte auch am Programm des Bauhauses in Weimar mit und war von 1926 bis 1930 Leiter der Weimarer Bauhochschule.

Mangelnde Finanzierung für Städtebauplanung

dpa, **Weißenburg**

In zahlreichen Gemeinden werde heute durch fehlende Finanzierung die städtebauliche Planung überhaupt nicht oder nur unzureichend vorgenommen. Zu dieser Erkenntnis kam die Expertengruppe der deutschen Unesco-Kommission, die sich in Weißenburg mit Altstadtsanierung und Denkmalpflege in Kleinstädten am Beispiel von Mittelfranken beschäftigte. Es würden vielfach nur Einzelmaßnahmen ohne zusammenhängendes Konzept durchgeführt. Besonders gravierend sei hierbei häufig „das Fehlen des qualifizierten und engagierten planenden Fachmannes oder Stadtbaumeisters.“

Polen veranstaltet ein Luther-Jahr

JGG, **Warschau**

Anläßlich des Luther-Jahres ist jetzt die kulturelle Bedeutung der 200 Jahre alten evangelischen Kirche in Warschau, Sitz des Bischofs der 80 000 Gläubigen der evangelisch-augsburgischen Kirche Polens, herausgestellt worden. Die polnischen Behörden gestatteten die Gründung je eines Oratorien- und Kantatenensembles. Die Kulturzeitschrift „Polen“ weist in diesem Zusammenhang auf die kulturhistorische Bedeutung der Kirche hin: Im 19. Jahrhundert musizierten hier Chopin, Moniuszko und der Deutsche, August Freyer. Herausragende Persönlichkeit protestantischer Provenienz im polnischen Kulturbetrieb ist der Pastorensohn und Dirigent Jan Krenz.

Lyrik gratis oder Poesie im Bahnhof

AFP, **Metz**

In ein lyrisches Happening haben der lothringische Lyrikerverband und die „künstlerisch-intellektuelle Eisenbahnervereinigung“ den Bahnhof von Metz anläßlich des bis zum 15. Mai dauernden jährlichen Stadtfestivals verwandelt. Während die Ankunftshalle mit Riesenschildern mit Auszügen aus berühmten Gedichten ausstaffiert ist, ertönen neben den normalen Durchsagen aus den Lautsprechern Werke lebender und toter Dichter, von den Eisenbahnern in der gleichen sachlichen Tonlage verlesen wie die Informationen für Reisende. Wer am Schalter eine Fahrkarte löst, bekommt als Gratis-Dreingabe den Abdruck eines Gedichts von einem bei der Eisenbahn angestellten Freizeitdichter aus Metz.

SED: „DDR“-Malern fehlt Parteibewußtsein

Sitte auf Abschußliste?

Interessierte Besucher, Künstler, Mitglieder des „Verbandes bildender Künstler der DDR“ (VBK) berichten übereinstimmend: in den „DDR“-Medien wurde weniger über die IX. Dresdner Kunstausstellung berichtet, als erwartet werden konnte. Wer die „DDR“-Presse mit den Äußerungen irritierter Besucher zu lesen versteht und in Gesprächen mit Funktionären deren Unbehagen über die vielen Ausstellungsstücke erfährt, muß zu dem Schluß kommen, eine solche Kunstausstellung wird sich so nicht mehr wiederholen. Der Vorwurf der Partei: Die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse wird von vielen, besonders jüngeren Künstlern mißachtet. Ihre Bilder sind zu sehr verklausuliert. Die Maler häufen ungerechtfertigt Kritikwürdiges auf den realen Sozialismus. Man spüre keine Gesellschaftsbejahung mehr, die im Sinne der Partei wirkt. Sicherlich, die gespannte internationale Lage und die polnischen Verhältnisse bereiten den Regierenden Angst und Sorge.

Der Verbandspräsident Willi Sitte, einer der Verantwortlichen der Dresdner Kunstausstellung, hat verbandsintern Selbstkritik geübt, in der er die von der SED-Führung gerügten Erscheinungen bestätigen mußte. In eingeweihten Kreisen rechnet man damit, daß der jetzige Präsident des „VBK der DDR“, Sitte, sein Amt verlieren wird, da seine angeblich zu große „Liberalität“ gegenüber auch kritischen Positionen einiger Künstler zu Verdrehungen der von der Partei gesetzten Maßstäbe in vielen Kunstwerken geführt hat.

Ein Nachfolger scheint schon gefunden. Es wird Walter Womacka gehandelt. In Dresden hatte er gewaltige Bilder hängen: alle schöner als die Wirklichkeit. Und vor seinem Porträt einer „Bestarbeiterin“ machte Honecker zum erstenmal halt.

Die Aufrüstung und Militarisierung, die in der „DDR“ voranschreitet, hat auch unter Künstlern zu Protesten geführt. In den letzten Monaten waren die Ereignisse in Jena ein besonderer Beleg dafür. Nun ist bekanntgeworden, daß die Berliner Malerin Bärbel Bohley in einem Brief an den Bezirksvorstand des „VBK der DDR“ sich gegen die massive Einbeziehung von Frauen in die militärische Ausbildung (nach neuen Wehrgesetzen) ausgesprochen hat.

Dieser brisante Brief wurde vom Sekretär des Vorstandes des VBK, Heinz Werner Schmidt, den anderen Genossen und Kollegen vorenthalten. Das wurde ruchbar, und Schmidt verlor seine Funktionen. Der Brief löste nun eine heftige interne Verbandsdiskussion aus. Sympathisanten verteidigten zwar die Positionen Bärbel Bohleys gegenüber der Parteilinie: „der Friede muß bewaffnet sein.“ Das Ergebnis der Diskussion: Die Malerin legte ihre Funktionen, die sie innerhalb der Sektion des Verbandes innehatte, nieder.

Die von Willi Sitte und anderen Malern der Verbandsspitze befürworteten Reiseprivilegien, auch für weniger linientreue Künstler, werden nun wieder zunehmend eingeschränkt. Künftig werden wohl nur noch makellose und kommerziell erfolgreiche Künstler in den Westen reisen dürfen.

SIEGHARD POHL

Jörg Krichbaums Photo-„Ansichten“ in München

Im Weitwinkel bis 1992

Ist es die Angst des Photographen vor den Menschen, die diese gezirkelten Bilder entstehen läßt? Ist es das Mißtrauen gegenüber einem Medium, das zur Spontaneität (bis hin zum Knipsen) herausfordert und dem darum mit einer vorgedachten Realität begegnet wird? Entspringt die Formenstrenge einem rigorosen Gestaltungswillen oder einer Unsicherheit gegenüber der Wirklichkeit? Wird auf Farbe verzichtet, weil sie sich der artifiziellen Bildkomposition widersetzt, während karges Schwarzweiß „Kunst“ suggeriert?

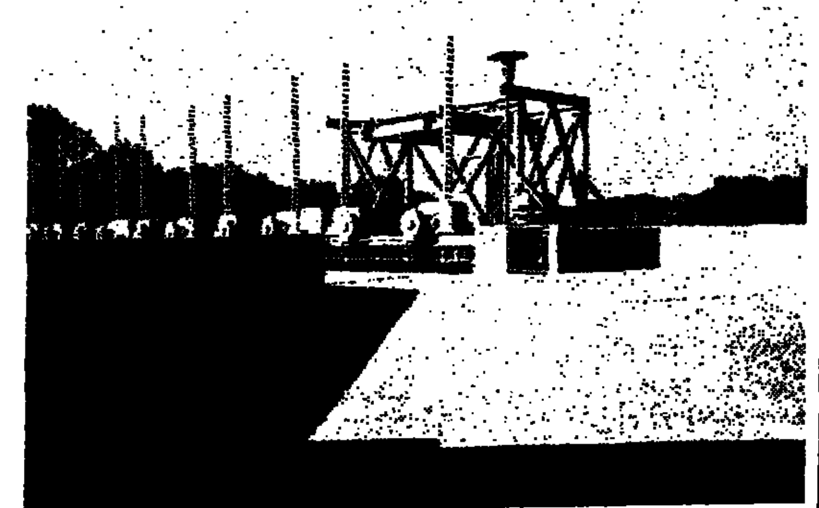
Diese Fragen drängen sich angesichts der Bilder von Wilhelm Schürmann, Thomas Anschütz, Andreas Müller-Pohle oder Heinrich Riebesehl – die der Neuen Deutschen Photographie zugerechnet werden – auf. Und sie finden auch keine Antwort in den „Ansichten“ von Jörg Krichbaum, die derzeit in München im Fotomuseum und in der Buchhandlung Goltz zu sehen sind.

Krichbaum, 1945 geboren, ist gelernter Werbephotograph, hat an der Berliner Hochschule für bildende Künste, der Pädagogischen Hochschule und der Universität Göttingen studiert. Er verfaßte Gedichte, Erzählungen, Romane, Essays, schrieb Lexika der phantastischen Malerei, der Photographie und über Künstlerinnen, Monographien über Albrecht Altdorfer und Riebesehl. Er malt und photographiert.

Seine „Ansichten“ begann er bereits 1962. Bis 1992 soll der Zyklus tausend Aufnahmen umfassen. Alle schwarzweiß, Querformat, aus Augenhöhe mit Weitwinkel aufgenommen und den Regeln von Symmetrie, goldenem Schnitt und Reihung unterworfen. So entstehen Bilder, die in sich selbst ruhen. Nichts weist über den Ausschnitt hinaus.

Es ist eine Photographie, die starkes Licht und helle Schatten liebt. Sie ist wohl ausgewogen – bis zur Langeweile. Und auch gegen Manierismen – die ewig an- und abgeschnittenen Köpfe z. B. – nicht gefeit. Sie ist regelrecht wie ein Meistersingerlied. Aber Kunst braucht Spannung. Auch Photokunst (bis 30. April).

P. D.



Reihung als Formprinzip: „München, 1977“, Photo von Jörg Krichbaum COPYRIGHT: EDITION UTA BAUER

Esslingen: Uraufführung von Kusz und Kroetz

Fluch dem Löwenzahn!

Molière wurde ins Schwäbische übersetzt. „Der Geizige“ behielt seinen Biß. Daß es auch ohne Molière geht, zeigt seit längerem der Nürnberger Fitzgerald Kusz, der auf den Trichter gekommen ist, mit dem Ohr am Maul des Volkes die ganz und gar nicht liebliche Bösartigkeit, Beschränkung, Enge und Gewalt, die sich im Dialekt unverstellt zeigen, volkstheaterhaft darzustellen.

Die Württembergische Landesbühne Esslingen, als Veranstalter der 6. Baden-Württembergischen Theatertage, hat unter der Regie von Heinrich Staehle, der auch die Übersetzung aus dem Fränkischen ins Schwäbische besorgte, das neueste Stück von Kusz, „Unkraut“, zur Uraufführung gebracht. Unkraut und Ausmerzen liegen eng beieinander. An der Flurbereinigung im Vorgarten der Reihenhausbewohner zeigt sich, was eine richtige Ordnung ist. Vor allem in Nachbars Garten, wenn dort das Unkraut wuchert und die grüne Gleichmacherei einer parzellierten Gesinnung in der Ansiedlung ordentlicher Menschen bedroht. Daß sich die Ereiferung über Löwenzahnsamen bis zum Meutengegeifer steigern kann, hier wird es, durch die Lacher geschmeidig gemacht, in den Schrecken von Haus zu Haus geführt.

Daß sich Volkes Stimme für manchen öden Schwank gebrauchen läßt, ist bekannt und belacht genug. Mit Theater hat das wenig zu tun. Kusz ist in seinen Beobachtungen viel zu genau, um sich auf derartige Gefälligkeiten einzulassen. In der Einsicht, daß die Bodenständigkeit von Dialekt ja auch Ausdruck von kleingesellschaftlichem und damit politischem Bewußtsein ist, und mit der Erfahrung von sprachlichem Scheitern und gleichzeitiger Beschränkung, die Handeln provoziert, kommt Kusz in die Nähe von Nestroy und Horváth. Ihnen wie ihm geht es in erster Linie um Theater und dann um Volksstück.

So kann er die biederliche Vorgarten-Grillidylle der Konvention des Lokalpatriotismus berauben und zu einem Stück machen, das, sieht man nur einmal kurz von der sarkastischen Bravour in der Sprachbeobachtung und Figurenzeichnung ab, im geschwätzigen Scheitern von Kommunikation das Entstehen von Gewalt vorführt: Jeder gegen jeden und dann alle gegen einen. Die lachende Freude wird rasch spröde.

Fitzgerald Kusz verfügt über einen festmachenden Blick und ein außerordentlich empfindliches Gehör. Die klassische Ironie kommt in Kittelschürze und mit dem Rasenmäher daher und funktioniert! Darin liegen eine ästhetische Erkenntnis und ein Genuß. Das Ensemble der Landesbühne hat sich einen Erfolg erspielt. Genau und sorgfältig, ohne Überzeichnung, typenpräzis inszeniert, ohne störende Öffnung zugunsten des einen oder anderen Lachers mehr, ohne Mundartbrei.

Während hier etwas in genauer Leichtigkeit bis ins Eis geführt wird, so bleiben einem, im Vergleich der Inszenierung der zweiten Uraufführung dieser Theatertage, „Jumbo-Track“ von Franz Xaver Kroetz, Bedenken. Das Landestheater Tübingen hat sich dieses Jugendstücks mit Musik angenommen: Jugendtheater – nur, finden sich die Jungen wieder?

Die Story: Ruth, Mädchen vom Dorf, hat das Verkäuferinnen- und Fabrikarbeiterinnen-Dasein satt, will raus. Hans, der Freund seit früher Zeit, möchte Ruth, wie's sich gehört, heiraten. Ruth läßt ihn links liegen, verknallt sich in den rüde-öden Chef und Sänger der Provinz-Rockband „Jumbo“, geht mit ihm auf Tingeltournee und träumt vom großen Sprung ins „echte“, wirkliche Leben. Nach zehn Tagen ist nicht nur die Tournee zu Ende. Ein Jugend-Kroetz also, ausdrücklich für Jugendliche ab 14 Jahren.

Dieser dialektschwache (man lasse das weg!) Rockreigen, der wie Schnitzlers Bilderkarussell zwischen den Musikeinlagen die Szenen nach vorne rollt, lebt tatsächlich von der Schnelligkeit, Härte und Sanftheit der Musik Willi Kellers. Die Schauspieler, die als „Jumbos“ das Bühnenleben einer provinziellen Band zweifach spielen müssen, leisten Beachtliches, allen voran Ralf Rufus Beck als „One“, Chef der Band. Sabine Bundschuh als Ruth kann sich vom Püppi-Mädchen bis zum Lady-Tramp verwandeln und dann noch in kantiger Zartheit ein Lied singen. Das alles vollzieht sich in einer Raschheit, die unglaubliche Verwandlungen auch des Bühnenbildes vorführt. Hier ist einmal der technischen Leitung, der musikalischen Leitung sowie der Regieleistung von Gunther Möllmann ein Bravo zuzurufen.

Wohlgemerkt, dies gilt dem Landestheater Tübingen und nicht Franz Xaver Kroetz. Der hatte ein Klischee-Rosenheim im Kopf und versuchte in rasanter Aufmachung den Jugendlichen eine Moral unterzujubeln. Deren Wirklichkeit sieht aber anders aus als ein Bilderbogen aus Niederbayern. „Mit diesem Gegenreigen“, der nicht Theater ist und nicht Musikstück, nicht Filmszenario und nicht Mini-Brecht à la Punk, der starke Sprüche liebt („kam, sah und fickte“), wird weder eine Motivation des Überdrusses gezeigt, noch eine Jugendkultur abgebildet. Die Jugendlichen im Theater haben es gemerkt. Ihnen gefiel die Musik, zum Teil. Das Publikum erklatschte drei musikalische Zugaben.

REINER NERVAL

Die Darmstädter Shakespeare-Tage mit „Lear“

Nachricht vom Finanzamt

Gustav Rudolf Sellner hat von 1951 bis 1961 in Darmstadt gearbeitet, und er begann dort mit „König Lear“. So war es denn eine glänzende Idee, jetzt, rund 30 Jahre später, während der Darmstädter Tagung der „Deutschen Shakespeare-Gesellschaft West“ Sellner zu einer „Lear“-Inszenierung nach Darmstadt zu bitten. Darmstadt fieberte dem Ereignis entgegen. Außerdem hatte Sellner sich begeistert über Frank Günther, den Neuübersetzer, ausgesprochen.

Günther hielt während der Tagung einen Vortrag. Er bekennt die alte Wahrheit, daß ein Übersetzer vor allen Dingen Meister der eigenen Sprache sein muß, und eben das billigt er dem Schlegelschen Team zu. Nur sei auch diese Leistung schon wieder historisch. In einem Universitätsseminar stellte sich heraus, daß von zehn Studenten nur einer das Wort „Gleisner“ verstand.

Halt! Soll der für Engländer selbst so schwierige historische Text in der Übersetzung auf das heutige Schrumpfdeutsch Rücksicht nehmen? Mit einem Beispiel aus dem ersten ruchlosen Monolog Edmunds zerstreute Günther den Verdacht: „Why brand they us with base? With baseness? Basterdy? Base? Base? ... Edmund the base shall top the legitimate ... Now, Gods, stand up for bastards!“

Baudissin: „Warum mit unecht uns brandmarken? Bastard? Unecht? ... So stürzt den Echtbürd'gen der Bastard Edmund ... Nun, Götter, firmt Bastarde!“ Günther: „Unecht? Unehr-, un-, un-, un? ... So wird Edmund, der Un-, dem echten über ... Auf, Götter, ran für Bankerts!“ Hiermit sei nicht nur das allzu literarische Deutsch vereinfacht, sondern zum erstenmal die leidenschaftliche „Sprachhandlung“ des insistenten „base“ ins Deutsche eingebracht. Im ganzen allerdings finden sich dann doch viele überflüssige Neuheiten, und die Narrenverse sind oft unbeholfener als die alten.

Sellners Sprachbegeisterung nützte ihm wenig. Sein erster Fehler: Edmung (Helmut Winkelmann) seine schauerlichen Entschlüsse vertraulich ins Publikum sprechen zu lassen, so, als säßen da stillvergnügte Komplizen. Diese Art Aufmöbelung des altertümlichen Monologisierens geht daneben.

Zweiter Fehler: Die Diskrepanz von Bühne und Kostüm (Andreas Reinhardt). Auf leerer Bühne, in einem dunklen, glatten Kubus, auf dessen Seitenwänden fortwährend technisch perfekte Rampen als Zugbrückenmarkierung herabgelassen werden, stehen Ritter in Kettenpanzern und höfisch gekleidetes Personal herum wie ein Fastnachtszug, der sich in einer leeren Fabrikhalle formiert.

Wie? Kann man die absichtlich kahle Bühne nicht überspielen? Man kann, wenn man nicht chargiert. Und dieser eigentliche Mißgriff ist Ursache aller übrigen Schwächen. Aus Sellners Kunstpathos ist in 20 Berliner Jahren Opernpathos geworden. Goneril (Brigitte Goebel), Regan (Alexandra Tichy) und Cornwall (Hagen Marks) spielen platteste Oberfläche. Lear brüllt mit dem Sturm um die Wette und kugelt sich bei Donnerschlägen wie ein Bajazz. Gloucester als weltfremder Wissenschaftler nimmt die Verleumdung seines Sohnes geschäftsmäßig zur Kenntnis, als handle es sich um eine Nachricht vom Finanzamt.

Einzig Cordelia (Sibylle Schleicher) rettet sich in der schlichten Rolle, meistens, nicht immer. Anfried Krämer als Lear und Klaus Ziemann als Albany spielen gegen die Theatralik immer wieder an, aber das hilft nichts unter einer Regie, die mit guten Schauspielern mittelmäßiges Theater macht. Jedes weitere Wort ist zuviel. Sellner löschte seinen alten Ruhm mit einem gigantischen Irrtum aus.

Das Darmstädter Publikum verhielt sich zivil. Zuerst verhaltener Beifall, dann Einzelbeifall für einige lokale Lieblinge, zum Schluß feierlicher Applaus für den Mann, der damals, nach dem Zusammenbruch, das Darmstädter Theater zum Ruhm geführt hatte.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

KULTURNOTIZEN

Marcia Haydée, Stuttgarter Primaballerina, tanzt auf Einladung der Pariser Oper am 2. und 17. Mai die weibliche Hauptrolle in „Romeo und Julia“ (Choreographie: John Cranko).

Die erste Biennale für moderne Kunst in Tours zeigt bis zum 29. Mai französische Gegenwartskunst.

„Die Tunisreise“ mit Werken von Klee, Macke und Moilliet, zu sehen im Kunstmuseum Bonn, wird für wenige Tage bis zum 30. April verlängert.

Der bronzene Engel auf der Engelsburg in Rom wird vom Juni an für ein Jahr restauriert.

In Passau haben Archäologen den Beuteschatz eines römischen Legionärs gefunden.

Der Kölner Komponist Michael Obst hat den ersten Preis beim 11. internationalen Wettbewerb für elektronische Musik von Bourges gewonnen.

Im New Yorker Guggenheim-Museum fand ein internationales Symposium über den im Westen wenig bekannten russischen Maler Pawel Filonow (1883–1941) statt.

[Ka]ffee und Kuchen locken [Se]xtaner in leere Klassen

[We]gen Schülermangels droht vielen Gymnasien die Schließung

PETER PHILIPPS, Bonn

Ablösesummen wie in der Fußball-Bundesliga werden (noch?) nicht geboten, aber ansonsten sind sich Gymnasien in der Bundesrepublik Deutschland für fast keine Aktion zu schade – wenn sie nur Pennäler bringt. Die Angst vor leeren Kassen und damit vor der Schließung geht um an Deutschlands höheren Schulen.

Seit den sechziger Jahren, seit Pichts Kassandra-Ruf von der drohenden „Bildungs-Katastrophe" hatten sich Bildungspolitiker wie Oberschul-Direktoren auf stetig steigende Zuwachsraten in den Schülerzahlen eingerichtet. Im Sekundarbereich I (Unterstufe) der Gymnasien stieg die Zahl der Schüler von knapp 642 000 im Jahre 1960 auf rund 1 544 000 im Jahre 1980 an. Der Hang zum Gymnasium ist zwar ungebrochen und so mancher Handwerksmeister hegt schon Wert auf Lehrlinge mit Abitur – doch das Auf und Ab im Liebesleben der Deutschen sorgt für eine voraussichtlich langanhaltende Baisse in den Klassenzimmern der Gymnasien. Nach dem Geburtenberg wird der Pillenknick spürbar für die ohnehin um Arbeitsplätze kämpfenden Lehrer. Die Prognosen der Kultusminister-Konferenz gehen von einem Rückgang der Schülerzahl im Sekundarbereich I der Gymnasien auf etwa 932 000 (im Jahre 1985) aus und erwarten 1995 sogar nur noch rund 839 000 – kaum mehr als im Jahre 1965.

Die ersten Oberstudiendirektoren fühlen sich schon heute wie Unternehmer, die den Gang zum Konkursrichter antreten müssen. Den Leitern der beiden renommierten Düsseldorfer Oberschulen „Rethel-Gymnasium" beispielsweise flatterte kurz vor den Osterferien das ins Haus, was sie früher zu diesem Zeitpunkt selbst verschickt hatten: blaue Briefe. Darin teilte ihnen der zuständige Schuldezernent der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt mit, daß sie nur noch die Wahl zwischen Pest oder Cholera hätten: Entweder mit schülerzahlmäßig erfolgreicheren Gymnasien zu fusionieren oder die Schulpforten für immer zu schließen. In beiden Schulen hatten sich nur 20 bzw. 28 künftige Sextaner angemeldet – knapp die Hälfte dessen, was erforderlich gewesen wäre, um die von der Schulbehörde als Minimum geforderte Zweizügigkeit der Eingangsklassen zu erreichen.

Da in einigen Bereichen der Republik der Ausbau der Oberschulen in der Phase allgemeiner Bildungseuphorie soweit gegangen war, daß man 80 Prozent eines Altersjahrgangs kapazitätsmäßig verkraften könnte, haben sich andere Gymnasien schon in Mini-Werbeagenturen verwandelt. Mit Aktionen, Broschüren, Werbefilmen und Prämien versucht man allerorten der gymnasialen Konkurrenz am Ort den Nachwuchs abspenstig zu machen:

- In Düsseldorf werden Eltern bei Kaffee und Kuchen bedrängt, ihre Kinder herzugeben.
- In Hamburg ziehen die Eltern von Schulen mit Info-Ständen auf Wochenmärkte oder werben mit dem Schullandheim auf Sylt „mit eigenem Badestrand".
- An einem Nürnberger Gymnasium verteilten die Lehrer bis zum Veto des Kultusministeriums Buchprämien, wenn ein Schüler seinen jüngeren Freund, Bruder oder Schwester als Sextaner anschleppte.
- Am Göttinger Theodor-Heuss-Gymnasium drehten Lehrer und Schüler mit tatkräftiger Elternhilfe einen Werbefilm über die Schule, der mit der Hymne endet: „Du, du bist o. k. bei uns am THG."

Die Kultusminister sehen die „lassowerfenden Gymnasien" (so ein baden-württembergischer Beamter) mit Argwohn und Sorge und bemühen sich, zumindest die stärksten Auswüchse zu unterbinden. Ansonsten bleibt ihnen nicht viel mehr als Appelle an die Verantwortlichen in den Schulen oder flankierende Maßnahmen.

Zwischen Südholstein und Hamburg beispielsweise, aber auch zwischen Bremen und Niedersachsen sowie zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wird mit Argusaugen darüber gewacht, daß nicht zu viele Schüler über die Grenze in Gymnasien des Nachbarlandes abwandern. Der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder hingegen konzentriert sich auf die Schulen des Landes: Trotz starker Kritik änderte er das Übergangsverfahren von der Grundschule auf das Gymnasium. An zentral gelegenen Grundschulen wird die Gymnasial-Eignung der Pennäler geprüft. Ein Schnitt von 2,5 im Prüfungszeugnis berechtigt zum Übergang auf die Oberschule. Die Schulleiter und Lehrer der Gymnasien haben mit den Prüfungen nichts mehr zu tun. Im Stuttgarter Kultusministerium heißt es dazu lapidar: „Schließlich steht schon im Vaterunser: Und führe uns nicht in Versuchung."

Seite 2: Sextaner-Ebbe



Eingepfercht in das riesige Heer der Wolkenkratzer von Manhattan, ist der Central Park für Millionen New Yorker eine Oase der Ruhe und Erholung. Nachdem er in den letzten Jahren immer mehr verkommen war, wurde er nun erst einmal statistisch auf Vordermann gebracht. Für die nächsten zehn Jahre ist eine Generalüberholung geplant. FOTO: AP

New York bringt seine grüne Lunge auf Glanz

HANS-J. STÜCK, New York

Im feuchtesten Frühjahr seit Beginn offizieller Wetteraufzeichnungen – acht total verregnete Wochenenden hintereinander – wagen sich nur noch die abgehärteten Jogger und Spaziergänger in New Yorks klitschnassen Central Park. Doch auch wer im Trockenen blieb, erfuhr jetzt zum ersten Mal, was ihn schon immer brennend interessierte: In dem 126 Jahre alten Park gibt es genau 24 595 ausgewachsene Bäume mit einem Mindest-Durchmesser von sechs Zoll.

Die jetzt veröffentlichte Baumstatistik, für Bewohner der umliegenden Betonlandschaft sicherlich keine Nebensache, ist Teil einer umfassenden biologisch-ökologischen Bestandsaufnahme, mit der im Park alles Zähl- und Meßbare erfaßt wurde. Diese Datensammlung soll Wissenschaftlern und Landschaftsgärtnern als Grundlage für eine geplante Generalüberholung der Anlage dienen.

Die Renovierung der Natur-Oase, die in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wurde, wird mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen und umgerechnet 240 Millionen Mark kosten. Nach Abschluß der Arbeiten soll die 800 Meter Breite und 2,5 Kilometer lange grüne Lunge mit ihren Felspartien und Teichen wie bei ihrer Einweihung durch vorausschauende Stadtväter im vorigen Jahrhundert aussehen.

Die Bestandsaufnahme wurde von Land- und Forstwirtschaftstudenten ausgeführt, die jeden Baum ab sechs Zoll Durchmesser vermaßen, auf seinen Gesundheitszustand untersuchten und mit Höhe, Umfang, Befund und einer Kennnummer in eine Standortkarte eintrugen. Dabei ergab sich, daß die Ulme trotz Ulmenkrankheit nach den Kirschbäumen zweithäufigste Baumart blieb und sich unter den zehn häufigsten Bäumen der urtümliche Ginkgobaum aus Asien hält, dessen geteilte Blätter Goethe einst als Symbol der Freundschaft besang.

Weniger Erstaunen löste dagegen die statistisch untermauerte Erkenntnis aus, daß unter den 14 Säugetierarten, die den Park bevölkern, „Canis Familiaris", gemeinhin auch Hund genannt, am häufigsten ist. Danach folgen Katzen, drei Eichhörnchen-Arten, Waschbären, Bisamratten und amerikanische Murmeltiere, von denen keiner weiß, wie sie durch das Häusermeer dorthin gekommen sind.

An anderen Tieren zählten die Studenten in dem wolkenkratzerumringten Park 269 Vogelarten, von denen 42 Arten auch im Park nisten, neun Fischarten in den arg verschmutzten Teichen und drei Arten von Schildkröten. Außerdem wurden gezählt: 36 Brücken und Bögen, 57 Denkmäler, darunter eines von Schiller und eine „mittelalterliche" Burg, die auch dringend renovierungsbedürftig ist.

Von den vielen tausend Bäumen, die einst der berühmte Landschaftsarchitekt und Park-Begründer Frederick Olmstead pflanzen ließ, haben fünfzig die Zeiten überdauert, besonders in den schlimmen Dreißigern, als der Park während der Weltwirtschaftskrise als riesiger Camping-Platz für Arbeits- und Obdachlose dienen mußte.

Als größten Baum im Park fanden die Bestandsaufnehmer eine englische Ulme, zwei Meter im Durchmesser, die der Prince of Wales 1860 pflanzte. Der älteste Baum, eine Eiche, ist 300 Jahre alt. Er blickte noch auf holländische Siedler und englische Kolonialsoldaten herab, die weit vor der Stadt auf Jagd gingen. (SAD)

Minister warnt davor, Giftmüll auszugraben

Nea. Mainz

Vor dem Ausgraben lange lagernder Fässer auf Giftmülldeponien hat gestern der rheinland-pfälzische Sozial- und Umweltminister Rudi Geil (CDU) in einer aktuellen Stunde des Mainzer Landtages gewarnt. Bei derartigen Ausgrabungsversuchen könnte es zu unkalkulierbaren chemischen Reaktionen des Mülls kommen, außerdem zu so unabsehbaren Folgen, wenn die Fässer beschädigt würden, daß alle Fachleute davon abrieten, meinte der Minister. Daher warnte er vor dem Abtransport der 4000 Fässer mit dioxinhaltigem Rückstand, die seit der Zeit um 1969 auf der Sonderdeponie Gerolsheim bei Frankenthal (Pfalz) lagern. Er sicherte statt dessen zu, daß die Gerolsheimer Deponie verstärkt bewacht werde, wobei der Teil, in dem Fässer vermutet werden, ganz gesperrt werden soll. Bei Gerolsheim hatten am Wochenende etwa 3000 Demonstranten die Schließung der Sondermülldeponie gefordert.

Tod am Bahnübergang

dpa, Gütersloh

Auf der Stelle tot waren zwei junge Leute, die am Montag abend mit einem Kleinlastwagen auf einem unbeschrankten Bahnübergang der Teutoburger-Wald-Eisenbahn in Gütersloh von einem Zug erfaßt wurden. Für den 19jährigen Fahrer und dessen ein Jahr ältere Freundin, die in ihrem Fahrzeug eingeklemmt wurden, kam jede Hilfe zu spät.

Piloten am Absturz schuld

dpa, Palermo

„Schweres Verschulden der Piloten" hat nach Ansicht eines italienischen Gerichtes den Flugzeugabsturz bei Palermo im Dezember 1978 verursacht, bei dem 108 Menschen ums Leben kamen. Damals war eine Alitalia-Maschine ins Meer gestürzt. Nur 21 Menschen konnten gerettet werden. In dem Urteil heißt es, die „schlechte Ausbildung" der Piloten sei ursächlich für die Katastrophe gewesen.

40 Kilometer lange Ölspur

dpa, Paderborn

Eine 40 Kilometer lange Ölspur, auf der mehrere Autofahrer ins Schleudern kamen und verunglückten, hat gestern ein noch nicht identifizierter Tankwagen quer durch Ostwestfalen gezogen. Der Tanker war vermutlich in Paderborn gestartet. Die schmierige Fährte verlor sich erst im Kreis Lippe.

70 Menschen eingeschlossen

AP, Manila

Immer noch sind in einer philippinischen Goldmine in der Provinz Suriago del Norte mehr als 70 Personen eingeschlossen, seit Mitte April drei Stollen einbrachen. Dabei kamen mindestens 13 Menschen ums Leben. Die Rettungsversuche wurden gestern verstärkt, als man Klopfzeichen vernahm.

Buddha mit sensationellem Innenleben

rtr, Köln

Das religiöse Innenleben einer mittelalterlichen japanischen Buddha-Figur ist im Kölner Museum für ostasiatische Kunst entdeckt worden. Dabei kamen mehrere tausend feingezeichnete Votivtafeln buddhistischer Gottheiten, ein in China gedrucktes Buch religiöser Schriften und als „Seele" der Holzstatue ihre farbig-goldene Miniaturabbildung zum Vorschein. „Ein sensationeller Fund", sagte der Leiter des Museums, Professor Roger Goepper, der auch herausfand, daß einer der berühmtesten japanischen Bildhauer, Koen, die Statue im Jahre 1249 anfertigte.

Ohne daß man ihren Wert gekannt hatte, stand die Figur der Gottheit Jizo-Bosatsu, die als Nothelfer für leichte Geburten angerufen wurde, jahrelang in dem Museum, das auf dem Gebiet des japanischen Buddhismus die größte Sammlung in Europa hat. In diesem Sommer sollte die Figur bei den Düsseldorfer Japan-Tagen ausgestellt und zuvor restauriert werden.

Als Goepper den aufgepfropften Kopf abnahm, fand er gebündelte Papierbilder, Texte in chinesischer Schrift – die wie Latein für das Christentum lange die Religionssprache japanischer Buddhisten war – sowie die Stiftungsinschrift eines Mönches mit Datumsangabe. Besonders selten ist das in China gedruckte Buch, das gut 200 Jahre älter ist als Gutenbergs erste gedruckte Bibel.

Auch der Kopf der Statue war nicht hohl. In der Stirn- und Rückseite lagen zwischen weiteren Votivbildern zwei vergoldete, auf Lotosblüten stehende Buddha-Figuren, von einem Flammenornament umgeben. Als „Seele" der Gottheit bezeichnet Goepper aber die etwa drei Zentimeter große Miniaturabbildung der äußeren Hülle, die auch auf die verblaßte Bemalung der Holzfigur schließen läßt.

Aus dem Doppeldecker sahen die ersten Menschen das „Dach der Welt"

England feiert den 50. Jahrestag der Erstüberfliegung des Mount Everest

HELMUT VOSS, London

„Wir sind von all der Schönheit wie benommen: Tage werden vergehen müssen, bevor wir das Gesehene würdigen können." Das schrieb der monokeltragende britische Oberst Stewart Blacker im April des Jahres 1933 über ein haarsträubendes Abenteuer, das seinerzeit die ganze Welt bestaunte. Zusammen mit drei Landsleuten war ihm die erste Überfliegung des bis dahin noch unbezwungenen Mount Everest gelungen.

Das fast in Vergessenheit geratene Bravourstück der vier Briten mit zwei kamerabestückten Westland-Doppeldeckern ist jetzt in England nach fünfzig Jahren wieder groß gewürdigt worden. Der Sohn eines der beiden Piloten, des schottischen Unterhausabgeordneten und Marquis of Douglas and Clydesdale, brachte in London ein Buch über die Expedition mit dem Titel „Roof of the World" (Dach der Welt) heraus. Die „Times" widmete dem Unternehmen fast eine ganze Seite.

Die Everest-Überfliegung ging damals auf eine Anregung des schottischen Schriftstellers John Buchan zurück, der in diesem Abenteuer die Chance sah, die Überlegenheit der britischen Flugzeugbauer zu demonstrieren. Beide bei der Expedition benutzten Flugzeuge, einmotorige Doppeldecker mit offenem Cockpit, waren Spezialanfertigungen. Die beiden zweiköpfigen Besatzungen, die Piloten Clydesdale und Leutnant David McIntyre sowie die Beobachter und Fotografen Blacker und Bonnett, trugen elektrisch geheizte Anzüge und atmeten durch primitive Masken reinen Sauerstoff. Auf Fallschirme wurde aus Gründen der Gewichtsersparnis verzichtet.



Die Piloten: Leutnant David McIntyre und Marquis von Clydesdale

Der Rekordflug begann auf dem Flugplatz von Purnea in Nordindien, 240 Kilometer Luftlinie vom Mount Everest entfernt. Die Piloten hatten sich ausgerechnet, daß der Hinflug rund eineinhalb Stunden dauern würde und daß sie dann noch ausreichend Treibstoff für einen fünfzehnminütigen Erkundungsflug am Gipfel haben würden. Allein der Aufstieg auf 30 000 Fuß (9100 Meter) würde 25 Minuten dauern. Die Höchstgeschwindigkeit der beiden Doppeldecker von 220 km/h war so niedrig, daß sie bei starken Höhenwinden praktisch „auf der Stelle treten" würden.

Der Hinflug verlief ohne nennenswerte Pannen. Die Doppeldecker durchbrachen in 5800 Metern Höhe und rund achtzig Kilometer vom Everest-Gipfel entfernt die Dunstglocke.

Am Gipfel kam es dann aber zu einer Reihe von beinahe verhängnisvollen Zwischenfällen. Clydesdale konnte plötzlich vor Sauerstoffmangel nicht mehr richtig sehen und mußte auf Notversorgung umschalten. Bonnett trat auf seinen Sauerstoffschlauch, zerriß ihn dabei und wurde bald darauf ohnmächtig. Am schlimmsten aber war ein unerwarteter Abwind an der Leeseite des Everestmassivs, der die Flugzeuge wie eine Faust packte und rund 600 Meter absakken ließ. Beide Doppeldecker kamen der Nordostflanke so nahe, daß Clydesdale später formulierte: „Es war so knapp, daß ich weder jetzt noch in Zukunft darüber nachdenken möchte."

Über dem Gipfel machten die Männer eine Reihe von spektakulären Fotos, hielten nach Spuren von zwei tödlich verunglückten britischen Bergsteigern Ausschau und urteilten, daß auf dem Gipfel-Plateau nicht mehr als vier Menschen Platz hätten. Drei Stunden nach dem Start – Bonnett war mittlerweile wieder zu sich gekommen – landeten sie wieder in Purnea und ließen sich feiern.

Die „Times", die zu jener Zeit die Exklusivrechte an dem Unternehmen erworben hatte, pries den Gipfelflug mit einer Balkenschlagzeile und dem Vergleich: „Es ist fast so, als wenn man den Regenbogen erforscht." König Georg V. beglückwünschte die Crews in einem Telegramm zu dem „großen Erfolg".

Im Gegensatz zu anderen Luftfahrt-Pioniertaten geriet der Everest-Flug der vier Briten bald in Vergessenheit. Zwanzig Jahre später wurde der dramatische Ausflug zum Dach der Welt endgültig durch Sir Edmund Hillarys Erstbesteigung verdrängt. (SAD)



Fotograf Bonnett (l.) und Beobachter Oberst Stewart Blacker FOTOS: ULLSTEIN

WETTER: Kurze Gewitter

Wetterlage: Dem über Deutschland nordostwärts hinwegziehenden Randtief folgt weiterhin mäßig warme Meeresluft.

Deutscher Wetterdienst 26. April 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Anfangs überwiegend stark bewölkt mit zum Teil gewittrigen Regenfällen. Im Tagesverlauf von Westen her Bewölkungsauflockerung, örtlich noch Schauer, vereinzelt kurze Gewitter. Tageshöchsttemperaturen im Norden und Westen um 15, sonst bei 18 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht 8 bis 11 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Und die Aussichten:

Wetterberuhigung und leichter Temperaturanstieg.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	28°
Bonn	14°	Kopenh.	9°
Dresden	21°	Las Palmas	22°
Essen	14°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	9°
Hamburg	17°	Mailand	11°
List/Sylt	10°	Mallorca	19°
München	16°	Moskau	21°
Stuttgart	14°	Nizza	13°
Algier	20°	Oslo	10°
Amsterdam	13°	Paris	11°
Athen	20°	Prag	19°
Barcelona	17°	Rom	19°
Brüssel	12°	Stockholm	7°
Budapest	20°	Tel Aviv	24°
Bukarest	22°	Tunis	20°
Helsinki	17°	Wien	17°
Istanbul	12°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.02 Uhr, Untergang: 20.39 Uhr; **Mondaufgang:** 22.11 Uhr, Untergang: 6.53 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

ZU GUTER LETZT

Ein bereits in der vergangenen Woche anläßlich des 1. Mai erwarteter Aufruf der Grünen wurde auf Anfrage von Grüne-Sprecher Suhr für gestern nachmittag angekündigt.

Es stand in der WELT.